

48. LSK

Delegiertenunterlagen und Reader

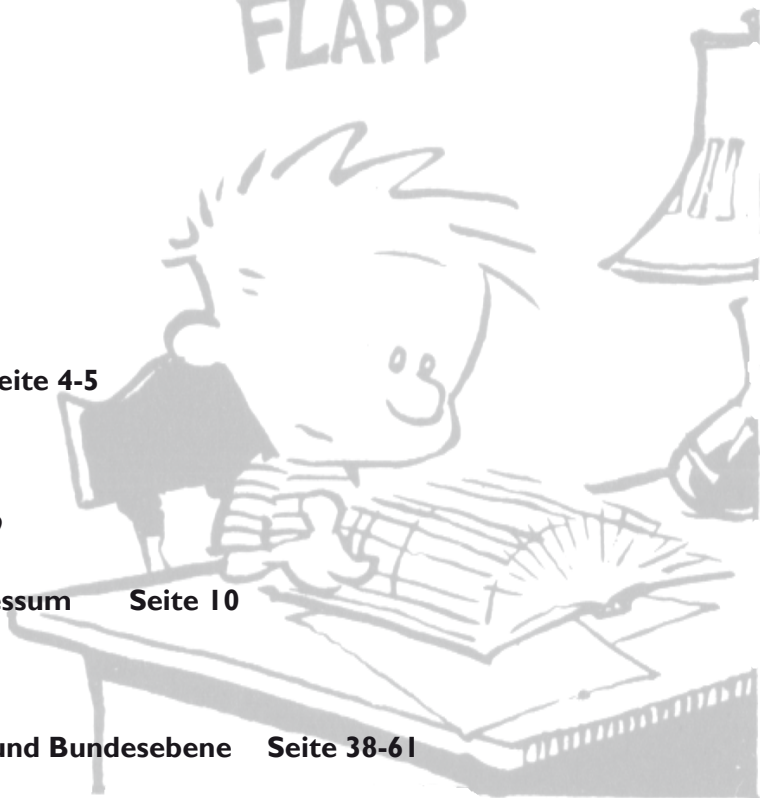


Wir starten durch!

30.11.09 | Mainz: Rathaus

Landesvertretung der Schülerinnen und Schüler
in Rheinland-Pfalz (LSV RLP)

**FLAPP FLAPP
FLAPP**



Vorwort	Seite 3
Orgatech und Anreise	Seite 4-5
Zeitplan	Seite 6
Das Wichtigste	Seite 7-9
Wo finde ich die LSV? / Impressum	Seite 10
Anträge	Seite 11-36
Rechenschaftsberichte LaVo und Bundesebene	Seite 38-61
We want you to be a LaVoMi / LaMi / BuDeli	Seite 63-64

READER

Eine für alle... Schularten!	Seite 66-68
-------------------------------------	--------------------

ANHANG:

Alles nur Formalkram?	Seite 70
Protokoll der 47., 46. & 45. LSK	Seite 71-103
Satzung	Seite 104-109
Geschäftsordnung	Seite 110-113
Strukturgrafik und LSK-Delis	Seite 114-116
Beschlusslage (30.-46. LSK)	Seite 118-132
Abk. und Glossar	Seite 134-137
Bahnverbindungen	Seite 138

Liebe Delegierte und Aktive aus den Kreisen und Städten!

Herzlich Willkommen im Reader zur 48. LandesschülerInnenkonferenz (LSK) im Mainzer Rathaus.

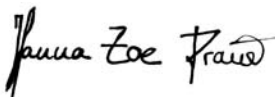
Das Motto der Konferenz: Wir starten durch! Mit Delegierten aus allen Kreisen und Städten möchten wir die „eine LSV für alle“ endlich auf den Weg bringen und uns gemeinsam für die Interessen der Schülerinnen und Schüler aller Schularten einsetzen.

Dieser Reader begleitet euch dabei auf der Konferenz. Er enthält alle wichtigen Infos und organisatorischen Hinweise, die ihr braucht, um euch zurecht zu finden und zu verstehen, was gerade passiert. Blättert einfach mal ein bisschen drin herum! Besonders, wenn diese LSK eure erste ist, helfen euch die Erklärungen zu Verfahren, Geschäftsordnung und Abkürzungen, damit ihr nicht den Überblick verliert. Aber keine Angst: Solltet ihr etwas nicht verstehen oder Fragen haben, beantworten wir euch gerne alles vor Ort!

Außerdem sind in diesem Reader die inhaltlichen Anträge enthalten, über die wir auf der LSK diskutieren und beschließen. Die könnt ihr euch vorher durchlesen und euch überlegen, was ihr davon haltet. Da auf dieser Konferenz auch der Landesvorstand 2008-2009 entlastet und ein neuer Landesvorstand gewählt wird, findet ihr im Reader die Rechenschaftsberichte der AmtsträgerInnen. So könnt ihr euch einen Überblick darüber verschaffen, was wir im letzten Jahr alles gemacht haben.

Solltet ihr Fragen zur Organisation haben, dann schaut euch zuerst im Reader nach Antworten um. Wenn ihr aber nicht weiter wisst, könnt ihr euch gerne an unsere Geschäftsführung wenden. Die erreicht ihr mit einer E-Mail an info@lsvrlp.de oder telefonisch unter 06131 23 86 21!

In diesem Sinne: Lasst uns durchstarten!



Hanna Zoe Trauer
für den Landesvorstand

Anmeldung

Eure Anmeldung vor der LSK erleichtert uns die Planungen erheblich, so dass z.B. mit größerer Sicherheit dafür gesorgt werden kann, dass alle auch genug zu essen bekommen.

Bitte meldet euch auch dann an, wenn ihr nicht die ganze Zeit anwesend sein könnt!

Anmeldemöglichkeiten:

E-Mail: info@lsvrlp.de

Fon: 06131 / 23 86 21

Web: über das Anmeldeformular auf: www.lsvrlp.de/lsk-delis/

Die Anmeldung auf der LSK selbst ist ab 9.30 Uhr geöffnet. Wer sich vorher brav schriftlich anmeldet, kann nerviges Warten bei der Dateneingabe vermeiden!

Kummernummern

(bitte nur in dringenden! Fällen anrufen, z.B. bei Problemen bei der Anreise o.ä.)

0151 - 17 33 10 89 (Dominik)

0170 - 87 80 294 (Charlet)

Wichtig!

Die LSV zahlt Eure Fahrtkosten (d. h. für Delegierte, nicht für Gäste!). Wir können jedoch nur die **günstigste** Zugverbindung erstatten. Deshalb solltet Ihr mindestens bei der Rückfahrt ein **Wochenend-/Rheinland-Pfalz-Ticket** (möglichst zusammen mit anderen) benutzen, wenn es billiger als die normale Verbindung ist. Bei der Anreise mit Autos bitten wir Euch, **Fahrgemeinschaften** zu bilden. Auch hier gilt: Nehmt den **kürzesten** Weg!



Unser Tagungsort

**Landeshauptstadt Mainz
Jockel-Fuchs-Platz 1
55116 Mainz**

www.mainz.de

Finanzen

Der **TeilnehmerInnenbeitrag** zur Deckung eines kleinen Teils unserer Unkosten beträgt **5 Euro**. Versucht, euch den Betrag von eurer lokalen SV erstatten zu lassen.

Alle Delegierten eines Kreises / einer Stadt erhalten **Fahrtkostenerstattung**. Der dafür notwendige Antrag, liegt diesem Reader bei, an der Anmeldung aus oder kann von unserer Homepage heruntergeladen werden (www.lsvrlp.de). Schickt diesen bitte bis zum **14. Dezember 09** an die Landesgeschäftsstelle der LSV (Adresse findet ihr im Impressum). Das Land hat zu diesem Zeitpunkt allerdings schon Kassenschluss, dh. die Fahrtkosten kommen erst nächstes Jahr im Januar. Wenn eure Fahrtkostenanträge erst nach dem 14. Dezember 09 bei uns eintreffen, dann könnt ihr erst im Februar mit Erstattung rechnen.

**Benutzt das Rheinland-Pfalz-Ticket! 27 Euro für 5 Personen!!!
oder das RLP-Single-Ticket: 19 Euro für eine Person!!!**

Und so kommt ihr zu unserem Tagungsort:



mit der Bahn

Mainz ist an das Schienennetz angebunden. Zugverbindungen von verschiedenen Städten in Rheinland-Pfalz aus findet ihr auf der Rückseite dieses Readers oder auf www.bahn.de.

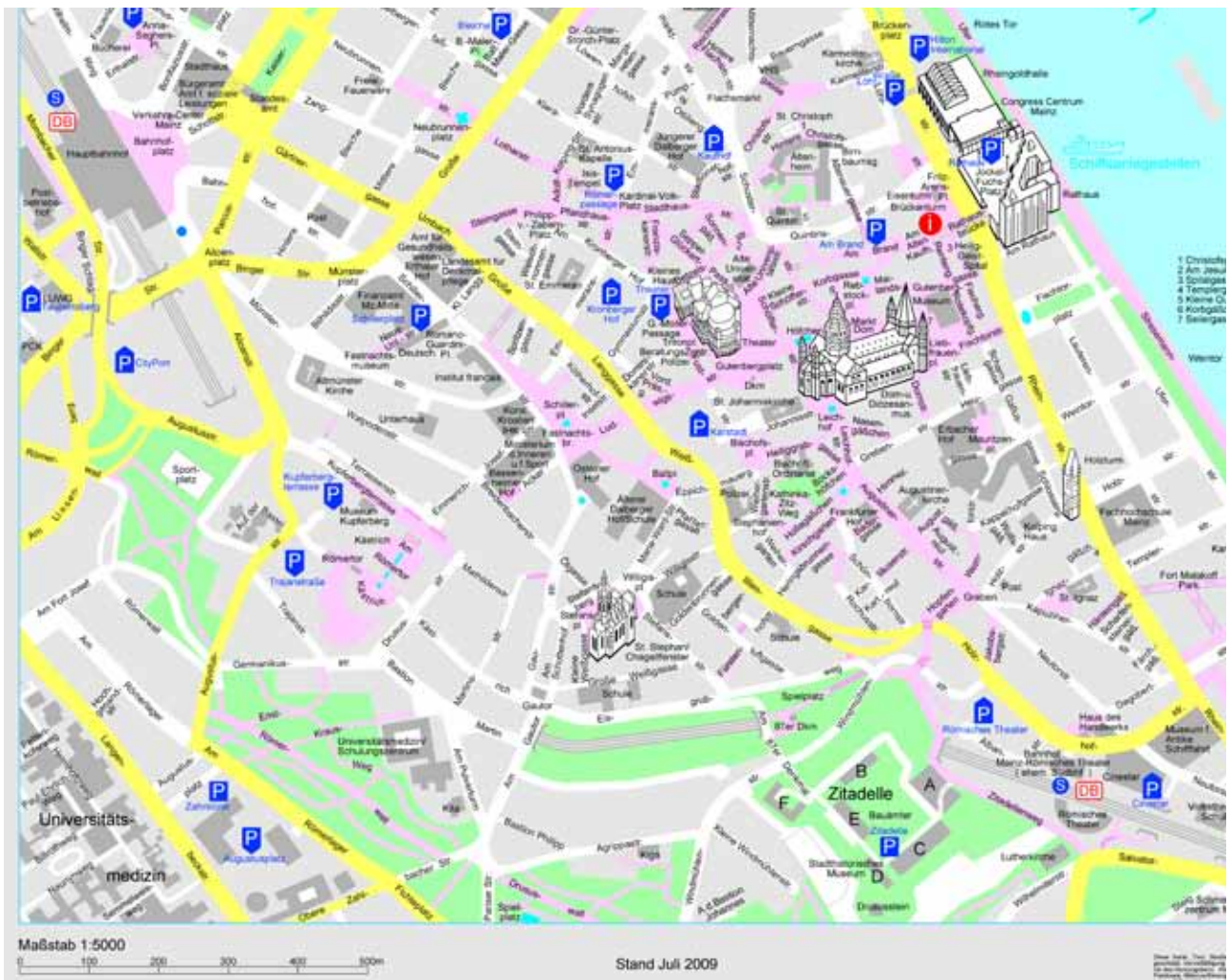
Aus dem Mainzer **Hauptbahnhof** rauslaufen und schräg rechts, den Bahnhofsvorplatz überqueren. An der Haltestelle „I“ (direkt vor der Apotheke) nehmt ihr einen Buss der Linien 55, 54 Richtung Ginsheim, Bischofsheim, 71 Rtg. Bretzenheim, 56, 57 Rtg. MZ-Kostheim, MZ-Kastel und fahrt damit bis zur Haltestelle „**Rheingoldhalle/Rathaus**“.

Ihr überquert die Rheinallee, lauft geradeaus durch das Parkhaus Richtung Rhein, dann rechts, ca. 20 m und gleich wieder rechts, links die Treppe hoch, dann steht ihr vorm Rathaus. Der Eingang ist in der Mitte der langen Schmalseite.



mit dem Auto

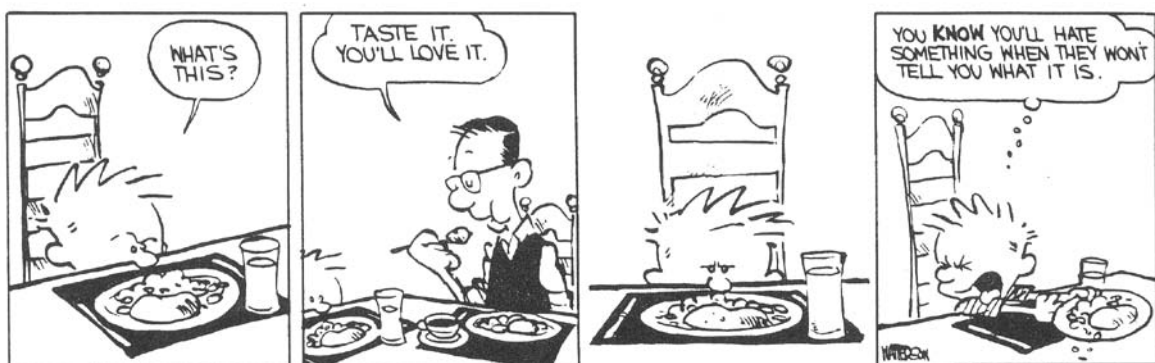
Vorab: Die Anreise mit dem Auto soll die Ausnahme bleiben. Bedingung dafür, dass ihr trotzdem Fahrtkostenerstattung erhaltet, ist, dass ihr Fahrgemeinschaften bildet oder aber auch alleine billiger mit dem Auto als der Bahn reist. Bedenkt, dass mensch in der Mainzer Innenstadt nicht kostenfrei parken kann und wir nur eine Kilometerpauschale von 0,13 € erstatten können.



Montag | 30. November 2009

- 09.30 h Anreise
- 10.30 h Eröffnungsplenum:
TOP 1: Begrüßung
TOP 2: Feststellung der Beschlussfähigkeit
TOP 3: Wahl des Präsidiums*
TOP 4: Wahl des Wahlausschusses
- 11.00 h Plenum:
TOP 5: Entlastungen*
TOP 6: Wahl des Landesvorstands*
TOP 7: Wahl der Bundesdelegierten*
TOP 8: Wahl des Landesausschusses*
TOP 9: Wahl der EinsteigerInnen-LSV*
TOP 10: Wahl der Lichtblick-Redaktion*
TOP 11: Wahl der KassenprüferInnen*
TOP 12: Behandlung der Anträge an die 46.LSK* und an die 47.LSK*
TOP 13: Behandlung der Anträge an die 48.LSK
TOP 14: Beschluss des Protokolls der 45.LSK* und der 46.LSK*
TOP 15: Beschluss des Protokolls der 47.LSK
- 13.30 h Essen
- 14.30 h Fortsetzung des Plenums
- 17.30 h Kleine Abschlussaktion
- 18.00 h Tschüss-Sagen, Abreise

Da die mit einem * gekennzeichneten Punkte der Tagesordnung von der letzten, 47. LSK vom 02.-04.10.2009 in Ludwigshafen wegen Beschlussunfähigkeit vertagt wurden, ist die Zahl der anwesenden Delegierten gem. § 49 (1) Satz 2 des rheinland-pfälzischen Schulgesetzes für die Beschlussfassung zu diesen Punkten bei der 48. LSK nicht relevant.





Wenn Du schon oft auf LandesschülerInnenkonferenzen warst, dann brauchst Du nun gar nicht weiterzulesen. Schicke einfach Deine Anmeldung ab und komm pünktlich. Wenn Du aber noch nie auf einer LSK warst, dann legen wir Dir die nachfolgenden Zeilen sehr ans Herz.

1. LSK – Was ist das?

Eine LSK, ausgeschrieben LandesschülerInnenkonferenz, ist – der Name sagt es schon – eine Konferenz, und zwar eine landesweite Konferenz von Schülerinnen und Schülern. Diese wird von der LandesschülerInnenvertretung (LSV) organisiert und ist für diese enorm wichtig. Warum? Die LSK ist „das oberste beschlussfassende Gremium der LSV“, was schlicht und ergreifend heißt, dass in der LSV das umgesetzt wird, was die LSK beschließt. Aber so weit sind wir nun noch nicht. Also, jede SV einer rheinland-pfälzischen Schule mit Sekundarstufe I oder II schickt zwei Personen auf die Treffen der Kreis- oder Stadt-SV in ihrem Kreis/ihrer Stadt. Dabei dürfen dies nicht irgendwelche Personen sein, sondern zwei von der KlassensprecherInnen- (KSV) oder der SchülerInnenvollversammlung (SVV) gewählte SchülerInnen. Diese handeln im Auftrag ihrer SV, das heißt wiederum, dass das, was sie auf den Treffen sagen, als Meinung ihrer Schule gesehen wird. Diese Kreis- und Stadt-SVen schicken wiederum Delegierte zur LSK. Wie viele das pro Kreis oder Stadt sind, hängt von der Anzahl der SchülerInnen ab.

2. Auf zur LSK!

Nun, lassen wir die Delegierten – oder sagen wir einfach DICH – auf die LSK fahren. Jetzt packst du deinen Rucksack: Kleider, Waschzeug, was zu schreiben, die Delegiertenunterlagen, Isomatte, Schlafsack, etc. Also, du fährst hin (natürlich werden dir die Fahrtkosten erstattet, wie das geht steht unter der Wegbeschreibung) und kommst

hoffentlich sicher und froh an der LSK-Schule an. Dann gehst du erst einmal zur Anmeldung.

3. Warten auf den Beginn – Anmeldung

Dort erwartet dich jemand von uns. Sie bzw. er hält erstmal mit dir einen Schwatz über deine Schule etc. und knöpft dir deine Daten ab. Im Gegenzug bekommst du eine STIMMKARTE (wird noch sehr wichtig, also nicht verlieren). Danach gibt's Kaffee und Snacks, Fotos von der letzten LSK und viele nette Leute, die dir bei Fragen gerne helfen. Bis dann die LSK offiziell vom Landesvorstand eröffnet wird.

4. Beginn der LSK – Formalkrams

So, irgendwann hat die Wartezeit dann auch ein Ende, alle werden ins Plenum (so heißt es, wenn sich alle zur Sitzung treffen) geschweicht und ein Mitglied des Landesvorstandes sagt euch „Guten Tag, herzlich willkommen, wir wählen jetzt die Präsidentin bzw. den Präsidenten.“ Das passiert immer auf der ersten LSK im Schuljahr, denn ein Präsidium leitet alle LSKen, die in einem Schuljahr stattfinden. Aber warum soll ich da jemanden wählen, den ich gar nicht kenne? So schlimm ist das nicht, denn die Präsidentin/der Präsident leitet zwar die LSK, aber wenn sie/er Mist baut, kann sie/er auch wieder abgewählt werden. Eine Besonderheit ist, dass sich die KandidatInnen zwar vorstellen, du sie aber nix mehr fragen kannst. Den oder die Präsi unterstützen einE ProtokollantIn und einE technischeR AssistentIn. Diese drei bilden das Präsidium, leiten die LSK. Das Besondere ist, dass

die Drei nichts Inhaltliches sagen dürfen, sondern neutral und unabhängig bleiben sollen, von wegen „Fairplay“ und so.

5. Schreckgespenst „Geschäftsordnung“

Ach ja, bevor wir jetzt zu den weiteren Tagesordnungspunkten kommen, ist es unvermeidlich ein paar Worte zur – von Erfahreneren liebevoll „GO“ genannten – Geschäftsordnung zu verlieren. Bei einer LSK treffen sich über 100 Leute, um über SV, SchülerInnen, Schule und so weiter zu diskutieren. Dies könnte man wild durcheinander machen und hätte vielleicht auch ganz nette Diskussionen untereinander. Aber auf der LSK sollen ja Diskussionen für alle verständlich geführt werden und am Ende soll auch noch was rauskommen. „Strukturierung“ heißt dann das Zauberwort und diese Strukturierung (frei übersetzt: In-Bahnen-Lenken von Diskussionen) geschieht durch die GO.

Die GO wird von drei Grundideen getragen:

- Fairness und Waffengleichheit im Diskussionsverhalten (alle sind gleichberechtigt)
- transparente Diskussionen
- eins nach dem anderen

Man kann darüber streiten, ob diese Ansprüche wirklich befriedigt werden. Aber vorläufig muss und kann man mit der GO ganz gut leben. Am besten liest du sie dir einfach mal durch.

Eigentlich enthält sie nur Selbstverständlichkeiten:

- Wenn über A gesprochen wird, solltest du nichts zu B, sondern eben über A sagen.
- Wenn dir die Diskussion zu lang wird und stinkt, streckst du beide Arme in die Luft, dann kannst du einen GO-Antrag auf Beendigung der Debatte (Diskussion zu einem Thema), auf Ende der Redeliste (wird niemand mehr dazu geschrieben) und/oder sofortige Abstimmung stellen.
- Der/die PräsidentIn leitet die Diskussion, sagt wer nun reden darf („gibt das Wort“) und verwarnt Störende.
- Bei Abstimmungen darf nur mit der Delegiertenkarte in der Hand abgestimmt werden (vermeidet, dass Gäste selbiges tun...).

Also schlimm ist die GO nun wirklich nicht, höchstens ungewohnt, dafür aber ungemein hilfreich.

6. Antragsbehandlung

Was ist denn ein Antrag? Die LSK diskutiert über Dinge, die SchülerInnen betreffen. Darum kann jede Schülerin und jeder Schüler aus Rheinland-Pfalz auch verlangen, dass sich die LSK mit einem bestimmten Thema beschäftigt. Beispielsweise will eine K. aus X, dass ihr Verkehrsverbund, der halb Rheinland-Pfalz umfasst, ein SchülerInnen-ticket einführt. Oder jemand will, dass die Bildungsministerin Theater als Unterrichtsfach einführt, Noten abschafft, etc. Weiter hinten in diesen Unterlagen findest du einen Musterantrag. Der Möglichkeiten sind keine Grenzen gesetzt. Ob die LSK einem Antrag zustimmt und der Landesvorstand dann etwas dafür tun muss, dass das, was im Antrag steht, auch gemacht wird, hängt dann von der LSK ab. Übrigens muss ein solcher Antrag den Delegierten rechtzeitig (mindestens drei Tage vor Beginn der LSK) vorliegen. Ist etwas ganz dringend, kann auf der LSK selbst ein sog. „Initiativantrag“ gestellt werden. Den müssen dann mindestens fünf Stimmberechtigte unterschreiben („unterstützen“), damit er – sofern die LSK dies beschließt – auf die Tagesordnung genommen werden kann.

7. Landesvorstand (LaVo)

Einen zweiten wichtigen Teil der LSK nimmt die Wahl des LaVos ein. Er besteht aus 5-10 gleichberechtigten von der LSK beauftragten Leuten, die Beschlüsse ausführen und die Geschäfte der LSV führen sollen.

Hierbei gibt es an Arbeitsbereichen in der Regel:

- InnenreferentIn (Kontakt zu den Schulen und der LSV-Gremien untereinander)
- AußenreferentIn (Kontakt zum Ministerium, zu Verbänden und der sonstigen Öffentlichkeit)
- FinanzreferentIn (sorgt sich um unser Geld)
- PressereferentIn (kümmert sich um Presse-

und Öffentlichkeitsarbeit)
- ReferentInnen, die zu im Arbeitsprogramm verankerten Themenbereichen arbeiten

Dem LaVo sollen SchülerInnen von mindestens drei verschiedenen Schularten in Rheinland-Pfalz angehören.

Nach der Beendigung der Amtszeit, also nach einem Jahr, muss ein neuer LaVo gewählt werden. Die Wahlen zum neuen Landesvorstand finden immer auf der 1. LSK im Schuljahr statt.

Wahlen laufen immer gleich ab:

- > Präsi ruft den Wahlgang auf und bittet um KandidatInnenvorschläge
- > Leute können vorgeschlagen werden (KandidatInnen)
- > Präsi schließt die Vorschlagsliste
- > Vorgeschlagene stellen sich vor
- > Befragung zur Arbeit
- > Präsi ruft die Wahl auf
- > Wenn eine Person geheime Wahl will, wird geheim gewählt, ansonsten mit Handzeichen
- > Präsi sagt das Ergebnis
- > Die Person wird gefragt, ob sie die Wahl annehme,
- > wenn ja: herzlichen Glückwunsch
- > wenn nein: Mist, Neuwahl

Für den Vorstand kandidieren kann prinzipiell jede Schülerin und jeder Schüler. Ein bisschen SV-Erfahrung sollte aber da sein. Allerdings ist alles gar nicht so schlimm, wie immer getan wird. LaVo-Arbeit ist eine sehr hilfreiche und interessante Erfahrung.

8. Kreis- und StadtschülerInnenvertretung (KrSV/SSV)

In jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt in Rheinland-Pfalz gibt es eine Kreis- oder Stadt-SV. Dort treffen sich ca. einmal im Monat zwei Delegierte jeder Schule im Kreis oder der Stadt.

Dort kann man sich sehr gut über die SV-Arbeit an den einzelnen Schulen austauschen, gemeinsame Projekte planen und in der Schulpolitik im Kreis oder der Stadt mit-

mischen. Denn die KrSVen und SSVen wählen Delegierte für den Schulträgerausschuss. Den gibt es in jedem Kreis und in jeder Stadt; dieser bezahlt das Geld für Gebäude und Einrichtungen. Außerdem wählen die KrSVen und SSVen die Delegierten zur LSK.

9. Landesausschuss (LA)

Der LA hat die wichtige Aufgabe, den LaVo zu kontrollieren. Zwischen den LSKen ist er das höchste beschlussfassende Gremium. Im Notfall kann er LaVo-Mitglieder nachwählen. Der LA besteht aus 12-15 Mitgliedern und wird auch auf der LSK gewählt.

10. Delegierte zur Bundesebene

Auf der 1. LSK im Schuljahr werden in der Regel 3 Delegierte und 3 StellvertreterInnen für die Bundesebene gewählt. Diese treffen sich mit Mitgliedern der LSVen anderer Bundesländer um sich auszutauschen und gemeinsame Aktionen zu planen.

11. Die EinsteigerInnen-LSV

Wer erst einmal ein Jahr in die Arbeit des LaVo reinschnuppern möchte, bevor sie oder er sich selbst in den LaVo wählen lässt, kann sich auf der 1. LSK im Schuljahr in die EinsteigerInnen-LSV wählen lassen. Dort kannst du die Arbeit des LaVos hautnah miterleben und selbst Aufgaben übernehmen, ohne Pflichten einzugehen.

12. Landesarbeitskreise (LAKe)

LAKe können von der LSK zu bestimmten Themen eingerichtet werden. Sie sind ein in regelmäßigen Abständen tagendes Diskussionsforum für interessierte Schüli. Auch hier gilt: Mehr Infos auf der LSK!!!

Wo finde ich die LSV?



DGB-Haus | 1. Stock
Kaiserstraße 26-30
55116 Mainz

Fon: 06131 / 23 86 21
Fax: 06131 / 23 87 31
Mail: info@lsvrlp.de
Web: www.lsvrlp.de

Bürokernzeiten:
Mo. 10.00 - 18.00 Uhr
Di. 10.00 - 13.00 Uhr
Mi. 10.00 - 17.00 Uhr
Do. 11.00 - 17.00 Uhr
Fr. 12.00 - 18.00 Uhr

IMPRESSUM

Reader
 zur 48. LandesschülerInnenkonferenz

LandesschülerInnenvertretung
 Rheinland-Pfalz
 Kaiserstraße 26-30
 55116 Mainz

fon. 06131 - 23 86 21
 mail. info@lsvrlp.de
 web. www.lsvrlp.de

Satz und Layout:
 Charlet Flauaus, David Waldecker

Druck: AStA-Druckerei Uni Mainz

Auflage: 100 Stück

November

Anträge



A 0: Änderung der GO, dazu Ä 1: Quotierung

A 1: Arbeitsprogramm für 2009-10

A 2: „Eine Schule für alle“

A 3: Eingliedriges Schulsystem

A 4: Chancengleichheit

A 5: Kopftuchverbot

Ä 1 zu V A 6: Bildungsstreik

V A 1: Leitantrag: Geschlechterverhältnisse in der Schule | V A 2: Wahlalter

V A 3: Multimediageräte-Verbot in Schulen | V A 4: Überwachung abbauen

V A 5: Schulkonferenz | V A 6: Unterstützung Bildungsstreik 2009

V A 7: Neugründung der Landesarbeitskreise | V A 8: Gründung des LAK Protest

V A 9: Gründung des LAK Umwelt | V A 10: Gründung des LAK AntiRa

V A 11: Sexualkunderichtlinien | V A 12: Homosexualität, sexuelle Orientierung



Hier könnte DEIN Antrag stehen!

Wie schreibe ich einen Antrag?

Wenn dir ein Thema wichtig ist und du willst, dass sich die LSV damit befasst, kannst du einen Antrag schreiben. Dieser wird dann auf der LSK abgestimmt.

Antragsschluss für diese LSK – so dass satzungsgemäß die Anträge den Delegierten bis drei Tage vor der Konferenz zugehen können – ist **Freitag, der 20. November 2009**. Danach, also auch auf der LSK selbst, kannst du noch Initiativanträge stellen. Das bedeutet, dass dein Antrag, bevor du ihn auf der LSK beim Präsidium einreichen kannst, von mindestens 5 Stimmberechtigten unterschrieben („unterstützt“) werden und das Plenum dann noch mehrheitlich für die Behandlung des Antrages stimmen muss.

Ein Antrag besteht aus vier Teilen:

1. AntragstellerIn: Dein Name, oder auch ein SV-Team
2. Betreff: Beschreibe hier kurz um was es geht, nicht mehr als zwei Zeilen
3. Antragstext: Das ist das Wichtigste überhaupt. Der Antragstext sollte präzise formuliert sein. Hier hinein kommt, wer was Deiner Meinung nach tun soll. Schreibe hier nichts Erklärendes rein („... soll, weil...“), dafür ist nämlich Platz in der
4. Antragsbegründung: Was hier drin steht, wird nicht mit abgestimmt, d.h. wenn in diesem Teil eine Forderung oder Anweisung steht, ist sie nicht gültig/verbindlich. Hier kannst du nur erklären, warum das getan werden soll, was du oben geschrieben hast! Als Beispiel kannst du den (zugegebenermaßen extrem sinnlosen) Musterantrag nehmen!

Antrag M1 (Achtung, Muster!!!)

(Achtung, Muster!!!)

(Achtung, Muster!!!)

AntragstellerIn:

SV des Präsident-Bernd-Beber-Privatgymnasiums, Mainz

Betreff: Polsterung der Schulfußböden

Antragstext:

Der Landesvorstand der LSV/GG soll sich dafür einsetzen, dass alle Fußböden in Schulen mit Perserteppichen gepolstert werden. Die Teppiche sollen rot sein und kleine Männchen als Muster haben. Die anfallenden Kosten sollen vom Ministerium für Fußbodenbeläge (MFB) gedeckt werden.

Antragsbegründung

(wird nicht mit abgestimmt):

Oft passiert es, dass sich SchülerInnen beim Fall auf die harten Fußböden schwer verletzen. Auch LehrerInnen kommen zu Schaden, wenn sie unwillkürlich stolpern und stürzen. Der dadurch entstehende Unterrichtsausfall kann nicht mehr geduldet werden. Die Farbgebung und das Muster dienen als Auflockerung des Unterrichtsalltags. Graue Linoleumböden hingegen führen oft zu Aggressionen, die den Unterricht beeinträchtigen.

Das MFB hat schon alle Ministerien mit Perserteppichen gepolstert, wir fordern, dies nun auch in der Schule zu tun.

A 0 Änderung der Geschäftsordnung der LandesschülerInnenkonferenz

Antragssteller_innen: Landesvorstand

Antragstext:

Ändere Punkt 1. Regularien in

„Ein Mitglied des Landesvorstandes eröffnet die LandesschülerInnenkonferenz unter Einhaltung folgender Ordnung:

a) Feststellung der Beschlussfähigkeit gem. § 8 der LSV-Satzung

Bei der ersten LSK im Schuljahr:

b) Wahl des Präsidiums“

Begründung:

- Die Dopplung „Feststellung der Beschlussfähigkeit“ ist entfernt.
- Ebenso wurde „Feststellung der stimmberechtigten Anwesenden“ entfernt, weil es den gleichen Vorgang beschreibt.
- Die Beschlussfähigkeit ist in der neuen LSV-Satzung in § 8 geregelt.
- Das Präsidium wird wie in der neuen LSV-Satzung geregelt für ein Jahr gewählt.

Ändere Punkt 2. Präsidium in:

„2. Präsidium:

Die LSK wählt aus ihrer Mitte ein Präsidium. Das Präsidium besteht aus der/dem PräsidentIn, und zwei gleichberechtigten StellvertreterInnen, das heißt einem/r ProtokollantIn, einem/r technischen AssistentIn. Zusätzlich wählt die LSK aus ihrer Mitte drei StellvertreterInnen für das Präsidium.

Der/die technische AssistentIn ist für die Führung der RednerInnenlisten, Ermittlung der Abstimmungsergebnisse, etc. zuständig.

Gewählt ist, wer die einfache Mehrheit aller anwesenden Stimmberechtigten auf sich vereinigen kann. Die Gewählten sind für ein Jahr im Amt. Die Wahl des/der PräsidentIn erfolgt ohne Aussprache. Der/Die PräsidentIn, oder im Verhinderungsfall der/diejenige seiner StellvertreterInnen, der/die nicht das Amt des/der ProtokollantIn ausübt, leitet die LSK nach Satzung und Geschäftsordnung. In Zweifelsfällen über Satzung und Geschäftsordnung entscheidet der/die PräsidentIn, in grundsätzlichen Fragen entscheidet das Präsidium.

Begründung:
siehe oben.

Ändere im Punkt 16. Abstimmungen:

Alt: „(..)Die Beschlussfähigkeit richtet sich nach §9 der Satzung. (..)“

Neu: „(..)Die Beschlussfähigkeit richtet sich nach §8 der Satzung.(..)“

Begründung:
siehe oben.

Die neuen Regelungen sind markiert.

Ä I zu A 0

Änderungsantrag ÄI an A0 – Änderung der Geschäftsordnung

Antragstellerin: Hanna Zoe Trauer

Antragstext:

Einfügen als weitere Änderung an der Geschäftsordnung

Einfügen eines neuen Punktes 6.:

„6. Quotierungen“

a) Quotierung nach Schularten:

Wenn einE DelegierteR dies fordert, sollen alle Wahlen und Diskussionen nach Schulart quotiert werden. Bei Wahlen wird daraufhin jeder Schulart, von der Delegierte vertreten sind und kandidieren, ein Platz zur Verfügung gestellt. In Diskussionen erteilt das Präsidium in quotierter Reihenfolge das Wort.

b) Quotierungen nach Geschlecht:

Wenn einE DelegierteR dies fordert, sollen Wahlen und Diskussionen nach Geschlecht quotiert werden. Bei Wahlen werden daraufhin 50% der Plätze an Frauen und 50% der Plätze an Männer vergeben. In Diskussionen erteilt das Präsidium in quotierter Reihenfolge das Wort.“

Begründung:

a) In der Satzung setzt sich die LSV für eine angemessene Berücksichtigung aller Schularten ein. Gerade in Diskussionen und bei Wahlen ist diese nicht immer gegeben: Menschen, die bereits mehr Diskussionserfahrungen (z.B. aufgrund ihrer schulischen

Bildung) haben, bringen sich mehr in Diskussionen ein und sind evt. erfolgreicher bei ihren Kandidaturen. Sollte dieser Fall eintreten, so soll es allen Delegierten möglich sein, mit einer Quotierung dagegen vorzugehen und somit für eine angemessene Berücksichtigung ihrer eigenen oder einer anderen Schulart zu sorgen. Durch die „Soll“-Regelung (bedeutet: muss, wenn kann) wird erreicht, dass eine Redeliste nur dann quotiert ist, wenn auch Menschen von unterschiedlichen Schularten sprechen möchten, und dass eine Wahl nur dann quotiert ist, wenn auch Menschen von unterschiedlichen Schularten kandidieren möchten. Es sind also nach wie vor alle Freiheiten gegeben. Ohnehin wird die Forderung nach einer Quotierung nur dann aufkommen, wenn es Probleme bei der angemessenen Berücksichtigung gibt – und in diesem Fall ist eine Regelung selbstverständlich auch nur sinnvoll!

b) Die LSV setzt sich für eine Gleichbehandlung der Geschlechter ein. Aufgrund gesellschaftlicher Umstände ist diese nicht immer gegeben, da sich Menschen oft ihrem Geschlecht entsprechend verhalten. So kann es sein, dass eine Gruppe (die Frauen oder die Männer) deutlich eloquenter ist und sich in einer Diskussion häufiger äußert, oder bei Kandidaturen anders vorgeht, und somit die andere Gruppe nicht angemessen berücksichtigt wird. In der aktuellen Gesellschaft gibt es noch teilweise unterschiedliche Interessen bei beiden Geschlechtern, und beide sollen Berücksichtigung in der Arbeit und Beschlussfindung der LSV finden. Deswegen ist es sinnvoll, dass es allen Delegierten möglich ist, wenn sie eine Ungleichheit wahrnehmen, dagegen mit einer Quoten-Regelung vorzugehen. Da nur auf Antrag quotiert wird, steht fest, dass alle Freiheiten gegeben sind, und nur dann die Quotierung greift, wenn von den Schülerinnen und Schülern Probleme wahrgenommen werden – denn nur dann ist das auch sinnvoll! Die „Soll“-Regelung (bedeutet: muss, wenn kann) sorgt auch in diesem Fall dafür, dass nur dann quotiert wird, wenn Frauen bzw. Männer sprechen bzw. kandidieren möchten.

A I

Arbeitsprogramm für den Landesvorstand und die Bundesdelegation 2009-10

Antragsteller: Patrick Simon, Steffen Zorn (LA-Sprecher)

Antragstext:

Die LSK möge folgendes Arbeitsprogramm für den Landesvorstand und die Bundesdelegation 2009-10 beschließen:

Strukturreform der LSV

- Der Landesvorstand soll dafür sorgen, dass die Umstrukturierung der LSV/GG zu einer SchülerInnenvertretung aller Schularten weiterhin möglichst reibungslos verläuft. Dies bedeutet insbesondere, dass intensiv am Aufbau der Kreis- und Stadt-SVen gearbeitet wird. Dabei sollen bis zur 48. LSK alle 36 Kreis- und Stadt-SVen gegründet sein.
- Bei dem Aufbau soll der Landesvorstand die Aktiven vor Ort durch Mobilisierung, Einladung zu den Treffen, Anwesenheit und Moderation bei konstituierenden Sitzungen (und bei weiteren, wenn nötig), Erstellen von Musterdokumenten für z.B. Satzung, Protokoll, Einladung usw. unterstützen.
- Der Landesvorstand soll zur besseren Kommunikation in den Kreis- und Stadt-SVen die E-Mail-Verteiler moderieren. Auch sollen LaVoMis eingeteilt werden, die Kreis- und Stadt-SVen betreuen.

- Der Landesvorstand soll aus vorhandenen (und gegebenenfalls neu zu erstellenden) Dokumenten eine Publikation erstellen, die Tipps und Hinweise zur SV-Arbeit in Stadt und Kreis bietet. Diese soll auch digital verfügbar sein.

- Der Landesvorstand soll nach Konstituierung einer Kreis- oder Stadt-SV in Zusammenarbeit mit Aktiven vor Ort den Schulträger, das Bildungsministerium, die Landtagsfraktionen und die Öffentlichkeit informieren.

SV-Bildung

- Der Landesvorstand soll darauf hinarbeiten, dass die SchülerInnen durch den Sozialkundeunterricht/alternativ über die VertrauenslehrerInnen über ihre Rechte und Pflichten aufgeklärt werden. Ebenso sollen die Partizipationsmöglichkeiten von SchülerInnen in der Schule aufgezeigt werden. Dies kann durch eine angestrebte gesetzliche Reglementierung erreicht werden.

- Der Landesvorstand soll die Durchführung der bereits geplanten Seminare für SVen und VerbindungslehrerInnen im November 2009 unterstützen und bei der Bewerbung und Organisation helfen.

- Der Landesvorstand soll darauf hin wirken, dass es künftig Fortbildungen für SVen und VerbindungslehrerInnen im Institut für schulische Fortbildung (LfB) gibt. Dafür sollen Gelder aus dem Landeshaushalt bereitgestellt werden und ein Seminarekonzept in enger Zusammenarbeit zwischen LSV, MBWJK und LfB erstellt werden.

- Der Landesvorstand soll sich darum kümmern, dass SVen Seminare zur Weiterbildung angeboten werden. Dabei soll sich auch um eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem SV-Bildungswerk e.V. und dem daran angegliederten „SV-Berater(Innen)“-Projekt bemüht werden.

- Die Kommunikation und der Wissensaustausch unter den SVen in den einzelnen

Kreis- und Stadt-SVen soll gefördert werden.

- Der Landesvorstand soll sich um inhaltliche Seminar zu klassischen SV-Themen und darüber hinaus bemühen.

Publikationen

- Der Landesvorstand soll weiterhin mindestens einmal im Monat „SV-Tipps“ über den E-Mail-Verteiler verschicken. Die „SV-Tipps“ leisten den SVen konkrete Unterstützung für die Arbeit an ihrer Schule, indem sie Tipps, Hinweise und Erläuterungen zur SV-Praxis geben. Der Text soll via eMail als PDF-Dokument angehängt werden, was das leichte Ausdrucken und Abheften ermöglicht, und außerdem auf der Homepage veröffentlicht werden.

- Ein Landesvorstandsmitglied soll sich um den Kontakt zur Redaktion des Lichtblicks kümmern und dafür sorgen, dass zwei Ausgaben während der Amtszeit erstellt werden. Dabei soll verstärkt auf die Mitarbeit von SchülerInnen gesetzt werden, die nicht im Redaktionsteam sind, aber Interesse am Schreiben von einzelnen Artikeln haben. Hier soll auch die Möglichkeit der Basisbeteiligung (zum Beispiel in Form von LeserInnenbriefen) gefördert werden.

- Mindestens zwei Mitglieder des Landesvorstandes sollen sich um die Fertigstellung des SV-Handbuchs kümmern. Ihnen steht es dabei frei, weitere ExpertInnen und (Nicht-) SchülerInnen Artikel schreiben zu lassen.

- Der Landesvorstand soll sich um die Produktion von Merchandise kümmern, z.B. Kugelschreiber, Aufkleber, Feuerzeuge, T-Shirts, Spuckis.

- Der Landesvorstand soll weitere wichtige Publikationen fertig stellen, wie z.B. ein allgemeines Faltblatt über die LSV oder Plakate mit Zitaten aus Vorschriften/Gesetzen, die grundlegende Rechte von SchülerInnen erklären.

- Der Landesvorstand soll Rundschreiben

zusätzlich zum Postwege auch auf digitalem Wege versenden.

Pressearbeit

- Ein Landesvorstandsmitglied soll dafür sorgen, dass mindestens jeden Monat eine Pressemitteilung zu Themen der LSV und aktuellen Debatten herausgegeben wird. Zu aktuellen Debatten sollen entsprechend mehr PMs veröffentlicht werden.

- Die Pressekonferenzen des MBWJK und anderer Bildungsverbände sollen so oft wie möglich besucht werden.

- Der Landesvorstand soll sich darum bemühen, dass der Kontakt zu den öffentlichen Medien ausgebaut und erweitert wird und Termine und Veranstaltungen der LSV in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden.

- Der Landesvorstand soll auch im Bereich der Pressearbeit die Kooperation mit anderen Organisationen und Verbänden suchen und gemeinsam auf Probleme aufmerksam machen, z.B. mit der GEW und dem LEB.

- Der Landesvorstand soll dafür sorgen, dass ein E-Mail-Verteiler eingerichtet wird, über den alle Pressemitteilungen der LSV, sowie wenn möglich Presseartikel, welche die LSV und ihre Arbeit betreffen, weitergeleitet und verteilt werden. Hierbei könnten auch regelmäßige Infos über die aktuelle Arbeit, sowie aktuelle Aktionen verteilt werden.

Landesarbeitskreise

- Der Landesvorstand soll die neu entstehenden LAKe im Aufbau unterstützen und im Rahmen der eigenen Möglichkeiten an Sitzungen und Projekten teilnehmen. Insbesondere sollen BasisschülerInnen zur Mitwirkung in den LAKen motiviert werden.

Demokratisierung

- Der Landesvorstand soll eine Publikation für Schülerinnen und Schüler erstellen, die erklärt und aufzeigt, wo und wie Demokratie in der Schule im Rahmen der momentanen gesetzlichen Bestimmungen möglich ist.
- Der Landesvorstand soll sich dafür einsetzen, dass die Kreis- und Stadt-SVen ein Stimmrecht in den Schulträgerausschüssen erhalten.
- Der Landesvorstand soll weiterhin in der Transfergruppe „Demokratie lernen und leben“ im MBWJK mitarbeiten und engagiert sich beim Ausbau des Netzwerkes demokratischer Schulen.
- Der Landesvorstand soll für die finanzielle Unterstützung des 5. Landesdemokratietages im Herbst 2010 sorgen und engagiert sich inhaltlich bei dessen Vorbereitung.

Ganztagschulprogramm

- Der Landesvorstand soll den Kontakt zur Servicestelle Jugendbeteiligung sowie der Serviceagentur Ganztägig Lernen in Speyer beibehalten und ausbauen.

Bundesebene

- Die exekutiven Gremien (Landesvorstand und Bundesdelegierte) sollen sich für eine bundesweite Interessenvertretung von SchülerInnen einsetzen. Dies soll in Form eines aktionsbedingten bundesweiten Vernetzungsbündnisses geschehen.

Bildungsfinanzierung

- Der Landesvorstand soll sich weiterhin an der Debatte um Studiengebühren beteiligen und entsprechende Aktionen gegen Studiengebühren organisieren und selbst durchführen.

- Der Landesvorstand soll sich dafür einsetzen, dass das „Kopiergeld“ oder „Mediengeld“, das an Schulen erhoben wird, abgeschafft wird.

- Der Landesvorstand soll sich weiterhin für Lernmittelfreiheit einsetzen.

Sommercamp

- Die LSV soll auch 2010 wieder ein Sommercamp, wenn möglich in Kooperation mit der LSV Hessen, durchführen.

Bildungsstreik

- Die LSV soll zusammen mit anderen Verbänden und Organisationen den Bildungsstreik nachbereiten und weitere Bildungsstreik-Aktivitäten in der Vorbereitung und Durchführung unterstützen.

Sexualität

- Der Landesvorstand soll sich um eine bessere Aufklärung im Allgemeinen, sowie an Schulen im Besonderen bemühen.
- Es soll angestrebt werden, dass sich die Anti-Aids-Stiftung wieder an den LSKen beteiligt und einen Informationsstand aufbaut.
- Mindestens ein CSD in RLP soll von der LSV unterstützt werden.
- Es sollen Projektstage zur sexuellen Aufklärung und zu Aids gefordert werden.

Umwelt

- Der Landesvorstand soll sich stärker um Umwelterziehung bemühen und ausgewählte Projekte unterstützen.

Antirassismus

- Mindestens ein Vorstandsmitglied soll regelmäßig die Treffen des Netzwerks für Demokratie und Courage besuchen.
- Der Landesvorstand soll ausgewählte Demonstrationen und Aktionen gegen Rassismus unterstützen.

Datenschutz

- Der Landesvorstand soll die Entwicklung rund um die (in einigen Bundesländern geplante) Einführung der „SchülerInnen-ID“ verfolgen und eine bundesweite Kampagne mit den anderen LSVen, Elternbeiräten und weiteren KooperationspartnerInnen dagegen durchführen.
- Der Landesvorstand soll auf die Abschaffung von „Pädagogischen Schulnetzwerken“, die Zensur und Kontrolle von SchülerInnen ermöglichen, wie MNS+, hinwirken.
- Der Landesvorstand soll sich weiterhin gegen jegliche datenschutzrechtlich fragliche Aktion in Deutschland aussprechen (wie z.B. die Einführung der einheitlichen Steuernummer, die Vorratsdatenspeicherung, das BND-Gesetz etc.).

Kontakt

- Der Landesvorstand soll nach Möglichkeit zu folgenden Organisationen Kontakt aufbauen bzw. diesen verbessern:
 - den politischen Organisationen, Verbänden und Parteien
 - dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur
 - den LandesschülerInnenvertretungen anderer Bundesländer
 - dem Landeselternbeirat/Bundeselternbeirat
 - den LehrerInnengewerkschaften und -Verbänden
 - der DGB-Jugend
 - dem AStA der Universität Mainz und weiteren Studierendenvertretungen

- Der Landesvorstand versendet einmal pro Quartal eine Info-Mail an die oben genannten Verbände und Organisationen und weitere, in der über aktuelle Projekte und die Arbeit der LSV informiert wird.
- Durch den Kontakt zu anderen SV-Bildungsorganisationen soll ein reger Austausch über SV-Bildungsmaßnahmen entstehen. Auch die Durchführung gemeinsamer Projekte (z.B. SV-Seminare) soll angestrebt werden. Dies soll langfristig zur Erarbeitung von SV-Bildungsstandards führen.

A2

Leitantrag zur 47. LSK:

„Eine Schule für alle – die Gemeinschaftsschule“

Antragsteller: Landesvorstand

Antragstext:

Die Landesvertretung der Schülerinnen und Schüler Rheinland-Pfalz setzt sich, unter dem Stichpunkt „Eine Schule für alle“, für die Entstehung einer Gemeinschaftsschule ein. Hier sollen mit starker individueller Förderung Schülerinnen und Schüler verschiedenen Alters und verschiedener Begabungen miteinander zusammen lernen. Vor allem betrifft dies auch Schülerinnen und Schüler so genannter Förderschulen. Eine Trennung wie im bisherigen mehrgliedrigen Schulsystem findet nicht mehr statt.

Das deutsche Schulsystem teilt seit jeher auf. Es teilt Schülerinnen und Schüler nach Alter, angeblicher Leistungsstärke, ja sogar nach sozialer Herkunft und Einkünften der Eltern oder Erziehungsberechtigten ein. Das Schulsystem ist dabei nicht einmal ein dreigliedriges, oftmals findet eine weitere Differenzierung statt. So hat auch die Förderschule, ehemals Sonderschule genannt, in Deutschland eine lange Tradition. Schülerinnen und Schüler, die scheinbar mehr Hilfe benötigen, Schülerinnen und Schüler mit körperlichen und geistigen Einschränkungen, werden hier hin abgesondert. Hiermit entgeht ihnen nahezu jegliche Chance, in unserer Gesell-

schaft ein vollwertiges Mitglied zu werden. Auch die Schulform, die eigentlich integrieren sollte, die Gesamtschule, tut dies nicht vollkommen. Innere Leistungs-differenzierung ist auch hier an der Tagesordnung und lässt innerhalb eines Systems eine Hierarchie entstehen. Verbesserungen werden in den Integrierten Gesamtschulen erzielt, besser als das Lernen in einer Regelschule ist das Lernen und Zusammenarbeiten in einer Integrierten Gesamtschule allemal. Allerdings sind auch hier Verbesserungen in Bezug zum Thema „Eine Schule für alle“ zu erzielen.

In Rheinland-Pfalz ist die Differenzierung besonders stark, vor allem für diejenigen Schülerinnen und Schüler, die auf eine Förderschule geschickt werden. Hier hat Rheinland-Pfalz deutschlandweit eines der differenziertesten und am weitesten ausgebauten Systeme: Förderschulen für Menschen mit „Lernbehinderungen“, für Schülerinnen und Schüler mit geistigen Behinderungen und Schulen für verschiedenste körperliche Einschränkungen bietet das rheinland-pfälzische Schulsystem. Dies zeigt: Aufteilen ist die besondere Stärke des Schulsystems vor Ort. Eine starre Altersdifferenzierung findet darüber hinaus ebenso statt. Lernstand, Lernfortschritt, persönliche Entwicklung und Wünsche werden vernachlässigt, Schülerinnen und Schüler werden starr nach ihrem Alter abgefertigt. Individuelle Förderung sieht anders aus.

Die verschiedenen PISA-Studien, aber auch empirische Forschungen verschiedenster anerkannter BildungswissenschaftlerInnen in Deutschland, zeigen deutlich auf, dass der Weg, den Deutschland geht, weltweit nicht nur einmalig ist, sondern auch schlecht. Es bedarf keiner Diskussion mehr, ob das Schulsystem der Bundesrepublik ungerecht ist und Chancengleichheit im Keim erstickt – dies sind Fakten. Der Weg, den junge Menschen in der Schule nehmen, wird oftmals nicht mal von der Grundschule vorbestimmt, sondern von der Herkunft der Schülerinnen und Schüler. Weisen diese von vornherein Merkmale auf, die für das dreigliedrige Schulsystem nicht „normal“ sind,

findet eine sofortige Aussonderung statt. Die vierjährige Grundschule unterstützt diesen Verlauf weitgehend. Nach der vierten Klasse werden junge Menschen anhand fragwürdiger Ergebnisse in Leistungstests und der Willkür von Beobachtungen einer Person einer Schulform zugewiesen. In der neuen Realschule+ ist die Empfehlung nach dem 6. Schuljahr sogar Zwang, hier kann Schülerinnen-, Schüler- oder Elternwille nicht mehr entscheiden.

Diese Entwicklung führt zu dem allseits bekannten Problem, dass vielen Schülerinnen und Schülern Perspektiven und ein Weg in die Mitte der Gesellschaft verwehrt werden. Bildung findet hier nicht zum Wohl der Schülerinnen und Schüler, des einzelnen Individuums statt, sondern zur Befriedigung einer altertümlichen, nach Klassen getrennten Denkweise.

Entgegen einer weit verbreiteten Meinung führt die Differenzierung des Schulsystems nicht dazu, dass Schülerinnen und Schüler individueller gefördert werden. Eine Verkleinerung der heterogenen Masse in mehrere „kleine Massen“ sorgt nicht dafür, dass diese der Homogenität näher kommen. Es zeigt nur augenscheinlich einen leichten Weg auf, Schülerinnen und Schüler in großen Klassen einfach unterrichten zu können, ohne viel Wert auf Individualität und persönliche Förderung und Entwicklung zu legen. In Wahrheit werden Schülerinnen und Schüler so nicht optimal gefördert, oftmals bleiben die Schülerinnen und Schüler unter ihren Leistungen, unter dem, was sie sogar selbst leisten möchten. Die Motivation vieler Schülerinnen und Schüler wird zerstört. Schülerinnen und Schülern von Haupt-, Real- und Realschulen+ werden schlechte Zukunftsaussichten gegeben, auch hier werden Schülerinnen und Schüler wieder gleichgeschaltet. Auf Gymnasien verlieren Schülerinnen und Schüler oftmals den Blick für Menschen, die außerhalb dieses Systems leben, die sozialen Kompetenzen werden zerstört. Außerdem zeigt sich das System Gymnasium schlecht darin, Schülerinnen und Schüler auf ein Leben im Beruf vorzubereiten. Schülerinnen und Schüler, die kein

Abitur erreichen oder erreichen möchten, sind hier einer denkbar schlechten Förderung unterzogen.

Allen Schularten gemein ist die Aberziehung von Selbstbestimmung und eigenständigem Handeln. Weiterhin haben alle Schularten die unzureichende Förderung sozialer Kompetenzen gemein. Lernen mit der Vielfalt von Menschen umzugehen, lernen, dass Menschen verschieden sind, verschiedene Bedürfnisse haben, und verschieden behandelt werden müssen, das geht unter. Der Blick für andere soziale Milieus wird von der Schullandschaft in Deutschland versperrt.

Eine Schulart, in der alle Schülerinnen und Schüler lernen - unabhängig von sozialer Herkunft, Einschränkungen, Alter und Wissensstand - führt zur Behebung vieler der genannten Probleme. Deutschland ist hier auch im internationalen Vergleich hinterher, oftmals sogar Schlusslicht. Ziel muss es sein, eine Schule zu schaffen, die alle Schülerinnen und Schüler besuchen können. Eine Schule, in der verschiedene Abschlüsse unter einem Dach erworben werden können. Eine Schule, in der die Schülerinnen und Schüler voneinander und miteinander lernen, ein Aspekt, der nur aufgrund der Heterogenität einer Gruppe richtig funktionieren kann. Die Vielfalt und die Unterschiede, die Menschen haben, sollten nicht, wie es zurzeit stattfindet, als negativ aufgefasst werden; es muss als Chance wahrgenommen werden, Toleranz, Offenheit und Vielfalt zu lernen. Die Lernfähigkeiten, die Schülerinnen und Schüler untereinander haben, müssen dafür anerkannt werden. Hierbei muss auch gesehen werden, dass Schülerinnen und Schüler unterschiedlichen Alters miteinander und auch voneinander lernen können. Ebenso muss eine wirkliche individuelle Förderung stattfinden, was nötigenfalls nur durch mehrere Lehrerinnen und Lehrer zu bewerkstelligen ist. Ein Kostenaufwand, der sich durch Reduzierung unnötiger Trennung und Aussonderung sowie die Abschaffung des Sitzenbleibens decken lässt.

Aus diesem Grund setzt sich die Landesvertretung der Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz unter dem Stichwort „Eine Schule für alle“ für die Einrichtung einer Schulform, in der Schülerinnen und Schüler ohne äußere Leistungsdifferenzierung zusammen, bei individueller, persönlicher Förderung lernen können, ein. Insbesondere Schülerinnen und Schüler, die bisher eine Förderschule besuchen müssen, sollen in dieser Gemeinschaftsschule lernen können. Hier soll eine vollständige Inklusion stattfinden, ohne in der Schule entstehende „Ersatz-Förderschulen“.

Dabei soll die Gemeinschaftsschule Schülerinnen und Schüler von der Frühförderung, über die Grundschulzeit, bis hin zur Berufsreife sowie Mittleren Reife führen. Das Erreichen des Abiturs soll darüber hinaus auch möglich sein.

Darüber hinaus ist es ein Ziel für die Landesvertretung der Schülerinnen und Schüler Rheinland-Pfalz, dass die neu zu gründende Schulform „Gemeinschaftsschule“ langfristig das vorhandene, mehrgliedrige Schulsystem ersetzt. Die Schulformen Grundschule, Förderschule, Realschule+ und Gymnasium, als Fernziel auch die Integrierte Gesamtschule, sollen durch die „Gemeinschaftsschule“ ersetzt werden. Die Bildung von Berufsabschlussbezogenen Schulen (BBSen), sowie Oberstufenzentren soll möglich bleiben.

Schule muss erkennen, dass jeder Mensch für sich individuell ist, dass somit jeder Mensch für sich gefördert werden muss, und dass dies durchaus in „Einer Schule für alle“ gelingen kann.

A 3 Eingliedriges Schulsystem

Antragsstellerin: Hanna Zoe Trauer

Antragstext:

Die 47. LSK möge folgenden Punkt des Grundsatzzprogramms neu beschließen:

1.3 Eingliedriges Schulsystem

Die LSV Rheinland-Pfalz fordert das eingliedrige Schulsystem, um Chancengleichheit und Gleichwertigkeit unter den Schülerinnen und Schülern zu gewährleisten und solidarisches Lernen möglich zu machen.

Begründung der Position:

Das dreigliedrige, bzw. in Rheinland-Pfalz mehr oder weniger zweigliedrige, Schulsystem, wie wir es in Deutschland vorfinden, ist grundsätzlich nicht mit einer demokratischen Gesellschaft vereinbar. Es trägt massiv zur Spaltung der Gesellschaft bei. Eine Statistik des Statistischen Bundesamtes besagt, dass 68,4 % der SchülerInnen auf den Hauptschulen aus „Arbeiterfamilien“ stammen, jedoch 45 % der Beamtenkinder ein Gymnasium besuchen. Sicher kann man diese Statistiken auf unterschiedliche Weise deuten, deutlich sollte aber werden, dass der Schultyp einen erheblichen Einfluss darauf hat, in welchem sozialen Milieu man sich während der Schulzeit bewegt, sich dies auch auf die Freizeit auswirkt und prägend ist für die spätere Berufslaufbahn. Aufstiegschancen werden durch das dreigliedrige Schulsystem erheblich erschwert. Empfehlungsschreiben, die in der 4. Klasse, sowie, seit Einführung der „Realschule plus“ in Rheinland-Pfalz erneut und ver-

bindlich nach der 6.Klasse auf kooperativen „Realschulen plus“ gegeben werden, haben einen großen Einfluss auf die zukünftige Entwicklung des Kindes, obwohl sie sich hauptsächlich an den Deutsch- und Mathenoten orientieren und dabei völlig außer Acht lassen, dass die intellektuelle Entwicklung des Kindes noch lange nicht abgeschlossen ist. Oft ist es aber den Lehrerinnen und Lehrern gar nicht bewusst, dass sie damit nicht nur über den schulischen Werdegang einer Schülerin oder eines Schülers entscheiden, sondern ihren bzw. seinen Lebensweg entscheidend beeinflussen. Mit dem Argument, der besseren Fördermöglichkeiten in drei unterschiedlichen Schulformen, wird das Recht auf Chancengleichheit schon nach der 4. Klasse entscheidend eingeschränkt. Konkurrenzdenken wird gefördert und solidarisches Verhalten zurück gedrängt; jeder versucht, einen Abstieg im dreigliedrigen Schulsystem zu verhindern. Jeder Mensch soll das gleiche Recht auf Bildung haben.

In der Gesamtschule kommt es zu einer Vermischung von kulturellen und sozialen Schichten, was den Schülerinnen und Schülern ein weitgreifenderes Weltbild vermittelt, das auf Erfahrung aufbaut und nicht nur auf Theorie. Wenn die Vielfalt aller Menschen einer Gesellschaft allen zugute kommen soll, so brauchen wir auch eine Schule, in der Vielfalt gelebt werden kann.

In der Gesamtschule können alle Abschlüsse erworben werden und sie bietet die Möglichkeit, das Unterrichtslevel gemäß den Fähigkeiten des jeweiligen Schülerin oder Schülers in einem bestimmten Fach zu wählen, ohne dass gleich ein Schulwechsel erwogen wird, wenn die Schülerin/ der Schüler in einem Fach nicht gut sind. Dadurch, dass die Gesamtschule eine größere SchülerInnenzahl umfasst, ist es einfacher die Fächerspannbreite zu erweitern und die SchülerInnen können sich so ihren Interessen nach besser entfalten. Die Unterrichtsmethoden sind vielfältiger, und man kann sich in der Unterrichtsgestaltung nach der jeweiligen Lerngruppe richten. So kann jede Schülerin und jeder Schüler nach den eigenen Fähigkeiten, Interessen, Stärken und Schwächen besser gefördert werden.

Antragsbegründung:

In Rheinland-Pfalz wurde unter der SPD-Regierung und durch das neue Schulgesetz die Hauptschule offiziell abgeschafft. Stattdessen gibt es „Realschulen plus“, die, zumindest wenn sie in kooperativer Form umgesetzt werden, nach der 6.Klasse erneut in „Hauptschule“ und „Realschule“ unterteilen. Die SchülerInnen erhalten auch hier ein Empfehlungsschreiben, das für sie vorerst bindend ist.

Dies trägt nicht zu einer Verbesserung, wenn nicht gar zu einer Verschlechterung, der Chancengleichheit bei. Der Abschnitt im Grundsatzprogramm verliert also nicht seine Gültigkeit, muss aber den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden.

Die Änderungen zum derzeit gültigen Beschluss sind unterstrichen.

A 4 Mehr als nur Chancengleichheit

Antragsstellerin: Hanna Zoe Trauer

Antragstext:

Die LandeschülerInnenvertretung übt Kritik am Begriff der Chancengleichheit. Diese wird momentan verstärkt gefordert, ist aber weder in Rheinland-Pfalz noch in Deutschland im Bildungssystem gegeben.

Obwohl dies wünschenswert wäre, geht bloße Chancengleichheit der LandeschülerInnenvertretung nicht weit genug. Bei der Forderung nach dieser wird suggeriert, dass alles in Ordnung wäre, wenn allen SchülerInnen die gleichen „Chancen“ hätten, sich zu entwickeln, gebildet zu werden und ihre Ziele zu erreichen.

Gerade die hohen Zahlen an SchülerInnen ohne Abschluss in Rheinland-Pfalz (Stand 2009: 3600 SchülerInnen verlassen jedes Jahr die Schule ohne irgend einen Abschluss) zeigen, dass es nicht genügt, zu versuchen, SchülerInnen zur gleichen Zeit das Gleiche beizubringen. Gleichheit ist somit in der Bildung ein verfehelter Begriff. Schließlich ist es von der persönlichen Situation des Einzelnen abhängig, ob er oder sie es schafft, die Chancen, die gegeben werden, auch wahrzunehmen.

Auch vom Begriff der Chancengerechtigkeit distanziert sich die LandeschülerInnenvertretung deutlich. In diesem Begriff ist die Idee enthalten, dass es irgendwie messbar

wäre, wie viele Chancen eine Person verdient hat und somit „gerechter“weise zugestanden bekommt.

Chancen sind kein knappes Gut, das in irgendeiner Form gerecht oder gleich verteilt werden müsste. Die LandeschülerInnenvertretung spricht sich dafür aus, jede Person nach ihren Wünschen optimal und lebenslanglich zu fördern. Dass einige dabei mehr Förderung als andere bedürfen und andere selbstständiger lernen, liegt auf der Hand. Ein gerechtes Bildungssystem gibt jedem Menschen zu jedem Zeitpunkt alle Chancen, die er oder sie sich wünscht.

Begründung:

Im aktuellen Diskurs wird sich verstärkt auch von Konservativen und Liberalen auf den Begriff Chancengleichheit bezogen. Der Begriff ist dabei zu einer Worthölse geworden, die nichts mehr ausdrückt und nur noch zeigen soll, dass die Person, die sie verwendet, für irgendeine Verbesserung steht.

Diese Verbesserung wird allerdings sehr unterschiedlich verstanden: So sprechen sich zum Beispiel wirtschaftsliberale Kräfte für mehr Selektion im Bildungssystem aus und verstehen dies als Chancengleichheit (weil jedeR ja die Chance hat, sich Mühe zu geben und auf ein Gymnasium zu kommen).

Zeit, sich als LandeschülerInnenvertretung kritisch mit dem Begriff auseinander zu setzen, wie es auch auf dem Sommercamp 2009 in einem Workshop stattgefunden hat. Die neu gewonnenen Erkenntnisse und die Kritik an der Chancengleichheit sollen nun durch diesen Antrag in das Bewusstsein übergehen – vielleicht finden die Schülerinnen und Schüler ja dann bald ein neues Wort, das unsere Vorstellungen von wirklich guter Bildung ausdrückt.

A5**Kopftuchverbot**

Antragsteller: Julian Knop

Antragstext:

Die LSV spricht sich gegen ein Kopftuchverbot aus, lehnt darüber hinaus aber weiterhin die Vermischung von Religion und Schule ab, wie sie zum Beispiel in Form von Gottesdiensten oder Religionsunterricht gegeben ist.

Begründung:

Die LSV lehnt zwar Religion in der Schule ab, das Tragen des Kopftuches fällt jedoch in die persönliche Freiheit der Einzelnen. Darüber hinaus trägt dies zum interkulturellen Austausch und als Anregung zur Diskussion bei.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

ÄI

zu VA6 „Unterstützung Bildungsstreik 2009“

**Unterstützung Bildungsstreiks
2009 und 2010**

Antragsstellerin: Hanna Zoe Trauer

Antragstext:

Der Landesvorstand der LSV und der LAK Protest sollen sich dafür einsetzen, dass sich in allen großen Städten in Rheinland-Pfalz Bündnisse zur Vorbereitung lokaler Aktionen zu Bildungsstreiks bilden, die im Jahr

2009 oder 2010 stattfinden.

Zwei Delegierte von lokalen Bündnissen in Rheinland-Pfalz sollen Fahrtkosten für bundesweite Treffen von der LandesschülerInnenvertretung erhalten.

Die LandesschülerInnenvertretung unterstützt alle Bildungsstreiks ideell, sofern deren grundsätzliche Forderungen mit denen der LandesschülerInnenvertretung übereinstimmen.

Begründung für den Änderungsantrag:

Der Antrag von der letzten LSK ist veraltet, der Bildungsstreik 2009 wurde aber erfolgreich unterstützt. In der Regel sind Bildungsstreiks Initiativen von SchülerInnen und Studierenden, die ähnliche Positionen vertreten wie die LandesschülerInnenvertretung. Eine ideelle und strukturelle Unterstützung ist also sinnvoll. Auch im Schuljahr 2009/2010 sind Bildungsstreiks geplant, deren genaues Stattfinden allerdings noch nicht feststeht. Trotzdem sollte die Unterstützung bereits jetzt beschlossen werden, sofern die Positionen der Streikenden mit der Beschlusslage konform sind.

Streiks sind grundsätzlich eine Ausdrucksform für die Schülerinnen und Schüler, mit der gezeigt werden kann, dass die aktuelle Situation nicht hinnehmbar ist. Zudem kommen so verstärkt bildungspolitische Themen in den Fokus von Politik und Medien.

Die Finanzierung soll über ungenutzte Kreis- und Stadt-SV-Mittel oder einen anderen oder eigenen Topf im Haushalt erfolgen. Dabei sollen nur zwei Delegierte Fahrtkosten erstattet bekommen, damit der Rahmen nicht gesprengt wird.

Die folgenden Anträge wurden an die 46. LSK gestellt, die leider nicht beschlussfähig war. Deswegen ist auf der 47. LSK die Zahl der anwesenden Delegierten gem. § 49 (1) Satz 2 des rheinland-pfälzischen Schulgesetzes für die Beschlussfassung zu diesen Punkten nicht relevant.

Der folgende Text soll den bestehenden Text im Grundsatzprogramm ersetzen und somit zur Beschlusslage der LSV werden.

Der Text, der momentan im Grundsatzprogramm enthalten ist, ist unvollständig. Er trägt die Überschrift „Geschlechterverhältnisse“, kann sich jedoch lediglich mit den Geschlechterverhältnissen in der Schule beschäftigen. Auch wenn er inhaltlich gut recherchiert und nicht fehlerhaft ist, bietet er nicht ausreichende Argumente um in der aktuellen Debatte stand zu halten. Vor allem spricht sich der Antrag für Koedukation aus, argumentiert aber inhaltlich dagegen.

Damit ihr die Änderungen zum „alten“ Beschluss sofort seht, sind die Neuerungen fett gedruckt. Beschlossen werden soll aber alles – nicht nur das fett Gedruckte.

V A I Geschlechterverhältnisse in der Schule – Leitantrag

Antragssteller: Landesvorstand der LSV

Antragstext:

2.2 Geschlechterverhältnisse in der Schule

Die LSV lehnt eine Wiedereinführung des nach Geschlechtern getrennten Unterrichts klar ab. Die LSV hält die Koedukation für einen richtigen und wichtigen Schritt zur Gleichberechtigung der Geschlechter. **Die in Rheinland-Pfalz noch bestehende Möglichkeit zur Trennung in Schülerinnen**

und Schüler im Sportunterricht hält die LSV für falsch. Die Defizite in der Umsetzung müssen durch eine umfassende Auseinandersetzung mit unten genannten Problemfeldern, sowie mit den Vorstellungen zur Geschlechterdifferenz und Geschlechtsidentitäten behoben werden.

Die LSV fordert die institutionelle Festbeschreibung von regelmäßigen LehrerInnenkonferenzen, die das Thema Geschlechterverhältnisse in der Schule behandeln, sowie die obligatorische Auseinandersetzung mit Geschlechterverhältnissen in der LehrerInnenaus- und fortbildung.

Unbedingt für Koedukation

Die flächendeckende Einführung der Koedukation in den sechziger Jahren war der entscheidende Schritt hin zu gleichem Bildungsangebot und damit Chancengleichheit von Jungen und Mädchen.

Die Bedeutung dieser Errungenschaft darf nicht unterschätzt werden: Vorher war es möglich und üblich, den Mädchen/Jungen durch andere und reduzierte schulische Angebote eine gesellschaftliche Rolle zwingend zuzuweisen. Auch wenn die Angebote identisch wären, könnte bei unterschiedlicher Sozialisierung von Mädchen und Jungen eine unterschiedliche Diskussionsstruktur aufkommen, sodass letztlich unterschiedliche Inhalte vermittelt werden. Aufgrund dieser Gefahr darf es nie wieder einen nach Geschlechtern getrennten Unterricht geben.

Zudem zwingt der nach Geschlechtern getrennte Unterricht alle Menschen, sich fest einer Gruppe (Mann oder Frau) zuzuordnen. Selbst wenn es sich bei den Menschen, die sich nicht zuordnen, um eine kleine Gruppe handelt, wird dieser Minderheit Unrecht getan. Zudem gibt es einen größeren Teil Mädchen/Jungen, die zu einem gewissen Zeitpunkt ihrer Entwicklung besonders in ihrem Lernverhalten nicht einfach nach biologischem Geschlecht zuzuordnen sind.

Gerade im Sportunterricht darf die Tren-

nung nicht länger möglich sein. Ein getrennter Sportunterricht führt automatisch dazu, dass unterschiedliche Aktivitäten durchgeführt und erlernt werden. Im Bezug auf sportliche Aktivitäten wird den Mädchen tendenziell Eleganz und Biegsamkeit attestiert und von ihnen gefordert, von den Jungen Kraft und Kondition. Dies wird im getrennten Sportunterricht manifestiert und im Umgang der Jugendlichen untereinander somit übernommen. Dies führt langfristig dazu, dass Mädchen sowie Jungen in eine feste Rolle gezwungen werden, die automatisch die Benachteiligung und Unterdrückung der Frau stützt.

Probleme der Koedukation

So alt wie die Einführung der Koedukation ist auch ihre Kritik, Mädchen sowie Jungen erfahren im Schulsystem aufgrund ihres Geschlechts Benachteiligung, die Mädchen im naturwissenschaftlichen Bereich, die Jungen in Sprachen und musischen Fächern.

Um diese These zu bewerten, muss man sich für ein Deutungsmuster der schulischen Geschlechterdifferenz entscheiden. Die konservative Sichtweise begreift „Geschlecht“ als biologische Kategorie, der bestimmte geschlechtsspezifische Verhaltensmuster zugeordnet sind. Unter einer solchen Sichtweise ist es Ziel der Pädagogik, diese naturgegebenen „Gattungsmerkmale“ durch Bildung zu vervollkommen.

Die LandesschülerInnenvertretung hingegen geht von einem progressiven Deutungsmuster aus, nämlich dem, dass die bestehende Geschlechterdifferenz eine sozialisationsbedingte ist, die es zu überwinden gilt, um Frauen wie Männern eine selbstbestimmte Identitätsbildung zu ermöglichen. Um jedoch das bestehende hierarchische Geschlechterverhältnis nicht unsichtbar zu machen, muss in bestimmten Fällen noch von der Geschlechterdifferenz ausgegangen werden, um Mädchen und Frauen gezielt zu fördern, bevor die Kategorie „Geschlecht“ dekonstruiert werden kann.

Durch ihre Sozialisierung und die Internalisierung der von ihnen erwarteten Verhaltensweisen, entwickeln Jungen und Mädchen gerade in der Schule rollentypisches Verhalten. Diese häufig unbewusste Erziehung zu geschlechtskonformem Verhalten wird als heimlicher Lehrplan bezeichnet und wird in der Schule durch vier Faktoren bedingt:

1. Geschlechtsspezifische Erziehung durch Lehrkräfte

Empirische Studien zeigen, dass Lehrerinnen geschlechtsspezifisches Verhalten unbewusst erwarten und durch ihr Handeln reproduzieren: Jungen wird mehr Aufmerksamkeit entgegengebracht als Mädchen; Sie werden häufiger aufgerufen und häufiger wegen störendem Verhalten ermahnt. Gutes Benehmen gilt bei Mädchen eher als selbstverständlich. Inhaltliche Kompetenz wird bei Mädchen eher auf Fleiß, bei Jungen dagegen auf Begabung zurückgeführt.

2. Interaktionsstrukturen in der Klasse

Die von Jungen oft vermutete Bevorzugung der Mädchen steht im krassen Gegensatz zur Unterrichtsrealität. Anhand von Studien konnte aufgezeigt werden, dass selbst Lehrerinnen, die überzeugt waren, ihre Aufmerksamkeit gleich zu verteilen, häufiger Jungen als Mädchen aufriefen. In einem Modellversuch, in dem durch das Führen von Strichlisten gleiche Aufmerksamkeit garantiert wurde, beschwerten sich die Jungen in einer anschließenden Befragung über ihre Benachteiligung.

Auch fällt auf, dass Jungen und Mädchen häufiger ins Wort fallen als umgekehrt. Beiträge von Mädchen, vor allem in naturwissenschaftlichen Fächern, werden von Jungen oft lächerlich gemacht.

3. Schulbücher / Unterrichtsmaterialien

Schulbücher spiegeln auch heute noch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und geschlechtsrollenstereotypes Verhalten in Texten und Abbildungen wieder. Besonders

in Geschichtsbüchern kommen Frauen so gut wie nicht vor.

Doch es haben sich in den letzten Jahren die neu konzipierten Schulbücher zu Gunsten einer stärker gleichberechtigten Darstellungsweise verändert. In den Schulbuchgutachten wird dabei u.a. berücksichtigt, inwieweit beiden Geschlechtern ausreichende Identifikationsmöglichkeiten angeboten werden und welche Rollenbilder von Mann und Frau durch die Darstellungsweise konstruiert werden. In der Novellierung des hessischen Schulgesetzes wurde so 1997 erstmals festgeschrieben, dass „die Gleichberechtigung von Mann und Frau auch über die Anerkennung der Leistungen von Frauen in Politik, Kultur und Gesellschaft“ vermittelt werden sollte.

4. Identifikationsmöglichkeiten

Wie die meisten gesellschaftlichen Bereiche spiegelt auch die innerschulische Hierarchie das bestehende Geschlechterverhältnis wider. So sind z.B. 80% der Lehrkräfte an Grundschulen Frauen, doch nur 25% der Grundschulen werden von Frauen geleitet. Es unterrichten 36% Frauen in der Sek II, wobei es nur 13,6% Schulleiterinnen an Gymnasien gibt.

„Die Tatsache, dass die gehobenen Positionen in einem so geringen Maße durch Frauen besetzt sind, trägt dazu bei, dass Schülerinnen Macht mit Männlichkeit verbinden und ihnen weibliche Vorbilder fehlen.“ (Ingeborg Schüßler, 1997).

Diese geschlechtsspezifische Arbeitsteilung findet sich wiederum auch unter Schülerinnen wieder. Mädchen erfüllen in den meisten Fällen die Funktion, das soziale Klassengefüge zu stärken. Weiblichkeit wird mit der Fähigkeit zu Erhaltung der Sozialstruktur in Verbindung gebracht, während Konkurrenzdenken eher mit Männlichkeit konnotiert wird.

„Arme Jungs – arme Mädchen“ - Die Debatte um Benachteiligung

Schon lange heißt es, dass die Mädchen gerade in den Naturwissenschaften benachteiligt werden und gefördert werden müssten. Einrichtungen zur Förderung der Mädchen wie den „Girls Day“ sieht die LandeschülerInnenvertretung dabei als problematisch an. Obwohl es sinnvoll ist, Mädchen und Frauen gezielt zu fördern, führt eine solche „Grenzüberschreitung“ nicht zwingend zu einer Neutralisation, sondern kann die Grenzziehung verstärken. Durch bewusste Förderung wird suggeriert, dass Frauen und Mädchen, die sich beispielsweise für Naturwissenschaften interessieren, eine Ausnahme darstellen und somit in der Minderheit sind. Einer solchen Kategorisierung kann eine Negativzuschreibung (wie, in diesem Beispiel, weniger Attraktivität u.ä.) folgen und sie stellt somit immer auch eine Gefahr für die Mädchen und Frauen dar.

In der neueren Debatte um Geschlechterverhältnisse in der Schule spielt die Benachteiligung und benötigte Förderung der Jungen eine große Rolle. Tatsächlich ist festzustellen, dass im aktuellen System weniger Jungen qualifiziertere Bildungsgänge wählen und weniger männliche Absolventen ihre Hochschulreife erhalten. Die Mädchen, so die Theorie, seien nicht länger die Benachteiligten, das Schulsystem sei mädchenfreundlich. Diese Erkenntnis, die aktuell als neu gehandelt wird, gilt seit Einführung der koedukativen Schulen.

Diese Theorie ist vor allem kritisch zu betrachten, da sie die späteren Entwicklungen der Mädchen und Jungen ausblendet. Es bleibt nach wie vor bestehen, dass Frauen den geringeren Teil der Studentinnen an Hochschulen ausmachen, weniger qualifiziertere Berufe ergreifen und seltener Karriere machen. Dies ist nicht nur auf unterschiedliche Lebensentwürfe zurückzuführen.

In der Bevorzugung der Mädchen fördert die Schule ein Verhalten, welches nur innerhalb des Systems Schule vorteilhaft ist. Während den Mädchen objektiv durch

Noten und Lob Überlegenheit suggeriert wird, attestieren die LehrerInnen in Interpretationen des Verhaltens den Mädchen „Autoritätsgläubigkeit, Angst vor Strafe, Schüchternheit, Verletzlichkeit“ (Zinnecker, 1995). Die Eigenschaften und Handlungsmuster, die also in der Schule gefördert werden, wie Reproduzieren, nicht Widersprechen, Rücksicht nehmen, usw. reichen im späteren beruflichen Leben nicht zum Vorteil. Somit trägt die Benachteiligung der Jungen in der koedukativen Schule lediglich zu einer Festigung der dominierenden Rolle des Mannes in der Gesellschaft bei.

Umgang mit Problemen

Der Umgang mit diesen Problemen darf nicht durch Ignorieren oder Trennung, sondern muss durch Bewusstmachung geprägt sein. Nur durch eine bewusste Thematisierung durch die LehrerInnen und durch ein Aufbrechen von Rollenstereotypen kann eine Dekonstruktion stattfinden.

Viel zu oft werden Probleme im Unterricht nicht über die Kategorie „Geschlecht“ analysiert. Hier zeigt sich eine verzerrte Wahrnehmung der Lehrenden. Es werden andere Strukturierungsprinzipien herangezogen, wie z.B. Leistungsheterogenität, wobei im übrigen Leistung in diesem Zusammenhang nicht kritisch reflektiert wird, oder auch kulturelle Unterschiede, die als Deutungsmuster für soziales Gefälle herangezogen werden. Hierbei wird die Relevanz der Kategorie „Geschlecht“ unbewusst unterschätzt, denn sie ist in der jugendlichen Sozialisation eine der bedeutendsten.

Die LandeschülerInnenvertretung fordert, dass es weiterhin Förderungseinrichtungen gibt. Diese dürfen allerdings nicht nur geschlechtsspezifisch ausgelegt sein, sondern müssen eine individuelle Förderung des/der einzelnen zum Ziel haben. Die Förderungsprozesse müssen darum im Unterricht reflektiert werden und die Gründe für geschlechtstypische Bildungsgänge müssen aufgedeckt werden.

Nur so kann dauerhaft erreicht werden, dass Jungen wie Mädchen sich in der Schule individuell entwickeln können und sich selbst sowie andere nicht länger über das Geschlecht definieren.

VA 2

Wahlalter abschaffen

Antragsteller: Landesvorstand der LSV

Antragstext:

Die 46. LandeschülerInnenkonferenz möge beschließen:

Die LSV RIP soll sich dafür einsetzen, dass das Wahlalter abgeschafft wird. Jede Senkung des Wahlalters wird dabei als Schritt in die richtige Richtung betrachtet, weil die Senkung eine gesamtgesellschaftliche Wahrnehmung des Problems stärkt.

Begründung:

Demokratie ist die Herrschaft des Volkes, doch ist in unserer Demokratie das Volk eine relativ kleine Gruppe. Alle die keinen deutschen Pass besitzen oder unter 18 sind, sind nicht berechtigt zu wählen. Es herrscht also eine Mehrheit für zwei große Minderheiten mit. Das ist undemokratisch. Die Grenze zwischen jenen, die wählen durften und jenen, die es nicht durften war schon immer willkürlich und ist es immer noch. Mensch ist nicht von Natur aus mit 18 plötzlich politisch interessiert. Wahlreif sein bedeutet lediglich, (irgend-) einen politischen Willen zu haben und diesen wie auch immer artikulieren zu können. Es gibt keine logisch begründbare Maßstäbe für Wahlreife, mensch kann nur selbst entscheiden, wann er seinem politischen Willen Ausdruck verleihen will, gleich ob im Alter von 5 Jahren oder 30 Jahren. Da niemand frei von Einflüssen ist, die die eigene Meinung prägen, kann das Argument, dass

Kinder von der Meinung der Eltern beeinflusst werden nicht als Gegenargument vorgebracht werden. Ob sich jemand von den Meinungen seiner persönlichen Autoritäten emanzipiert und seine eigene findet, ist altersunabhängig. Die wenigsten Erwachsenen haben eine derartige Emanzipation hinter sich gelassen. Eine willkürlich gesetzte Altersgrenze für das Wahlrecht geht nur auf Kosten von politisch interessierten Menschen, deren Alter unterhalb dieser Grenze liegt. Politisches Desinteresse gibt es sowohl bei Erwachsenen, als auch bei Jugendlichen. Allerdings handelt es sich um ein Recht und keine Pflicht wählen zu gehen.

VA 3 Multimediageräte-Verbot in Schulen

Antragstellerin: Hanna Zoe Trauer

Antragstext:

Der Landesvorstand der LSV soll sich dafür einsetzen, dass das in vielen Schulen eingeführte Multimediageräte-Verbot aufgehoben wird.

Begründung:

MP3-Player und Handy sind in vielen Schulen während der Pausen verboten – mit einer lächerlichen Begründung: Diese Medien würden oft zum Tausch oder Konsum gewaltverherrlichender oder pornographischer Videos benutzt. Faktisch findet dieser „Tausch und Konsum“ aber nur im minimalen Umfang statt. Im Gegenzug wird das Engagement von SchülerInnenvertreterInnen und anderen AktivistInnen stark eingeschränkt, wenn diese nicht mehr in Pausen mit der Außenwelt kommunizieren können. Schule ist Lebensraum, zu dem Handy und MP3-Player selbstverständlich dazugehören. Restriktive Verbote neuer Multimediageräte sind da fehl am Platz.

VA 4 Überwachung abbauen

AntragstellerIn: Landesvorstand der LSV

Antragstext:

Der LaVo soll sich gegen immer neue und schärfere Überwachungsgesetze (z. B. Vorratsdatenspeicherung, BKA-Gesetz und neue Versammlungsgesetze), die auch SchülerInnen betreffen, einsetzen. Dazu soll die LSV entsprechenden Bündnissen beitreten und sie bei Aktionen unterstützen.

Begründung:

Weltweit wird Freiheit gegen eine Scheinsicherheit getauscht, die durch immer neue und schärfere Überwachungsgesetze geschaffen wird. Freiheit muss wieder einen entscheidenden Stellwert erlangen, unsere Grundrechte dürfen nicht weiter ausgehöhlt werden. Überwachung erzeugt Angst und verhindert kritische Reflexion und freie Meinungsäußerung. Sie ebnet den Weg in eine kritiklose Gesellschaft. Diese Tendenz muss gestoppt werden!

VA 5 Schulkonferenz

Antragssteller: Matthias Köberlein

Antragstext:

Antrag an das Grundsatzprogramm, Änderung von 1.2:

- Satz 2: „Diese Schulkonferenz soll basisdemokratisch-paritätisch besetzt sein.“
- Änderung des letzten Absatzes: „Innerhalb der Schulkonferenz hat jedes Mitglied der Schulgemeinschaft eine Stimme. Dazu zählen: SchülerInnen, pädagogisches Personal sowie jeder Mensch, der die Schule langfristig seinen Arbeitsplatz nennt. Stimmen können übertragen werden.“

Begründung:

erfolgt mündlich

VA 6

Unterstützung Bildungsstreik 2009

Antragstellerinnen:

Hanna Zoe Trauer, Inga Wellstein

Antragstext:

Der Landesvorstand der LSV und der LAK Protest sollen sich dafür einsetzen, dass sich in allen großen Städten in Rheinland-Pfalz Bündnisse zur Vorbereitung lokaler Aktionen zum Bildungsstreik 2009 bilden. Zwei Delegierte von lokalen Bündnissen in Rheinland-Pfalz sollen Fahrtkosten für bundesweite Treffen von der LandesschülerInnenvertretung erhalten. Die LandesschülerInnenvertretung unterstützt den Bildungsstreik 2009 ideell.

Antragsbegründung:

Die Struktur des Bildungsstreik 2009 sieht vor, dass sich auf kommunaler Ebene Bündnisse bilden, die den Bildungsstreik in die Schulen tragen. Die LSV soll diese Bündnisse nach Möglichkeit unterstützen und ihnen eine Beteiligung an bundesweiten Treffen ermöglichen. Dazu soll die LSV den Bildungsstreik auf Bundesebene ideell, z.B. durch Mitzeichnen des Aufrufs, unterstützen. Die Finanzierung kann über ungenutzte RAK bzw. SSV/KrSV-Mittel erfolgen. Nur zwei Delegierte für ganz RLP, damit die Fahrtkosten nicht zu hoch werden.

Info

Was ist ein LAK?

Ein LAK ist ein Landesarbeitskreis! LAKe sollen als Plattform dienen, um auch Nicht-LSV-AmtsträgerInnen in die inhaltliche Arbeit der LSV einzubinden. Ein LAK soll jedem Schüler und jeder Schülerin die Möglichkeit geben zu einem speziellen Thema zu arbeiten und zu diskutieren. LAKe ergeben also nur Sinn, wenn auch SchülerInnen beteiligt sind, die nicht eh schon im LaVo oder auf Bundesebene aktiv sind.

VA 7

Neugründung der Landes- arbeitskreise

Antragstellerin: Landesvorstand der LSV

Antragstext:

Die LandesschülerInnenkonferenz möge beschließen: Es sollen wieder Landesarbeitskreise eingerichtet werden. Die Landesarbeitskreise sollen immer nur für ein Arbeitsjahr bestehen und auf einer LSK mit einfachem Antrag neu eingerichtet werden. Den Landesarbeitskreisen soll nach Bedarf Geld in angemessenem Rahmen für Aktionen oder Arbeitsvorhaben zur Verfügung gestellt werden. Die LAKe sollen wieder als offene Arbeitskreise für interessierte SchülerInnen fungieren.

Begründung:

Die LAKe sind abgeschafft worden, da sie keinen Zweck mehr erfüllten. Das lag daran, dass LAKe über Jahre hinweg existierten, ohne dass jemand daran Interesse hatte. Wenn die LAKe jedes Jahr neu gegründet werden, entsteht jedes Jahr eine neue Debatte um die Bedeutung der Themen und es kann jedes Jahr eine neue Themensetzung erfolgen. Es ist sinnvoll, dies nach der Hälfte der Amtszeit des jeweiligen neuen Landesvorstands zu tun, sodass dieser nach einem halben Jahr der Arbeit eigene Schwerpunkte setzen kann. Die LAKe sind deswegen wertvoll, weil sie es SchülerInnen außerhalb des Landesvorstands ermöglichen, sich einzubringen und teilzuhaben. Diese SchülerInnen sind für die LSV sehr wichtig, da zehn Leute niemals alleine die Ansprüche der LSV-Arbeit erfüllen können. Zudem geben sie Menschen, die sich nicht so sehr für Gremienarbeit interessieren, die Möglichkeit, sich themenbezogen einzusetzen.

VA 8**Gründung des LAK Protest**

Antragstellerin: Landesvorstand der LSV

Antragstext:

Die LandesschülerInnenkonferenz möge beschließen:

Es wird wieder einen LAK Protest geben. Der Landesarbeitskreis setzt sich kritisch mit unterschiedlichen Protestformen auseinander und evaluiert für die LandesschülerInnenvertretung, welche Protestformen in Frage kommen. Der LAK bereitet konkret Proteste vor und vernetzt die protestierenden Gruppen innerhalb der LandesschülerInnenvertretung.

Begründung:

Der Landesvorstand kann sich nicht zu jeder Zeit mit allen Themen beschäftigen. Gerade bei der Organisation von Protest können alle mitwirken, die dies wollen. Somit kommt dem LAK-Protest vor allem in diesem Schuljahr Bedeutung zu, da sich die LandesschülerInnenvertretung mit dem Bildungstreik beschäftigt und hier in Organisation, rechtlicher Abwägung und Vernetzung der Streikenden viel Arbeit anfällt.

VA 9**Gründung des LAK Umwelt**

Antragsteller: Landesvorstand der LSV

Antragstext:

Die LandesschülerInnenkonferenz möge beschließen:

Es wird wieder einen LAK Umwelt geben. Der Landesarbeitskreis setzt sich mit Umweltschutz an Schulen auseinander und sucht Ansätze für die Umsetzung des Grundsatzprogramms zu diesem Thema. Durch Aktionen und Broschüren wird versucht, dem Umweltschutz an Schulen mehr Raum zu geben.

Begründung:

Der Umweltschutz ist ein wichtiges Thema, was dem Landesvorstand aber nicht immer präsent ist. Das hängt vor allem damit zusammen, dass Umweltschutz keine mediale Präsenz genießt und nicht direkt mit Schule in Verbindung gebracht wird. Es sollte jedoch Aufgabe der LSV sein, auch solche Themen, die nicht in der Öffentlichkeit debattiert werden, den SchülerInnen nahe zu bringen. Zudem ist es wichtig und nützlich, an vergangene Erfolge wie den Jugendumweltkongress anzuschließen. Die LSV profitiert von einer Öffnung gegenüber allgemeinpolitischen Themen und gewinnt so neue MitstreiterInnen.

VA 10**Gründung des LAK AntiRa**

Antragstellerin: Landesvorstand der LSV

Antragstext:

Die LandesschülerInnenkonferenz möge beschließen:

Es gibt wieder einen LAK Antirassismus. Der LAK Antirassismus setzt sich mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit an Schulen auseinander und unterstützt die Bildung der SchülerInnen zu diesem Themenkomplex. Der LAK-AntiRa führt auch Demonstrationen oder Aktionen durch, die gegen Rassismus gerichtet sind und setzt sich für entsprechende Projekte an Schulen ein.

Begründung:

Das Thema Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ist nicht ständig im bildungspolitischen Medienfeld präsent und spielt dennoch in der Schule dauerhaft eine große Rolle. Es ist deswegen wichtig, die Arbeit der LSV in diesem Feld zu stärken. Zudem haben zu dem Thema viele SchülerInnen Zugang, die nicht im Landesvorstand engagiert sind und diesen durch den LAK bereichern können. Auch PartnerInnen, wie das NDC, bekommen durch die Gründung eines LAKes stärkere AnsprechpartnerInnen innerhalb der LSV.

V A II

Sexualkunderichtlinien

Antrag an das Grundsatzprogramm

AntragsstellerInnen:

Julian Knop, Hanna Zoe Trauer

Antragstext:

Die LSK möge beschließen den Abschnitt 2.3 Sexualkunde wie folgt zu ändern:

2.3 Sexualkunde

Die LSV RLP fordert die ständige Evaluation und Weiterentwicklung der Sexualkunderichtlinien und damit auch des Sexualkundeunterrichts.

Die Sexualkunderichtlinien sollen nach dem Vorbild der Sexualkunderichtlinien in Hamburg geändert werden und insbesondere darin folgende 4 wesentliche Aspekte der Sexualität berücksichtigen: den Geschlechtsaspekt, den Persönlichkeitsbildungs- oder Identitätsaspekt, den Kommunikationsaspekt und den Lustaspekt.

Sexualkundeunterricht, wie er in der Schule stattfindet, befasst sich nur mit einem Bruchteil des Sexuallebens der Schülerinnen und Schüler. Die reformierten Sexualkunderichtlinien aus dem Jahr 2009, klären zwar über Aspekte der Fortpflanzung und des Lebensumfeldes der Jugendlichen auf, vernachlässigen aber Lustaspekte, ebenso wie die Findung der sexuellen Identität. Dabei wird ein eher zurückhaltendes, vorsichtiges Bild der Sexualität vermittelt.

Sexualkunde sollte aber vorrangig den natürlichen Umgang mit Sexualität fördern und eine Möglichkeit für jede und jeden bieten, sich frei von jeglichen Wertvorstellungen über seine Bedürfnisse klar zu werden.

Sexuelle Bedürfnisse sind eng verwoben mit anderen Lebensäußerungen der Menschen. Der Umgang eines Menschen mit seiner Sexualität hat sehr weitreichendere Auswirkungen, es beeinflusst sein körperliches Wohlbefinden und das seelische Gleichgewicht, und spielt deshalb eine große Rolle in der Kommunikationsfähigkeit mit anderen Menschen. Dies ist unter anderem einer der Gründe, warum Sexualerziehung nicht alleine der Familie überlassen werden kann. Hier bietet die Institution Schule besondere Möglichkeiten, die Vielschichtigkeit der Sexualität zu beleuchten und auf die Vielfältigkeit der verschiedenen Sexualitäten und sexuellen Orientierungen einzugehen, was für Jugendliche in ihrer Entwicklung sehr wichtig sein kann.

In einer pluralistischen, demokratischen Gesellschaft, in der eine freie Entfaltung möglich sein muss, kann die Sexualpädagogik dabei nicht eine standardisierte, vorab festgelegte Wertevermittlung zum Ziel haben. Vielmehr muss sie sich daran orientieren, dass junge Menschen selbstbestimmt und verantwortungsvoll mit ihrer Sexualität umgehen können und die für sie akzeptablen Werte eigenständig setzen. Dazu muss eine möglichst neutrale Auseinandersetzung mit den unterschiedlichsten Wertvorstellungen stattfinden, die nicht nur die Grundlage einer Entscheidungsfreiheit schafft, sondern auch klar macht, dass die Selbstbestimmung des oder der anderen als die Grenze der eigenen Selbstentfaltung akzeptiert werden muss.

Da Sexualität auch für jeden Menschen ein sehr persönliches Thema darstellt, bedarf deren Behandlung auch in der Schule einer besonderen Sensibilität, um die Intimsphäre jedes und jeder einzelnen nicht zu verletzen. Das Konfliktpotential, das Sexualität mit sich trägt, muss dabei berücksichtigt wer-

den. Konflikte gehören lebenslang zu Lern- und Reifeprozessen, auch im Umgang mit Sexualität. Die Schule kann keine Probleme lösen, kann allerdings unbegründete Ängste nehmen und eine positive Grundeinstellung zur Sexualität fördern.

VA 12 Homosexualität Sexuelle Orientierung

Antragssteller: Julian Knop

Antragstext:

Die LSK möge beschließen, dass die LSV sich um die Aufklärung und Enttabuisierung von Homo-Bi- Inter- und Transsexualität innerhalb der Schule kümmert. Dieser Prozess soll durch Kooperation mit Verbänden, der Unterstützung der Christopher Street Days, Seminaren, sowie die öffentliche Debatte angestoßen werden.

Begründung:

Zur Sexualität des Menschen zählt insbesondere auch die Sexuelle Orientierung einer Person. Leider ist es in unserer Gesellschaft, und vorallem auch in der Schule so, dass eine sexuelle Orientierung abseits der vorherrschenden als negativ wahrgenommen wird, tabuisiert wird, und oftmals keinen Raum in der Schule findet. Dieses Defizit besteht seitens SchülerInnen genauso wie auf Seiten der Lehrerinnen und Lehrer. Hier bedarf es der aktiven Aufklärungsarbeit. Diese kann und sollte durch die LSV unterstützt werden.

Rechenschaftsberichte an die 46. LSK der vorzeitig ausgeschiedenen Amtsträger.



Ich bin **Alexander Lang**, 18 Jahre alt und stecke nun in den letzten Tagen meiner Schulzeit auf dem Lina-Hilger-Gymnasium in Bad Kreuznach (RAK 6). Das ist auch gleichzeitig der Grund, warum ich schon nach einem halben Jahr aufhöre: Ab dem 1. April bin ich Student, und damit aus der LSV rausgewachsen.

Im vergangenen Jahr habe ich mich mit vielen verschiedenen Aspekten der Bildungspolitik beschäftigt – und es hat mir viel Spaß gemacht.

Meinen ersten Kontakt mit der LSV hatte ich auf dem Sommercamp 2008. Es hat mir sehr gut gefallen und nicht mal ein halbes Jahr später, auf meiner ersten LSK, habe ich mich dann für den LaVo aufgestellt. Davor war ich noch nie in einer SchülerInnenvertretung aktiv.

Seit dieser LSK war ich nur die zwei Wochenenden vor meinen schriftlichen Abiarbeiten zu Hause in Bad Kreuznach. Nahezu täglich fuhr ich per Zug nach Mainz, um Veranstaltungen zu besuchen, interessante Menschen zu treffen oder einfach nur zu arbeiten.

Angefangen hat mein halbes Jahr als LaVo-Mi mit den Einarbeitungstagen im Oktober, auf denen ich die anderen LaVoMis besser kennen gelernt habe und eine gute Arbeitsgrundlage vermittelt bekam. Ich entschied mich dabei nur für den Arbeitsbereich Datenschutz, habe mir aber gleichzeitig vorgenommen, in anderen Bereichen auch viel mitzuarbeiten. Im Anschluss stand der

Bildungsgipfel in Dresden an, auf dem ich viele BildungsaktivistInnen aus dem Hochschulbereich getroffen habe.

Im November beschäftigte ich mich dann mit dem neuen Schulgesetz, besonders mit der Schulform Realschule+. Zusammen mit anderen Verbänden konnte wir so erreichen, dass GymnasiastInnen mit Eltern mit geringem Einkommen zukünftig auch ihre Fahrtkarten für den Schulweg erstattet bekommen – zuvor galt das nur für RealschülerInnen+. Ich schrieb eine Pressemitteilung zur Schulstatistik, die die Fälschung der Unterrichtsversorgungsstatistik durch die Landesregierung kritisierte. Eine zweite drehte sich um den PISA-Ländervergleich und griff auch dort die übertrieben positive Darstellung durch die Landesregierung an.

Im Dezember verstärkte ich dann mein Engagement und bewegte mich in vielen Bereichen: Ich verfolgte das Schulgesetz bis zum Landtagsbeschluss und schrieb dazu eine Pressemitteilung. Außerdem setzte ich mich mit einigen Verbänden in Kontakt. In diesem Monat begannen auch die ersten Planungen zum Bildungstreik 2009: Auf einem Seminar und einem bundesweites Treffen habe ich den Protest in seinen größten Zügen mitgeplant und mich mit vielen Studierenden vernetzt. Seit dem Treffen in Kassel bin ich im Koordinationsteam des Bildungstreiks. Zu der Zeit stieg ich auch in die Planungen für RiSiKoo9 ein. Ende Dezember gab es dann eine Neuverteilung der Arbeitsbereiche, bei der ich noch die Bereiche Bildungstreik, Lernmittelfreiheit und PES/Unterrichtsversorgung übernahm, in denen ich auch gleich tätig wurde: Zur Lernmittelfreiheit stand eine Kommentierung an, um die ich mich kümmerte.

Der Januar brachte zunächst ein Gespräch mit Staatssekretärin Reiß, in dem ich mit ihr ausführlich über die Lernmittelfreiheit diskutierte – leider ohne ein positives Ergebnis, sie blieb dabei: Lernmittelfreiheit könne sich Rheinland-Pfalz nicht leisten. Danach war erstmal lernen für das schriftliche Abi angesagt. Mit dem Ende der Prüfungsphase nahm der Bildungstreik langsam Fahrt

auf – ich half bei der Organisation des zweiten bundesweiten Treffens und stellte dem GEW-Bundesvorstand erfolgreich das Projekt Bildungstreik 2009 vor. Ich besuchte zum zweiten Mal eine rheinland-pfälzische LandesAStenkonferenz und beschäftigte mich mit der RiSiKo-Homepage. Die LSV veranstaltete zusammen mit der GEW RLP eine Pressekonferenz zum Thema „marode Schulen“, auf der ich die LSV vertrat. Dazu schrieb ich noch eine Pressemitteilung zum ungenügenden Datenschutz an unseren Schulen.

Im Februar fand das erste Treffen für ein gemeinsames Sommercamp von Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen statt und ich schrieb drei Artikel für den Lichtblick zu Drogenlegalisierung, Notenabschaffung und Wahlaltersenkung. Die Sexualkunderichtlinien und die Muster-nutzungsordnungen von MNS+ nahm ich beide in Angriff. Bei letzteren konnte ich eine Verbesserung zugunsten des Datenschutzes erreichen und die Aussage vom Ministerium erhaschen, dass in RLP vorerst keine SchülerInnen-ID geplant ist. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble kam nach Mainz und ich organisierte mit dem Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung eine Gegendemonstration. Auf Bundesebene vernetzte ich mich mit dem Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit und dem Aktionsbündnis gegen Studiengebühren. Ich fuhr zum dritten Bildungstreiktreffen in Erfurt, während sich in Mainz ein lokales Bündnis dazu formatierte.

Den März werde ich voraussichtlich mit der LSK-Organisation und der Neufassung der Verwaltungsvorschrift für SV-Arbeit verbringen.

Mit diesem Bericht möchte ich Abschied nehmen - von einem halben Jahr voller unvergesslicher Erfahrungen, die mir 13 Jahre Schule nicht liefern konnten.

Ich möchte allen Danken, die mir diese tollen Erfahrungen ermöglicht haben: dem LaVo, der LSV, aber auch euch LSK-Delegierten, die mich gewählt haben. Danke für dieses halbe Jahr!



Rechenschaftsbericht von
Lusalla Nzanza über die Zeit im
 Landesvorstand

20. März 2009

Ich bin während meiner Zeit als LaVoMi verschiedenen Aufgaben nachgegangen.

Zuerst einmal habe ich die Verantwortung über den RAK 10 übernommen und den RAK so gut es ging betreut. Es gab eine RAK-Sitzung und eine Sitzung der Zweibrücker Stadt-SV.

Weiterhin habe ich die Verantwortung über den Aufgabenbereich GLSV übernommen.

Zurzeit existiert bereits eine Formsatzung für die Stadt-SVen, damit sich aus ihnen eine GLSV zusammensetzen kann.

Weiterhin nahm ich an verschiedenen Seminaren (z.B. VL-Fortbildung), Sitzungen (LSV, LAK, GEW, usw.) und Aktionen teil, die von

der LSV organisiert wurden oder bei denen die LSV eingeladen war, teil.

Weiterhin organisierte ich eine Demo „Gegen Rechts“ zum 9. November.

Dann habe ich noch einige verwaltungstechnische Aufgaben übernommen.

Insgesamt half ich mit an der Planung und Ausführung vieler LSV-Projekte.

Leider konnte ich mein Amt aus persönlichen Gründen nicht mehr weiterführen, jedoch wünsche ich meinen ehemaligen Mit-LaVoMis viel Glück, Spaß und Erfolg bei ihrer Arbeit.

Mit freundlichen Grüßen
 Lusalla Nzanza,
 Schülersprecher des Hofenfels-Gymnasiums
 in Zweibrücken

Hallöle,

mein Name ist **Lucas Macher**, ich bin mittlerweile 17 Jahre alt und wohne in Spay in RAK 3.

Ich besuche das staatliche Max-von-Laue-Gymnasium in Koblenz, ebenfalls in RAK 3 ;)

Ihr habt mich auf der 45. LSK in Ingelheim in den Posten eines stellvertretenden Bundesdelegierten gewählt.

Durch diese Wahl hat sich in meinem Leben einiges verändert.

Die Bundesebene beansprucht viel Zeit und viel Aufwand um gut und würdig erfüllt zu werden. Im Laufe des vergangenen Halbjahres habe ich allerdings gemerkt, dass ich diese Zeit nicht aufbringen kann.

Ich habe beschlossen, dass es besser ist, wenn ich aus meinem Amt zurücktrete, damit jemand, der vielleicht mehr Zeit hat als ich, meinen Posten belegen kann. Ich bedauere, den „Dienst“ schon so früh quittieren zu müssen, aber ich denke, dass niemand Vorteile aus einer nicht vollständig funktionierenden Bundesebene zieht.

In dem halben Jahr, dass ich in der Bundesebene aktiv war, habe ich am 21. 11. 2008 am Bundesdelegiertentreffen in Mainz teilgenommen, das in erster Linie zur Strukturierung unserer Bundesebene diente. Dort haben wir uns maßgeblich Gedanken gemacht, wie wir eure Interessen gut vertreten können. Außerdem haben wir den Austritt aus

der BSK thematisiert und uns überlegt, wie dieser am besten von staten gehen sollte.

Effektiv war das leider auch schon alles nennenswerte, an dem ich persönlich anwesend sein konnte. Nebenbei habe ich mich natürlich auch am Mailverkehr beteiligt und immer versucht, die Menschen der Bundesebene durch konstruktive Ansätze weiterzubringen.

Ich möchte sagen, dass ich äußerst froh bin, in der Bundesebene gewesen zu sein. Es hat mir viele neue Wege eröffnet und mich mit vielen neuen, interessanten Menschen in Verbindung gebracht. Das gesamt Halbjahr hat mir sehr viel Spaß gemacht und ich habe sehr viel gelernt! Dafür bin ich sehr dankbar!

Ich möchte mich Verabschieden mit einem Zitat von Albert Einstein, das ich immer und immer wieder mit der LSV in Verbindung bringe:

„Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die Zukunft. Denn in ihr gedenke ich zu leben.“

Ich für meinen Teil bin der festen Überzeugung, dass die LSV es schafft, eben diese Zukunft zu verbessern!

In der Hoffnung, dass es die LSV noch lange geben wird
Euer Lucas

Rechenschaftsbericht des Landesvorstands und der Bundesdelegation 2008-2009

Liebe Schülerinnen und Schüler!

Vor einem Jahr habt ihr uns, die Mitglieder im Landesvorstand und in der Bundesdelegation, auf einer LandeschülerInnenkonferenz gewählt und uns euer Vertrauen geschenkt. Mit uns habt ihr auch ein Arbeitsprogramm gewählt, das festhält, wofür wir uns einsetzen und was wir in unserer Amtszeit umsetzen sollten.

Ob uns das immer gelungen ist, ob wir zu eurer Zufriedenheit und wo wir darüber hinaus gearbeitet haben, müsst ihr selbst beurteilen. Um euch dabei zu helfen, formulieren wir diesen Rechenschaftsbericht, zählen auf, was geschehen ist und was nicht geschehen ist, und geben unsere Stärken und Schwächen zu.

Wer hat uns Steine in den Weg gelegt? Woraan sind wir gescheitert? Worauf haben wir

uns konzentriert? Wann waren wir brillant? Wir ziehen Bilanz und berichten von all unseren Aktivitäten, orientiert an den Punkten des Arbeitsprogramms.

Strukturreform der LSV

Der Landesvorstand hat sich während der Legislaturperiode verstärkt und vor allem auf die Arbeit „an der LSV“, die Arbeit „nach Innen“ konzentriert. Dabei standen die Kreis- und Stadt-SVen im Vordergrund. Dazu gehörten zahlreiche Diskussionen, aber auch die Betreuung der RAKe und später der Kreis- und Stadt-SVen. Auf der einen Seite hat es natürlich Spaß gemacht, sich mit der Basis zu beschäftigen und sich auf die eigene Struktur zu konzentrieren, auf der anderen Seite ist es zermürend und anstrengend, immer wieder mit durchwachsenen Erfolgen zu mobilisieren und zu organisieren.

Wir haben in der Zeit des neuen Schuljahres, ab dem es möglich war, offiziell und nach neuem Schulgesetz Kreis- und Stadt-SVen zu gründen, 30 Gründungstreffen in den Kreis- und Stadt-SVen eingeladen – nur sechs (von insgesamt 36) sind also nicht gelungen. Ob diese beschlussfähig und erfolgreich werden, steht zu Readerschluss (und also zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Berichtes) noch nicht fest, es wird sich aber spätestens auf der LSK zeigen.

Die Vorbereitungen hierzu laufen allerdings



schon seit langem: So fanden auf RiSiKoo9 (dem Rheinland-Pfälzischen SchülerInnenkongress) und im Laufe des letzten Frühjahrs bereits Treffen in vielen Kreis- und Stadt-Sven statt, zahlreiche Treffen wurden eingeladen und moderiert, die E-Mail-Listen wurden erstellt und (soweit Leute dazu da waren) mit E-Mail-Adressen von regional Aktiven gefüllt.

Die Aktiven vor Ort werden zudem mit Musterdokumenten unterstützt und können auf Vorlagen für ihr Engagement zurückgreifen.

Dass die Arbeit hier noch nicht vollendet ist, sondern motiviert weiter geführt werden muss, liegt in der Natur der Sache. Dennoch glauben wir, hier unser Bestes gegeben zu haben.

SV-Bildung

Die Bildung der SchülerInnenvertretung hängt eng mit dem Aufbau der Kreis- und Stadt-SVen zusammen und stand somit auch im Zentrum der Arbeit des Landesvorstands. Die Seminarreihe im letzten Herbst fand zwar nicht so groß statt, wie sie ursprünglich geplant war (mit einem Seminar pro RAK), dennoch gab es regionale Seminare in Mainz, Trier, Koblenz und Kaiserslautern, die SVen anzogen und diese bei ihrem Engagement unterstützten. Für den Herbst 2009 sind Seminare für SVen und VerbindungslehrerInnen geplant, die organisatorisch bereits angelaufen sind und schon beworben werden. In Zusammenarbeit mit dem neuen Landesvorstand werden wir unsere Arbeit hier weiterführen.

Wir versuchen nach wie vor darauf hinzuwirken, dass im Rahmen der Umstrukturierung des ministerialen Fortbildungszentrums auch vom Land finanzierte SV-Fortbildungen offiziell stattfinden können. Dieser Prozess ist allerdings noch nicht abgeschlossen.

Neben diesen zentral organisierten Aktivitäten waren wir auch immer für die SVen an den einzelnen Schulen da. Wir haben ihre Basisanfragen beantwortet, aber auch Seminare an ihren Schulen durchgeführt. Obwohl inzwischen von einer dauerhaften Kooperation abgesehen wird, lief auch die Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk für SchülerInnenvertretung in Deutschland sehr gut: Während der Amtszeit ließ sich ein weiteres Mitglied im Landesvorstand zur SV-Beraterin ausbilden und einige Seminare fanden mit Finanzierung des SV-Bildungswerks statt.

Auch auf dem VerbindungslehrerInnentag in Rheinland-Pfalz haben sich Landesvorstandsmitglieder vorgestellt und die Aktivitäten der LSV näher gebracht. So wurden die VerbindungslehrerInnen motiviert, auch an ihrer Schule verstärkt auf die Rechte der SchülerInnen zu achten und die LSV für Seminare anzufragen.

Publikationen

Durch die regelmäßig erscheinenden SV-Tipps blieb der Landesvorstand mit den SVen an den Schulen in Kontakt und gab ihnen viele wertvolle Tipps für ihre Aktivi-



täten. Die Tipps erschienen zwar nicht monatlich, innerhalb der Amtszeit wurden aber sieben SV-Tipps publiziert und über den E-Mail-Verteiler verbreitet. Diese sind auch alle online abrufbar.

Auch der Lichtblick als Publikationsorgan hat im vergangenen Jahr gut funktioniert. Der Landesvorstand hat diese Zeitung betreut, auch weil ein Landesvorstandsmitglied Chefredakteurin in der Redaktion war. Bisher erschienen zwei Ausgaben; eine im Winter vor der 46. LSK, die sich mit dem Themenkomplex „Homosexualität und Schule“ beschäftigte sowie eine Ausgabe, die in Zusammenarbeit mit dem „RiSiKoo9“-Organisationsteam entstand und somit Lichtblick und Kongressreader zugleich war.

Dank Werbeeinnahmen und Engagement der Redaktion ist noch genug Geld im Haushalt für eine weitere Ausgabe der Zeitung. Diese wird bereits vorbereitet und kann dann in Kooperation mit dem auf der 47.LSK neu zu wählenden Landesvorstand entstehen.

Schon zur letzten LSK wurde auch eine Power-Point-Präsentation erstellt, die die LSV und deren Arbeitsweisen vorstellt. Diese wurde auch schon auf einigen SV-Seminaren erprobt und weiterentwickelt.

Tapfer haben wir auch an dem SV-Handbuch weiter gearbeitet, das in Rheinland-Pfalz schon seit Jahren im Entstehungsprozess ist. Enttäuscht müssen aber auch wir feststellen, dass es uns nicht gelungen ist, bis zum Ende der Amtszeit einen Entwurf

zu präsentieren. Das aufwendige Projekt muss wohl noch eine (oder gar mehrere) Legislaturperioden auf die Fertigstellung warten.

Pressearbeit

Die Pressearbeit in unserem Landesvorstand war ziemlich aktiv. Dabei hat nicht nur unser Pressereferent, Matthias Köberlein (der auch einen eigenen Rechenschaftsbericht über seine Arbeit geschrieben hat), sondern haben auch andere Landesvorstandsmitglieder beim Schreiben mit geholfen. Das Resultat: Es gab nicht wirklich jeden Monat eine Pressemitteilung, aber es gab mehr Pressemitteilungen als Monate, und das ist ja auch schon was.

Dabei waren wir natürlich auch auf einigen Pressekonferenzen und haben Kontakte zu Medien und Ministerium ausgebaut – obwohl die Aktivität hier im Vergleich zum vergangenen Jahr zugegebenermaßen zurückgegangen ist.

Dafür verbesserte sich die Zusammenarbeit mit anderen Verbänden im Bezug auf die Pressearbeit. Nennenswert ist vor allem die gemeinsame Pressekonferenz mit der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) Anfang dieses Jahres, in der wir über die Probleme an sanierungsbedürftigen Schulen berichteten, sowie eine gemeinsame Pressemitteilung mit dem Landeselternbeirat (LEB), in der wir uns für Lernmittelfreiheit in Rheinland-Pfalz ausgesprochen haben.



Demokratisierung

Weiterhin haben wir uns natürlich auch für die Demokratisierung der Schulen und das Demokratiebewusstsein unter den SchülerInnen eingesetzt. So beschäftigte sich ein SV-Tipp mit dem Thema und zeigte demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten in der Schule auf.

Auch in der Transfergruppe „Demokratie leben und lernen“ haben sich Mitglieder des Landesvorstands aktiv eingebracht, Tagungen und Diskussionsveranstaltungen besucht.

Wir haben den 3. Landesdemokratietag mit veranstaltet und natürlich besucht. So wird auch der 4. Landesdemokratietag, der nach der LSK stattfindet, wieder inhaltlich und finanziell von der LSV unterstützt.

Ganztagsschulprogramm

Wie wir schon in unserem Zwischenbericht erwähnt haben, ist es um das Ganztagsschulprogramm ruhig geworden in Rheinland-Pfalz. Deswegen war auch das Engagement von Seiten des Landesvorstands zu diesem Thema eher begrenzt.

Dennoch wurde ein guter Kontakt zur Servicestelle „Ganztägig lernen“ und zur Servicestelle „Jugendbeteiligung“ gehalten; erstere waren auch auf dem Kongress „RiSiKoo9“ vertreten.

Außerdem wurde der bundesweite Ganztagsschulkongress von einer rheinland-pfälzischen Delegation besucht. Auch beim Ganztagsschulkongress in Rheinland-Pfalz haben Landesvorstandsmitglieder aktiv mitgewirkt und z.B. Workshops gehalten.

Bundesebene

Auch unsere Bundesdelegation hat sich trotz Personalmangels in die Arbeit des Landesvorstandes eingebracht. So wurde zum Beispiel der endgültige Austritt aus der Bundesschüler(Innen)konferenz vollzogen, wie er auf der LSK beschlossen wurde.

Trotz oder gerade wegen des Austritts wurde ein guter Kontakt zu den anderen LandesschülerInnenvereinigungen gepflegt, die Bundesdelegierten besuchten bundesweite Vernetzungstreffen und auch der Landesvorstand brachte sich bei bundesweiten Veranstaltungen ein, wie zum Beispiel dem alternativen Bildungsgipfel oder beim Bündnis für Toleranz und Meinungsfreiheit. Mehr könnt ihr auch den Rechenschaftsberichten unserer Bundesdelegierten entnehmen.

Auch die Delegierten anderer Bundesländer waren wiederholt bei uns zu Besuch: So zum Beispiel auf der letzten LSK, auf RiSiKoo9 oder dem gemeinsamen Sommercamp.



Bildungsfinanzierung

Der Landesvorstand hat sich in die Debatte um Studiengebühren aktiv eingebracht, so z.B. im Rahmen des „alternativen Bildungsgipfels“ im Herbst und des „Bildungsstreiks“ im Juni.

Erfolgreich waren wir auch im Bezug auf die Beförderungskosten, die für SchülerInnen anfallen, wenn sie mit dem Bus zur Schule fahren. Es war geplant, nur SchülerInnen von „Realschulen plus“ fortan diese Fahrtkosten zu erstatten, nun bekommen auch SchülerInnen von Gymnasien und Gesamtschulen ab einer gewissen Einkommensgrenze (der Eltern) das Busgeld zurück.

Auch im Bezug auf das Kopiergeld hat sich der Landesvorstand engagiert. In einer Pressemitteilung haben wir das Kopiergeld als „Schulgeld“ bezeichnet und herausgefunden, dass zumindest gewisse Formen des Kopiergeldes nicht rechtens sind. So haben wir viele Schülerinnen und Schüler motiviert, sich an ihren Schulen konkret dagegen einzusetzen.

Die Debatte um Lernmittelfreiheit in Rheinland-Pfalz haben wir ebenfalls verstärkt aufgenommen. So haben wir uns bereits beim Antrittsgespräch mit Frau Reiß deutlich für Lernmittelfreiheit eingesetzt, dies in einer Pressemitteilung in Kooperation mit dem Landeselternbeirat bestärkt und ein Statement für den bildungspolitischen Ausschuss des Landtages geschrieben, als die CDU einen Vorschlag zur Lernmittelentleihe eingebracht hatte.

Sommerncamp

Auch 2009 gab es wieder ein Sommerncamp in Kooperation mit den LSVen Hessen und Nordrhein-Westfalen, das in Bogel (im Norden von RLP) stattfand. Mit Spaß und politischen Inhalten gefüllt war es ein gelungenes Camp für die rund 70 TeilnehmerInnen aus den drei (und mehr) Bundesländern.

Basiskongress

Der Basiskongress „RiSiKoo9“ fand im Mai dieses Jahres statt. Organisiert von einem unabhängigen Organisationsteam, war RiSiKo dennoch auch ein LaVo-Projekt, nicht nur, weil einige Landesvorstandsmitglieder maßgeblich im Orga-Team engagiert waren. Angesichts der Größe und des damit verbundenen Arbeitsaufwand des Kongresses hatte der Landesvorstand alle Hände voll zu tun, um die Organisation zu unterstützen.

So besuchten Mitglieder aus Landesvorstand und Orga-Team den Schwester-Kongress aus Bayern, „Basis09“ und brachten sich auch hier aktiv in Vorbereitung und Durchführung ein.

Mit zahlreichen Workshops und Bildungsangeboten, Unterhaltung und selbstständigem Lernen war RiSiKoo9 trotz relativ geringerer TeilnehmerInnenzahlen ein großer Erfolg und wird sicher vielen positiv in Erinnerung bleiben.



Sexualität

Das Thema „Sexualität“ hat den Landesvorstand vor allem im ersten Teil der Amtszeit ganz besonders beschäftigt. So haben wir die LSK unter das Motto „Sexualität und Schule“ gestellt und uns mit Gleichberechtigung und (Homo-)Sexualität auseinandergesetzt. Es entstand ein Reader zur LSK sowie die „Bravissimo“ (eine Zeitschrift, die sich dem Thema auf lockerer Ebene nähert) sowie der Lichtblick, der das Thema ebenfalls als Titelthema aufgriff.

Mehrere Workshops auf der LSK beschäftigten sich mit dem Thema – voran ging eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem „Queernet RLP“, einer Vereinigung für die Rechte von Homosexuellen in Rheinland-Pfalz, die uns bei der Kommentierung der neuen Sexualkundeunterrichtslinien unterstützten.

Zum ersten Mal waren auf der letzten LSK auch wieder Materialien von der Anti-AIDS-Stiftung ausgelegt – auch für die nächste LSK ist die Stiftung wieder eingeladen.

Der CSD (Christopher-Street-Day) wurde von der LSV wiederholt unterstützt. In Koblenz waren wir mit einem Infostand und einem Statement in der Broschüre vertreten, in Trier haben wir an einem Podium zu Homosexualität in der Schule teilgenommen. Auf beiden CSDs haben wir uns auf den Bühnen vorgestellt und dort ein kurzes Statement abgegeben.

Umwelt

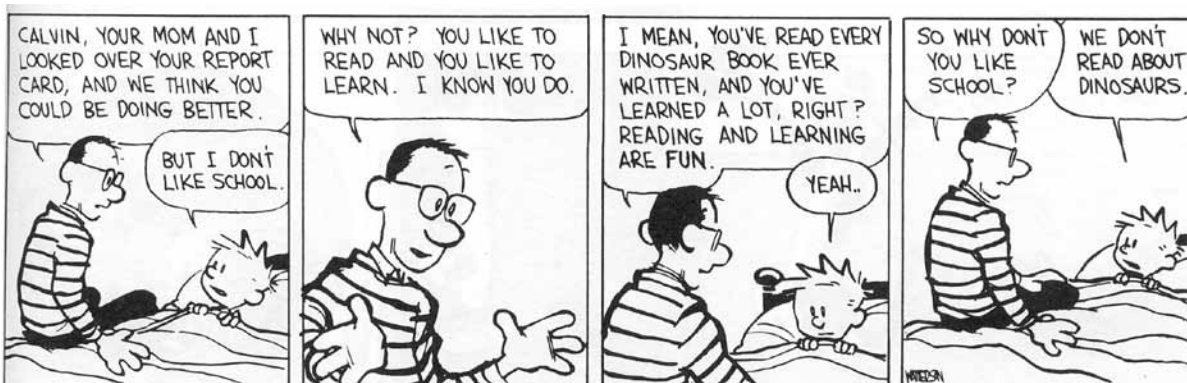
Angesichts dessen, dass die LSV im letzten Jahr einen „Jugendumweltkongress“ in Zusammenarbeit mit dem BUND organisiert hat, ist das Engagement in diesem Bereich zurückgegangen. Nach wie vor verteilen wir aber die Broschüre zu „Umwelt und Schule“ und motivieren junge Leute, sich in dem Bereich an ihrer Schule verstärkt einzubringen.

Weiterhin fanden vernetzende Gespräche mit dem BUND statt, denen allerdings bisher keine weitere Kooperation entsprungen ist.

Antirassismus

Der Landesvorstand hat sich aktiv im „Netzwerk für Demokratie und Courage Rheinland-Pfalz“ eingebracht, ein Landesvorstandsmitglied war auch im Vorstand des Bündnisses. So wurde zum Beispiel an der Neukonzipierung der Ausstellung über Rassismus und Intoleranz, die an Schulen ausgestellt wird, mitgewirkt.

Außerdem wurde die Demonstration gegen die Neo-Nazis am ersten Mai in Mainz von der LSV unterstützt. Hier haben wir uns nicht nur finanziell, sondern auch durch Teilnahme an regelmäßigen Bündnistreffen eingebracht.



Datenschutz

Der Landesvorstand hat sich bereits für ein Bündnis mit anderen Partnern gegen die SchülerInnen-ID eingesetzt und eine Mailingliste zustande gebracht. Da es momentan allerdings in Rheinland-Pfalz, wie uns vom Ministerium mehrfach versichert wurde, keine Bestrebungen zur Einrichtung einer solchen SchülerInnen-ID gibt, ruht auch die Aktivität dieses Bündnisses.

Nach wie vor wurden „pädagogische Netzwerke“ wie MNS+ an Schulen kritisch verfolgt, so zum Beispiel mit einer Pressemitteilung anlässlich des Landesdatenschutztages, auf welchem auch ein ehemaliges Landesvorstandsmitglied, Felix Martens, auf einem Podium vertreten war. Endlich wurde vom Ministerium auch die Nutzungsordnung veröffentlicht, die einen bewussteren Umgang mit der Problematik solcher Netzwerke fördern soll und nur dank der LSV entstanden ist.

Zudem wurden Demonstrationen für Datenschutz in Mainz und bundesweit finanziell und organisatorisch unterstützt.

Kontakt

Der Landesvorstand hat versucht, guten Kontakt zu verschiedenen (bildungs-)politischen Organisationen aufzubauen und zu halten.

Vor allem natürlich mit dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur (MBWJK). Hier fand ein Antrittsge-

spräch mit der Staatssekretärin statt, danach gab es immer wieder (themenbezogen) Kontakt.

Auch der Kontakt mit den LandesschülerInnenvereinigungen anderer Länder wurde ausgebaut, dies findet sich unter dem Punkt „Bundesebene“.

Mit dem Landeselternbeirat in Rheinland-Pfalz wurde gemeinsam eine Pressemitteilung herausgegeben, die LSV war auch auf dem Landeselternntag mit Redebeiträgen und Workshops vertreten.

Mit der LehrerInnengewerkschaft „GEW“ wurde ebenfalls gut zusammengearbeitet: Es entstand eine gemeinsame Pressekonferenz und der Landesvorstand war auf Gewerkschaftsveranstaltungen z.B. mit Redebeiträgen vertreten. Auch mit dem VBE („Verband Bildung und Erziehung“) fanden erste Gespräche statt und auch hier ist eine Kooperation in Zukunft denkbar.

Weitere Organisationen, wie z.B. die DGB-Jugend und andere Jugendverbände, trafen wir öfter vor allem im „Netzwerk für Demokratie und Courage“, um uns mit ihnen auszutauschen.

Mit Studierendenvertretungen der Uni Mainz und bundesweit kamen wir vor allem über den Bildungsstreik in Kontakt. Hier verlief die Zusammenarbeit sehr gut; diese ist somit auch für weitere gemeinsame Projekte ausbaufähig.

Zudem hatten wir im Zuge der Gründung von Kreis- und Stadt-SVen Kontakt zu regionalen Jugendparlamenten und Jugendausschüssen sowie Gespräche mit dem Landesjugendring.



Darüber hinaus...

- haben wir uns aktiv in der Organisation und Durchführung des Bildungsstreiks in Mainz eingebracht;
- haben wir zwei LSken sowie die Einarbeitungstage für den neuen Landesvorstand organisiert.
- haben wir uns über ein neues Corporate Design Gedanken gemacht und eine neue Homepage in Auftrag gegeben;
- haben wir nach vielen Überlegungen und Bewerbungsgesprächen eine dritte Geschäftsführungskraft, Stefan Lange, eingestellt;
- hatte der Landesvorstand mehrfach guten Kontakt zur AQS;
- haben wir im letzten Jahr ein Ehemaligentreffen organisiert;
- haben wir nun einen festen Sitz im Landesjugendhilfeausschuss und können dort Einfluss nehmen;
- hat der Landesvorstand das Alltagsgeschäft erledigt: Post bekommen, Schreiben beantworten, Basisanfragen beantworten, Vorschriften kommentieren, inhaltlich Stellung nehmen und vieles mehr.

Persönliches:

Rückblickend hat uns unsere Arbeit Spaß gemacht und weitergebracht. Wir waren ein tolles Team, haben viel auf die Beine gestellt und uns immer wieder gegenseitig motiviert. Unser besonderer Dank geht an die Geschäftsführung, die uns oft tatkräftig unterstützt hat, sowie vor allem an viele Aktive auf regionaler und Landesebene, die sich eingebracht haben, ohne ein Amt innezuhaben oder sich über ihr Amt hinaus für die LSV engagiert haben.

In der persönlichen Bilanz blicken wir zurück auf:

18 Pressemitteilungen

71 Treffen in RAKen oder Kreis- und Stadt-SVen

13 Landesvorstandssitzungen

5930 Mails über den Verteiler (bis Redaktionsschluss des Readers)

sowie geschätzte achttausend Tassen Kaffee, noch viel mehr Arbeitsstunden und noch viel, viel mehr Spaß...





Cathrin Gernegrohs

Nun sind wir also angekommen, bei der 47. LSK, der ersten GLSK und somit auch beim Ziel der Amtszeit des „Noch“-LaVos: Eine Vertretung für alle! Im letzten Jahr konnte ich viele neue Erfahrungen sammeln, tolle Menschen kennen lernen und viel Spaß haben. Nebenbei natürlich auch arbeiten: Ich habe mich unter anderem um den Kontakt zur AQS (Agentur für Qualitätssicherung an Schulen) gekümmert, was sehr interessant und aufschlussreich war, dann war da der Landesdemokratietag, der Bildungsstreik, die vielen LaVoSis, die Einarbeitungstage, die LSKen...

Ich finde es äußerst schwer, das Jahr hier so schnell zusammenzufassen und glaube auch, dass ich die Hälfte vergessen werde. Ich weiß nur, dass ich immer mein Möglichstes für die LSV gegeben habe, was nicht immer leicht war, da ich viele andere Verpflichtungen hatte und ich zwischendurch manchmal glaubte, dass es besser sei, vielleicht das Amt niederzulegen, aber meine „KollegInnen“ (so will ich sie eigentlich nicht nennen – es sind Freunde!), haben es immer wieder geschafft mich zu motivieren, mir zu zeigen, wie wunderschön erfüllend LSV- Arbeit sein kann!

Aufgrund der Entfernung zu Mainz (3h mit dem Zug) war es mir nicht möglich, einfach mal so in der LGS zu arbeiten oder beim Tüten zu helfen, jedoch habe ich wann immer es ging an den Landesvorstandssit-

zungen teilgenommen, die immer mit viel Spaß (und Arbeit) verbunden waren, aber das Gefühl, vor Motivation fast zu platzen während man auf dem Nachhauseweg ist, werde ich vermissen. Ebenso werde ich es vermissen, dass mein Posteingang mich nicht mehr anschreit, dass ich doch bitte die 1000 neuen Mails lese (nein, ganz so schlimm war es nicht).

Leider muss ich gestehen, dass es mit der Basis-Arbeit nicht so geklappt hat, wie ich das gerne gehabt hätte... Dennoch glaube ich, dass ich der LSV gegeben habe, was ich geben konnte und hoffe, dieses grandiose Jahr nun mit einer Entlastung krönen zu dürfen ;)

Ich danke Euch allen, auch dafür, dass ihr mich gewählt habt! Und ich danke dem Menschen, der mich zur LSV gebracht hat! Und einen ganz großen Dank an den tollsten LaVo, mit dem ich hoffentlich noch viel Spaß haben werde und danke an die GF, die uns in allem so tatkräftig unterstützt haben. Ihr seid die Besten!

Nun macht's mal gut und habt ganz viel Spaß auf der (G)LSK!

Die besten Grüße von Cätti (ja, so nennt man mich nun)



Hanna Zoe Trauer

Liebe MitschülerInnen!

Auf der 45. LSK habt ihr mich in Abwesenheit in den Landesvorstand gewählt, nachdem ich bereit ein Jahr lang im Nachwuchslandesvorstand in der LSV mitgewirkt hatte. Für mich begann mit der Wahl ein tolles und ereignisreiches Jahr; ich versuche, euch einen möglichst vollständigen Überblick zu geben.

Auf den Einarbeitungstagen des Landesvorstands 2008/09, die ich selbst aufgrund meiner Vorerfahrungen bereits mitgestaltet habe, wurde ich zur Innenreferentin im Landesvorstand gewählt. Damit war auch schon ein großer Teil meiner Aufgaben abgesteckt. Das Innenreferat besteht aus meiner Sicht aus zwei großen Teilen:

Einerseits die Arbeit innerhalb des Landesvorstands: Abstimmungen leiten, Landesvorstandssitzungen einladen, vorbereiten und zu großen Teilen moderieren, Arbeitsabläufe koordinieren (sich zum Beispiel um die Einhaltung von Textschlüssen bemühen und Leute immer wieder an ihre Aufgaben erinnern), die Klausurtag (mit-)vorbereiten, Kontakt zum Landesausschuss halten und diesem über die Arbeit des Landesvorstands berichten, und einen guten Kontakt zu den lieben GF halten – wobei letzteres wohl das geringste Problem im aktuellen LaVo war.

Dazu kam dafür dieses Mal die Einstellung eines neuen Geschäftsführers; in das Ausschreibungs- und Bewerbungsverfahren war ich besonders eingebunden.

Andererseits die Arbeit innerhalb der LSV, der Kontakt zur Basis. In regelmäßigen Infomails habe ich die SchülerInnen über das aktuelle Geschehen in der LSV und darüber hinaus informiert, neue Publikationen bekannt gegeben und Veranstaltungen beworben. Auch die Basisanfragen wurden des Öfteren von mir beantwortet. Darüber hinaus habe ich zuerst den RAK1 und dann, im Zuge der Umstrukturierung der LSV, drei Kreis- und Stadt-SVen betreut. Hiermit verbunden waren natürlich einige Treffen und unzählige Telefonate zur Mobilisierung. Auch Basis-Seminare habe ich mit geteamt, im Rahmen der Seminarreihe im letzten Herbst sowie teilweise an Schulen für einzelne SVen.

Zuständig war ich außerdem für den Bereich Publikationen. Hier habe ich mich um die Entstehung zweier Zeitungen („Lichtblick“ heißt die Zeitung der LSV) bemüht, deren Chefredakteurin ich (zufälligerweise, gewählt auf der 43. LSK) gleichzeitig war. Die sind auch zustande gekommen (einer erschien zur letzten LSK und einer zu RiSi-Koo9), sowie eine lustige Zeitung zur letzten LSK, die „Bravissimo“. Weitere Publikationen sind die regelmäßig erscheinenden „SV-Tipps“ (in meiner Amtszeit habe ich davon sieben verfasst), die den SVen nützliche Tipps für die Arbeit an ihrer Schule geben. Aktiv war ich auch immer bei der Koordination und Fertigstellung aller Texte für die drei großen Verschickungen, die während unserer Amtszeit anstanden. Für das Verfassen der E-Mails, die an die Schulen über den EPoS-Verteiler verschickt wurden, war ich ebenfalls zuständig. In den Bereich gehört auch das Seminar für ZeitungsmacherInnen, das ich im Frühjahr veranstaltet habe – die TeilnehmerInnenzahl war aber hier eher gering.

Auch im Bezug auf die beiden LSKen habe ich mich eingebracht, wobei für mich vor allem die 46. LSK erwähnenswert ist. Hier war ich maßgeblich für die AGen, die Anträge, den Reader, Inhalte und allgemeine Organisation verantwortlich und habe in der Vor- und der Nachbereitung sowie Durchführung (z.B. Moderation) viel beigetragen.

Wichtig war für mich auch der Kongress RiSiKoo9, da ich im Organisationsteam war. Dort war ich hauptsächlich für das Programm zuständig, habe aber tausend kleine Dinge übernommen, die sonst so anfielen – vor allem, weil die Vorbereitung eher von Niederlagen als von Erfolgen geprägt war (so fanden wir z.B. keinen Ort).

Auch bei den Planungen für das Sommercamp 2009 war ich eingebunden. Ich war zwar zu Beginn nicht auf allen Orga-Treffen, habe aber auf dem Verteiler aktiv mitgewirkt und vor Ort sowie vor allem in der Nachbereitung geholfen und auch Workshops gehalten.

Inhaltlich habe ich mich vor allem mit den Themen Gleichberechtigung (im Zuge der 46. LSK) und Sexualität (hier war ich auch vor der LSK auf einigen Vernetzungstreffen mit Queernet Rheinland-Pfalz) sowie Umweltschutz und Anti-Rassismus beschäftigt. Im Bezug auf Umweltschutz gab es zwar ein Treffen mit dem BUND, mit dem im Jahr zuvor eine Kooperation stattgefunden hatte, leider ist daraus aber nicht mehr geworden. Das Thema Anti-Rassismus habe ich vor allem im Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) vertreten, da ich dort für die LSV im Trägervorstand aktiv war. Auch im Bündnis für die Demonstration gegen Nazis am 1. Mai 2009 habe ich die LSV mit anderen vertreten.

Natürlich habe ich auch mehrere Veranstaltungen über die LSV hinaus wahrgenommen. So war ich zum Beispiel beim Landeselterntag (wo ich die LSV mit einem Workshop und Redebeiträgen in der Diskussion vertreten habe) oder beim VerbindungslehrerInnentag (auf dem ich einen Vortrag über die LSV und ihre Arbeitsweise gehalten habe).

Auch den Landesdemokratietag Rheinland-Pfalz (auf dem ich einen Workshop gehalten habe), den landesweiten und den bundesweiten Ganztagschulkongress, den alternativen Bildungsgipfel in Dresden sowie den bayrischen SchülerInnenkongress „basis“ und mehrere Veranstaltungen der GEW habe ich besucht. Vertreten habe ich die LSV weiterhin in der „LAG Bildung“ der Grünen.

Im Bezug auf die Pressearbeit habe ich mich im Vergleich zum Vorjahr größtenteils zurückgezogen. Ich habe an ein paar PMs mitgearbeitet, zwei Pressekonferenzen besucht und eine gemeinsam mit der GEW abgehalten.

Natürlich gab es auch Kontakt mit der Regierung/dem Ministerium. Im Rahmen der Änderung des Schulgesetzes (das nun zu Beginn des Schuljahres in Kraft trat) habe ich eine ausführliche Kommentierung der neuen Gesetzesvorlage verfasst und im Ausschuss für Bildung und Jugend des Landtages mit Julian gemeinsam vorgetragen. Hinzu kam eine Kommentierung der neuen Stundentafeln für die Realschule plus. Daneben war ich bei dem Antrittsgespräch mit Frau Staatssekretärin Reiß vertreten und habe einen regelmäßigen Austausch mit unserem Referenten, Herrn Stiwitz, gepflegt.

Auch bei der Vorbereitung und Durchführung des Bildungstreiks in Mainz sowie der Veranstaltung zum Amoklauf der SSV-Mainz habe ich mich teilweise eingebracht.

War's das jetzt endlich? Weiß nicht so genau. Bestimmt habe ich noch irgendwas vergessen... dann war's aber auch nicht so wichtig.

Wirklich wichtig sind ohnehin nicht die langen Aufzählungen; die dienen wohl eher der Nachvollziehbarkeit all meiner Arbeit. Wichtig ist mir persönlich, dass ich ‚ne tolle Zeit hatte, viel gelernt und erlebt habe und ziemlich oft Spaß hatte. Danke an den lieben LaVo, die lieben GF und all die Leute, die sich für die LSV engagiert haben!

Hanna Zoe



Inga Wellstein

Das Jahr ist also schon vorbei?

Rückblickend auf die 45. LSK kann ich sagen, danke liebe Delegierte, dass ihr mich gewählt habt! Ich bin froh, dass ich eine der zehn Leutchen sein durfte, die zum Landesvorstand der LSV Rheinland-Pfalz ernannt wurden.

Nach diesem Jahr, das arbeitsreich war, aber auch in meinen Erinnerungen mit jeder Menger Spaß und vielen schönen Momenten verbunden ist, kann ich rückblickend sagen, dass ich nicht bereut habe, mich zum Landesvorstandsmitglied aufstellen zu lassen. Jetzt interessiert euch aber bestimmt auch, ob ihr, bzw. eure VorgängerInnen, euch richtig entschieden habt. Deshalb schreibe ich nun im folgenden Text, was ich so alles bei der LSV getan habe:

Sexualität

Das war eines der Themen, für die ich mich entschieden habe. Warum? Weil ich mich an den Sexualkunderichtlinien, die gerade in unserem Land überarbeitet werden sollten, beteiligen wollte und weil mich das Tabu-Thema gereizt hat.

Nun war ich aber hier nicht nur (zusammen mit Julian) an der Kommentierung der Sexualkunderichtlinien beteiligt, sondern wir haben auch mit dem Schwulen- und Lesbenverband „Queernet RLP“ Kontakte geknüpft. In Zusammenarbeit mit „Queernet“ konnten dann im Endeffekt auch noch ein paar Veränderungen in den Richtlinien erreicht werden.

Abgesehen davon war ich auf den CSDen Trier und Koblenz mit am Start.

Demokratie

Mein zweiter Arbeitsbereich beschäftigte sich mit Demokratie. Das scheint ein ziemlich großer Bereich, und deshalb gab es auch hier viel zu tun. Der Landesdemokratietag, an dem wir uns beteiligten, war nur der Anfang, dieses Jahr waren wir von Anfang an im Planungsteam und versuchen als SchülerInnenvertretung auch auf die Themen, die uns ja durchaus betreffen, Einfluss zu nehmen. Die Teilgruppe „Demokratie lernen und leben“ war nur ein Bereich, in dem ich hier aktiv werden konnte.

Auch konnten wir, was die Kontakte zu anderen, an Demokratie in der Schule interessierten Verbänden betrifft, einiges erreichen: Wir haben guten Kontakt mit der SAG, der Serviceagentur für ganztätiges Lernen und der DeGeDe, der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik, gehalten.

SV-Bildung

Dies war zwar nicht mein Bereich, aber ich habe mich trotzdem ein wenig mit dem Thema beschäftigt, nicht nur, indem ich ein SV-Basisseminar im Herbst geleitet habe (mehr spontan als professionell), sondern auch, indem ich mich zu einer SV-Beraterin ausbilden lassen habe und zusammen mit Julian ein paar SV-VL-Seminare organisieren möchte, die jetzt in diesem Schuljahr anstehen. Ansonsten hatte ich durch den Bereich „Demokratie“ auch schon Kontakt zu einigen Verbänden, die sich ebenfalls mit SV-Bildung beschäftigen und es kam ein Gespräch zur Zusammenarbeit von SAG (siehe oben) und dem SV-Bildungswerk zustande, damit in Zukunft SVen effizienter unterstützt werden können. Auch in diesem Bereich habe ich mich immer wieder der Zusammenarbeit mit Julian erfreut!

Bildungsstreik '09

Beim Bildungsstreik war ich von Anfang an aktiv dabei, habe die ersten Organisations-Treffen besucht und war auf einigen bun-

desweiten Treffen, um dort die Meinung der Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz zu vertreten. Später hat dann allerdings Alexander diesen Arbeitsbereich übernommen, und als ich ihn nach Alex' Rücktritt wieder übernommen habe, habe ich mich hauptsächlich auf die Organisation des Bildungsstreiks in Worms konzentriert. Auf dem Verteiler habe ich bis zum Streik alle Mails mitgelesen und teilweise auch selbst kommentiert. Auf einigen Telefonkonferenzen habe ich ebenfalls teilgenommen.

SVen auf Kommunalebene

In meinen Städten und Kreisen hatte ich zunächst richtig viel zu tun. So habe ich aus RAK 8 am Anfang die Kreise Rhein-Pfalz und Bad Dürkheim und die Städte Frankenthal, Worms und Ludwigshafen betreut. Vor kurzem habe ich jedoch die beiden Kreise weitergegeben. Davor ist es mir jedoch gelungen, zwei Treffen im Kreis Bad Dürkheim (gut oder schlecht) zu organisieren, wobei mir die dortigen Aktiven sehr entgegen gekommen sind und mir geholfen haben (Danke!). Auch in Frankenthal konnte ich schon vor den Ferien ein Treffen organisieren.

Vor der LSK wird es jetzt noch ein Stadt-SV-Treffen in den drei Städten geben. Ansonsten freue ich mich schon darauf, dass bald die Kreis- und Stadt-SVen aktiv werden!

Bundesebene

Abgesehen von meiner Aktivität beim Bildungsstreik, bei denen ich viele Studierende, aber auch SchülerInnen aus ganz Deutschland kennen gelernt habe, war ich auch auf dem bayrischen Basiskongress „basis 09“. Außerdem habe ich jede Menge nette Menschen kennen gelernt, die in anderen LSVen, wie z.B. in Hessen, NRW, Bayern, Schleswig-Holstein, Hamburg und auch in Baden-Württemberg, aktiv sind.

Neben dem ganzen themenbezogenen Kram habe ich natürlich auch Mails gelesen und geschrieben, ein paar Mustersachen verfasst, fleißig kommentiert, Infostände beaufsichtigt und die anderen alltäglichen Dinge getan,

die ein LaVoMi so alle macht...

Ich werde die Arbeit sicherlich vermissen, aber was noch viel wichtiger ist, die Gruppe, die sich ein Jahr lang dafür eingesetzt hat, dass wir, als Schülerinnen und Schüler, vertreten werden, die für mich mehr als nur ein Haufen Kolleginnen und Kollegen war... den Spaß, den wir hatten, das Lachen. Das werde ich am meisten vermissen...



Jan Theisen

18 Jahre alt
wohnhaft in Saulheim
aus dem LaVo 08/09

berichtet keinesfalls in chronologischer Reihenfolge:

Mein LaVo-Jahr begann mit einem Münzwurf. Viele Menschen werden das wohl schon als ersten Kritikpunkt angebracht haben, doch nach dieser ersten Phase der Unsicherheit kam eine sehr arbeits- und gedankenintensive Phase auf mich zu, die ich leider mit einer etwas unproduktiven Phase abschließen muss.

Das „Standardengagement“ (zu allen LaVo-Sis gehen) habe ich erfüllt.

Ebenso habe ich mit Julian zusammen das Außenreferat geleitet. Ich habe mich zu mehren Außenterminen zum Beispiel mit dem Verband Bildung und Erziehung getroffen, war auf dem Neujahrsempfang von Kurt Beck oder habe mit Staatssekretärin

Reiß sowie Herrn Stiwitz vom Ministerium kommuniziert.

Die Anlässe hierzu waren vielfältig.

In meinem Amt als Außenreferent war ich auch auf sämtlichen Treffen des Bündnisses „Mainz stellt sich quer“, das am 1. Mai 2009 den Naziaufmarsch blockiert hat.

Mein coolstes Erlebnis in dieser Funktion war wahrscheinlich bei der Mainzer Bildungsstreik-Demo mit Hanna auf dem Lautsprecherwagen vor mehreren tausend Schülern und Studis zu stehen und die Forderungen der LSV zu verkünden.

In meinem Arbeitsbereich „Realschule Plus“ habe ich die aktuelle Entwicklung der Strukturreform mitverfolgt, war bei einer Pressekonferenz von Frau Ahnen zum Thema und habe anschließend eine Pressemitteilung herausgegeben.

Ebenfalls habe ich einen Infostand auf dem Mainzer Festival „Open Ohr“ mitbetreut und war für die LSV auf dem Jugendpodium zum Thema: „Gewinnt Religion für Jugendliche an Bedeutung?“.

Einen anderen Infostand betreute ich mit Julian und Simone auf der „Sommerschwüle“ in Mainz.

Vom 19.-29. Januar absolvierte ich mein Schulpraktikum in der Landesgeschäftsstelle der LSV. In dieser Zeit habe ich viele, viele Anrufe für die 46. LSK in Rockenhausen getätigt. Getütet hab ich in dieser Zeit auch jede Menge und habe im LSK-Orgateam mitgeholfen. Auch in dieser Zeit entstanden ist ein Flyer für die Zeugnisaktion in Koblenz, dem ich ein neues Layout verpasst habe.

Organisiert habe ich ebenfalls mit vielen netten Menschen das Sommercamp 2009, welches in Kooperation mit den LSVen von Hessen und Nordrhein-Westfalen in Bogel stattfand. Dort habe ich auch zwei Bespaßungswshops gehalten.

Zu guter Letzt habe ich mich um den RAK 5 gekümmert und fast alle Sitzungen geleitet beziehungsweise dafür eingeladen. In diesem Rahmen habe ich mehrere vorbereiten-

Sitzungen für die Stadt-SV Mainz gemacht.

Im Kreis Alzey-Worms habe ich ebenfalls ein Gründungstreffen veranstaltet.

Besonderst die Mainzer RAK 5- und SSV-Clique ist mir an Herz gewachsen - danke für die schönen Sitzungen :-).

Eines der coolsten Erlebnisse hier war wohl die konstituierende Sitzung der Stadt-SV Mainz, die im Mainzer Rathaus stattfand.

Wie gesagt und gesehen hatte ich eine erfahrungsreiche Zeit, die zwar anstrengend aber trotzdem schön war.

Der perfekte Abschluss für mein LaVo-Jahr wäre nun eine Entlastung von diesem Amt. Ich hab mein Bestes gegeben - falls ihr noch Fragen habt, habt ihr ja auf der 47. LSK Gelegenheit dazu.

Um es mit dem guten (jung) alten Calvin zu halten:

Calvin: „Tag für Tag scheint sich nichts zu ändern, aber schon bald ist alles anders.“

Viel Glück dem neuen LaVo und allen anderen AmtsträgerInnen sowie allen anderen TeilnehmerInnen der LSK wünscht:

Jan z. Theisen

Julian Knop



Hallo,

ich heiße Julian, bin 18 Jahre alt und war nun zwei Jahre lang Mitglied im Landesvorstand. In diesem zweiten Jahr im Landesvorstand, nach der Wahl auf der 45. LSK in Ingelheim, gab es wieder viel zu erleben für mich, einiges an Arbeit und manchmal auch ein paar bescheidene Situationen.

Nach der LSK wurde ich auf den Einarbeitungstagen zusammen mit Jan als Außenreferent ernannt. Das hat zur Konsequenz, dass man Anfragen, die von Organisationen, Behörden und sonstigen Stellen kommen, beantwortet und auch die Außentermine plant und gegebenenfalls auch besucht. Ich glaube, dass die Aufgabe meistens geklappt hat, mit verschiedenen Organisationen habe ich mich im Laufe dieses Jahres getroffen, obgleich aber auch die ein oder andere Anfrage liegen geblieben ist und somit unbeantwortet blieb, aber die Welt ist davon bis jetzt nicht untergegangen.

Besonders war für mich die Arbeit am neuen Schulgesetz und auch an der Schulordnung, die ich für die LSV kommentiert habe. Zum Schulgesetz gab es sogar eine Anhörung vor dem Landtag, ein schönes Erlebnis. Darüber hinaus wurde auch endlich die Arbeit an den Sexualkunderichtlinien (46. LSK) beendet und die Richtlinien wurden versandt. Damit war ein Teil meiner Arbeit aus dem letzten LaVo-Jahr abgeschlossen.

Ich arbeitete darüber hinaus an der Planung des Sommercamps mit, das dieses Jahr zum 13. Mal stattfand, in der Besetzung mit Hessen und NRW diesmal. Dort war ich für die TeilnehmerInnenbetreuung, für Finanzen und für das Programm zuständig. Das hat nicht immer optimal geklappt, viel Arbeit kam hier zusammen, aber als Ergebnis gab es doch noch ein erfolgreiches Sommercamp 2009 mit gut und gerne 70 TeilnehmerInnen.

Schwer wog dieses Jahr auch die Arbeit an dem Rheinland-Pfälzischen SchülerInnenkongress RiSiKo. Zusammen mit einigen anderen Menschen, zum Beispiel auch Hanna aus dem Landesvorstand, veranstalteten wir einen Kongress mit dem Ziel 300 SchülerInnen aus ganz Rheinland-Pfalz zusammen zu bringen, sie über Schule und Politik diskutieren zu lassen und sich besser kennen zu lernen, um am Ende etwas für das Schulsystem zu bewegen. Die Aufgabe war eine große, geprägt von zahlreichen Schwierigkeiten, auch in der Planung. Rückblickend kann ich sagen, dass ich das Projekt wohl unterschätzt habe, aber selbst während dieser Zeit auch sehr viel lernen konnte. Der Kongress fand trotz aller Widrigkeiten trotzdem statt, Mitte Mai in Koblenz. Er war anders als erwartet, aber dennoch ein schönes Erlebnis.

Mit einem Projekt, den SV-/VL-Seminaren, die im Herbst hoffentlich stattfinden, bin ich auch noch nach der offiziellen Amtsperiode beschäftigt. Ich hoffe, dass es tolle Seminare werden.

Neben der normalen Tagesarbeit, die auch die Teilnahme an Podiumsdiskussionen, das

Schreiben von Stellungnahmen und Pressemitteilungen, das Geben von Interviews und sonstige Arbeiten betraf, was mir wirklich Spaß machte, war ich auch noch auf Bundesebene aktiv. Hier kannte ich mich schon aus, da ich in meinem ersten Landesvorstandsjahr ebenfalls hier aktiv arbeitete. So besuchte ich den Kongress basis09 in Bayern, einige Bundesvernetzungstreffen und auch so manche LSK eines anderen Bundeslandes (die dort aber meistens anders heißen). Das hat viele Erfahrungen gebracht, die ich als Anregung für den KrSV-/SSV-Prozess mitnehmen konnte.

Neben der Arbeit auf Landes- und Bundesebene habe ich außerdem noch Treffen des RAK 7 und 4 koordiniert, und später Treffen der SSV Koblenz, der KrSV Trier-Saarburg und KrSV Bernkastel-Wittlich.

Außerdem war dieses Jahr besonders, dass wir relativ viele Infostände hatten. Unter anderem habe ich teilgenommen am Infostand zur Wahlaltersenkung im Dezember, und darüber hinaus habe ich die Infostände an den drei CSDeN in Rheinland-Pfalz organisiert und durchgeführt. Das war insofern gut, als wir bei jeder dieser Veranstaltungen auch ein paar Worte auf der Bühne sagen konnten, und somit Impulse für das Thema Homosexualität und Schule setzen konnten.

Ich habe für die LSV darüber hinaus Kontakt zu vielen Organisationen gehalten. Als Vertreter bin ich in den Landesjugendhilfeausschuss delegiert. Weiter sitze ich im Transferrat einer Gruppe, die sich mit dem Thema Demokratie in der Schule beschäftigt.

Insgesamt war es ein schönes Jahr, mit vielen Erfahrungen. Meistens haben Dinge gut geklappt, aber manchmal stößt man auch an seine Grenzen, was auch ein Scheitern zur Folge haben kann. Ich hoffe aber, dass dies dieses Jahr nicht allzu oft passiert ist.

Ich blicke jetzt schon einmal zufrieden auf meine zwei Jahre LSV zurück, die ich im LaVo verbracht habe. Ich hoffe, dass ich doch einiges bewegen konnte und dabei im Sinne der LSV gehandelt habe (ich freu' mich immer noch tierisch, dass jetzt meine Fahrtkosten mit dem Bus zur Schule übernommen werden, da lohnt sich LSV-Arbeit ;)).

Euer Julian

PS: Das Jahr war unter anderem beteiligt an: Insgesamt über 200 Fehlstunden, mehreren Tausend E-Mails, die mein Postfach zum Überquellen brachten, einem verlorenen Laptop (auf einer Zugfahrt ^^), mehreren Hundert Euro Kosten für Fahrten und sonstige Ausgaben (und langes, langes Warten auf Erstattung *g*), zahlreichen sehr kurzen Nächten, 3 Punkten im Physik-LK, aber letztendlich auch jeder Menge Spaß ;)

Kevin Kirsten

Auf der 46. LSK wurde ich als LaVoMi gewählt. Da diese LSK nicht beschlussfähig war, musste ich vom LA bestätigt werden, was in der nächsten beschlussfähigen Sitzung erfolgte. In dieser Zwischenzeit arbeitete ich kommissarisch in meinem Amt. Auf den Klausurtagungen nach der 46. LSK übernahm ich die zwei Arbeitsbereiche Basisanfragen und Datenschutz.

Meine Aufgaben in den Arbeitsbereichen waren die Folgenden:

Basisanfragen:

- 1) Wenn Fragen von SchülerInnen bei uns ankommen, musste ich dafür sorgen, dass diese beantwortet werden.
- 2) Falls diese nicht bearbeitet wurden oder „untergingen“, musste ich darauf hinweisen und sie ggf. selbst beantworten.

Datenschutz:

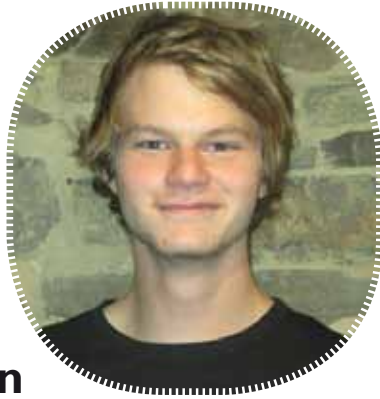
- 1) Wenn es Neuerungen zu Themen gab, die mit dem Datenschutz von SchülerInnen zu tun haben, wie z.B. Schüler-ID, musste ich diese Informationen sammeln und ggf. eine PM (Pressemitteilung) rausschicken.

Während meiner LSV-Arbeit habe ich an diesen Arbeitsbereichen gearbeitet, aber das war noch nicht alles. Ich habe an den Sitzungen des Landesvorstandes der LSV RLP teilgenommen. Ich war auf RiSiKo ein Helfer und habe die Verantwortung für die Stadt-SVen Trier, Zweibrücken und Pirmasens übernommen. In der Stadt Zweibrücken habe ich schon eine Sitzung eingeleitet und für Trier und Zweibrücken schon wei-

tere Sitzungen angesetzt und eingeladen. In der SSV Pirmasens gab es noch kein von mir organisiertes Treffen, da ich mir aufgrund eines Missverständnisses nicht bewusst war, für diese SSV verantwortlich zu sein.

Des Weiteren habe ich in Trier den SchülerInnen den Bildungsstreik näher gebracht und es geschafft eine Gruppe von SchülerInnen zu finden, die den Bildungsstreik in Trier vorangebracht haben. In dieser Gruppe arbeite ich zurzeit immer noch.

Der letzte Punkt, den ich in diesem Bericht anführen möchte ist, dass ich an der Planung der 47. LSK beteiligt war und zu den Verantwortlichen gehöre.



Matthias Köberlein

Hallo liebe LSV-Menschen!

Ich heiße Matthias Köberlein und war ein Jahr lang der Pressereferent der LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz.

Die Vorgaben für die Pressearbeit im Arbeitsprogramm waren:

1. Monatliche Pressemitteilungen (PMen) der LSV

Ich zähle 18 PMen der LSV in diesem Jahr (Stand August 2009). Dabei wurde die Vorgabe, jeden Monat eine PM herauszugeben nicht erfüllt, im zweiten Halbjahr meines LaVo-Jahres gab es Monate ohne PM. Zu den Gründen komme ich unten.

Die Pressearbeit wurde im vergangenen Jahr auf mehr Schultern verteilt als zum Beispiel 2007/2008, ich sah meine Aufgabe stets in der Koordination und im Tragen von Verantwortung und nicht als „Textmaschine“.

2. Besuche der Pressekonferenzen (PKen) des Ministeriums und anderer Bildungverbände

Ich habe keine PK besucht. PKen dauern in der Regel etwa 30 Minuten und die Anfahrt hätte sich für mich nicht gelohnt. Durch eine Absprache auf den Einarbeitungstagen 2008 war jedoch gewährleistet, dass in der Regel ein anderes LaVoMi (vorwiegend aus dem Raum Mainz) die PKen besucht hat.

3. Kontakt mit öffentlichen Medien

In diesem Jahr gab es kein Interview mit der Bildzeitung und auch keinen Auftritt in den Tagesthemen. Dennoch war der Kontakt zu den Medien (v.a. zu Zeitungen) gut. Nahezu jede PM stieß auf Resonanz. Besonders groß war die Resonanz beim Thema der 46. LSK („Sexualität und Geschlechterverhältnisse in der Schule“). Es gab einen Auftritt in einer SWR-Talkshow, ein Radiointerview und mehrere Zeitungsartikel, z.B. im Trierischen Volksfreund, der Allgemeinen Zeitung und der Rheinzeitung.

4. Kooperation mit anderen Organisationen

Es gab jeweils eine PM mit der GEW („LSV und GEW: Schulhäuser verkommen zunehmend“) und dem LEB („Lernmittelfreiheit für Alle - außer für SchülerInnen in RLP?!“). Die Pressearbeit in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen halte ich für ein starkes Mittel, um politischen Druck aufzubauen. Die Methode sollte weitergeführt werden, erfordert jedoch eine gute Organisation innerhalb des Landesvorstandes.

5. Presseverteiler

Die LSV hat einen Presseverteiler, in den vor allem JournalistInnen eingetragen sind und über den unsere Pressemitteilungen verschickt werden. Natürlich kann sich jedeR Interessierte dort (auf Nachfrage im LSV-Büro oder über die Homepage) ebenfalls eintragen lassen.

Medienberichte über die LSV stehen auf unserer Homepage zur Verfügung.

Aktuelle Informationen verschicken wir über den allgemeinen LSV-Infoverteiler, über den die SV-Tipps, allgemeine Infomails, Sommercamp- oder RiSiKo-Ankündigungen laufen usw. Hier lesen neben SV-Aktiven und VerbindungslehrerInnen ja auch einige VerbandsvertreterInnen, allerdings keine Pressemenschen mit.

Insofern sind alle Anforderungen des Arbeitsprogramms umgesetzt, allerdings auf zwei Verteiler und den Homepage-Bereich aufgeteilt.

Insgesamt bin ich mir sicher, dass ich ein guter Pressereferent war. Sicherlich kann mensch besser informiert sein und die LSV mehr in die Öffentlichkeit drängen. Und auch schlicht mehr arbeiten.

Der erste Arbeitsbereich, der mir zugeteilt war, war Antirassismus.

Zum Arbeitsprogramm:

1. Besuch der Treffen des Netzwerks für Demokratie und Courage

Das hat unsere Innenreferentin Hanna Zoe übernommen.

2. Unterstützung von Demonstrationen und Aktionen gegen Rassismus

Ich hatte Kontakt mit einigen Menschen vom NDC. Ich habe Seminare besucht, die ich aus persönlichem Interesse sowieso besucht hätte, und habe ab und an einen Workshop angeboten, bei dem die TeilnehmerInnen Argumente gegen rechte Parolen finden sollten. Im Landesarbeitskreis Antirassismus wurden ab und zu Informationen ausgetauscht. Der Höhepunkt meiner Arbeit war eine Rede bei der „Uns schöner Trier“- oder „Unsere Stadt hat Nazis satt“-Demo in Trier.

Ich hätte diesen Arbeitsbereich gerne mehr ausgefüllt und zum Beispiel eine Diskussion über die NamensgeberInnen der rheinland-pfälzischen Schulen angeregt. Die Idee, ein Seminar gegen Rassismus mit SchülerInnen durchzuführen wurde nicht in die Tat umgesetzt, aber das kann ja noch kommen. Ich hoffe, ihr seht es wie ich: Antirassismus und Antifaschismus sollten Grundeinstellungen im täglichen Leben in der Demokratie sein – deshalb hat die Arbeit in diesem Bereich mir persönlich wohl auch am meisten bedeutet und am meisten Spaß gemacht.

Mein zweiter Arbeitsbereich ohne Vorgaben im Arbeitsprogramm war PES (Projekt erweiterte Selbstständigkeit) / Unterrichtsversorgung.

Die Unterrichtsversorgung in unserem Bundesland ist miserabel, überall fehlen LehrerInnen. PES soll Abhilfe schaffen, indem

AkademikerInnen, die in der Regel keine echte pädagogische Ausbildung haben, Klassen unterrichten. Das funktioniert mal ganz gut und mal ziemlich schlecht. Ich habe mich mit einem Elternkreis an meiner eigenen Schule gestritten und bin zu der Ansicht gekommen, dass die ständige Forderung nach besserer Unterrichtsversorgung zu vermurksten Notfallplänen wie PES führt und wichtigere Themen übertönt. Im November gab es eine Pressemitteilung zu dem Thema („Gute Unterrichtsversorgung sieht anders aus“). Mittlerweile plädiere ich jedoch an den nächsten LaVo, mit diesem Arbeitsbereich nicht seine Zeit zu verschwenden, sondern lediglich gesprächsbereit zu bleiben.

Mein LaVo-Jahr lässt sich ganz gut in der Mitte trennen. Die erste Hälfte bestand aus viel Pressearbeit. Nach der 46. LSK beschäftigte ich mich mehr mit der Arbeit an den Schulen direkt und organisierte Treffen in den Kreis-SVen. Das lag an der Umstellung auf die LSV für alle Schulen und ist der Grund, warum die Pressearbeit im zweiten Halbjahr schleppend lief. Meine „Herzenprojekt“ waren die Mustersatzung für die Kreis- und Stadt-SVen, so manche Pressemitteilung und einige Anfragen, die uns per Mail erreichten.

Ich werde die LSV-Arbeit vermissen und rate euch, sofern ihr ein bisschen Masochismus mitbringt, unbedarft ein Amt als LSV-FunktionärIn zu übernehmen. Die Lebenseinstellung „Just do it!“ lohnt sich – nicht nur in der LSV.



Ronja Gestrich

Mein Name ist Ronja Gestrich, 17 Jahre alt, vom Gymnasium Hermeskeil im Kreis Trier Saarburg.

Nachdem 2 Mitglieder des Landesvorstandes ihre Amtszeit frühzeitig beendet hatten wurde ich auf der 46. LSK in Rockenhäusern nachgewählt.

In meinen folgenden 6 Monaten im LaVo versuchte ich also mitzuhelfen Schule schülerInnenfreundlicher und gerechter zu machen.

Angespornt von der Rechnung meiner Schulbücher, übernahm ich den Arbeitsbereich der Lernmittelfreiheit.

Ich verfasste, mit der Hilfe von Matthias und Hanna, zusammen mit dem LEB eine Pressemitteilung zum Thema.

Zum Vorschlag der CDU zur Schulbuchausleihe verfasste ich ein Statement.

Auch bei der Strukturreform der LSV wirkte ich mit.

Ich lud zu Treffen in meinen drei Kreisen (Kusel, Birkenfeld, Donnersberg) ein, bereitete diese vor und fuhr zu den Treffen hin. Vorher verbrachte ich die meisten Freistunden mit den SekretärInnen der Schulen am Telefon, um möglichst viele Schülis zur Teilnahme zu animieren.

Das tägliche Geschäft bestand vor allem aus Mails, einer ganze Menge Mails.

Am Anfang meiner Zeit im Lavo habe ich einen neuen Mailaccount eröffnet, um ge-

nügend Speicherplatz zur Verfügung zu haben. Den braucht man auch.

Rechnet man die Mails, die über Inforeteiler laufen ab, habe ich wohl so etwa 1000 Mails in meinen 6 Monaten erhalten und etwa 400 verschickt.

Ich habe stundenlang gelesen und relativ viel Zeit in Zügen verbracht.

Doch ich hätte wesentlich mehr machen können, gerade wenn man sich anschaut, was andere LaVoMis gemacht haben.

Wesentlich mehr Schule ausfallen lassen können, wesentlich mehr schreiben, wesentlich mehr Treffen machen können. Doch ich muss rückblickend leider sagen, dass zeitlich nicht immer alles so lief, wie ich es mir vorgestellt hatte und mir einfach ein halbes Jahr Zeit im Lavo im gefehlt hat um effektiver und selbstständiger zu agieren.

Die 1,5 Stunden Zugfahrt, die mich von Mainz trennen, stellten außerdem nicht die beste Ausgangssituation dar. Da kann man nicht mal schnell nach der Schule in die LGS und Briefe eintüten oder bei anderen Dingen zu helfen.

Jedoch meine Zeit im Landesvorstand hat mir sehr viel Spaß gemacht und war eine sehr prägende, formende Erfahrung. Ich habe viele neue Erfahrungen gesammelt und neue Fähigkeiten erworben.

Das Gefühl, etwas bewegen und aktiv ändern zu können, ist ein gutes.



Sonja Schmahl

Hallo,

ich bin Sonja Schmahl, 18 Jahre alt und war jetzt ein Jahr im Landesvorstand. Das Jahr war eine sehr schöne Zeit. LSV-Arbeit bedeutet fast immer Spaß und spannende Ereignisse. Manchmal kann es allerdings auch stressig werden. Ich habe sehr viel Zeit mit der LaVo-Arbeit verbracht, so dass zum Beispiel die Schule oft darunter leiden musste. In dem Jahr ist so viel passiert, dass ich gar nicht weiß, wo ich anfangen soll und ob ich alles zusammenbekomme.

Für mich war das wichtigste Projekt die GLSV. Deshalb habe ich viele Stunden auf Kreis- und Stadt-SV-Treffen in den verschiedensten Kreisen und Städten verbracht, unzählige Telefonate mit SekretärInnen und SVen geführt, jede Menge Briefe getütet und mehrere SV-Seminare mit geteamt. Ich hoffe, dass sich diese Arbeit gelohnt hat und sich in den nächsten Jahren überall aktive Kreis- und Stadt-SVen bilden.

Ich habe das Sommercamp 09 mitorganisiert. Am Anfang konnte ich nie auf die Orga-Treffen kommen, aber je näher das Camp rückte, um so mehr habe ich dafür gemacht. Zum Beispiel die Bierbänke von Hansi durch die Gegend gefahren. Sehr viel Spaß hat mir auch die Organisation dieser LSK gemacht. Ich habe mich um Workshops gekümmert, die Erstellung des Readers koordiniert, Infostände angefragt usw.

Ich war Finanzreferentin (oder auch „Finanztante“^^) und durfte mich so mit Haushaltsplänen auseinandersetzen, diese dem Landesausschuss vorstellen und Fahrtkostenanträge unterschreiben (was ich allerdings nicht oft gemacht habe). Ich bin froh, dass es Don gibt, so dass ich mit dem ganzen Geld nie alleine war, denn dann wäre ich sehr schnell überfordert gewesen.

Ich war auf allen Vorstandssitzungen außer einer (wegen meiner Facharbeit), den Einarbeitungstagen, den Klausurtagen, Landesausschusssitzungen, Treffen der Bundesdelis, habe beim Eintüten geholfen... Ich habe mich mit ganz verschiedenen Menschen getroffen. z.B. mit: der Staatssekretärin Vera Reiß, der SPD, der GEW, Queernet (da hatte ich ganz viel Spaß mit einer Luftpumpe), dem Landeselternbeirat, der Serviceagentur Ganztätig Lernen...

Manchmal war ich auch in anderen Bundesländern unterwegs. Ich war auf einem Seminar der LSV Hessen zum Thema Extremismus, auf Basis (dem bayrischen RiSiKo), und auf dem Gegengipfel zum Bildungsgipfel in Dresden im Oktober 08.

Natürlich war ich auch auf RiSiKo 09, habe mich am Bildungstreik beteiligt und war auf jeder Menge anderer Veranstaltungen wie dem Christopher Street Day in Trier, dem Landesdemokratietag u.a.

Ich glaube, ich habe in dem Jahr im Landesvorstand mehr gelernt als in meiner gesamten Schulzeit und mehr E-Mails bekommen, als ich in den nächsten 10 Jahren bekommen werde. (Was soll ich denn jetzt mit der ganzen freien Zeit anfangen, die ich vorher mit E-Mails-Lesen verbracht habe??)

Danke an alle für alles!

Liebe Grüße
Sonja



Tabea Maria Weiser

Hallo *wink*

Mein Name ist Tabea Maria Weiser, ich bin 16 Jahre alt und besuche seit diesem Schuljahr die 11. Stufe des Beruflichen Gymnasiums in Mainz.

Auf der 45. LSK in Ingelheim wurde ich für ein Jahr in den LaVo gewählt. Da ich vor jener LSK noch nicht mal wusste, dass es die LSV überhaupt gibt, war alles neu für mich, als ich kandidierte. Nun ist es schon so weit, dass ich meinen Rechenschaftsbericht abgeben muss und ein ereignisreiches Jahr vergangen ist...

Ich konnte viele lehrreiche Erfahrungen sammeln, auch wenn ich mich manchmal überfordert gefühlt habe; es war mehr Arbeit als ich gedacht hatte, und von so vielen eindrucksvollen Menschen umgeben habe ich mich manchen Aufgaben nicht gewachsen gefühlt. Doch durch die Zusammenarbeit mit den anderen LaVoMis und durch deren Unterstützung ist mein Selbstvertrauen gewachsen und wir haben eine Menge Spaß gehabt.

Ich habe immer versucht mich gut einzubringen, meine Arbeit ordentlich zu verrichten und den Ansprüchen gerecht zu werden. Zwar habe ich es nicht hingekriegt, so viel zu tun, wie ich gerne getan hätte, was zu Teilen private Gründe hatte, aber ich habe mein Bestes gegeben.

Ich habe natürlich soweit es ging an den monatlichen Sitzungen teilgenommen, re-

gelmäßig E-Mails gelesen, Verschickungen getütet, diese LSK mitorganisiert, war auf den Christopher Street Days in Trier und Koblenz...

Unter anderem wollte ich auch das schon lange geplante SV-Handbuch umsetzen, habe es jedoch, wie schon viele vor mir, nicht geschafft große Fortschritte zu erzielen.

Ich habe in meiner Amtszeit viele tolle Menschen kennen gelernt, viel erlebt und gelernt. Es war ein tolles Jahr und ich bereue es nicht, auf meiner ersten LSK einfach mal spontan für den LaVo kandidiert zu haben. Da ich für die LaVo-Aufgaben dieses Schuljahr nicht genug Zeit haben werde, die LSV aber trotzdem unterstützen will und weiter aktiv bleiben will, kandidiere ich für die Bundesebene.

Wenn ihr mehr Zeit habt als ich, kann ich euch nur empfehlen für den LaVo zu kandidieren. Werdet aktiv! Ihr könnt viel bewegen, tolle Menschen treffen, viel lernen und eine Menge Spaß haben.

Zuletzt danke ich all den tollen Menschen, mit denen ich zusammen gearbeitet habe, vor allem dem LaVo und den GF (die uns immer tapfer ertragen haben).

Liebe Grüße,
eure Tabsy

Joana Müller

Liebe Basis-Schüli!

Vor einem Jahr wurde ich im Rahmen der 45. LSK zur stellvertretenden Bundesdelegierten gewählt. Seitdem ist viel passiert – leider aber nur wenig auf Bundesebene.

Nach meiner Wahl nahm ich gemeinsam mit 2 anderen der 6 BuDelis an den Einarbeitungstagen teil. Leider hab ich mich auch danach noch nicht sehr sicher in meinem Amt gefühlt und mich deswegen oft gescheut anstehende Termine alleine wahrzunehmen. Obwohl wir 6 motivierte Menschen waren, fanden wir oftmals keine Zeit um unsere Termine wahrzunehmen, wir hatten den zeitlichen Anspruch unserer Aufgabe wohl alle unterschätzt.

Im Laufe meiner Amtszeit habe ich deswegen nur wenige LaVoSis besucht, habe die LSV RLP auf dem LSR Hessen vertreten, war bei einem KRSV-Treffen und habe alle unsere BuDeli-Treffen besucht. Auf jeden Fall hätten wir bzw. hätte ich mehr machen müssen, aber entweder standen mir

Zeitprobleme, Schule oder das Gefühl nicht richtig eingearbeitet zu sein im Weg. Das tut mir leid und ich hoffe, dass sich die nächste Generation von BuDelis super eingearbeitet und mit nahezu leerem Terminkalender in die Arbeit stürzen kann.

Denn wenn man sich wirklich einbringt, macht die Arbeit riesigen Spaß! Ich hab durch die LSV viele tolle Menschen kennen gelernt und besonders Menschen, die den Drang und die Motivation haben, etwas zu verändern und sich für die SchülerInneninteressen einzutreten. Auch wenn ich selbst wohl in meiner eigenen Schule durch mein Engagement zu sehr eingespannt war um mich hier genügend zu engagieren, hoffe ich, dass es bei meinen NachfolgerInnen anders sein wird!

Ich bin wirklich dankbar für die tollen Momente, die ich bei der LSV hatte.

Liebe Grüße,
Joana.



Sören Götz

Liebe Basis-Schüdis!

Bundesebene? Das war doch das, was jedes Jahr gewählt wird, um dann eh nichts zu machen. Genau! Schön, dass ihr euch erinnert.

Nun, letztes Jahr Ende September bin ich von euch als einer auf Bundesebene gewählt worden, als Bundesdelegierter. Es war meine erste LSK; ich hatte noch nicht viel SV-Arbeit gemacht, geschweige denn wusste ich viel von der LSV; und war überrascht, dass ich trotzdem mit bequemer Mehrheit gewählt wurde. Ein Jahr später läuft meine Amtszeit aus, und es bleibt zu sagen: Es ist einiges ziemlich schief gelaufen - wie so oft auf Bundesebene. Trotzdem war nicht alles schlecht - wirklich!

Wir begannen mit drei Bundesdelis und drei StellvertreterInnen, trafen uns, waren ambitioniert, wollten was reißen. Dann gab es Probleme, weil wir trotz der sechs, die wir waren, es nicht einmal gebacken bekamen, regelmäßig auf die LaVoSis zu gehen - was eigentlich echt wichtig für Bundesdelis ist, um auf dem Laufenden zu bleiben. Gab es mal einen sonstigen Termin, konnte auch nie jemand: Irgendwie war das alles großer Murks. Zum Halbjahr der Amtszeit hängten dann gleich vier Delis ihre Ämter an den Nagel - was angesichts ihrer Nichtverfügbarkeit nur konsequent war. Übrig blieben Joana und ich.

LSV ist - wie generell auch SV - nun mal so viel Arbeit, wie man sich macht. Wir taten erst zu sechst und dann zu zweit zu wenig, um wirklich auf Bundesebene Fuß zu fassen: Man hätte sich selbst um Treffen mit anderen LSVen kümmern sollen, statt immer nur Termine, die andere machen, abzusagen. Aber genug Konjunktive: Effektiv bleibt eine schwache Bilanz der diesjährigen Bundesebene, und es muss in Zukunft besser werden.

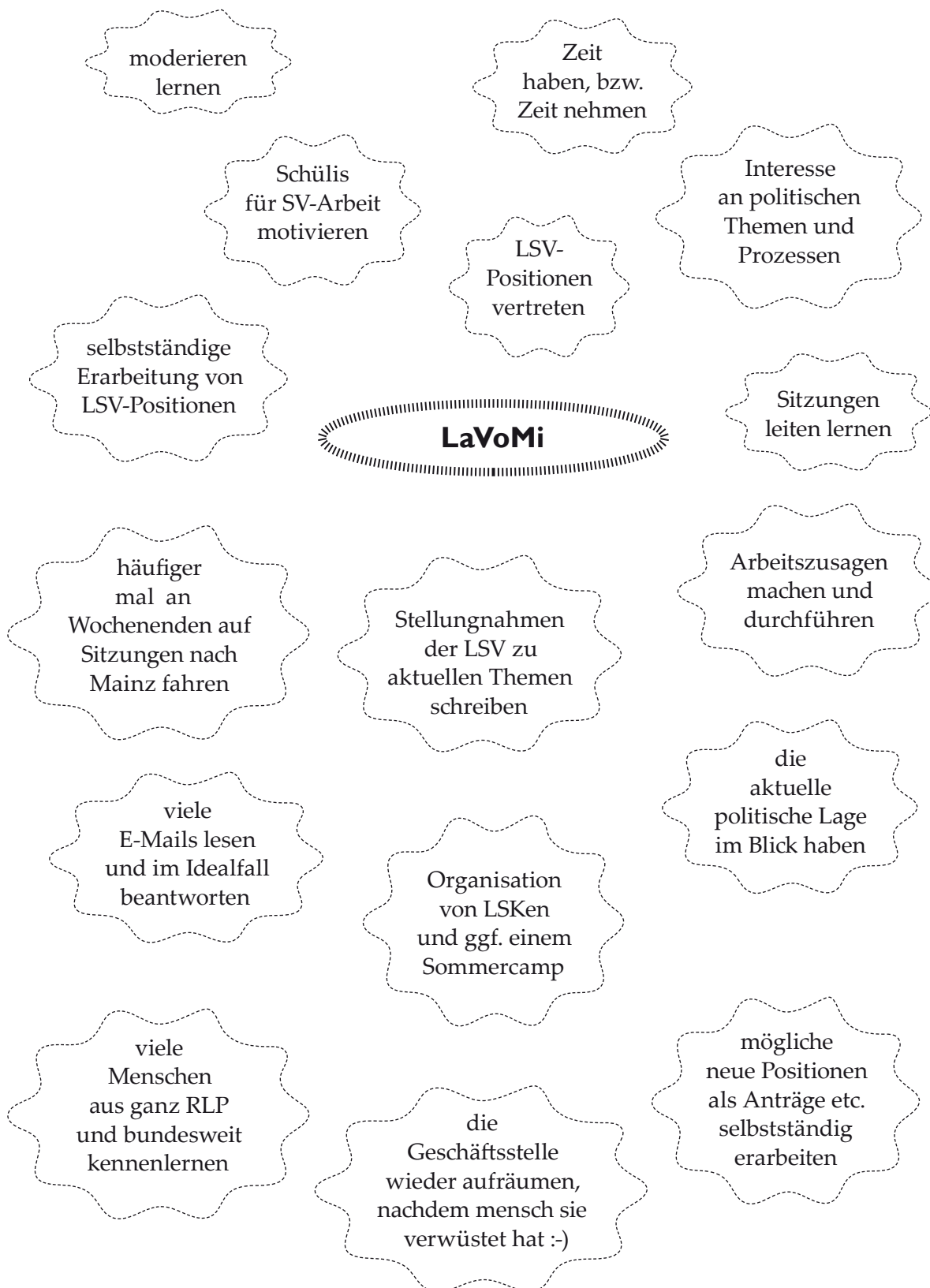
Ich persönlich habe leider ebenfalls meine Verfügbarkeit unterschätzt und oft genug nicht eigenverantwortlich genug gehandelt. Dementsprechend fällt mein Kalender-rückblick mau aus: Im Dezember war ich zwei Tage auf dem ersten bundesweiten Bildungstreiktreffen überhaupt; im Januar wochenends auf der Tagung des Bündnisses für Politik- und Meinungsfreiheit; und im März auf der Landesdelegiertenkonferenz der LSV NRW. Des Weiteren war ich auf drei oder vier LaVoSis (eine Schande bei zwölf möglichen), drei Bundesdelis-RLP-Treffen - und hatte flüchtigen schriftlichen Kontakt mit Bundesdelis aus anderen Ländern, sowie mit der BSK, aus der wir auf euren Wunsch hin ausgetreten sind. Zwischendrin habe ich äußerst sporadisch im LaVo geholfen: Korrektur gelesen und ein Seminar für eine neue SV gehalten (großer Spaß!).

Alles nicht so doll, und ich weiß, dass man viel mehr hätte machen sollen und müssen, was mir immer irgendwie klar war, mich aber auch nicht motiviert hat, auch mal andere Dinge liegen zu lassen, um was für die LSV zu tun. Ein dickes Sorry dafür! Insgesamt habe ich trotzdem wenigstens die ein oder andere Sache bewegt, und es war eine wohl wichtige Erfahrung für mich, mal überfordert zu sein. Ich wünsche Euch nun entschlossenere neue Bundesdelegierte mit mehr Zeit und Konsequenz! Es wird auch wieder gute Zeiten geben.

Viele Grüße und eine tolle LSK wünscht,
Sören

we want you to be a LaVoMi!!!

Auf der 43. LSK werden wir wieder mal einen neuen Landesvorstand wählen. Es gibt schon ein paar Menschen, die sich vorstellen können noch ein Jahr oder mal ein Jahr im LaVo zu arbeiten. Aber natürlich kann sich jedeR SchülerIn (bei dieser Wahl zum ersten Mal von allen Schularten!) aufstellen lassen. Es wird oft gefragt, was mensch tun muss im LaVo. Hier also ein kleiner Überblick was LaVo-Arbeit so bedeuten KANN. Es ist ein Sammelsurium und auf keinen Fall vollständig.



we want you to be LA!!!



Du spielst gerne mit Geld und hast schon immer Omas Geldbeutel kontrolliert? Oder du bist zum Beispiel in der SV deiner Schule schon Kassenwart/-wärtin? Dann ist der Landesausschuss genau das richtige für dich! Du darfst kontrollieren, ob der Landesvorstand sich an alle Absprachen hält und du bestimmst, wie viel Geld er wofür ausgeben darf.

Zu deinen Aufgaben gehört es außerdem, den LaVo zu beraten und zu unterstützen. In der Zeit zwischen den LSKen ist der LA das höchste beschlussfassende Gremium der LSV.

We want you to be a BuDeli!!!

Du magst SV-Arbeit?

Du findest die LSV cool und möchtest auch mitmachen?

Du reist gerne durch Deutschland und lernst nette Menschen kennen?

Dann werde jetzt BuDeli!

Denn als BuDeli (BundesdelegierteR) kannst du all das machen und noch viel mehr!

Du vertrittst die LSV des Landes Rheinland-Pfalz gegenüber anderen LSVen und nimmst an ihren Konferenzen teil. So kannst du sehen wie andere (L)SVen arbeiten und kannst dir sogar einiges für deine SV-Arbeit mitnehmen. Als BuDeli lernst du sehr viele Menschen aus ganz Deutschland kennen, die sehr offen und nett zu dir sein werden.

Wenn du dich nach dem Lesen von diesem Text angesprochen fühlst, dann denke doch nach, ob du nicht vielleicht BuDeli werden möchtest!



Reader



Eine für alle ... Schularten

Über die Landesvertretung der Schülerinnen und Schüler (LSV) von Gymnasien und Gesamtschulen, die es geschafft hat, eine Vertretung für alle weiterführenden Schulen in Rheinland-Pfalz zu werden.

In der LSV gibt es seit dem 17. Dezember 2007 eine seltsame Mode, entstanden im Landtag in Mainz. Auf den ersten Blick umfasst diese Mode zwei verschiedene Ausführungen eines T-Shirts: Weiß, mal mit schwarzen, mal mit roten Ärmeln und mit einem groß gedruckten, aber klein gewachsenen Jungen namens Calvin auf der Vorderseite. Er hebt die geballte Faust in die Luft, hat die Augen zusammengekniffen und scheint sich die Seele aus dem Leib zu schreien. Ob diese Comicfigur nun vor Freude, vor Schmerz oder aus blanker Wut diese Pose einnimmt und schreit, das ist nicht ersichtlich. Nur eins ist klar – Calvin hat etwas vor und strotzt vor Energie und Motivation



– der Kleine will über sich hinauswachsen.

Auf den zweiten Blick nämlich ist etwas ganz anderes zur Mode unter den SchülerinnenInnen geworden: Neben den GymnasialInnen und GesamtschülerInnen finden sich immer mehr SchülerInnen von anderen Schulen auf den Veranstaltungen der LSV. Seit jenem 17. Dezember 2007 sieht dies auch die Satzung der LSV vor, seit dem 1. August 2009 sogar das rheinland-pfälzische Schulgesetz. Die LSV vertritt nun alle Schularten, die zu einem Abschluss führen; zum Beispiel Realschulen plus, Waldorfschulen, Berufsschulen und Förderschulen.

Die LSV ist gewachsen – das hat weit reichende Änderungen in der Struktur zur Folge: Bis zum letzten Schuljahr war die LSV regional noch durch zehn regionale Arbeitskreise organisiert. Die größere Basis an SchülerInnen erforderte nun allerdings eine kleinere Einteilung, eine Ausweitung der föderalen Struktur. Der Vorstand der LSV etabliert momentan gemeinsam mit SchülerInnen vor Ort Stadt- bzw. KreisschülerInnenvertretungen. Dort soll regionale Bildungspolitik betrieben werden. Und das nicht nur durch Protestaktionen, sondern auch, gesetzlich garantiert, durch ein Anwesenheitsrecht in den Schulträgerausschüssen der Kommunen. Ein Mitspracherecht bleibt den LSV-VertreterInnen jedoch (noch) versagt.

Das Zerrbild der SchülerInnenmitbestimmung

Bei dem Versuch, lokal interessierte SchülerInnen zu finden, zeigen sich deutlich strukturelle Probleme, die einerseits die demokratische Struktur in Bildungseinrichtungen, andererseits die Jugendkultur insgesamt betreffen: Die Benachteiligung der SV beginnt dort, wo die an sie adressierte Post nicht oder viel zu spät ankommt, häufig schon geöffnet, und endet dort, wo ein völliges Zerrbild von SchülerInnenmitbestimmung an Schulen verbreitet und anerzogen wird. Ein Beispiel dafür bot Max Laveuve der LSV auf dem Podium der 44. LandesschülerInnenkonferenz in Kaiserslautern. Der Landesvorsitzende des Philologenverbandes in Rheinland-Pfalz beschrieb die SV-Arbeit an seiner Schule sinngemäß folgendermaßen: „Am Anfang des Schuljahres fahren die neu gewählte SV und ich gemeinsam ein paar Tage zum Beispiel in eine Jugendherberge. Dort können die Schülerinnen und Schüler dann ihre Vorstellungen und Pläne äußern und ich sage ihnen was geht und was nicht geht.“ Häufig scheinen Angehörige der Schulleitungen es nicht für möglich zu halten, dass SchülerInnen alleine Bedürfnisse äußern und Probleme konstruktiv lösen können und dass dabei eine Schulleitung als „Deckel“ eine erhebliche Störung darstellt. Die SV fühlt sich nicht ernst genommen, machtlos und zuweilen von der Schulleitung instrumentalisiert.

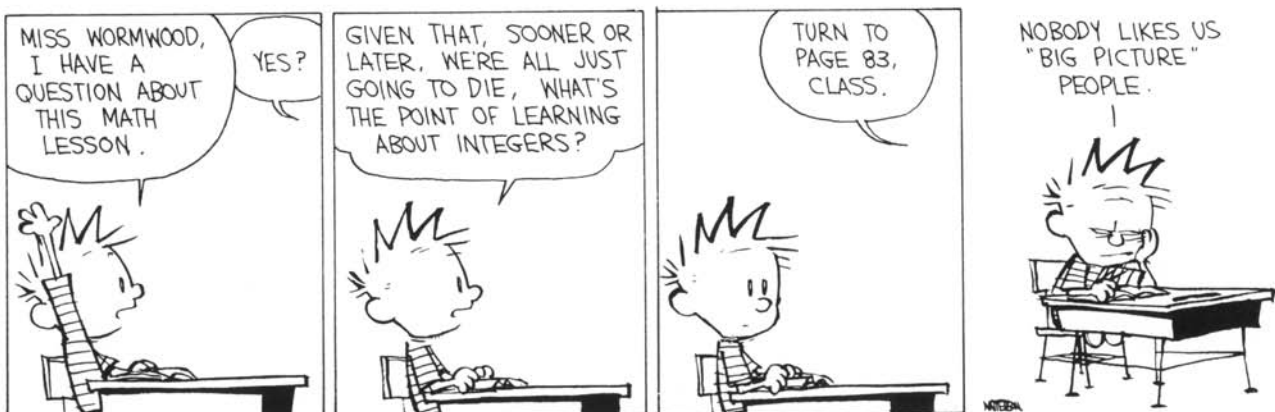
Die politische Kultur an Schulen

Das führt zum zweiten Problemfeld: Das fehlende Interesse von SchülerInnen an po-

litischer Arbeit im Allgemeinen und an SV-Arbeit im Speziellen. Neben den genannten Gründen und dem zunehmenden Trend der Jugend zum Pragmatismus liegt die Hauptursache für das Problem in einer fehlenden Heranführung von Jugendlichen an politische Themen. Der Sozialkundeunterricht beginnt in der Regel erst in der neunten Klasse. Zudem fällt die politische Kultur an Schulen häufig zum einen der Ökonomisierung von Unterrichtsinhalten, zum anderen Schulzeitverkürzungen zum Opfer. An vielen Schulen sind zum Beispiel Vollversammlungen, die eigentlich die Keimzelle politischer Aktivität von SchülerInnen sein sollen, zu einer absoluten Seltenheit geworden oder fehlen gar völlig im Schulalltag. Dazu kommt ein Problem, das die Arbeit der SchülerInnen ganz wesentlich von zum Beispiel jener in LehrerInnengewerkschaften oder im Elternbeirat unterscheidet: Bis sich SchülerInnen entschließen aktiv zu werden, sind sie häufig schon in der Oberstufe. Durch die kurze „Dienstzeit“ bleibt in erster Linie eines kontinuierlich bestehen: Es fehlt Kontinuität.

Der Strukturwandel der LSV auf Kosten ihrer demokratischen Struktur

Dabei braucht die LSV auf Landesebene eine stärkere Aktivität vor Ort sogar noch stärker als sonst. Schließlich erfordert eine größere Basis an SchülerInnen auch eine individuellere Auswahl an Lösungen. Die Protestaktionen im Rahmen des bundesweiten Bildungsstreikes im vergangenen Juni geben Hoffnung, dass sich die Jugend nicht alles gefallen lässt und durchaus am politischen Leben teilhaben will.



Dass in der LSV alle Schularten mitentscheiden können, geht auf Kosten ihrer demokratischen Struktur: Das Abstimmungsverfahren für Ämter in der LSV wird nämlich weniger direkt, weil nun in der Regel drei Gremien an der Wahl des Landesvorstandes der LSV beteiligt sind: Die Konferenzen an den Schulen, die Stadt- oder KreisschülerInnenvertretung und die LandeschülerInnenkonferenz (LSK). Auf den LSKen sitzen nun also Delegierte der Kreise und Städte und nicht wie zuvor VertreterInnen der einzelnen Schulen vor Ort. Das gleicht sich jedoch (aller Erwartung nach) durch die buntere, heterogenere Gruppe von SchülerInnen aus: Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile. Es bleibt zu hoffen, dass „Eine LSV für alle“ zu „Einer Schule für alle“ anregt. Und dass dieser Wandel nicht nur eine Modeerscheinung ist.

Die erste LSK in diesem Schuljahr fand vom 2. bis zum 4. Oktober in Ludwigshafen statt. Sie stand unter dem Motto „Eine Schule für alle“. Der thematische Schwerpunkt lag auf der Inklusion von SchülerInnen mit Behinderung. Die Ergebnisse waren bei Redaktionsschluss leider noch nicht bekannt, sind jedoch auf der Homepage der LSV unter www.lsvrlp.de zu finden, wo es auch weitere Informationen und Kontaktdaten gibt.

Matthias Köberlein,
im Schuljahr 2009/10 Mitglied des Landesvorstandes der Landesvertretung der Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz

MISS WORMWOOD, I PROTEST THIS "C" GRADE! THAT'S SAYING I ONLY DID AN "AVERAGE" JOB!



I GOT 75% OF THE ANSWERS CORRECT, AND IN TODAY'S SOCIETY, DOING SOMETHING 75% RIGHT IS OUTSTANDING! IF GOVERNMENT AND INDUSTRY WERE 75% COMPETENT, WE'D BE ECSTATIC!



I WON'T STAND FOR THIS ARTIFICIAL STANDARD OF PERFORMANCE! I DEMAND AN "A" FOR THIS KIND OF WORK!



I THINK IT'S REALLY GROSS HOW SHE DRINKS MAALOX STRAIGHT FROM THE BOTTLE.



Anhang



„Alles nur Formalkram?“

Über den Sinn von Satzungen/Geschäftsordnungen und deren wortlautgetreue Anwendung

von Johannes Buchner

Wenn Menschen zusammenleben, arbeiten oder Politik machen, dann gibt es oft unterschiedliche Meinungen und Bewertungen von Sachverhalten, was sich schon aus den unterschiedlichen Lebensrealitäten und Hintergründen der Individuen ergibt. Daraus ergeben sich bei zu fällenden Entscheidungen Interessenskonflikte - das ist zunächst einmal eine Feststellung, aus radikaldemokratischer Sicht gilt es nicht, dies in Frage zu stellen, sondern ein faires Verfahren für das Austragen dieser Interessenskonflikte zu fordern. Dieser Artikel soll erläutern, warum das verbindliche Niederlegen von Verfahrensregeln in einer Satzung/Geschäftsordnung in diesem Zusammenhang Sinn macht und darüberhinaus eine exakte Einhaltung dieser Regeln zu fordern ist.

Ein wichtiges Kriterium für die Bewertung eines politischen Verfahrens stellen die Transparenz von Entscheidungsprozessen dar. Jeder sollte beispielsweise nachvollziehen können, warum wer in einer Debatte die Redeleitung besitzt, wann die Debatte beendet wird und zur Abstimmung geschritten wird etc. Wenn Fragen wie diese nicht klar geregelt sind, läuft dies faktisch darauf hinaus, dass sich informelle Machtstrukturen durchsetzen und es besteht die Gefahr, dass Verfahrensfragen undemokratisch im Sinne einzelner politischer Interessen entschieden werden.

Eine Formalisierung dieser Prozesse durch eine für alle einsehbare Satzung/Geschäftsordnung schafft Transparenz und kann so

verhindern, dass sich eine bestimmte Interessensgruppe durch Verfahrensentscheidungen unrechtmäßige Vorteile verschafft. Dafür muss der „erhöhte Aufwand“ eines formalisierten Verfahrens, welches oft gar als „unnötiger Formalismus/Bürokratie“ bezeichnet wird, in Kauf genommen werden. Nur verbindlich festgeschriebene Regeln schaffen gleiche Bedingungen für alle und zudem eine gewisse Verlässlichkeit in Verfahrensfragen.

Auf den ersten Blick mag es vielleicht demokratischer erscheinen, wenn „der Souverän“, also z.B. die Mitglieder einer Konferenz, immer direkt entscheidet, wie verfahren werden soll, statt sich auf einen „Automatismus der Satzung“ zu verlassen. In der Tat ist dieser Automatismus eine Art „Selbstbeschränkung der Macht des Souveräns“, aber dies hat entscheidende Vorteile: In der Frage, was in der Satzung steht, gibt es ein allgemeines Interesse an einem fairen Verfahren, einem gewissen Schutz der Minderheit etc. - schließlich weiß auch die momentane Mehrheit, dass sich die Mehrheitsverhältnisse ändern können und man dann zu eben jener Minderheit gehören kann, deren Rechte in der Satzung garantiert sind. In diesem Zusammenhang erklärt sich auch die Hürde einer 2/3-Mehrheit, die zu einer Satzungsänderung meist notwendig ist, denn so kann verhindert werden, dass eine „knappe Mehrheit“ nach Belieben mit einer „großen Minderheit“ verfährt. Außerdem sind in einer Satzungsdebatte die Fragestellungen von den konkreten politischen Konflikten getrennt, d.h. bestimmte Verfahrensregeln werden allgemein festgelegt und sind daher nicht jedesmal von neuem Teil des politischen Kampfes.

Dass bei den allgemeinen Regelungen in einer Satzung nicht alle Eventualitäten berücksichtigt werden können, ist einsichtig, weshalb sich oft Fragen nach der Auslegung einer Regelung der Satzung ergeben. Diese müssen diskutiert und ebenfalls demokratisch entschieden werden



(es gibt auch das Modell der Schiedsgerichtsbarkeit, wo ein möglichst neutrales Gericht/Schiedsausschuss über diese Fragen entscheidet). Bei grundsätzlicheren Streitigkeiten in Satzungsfragen macht es natürlich Sinn, durch eine Satzungsänderung die Regelung im entsprechenden Punkt expliziter zu machen. Generell sollte jedoch versucht werden, in der Satzung möglichst eindeutige Formulierungen zu finden, um mögliche Konflikte von vornherein zu minimieren, und wo die Satzung keinen Auslegungsspielraum lässt, ist auch auf einer wortlautgetreuen Anwendung zu bestehen !

Denn damit die oben aufgeführten Vorteile des verbindlichen Niederlegens von Verfahrensregelungen in der Praxis wirksam sind, ist eine strikte Einhaltung der Satzung zu fordern, auch wenn man im Einzelfall vielleicht denkt „naja, der Formalkram sollte doch nicht über den Inhalten stehen, es ist doch für alle besser, wenn wir hier (abweichend von der Satzung) so und so verfahren“. Wenn durch solche Überlegungen doch wieder „von Fall zu Fall entschieden“ wird macht man sich die Vorteile von „gleichen Bedingungen für alle“ und „Verlässlichkeit in Verfahrensfragen“ allerdings gleich selbst wieder zunichte. Letztere fordern nämlich explizit „keine Ausnahmen von den vereinbarten Regeln“, denn sonst ist man im Einzelfall bei der Frage „soll man hier eine Ausnahme von der Satzung machen“ und damit keinen Schritt weiter als ohne Satzung. Konkret ist z.B. eine Antragsfrist genau einzuhalten, denn sonst stellt sich die Frage, wann denn dann die „Grenze für die Ausnahme ist“ und wer dies entscheidet, außerdem hätten andere Menschen vielleicht auch noch gerne eine Antrag verspätet eingebracht, dies aber aufgrund der abgelaufenen Antragsfrist nicht getan. Nur eine strikte, verlässliche Anwendung der Satzung schafft hier gleiche Bedingungen für alle und damit die geforderte Verfahrensgerechtigkeit. Denn in einer Demokratie kommt es eben nicht nur „auf das Ergebnis“ im Einzelfall an, sondern das Verfahren, wie dieses zustande gekommen ist, spielt eine entscheidende Rolle. Nur ein so ist es dauerhaft möglich, Interessenskonflikte unter fairen Bedingungen auszutragen und damit Gerechtigkeit zu schaffen.

Protokoll der 47. LSK vom 2.-4.Oktober 2009 an der IGS Ludwigshafen -Gartenstadt

Freitag, 02. Oktober 2009
- Beginn der LSK: 18.00 Uhr -

TOP 1: Begrüßung

TOP 2: Grußworte

Grußworte von: Staatssekretärin Vera Reiß, Landeselternbeirat – Sprecherin (Barbara Appel), Schulleitung der IGS Ludwigshafen-Gartenstadt, LSV Hessen (Michel Bietz), LSV NRW (Johannes Struzek), LSV Bayern (Isabel Schmuck)

- Abendessen: 19.00 Uhr -

TOP 3: Wahl des Präsidiums

In das Präsidium werden gewählt:

Präsident/in:

Hanna Zoe Trauer (27 Stimmen),

Lusalla Nzanza (10 Stimmen), Enthaltung 1

-> Hanna Zoe wird Präsidentin.

Protokollant/in:
Inga Wellstein (20 Stimmen),
Lusalla Nzanza (13 Stimmen), Enthaltung: 4
-> Inga Wellstein wird Protokollantin.

Technische Assistent/in:
Lusalla Nzanza (Mehrheit auf Sicht, Enthaltung: 1)
-> Lusalla Nzanza wird technischer Assistent.

TOP 4: Feststellung der Beschlussfähigkeit
Es wird festgestellt, dass die LSK mit 39 Delegierten nicht beschlussfähig ist (Freitagabend).

TOP 5: Beschluss der Tagesordnung
Die Tagesordnung wird wie folgt angenommen: Einstimmige Mehrheit

Freitag:
bis 17:30h Anreise
18.00h Plenum:
- Begrüßung, - Was ist eine LSK?, - Grußworte
19.00h Abendessen
20.00h Plenum:
- Wahl des Präsidiums, - Feststellung der Beschlussfähigkeit, - Beschluss der Tagesordnung, - GO und Abstimmungsverfahren, - Genehmigung des Protokolls der 46.LSK, - Vorstellung der Ämter
Danach: Film, Kulturprogramm, Mitternachtsdiskussion

Samstag:
09.00h Frühstück
10.00h Plenum: - Vorstellung der AGen
10:30h AGen
12:00h Plenum, Vorstellung der Ergebnisse der AGen
12.30h Mittagessen
13.30h Plenum: Behandlung der Anträge an die 47.LSK
16:00h Kaffee-/Tee-/Saft-Pause
16.30h Plenum:
- Entlastung des Landesvorstands und der Bundesdelegation 08-09, - Wahl des Landesvorstands, - Wahl der Bundesdelegierten, - Wahl des Landesausschuss, - Wahl der EinsteigerInnen-LSV, - Wahl der Lichtblickredaktion, - Wahl der KassenprüferInnen

19.00h Abendessen
20.00h Plenum:
Behandlung der restlichen Anträge, danach Kulturprogramm, Party

Sonntag:
09.00h Frühstück
10.00h Abschlussplenum
12:00h „Flashmopp“
13.00h Aufräumen, Feedbackbögen ausfüllen, Tschüss sagen, Abreise

TOP 6: Erklärung der GO und der Abstimmungsverfahren
GO – Antrag (1) auf Rederecht für Gäste:
Dafür: Mehrheit auf Sicht, Dagegen: 4, Enthaltung: 8
-> angenommen

TOP 7: Genehmigung des Protokolls der 46.LSK in Rockenhausen
Änderungsanträge zum Protokoll:
- ÄA 1: Clara Groß ändern in Clara Goß
-> redaktionelle Änderung angenommen.
- ÄA2: Rheinland-Pfalz soll anstelle eines kleinen l's ein großes L haben (in RIP).
Wird als allgemein erachtet und deshalb nicht als Änderungsantrag an das Protokoll angesehen.

Das Protokoll wird bei 38 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen -> angenommen.

TOP 8: Vorstellung der Ämter
- Vorstellung des Amtes Landesvorstandsmitglied durch Jan
- Vorstellung des Amtes BundesdelegierteR durch Sören
- Vorstellung des Amtes Landesausschussmitglied durch Steffen
- Vorstellung des Amtes EinsteigerInnen-LSV- Mitglied durch Ansgar

Samstag, 03.Oktober 2009

- Frühstück: 09.00 Uhr -

TOP 9: Vorstellungen der Arbeitsgemeinschaften
Arbeit in den Arbeitsgemeinschaften; folgende AGen finden statt:
AG1 – Eine Schule für alle – länger gemein-

sam lernen (Arno Rädler)
 AG2 – Behinderte und nichtbehinderte SchülerInnen lernen gemeinsam (H. Liebert)
 AG3 – Gesamtschule (Daniel Wagner)
 AG4 – Inklusiv Schule – Auswirkungen auf Schulstruktur und Unterricht (F. Bronder)
 AG5 – Deutscher Nationalismus (Jonas Strassel)

Vorstellung der Ergebnisse aus den Arbeitsgemeinschaften

- Mittagessen: 12.30 Uhr -

GO-Antrag (2): Auch Nicht-Delegierte dürfen GO-Anträge stellen. Hinweis des Präsidiums: Dies geht nicht bei Geschäftsordnungsanträgen.

GO-Alternativantrag (2.1): Leute, die nicht delegiert sind, haben Rederecht und Antragsrecht zu GO-Anträgen, die den allgemeinen Umgang betreffen.

Dafür: 23, Dagegen: 11 -> angenommen

TOP 10: Behandlung der Anträge an die 47.LSK

Antrag A 0 „Änderung der Geschäftsordnung“ (Antragsteller_in: Landesvorstand)
 Antragstext:

„Ändere Punkt 1. Regularien in
 „Ein Mitglied des Landesvorstandes eröffnet die LandesschülerInnenkonferenz unter Einhaltung folgender Ordnung:

a) Feststellung der Beschlussfähigkeit gem. § 8 der LSV-Satzung

b) Feststellung der Zahl der stimmberechtigten Anwesenden

Bei der ersten LSK im Schuljahr:

c) Wahl des Präsidiums“

Ändere Punkt 2. Präsidium in:

2. Präsidium:

Die LSK wählt aus ihrer Mitte ein Präsidium. Das Präsidium besteht aus der/dem PräsidentIn, und zwei gleichberechtigten StellvertreterInnen, das heißt einem/r ProtokollantIn, einem/r technischen AssistentIn. Zusätzlich wählt die LSK aus ihrer Mitte drei StellvertreterInnen für das Präsidium. Der/die technische AssistentIn ist für die Führung der RednerInnenlisten, Ermittlung

der Abstimmungsergebnisse, etc. zuständig. Gewählt ist, wer die einfache Mehrheit aller anwesenden Stimmberechtigten auf sich vereinigen kann. Die Gewählten sind für ein Jahr im Amt. Die Wahl des/der PräsidentIn erfolgt ohne Aussprache. Der/Die PräsidentIn, oder im Verhinderungsfall der/diejenige seiner StellvertreterInnen, der/die nicht das Amt des/der ProtokollantIn ausübt, leitet die LSK nach Satzung und Geschäftsordnung. In Zweifelsfällen über Satzung und Geschäftsordnung entscheidet der/die PräsidentIn, in grundsätzlichen Fragen entscheidet das Präsidium.

Ändere im Punkt 16. Abstimmungen:

Alt: „(..)Die Beschlußfähigkeit richtet sich nach §9 der Satzung. (..)“

Neu: „(..)Die Beschlussfähigkeit richtet sich nach §8 der Satzung.(..)““

GO-Antrag (3) auf Verlesung des Änderungsantrags:

Dafür: Mehrheit auf Sicht, Dagegen:6, Enthaltung:1 -> angenommen

Änderungsantrag an Ao: Ä1 „Quotierung“ (Antragsstellerin: Hanna Zoe Trauer)

Antragstext:

„Einfügen als weitere Änderung an der Geschäftsordnung:

Einfügen eines neuen Punktes 6.:

„6. Quotierungen“

a) Quotierung nach Schularten:

Wenn einE DelegierteR dies fordert, sollen alle Wahlen und Diskussionen nach Schulart quotiert werden. Bei Wahlen wird daraufhin jeder Schulart, von der Delegierte vertreten sind und kandidieren, ein Platz zur Verfügung gestellt. In Diskussionen erteilt das Präsidium in quotierter Reihenfolge das Wort.

b) Quotierungen nach Geschlecht:

Wenn einE DelegierteR dies fordert, sollen Wahlen und Diskussionen nach Geschlecht quotiert werden. Bei Wahlen werden daraufhin 50% der Plätze an Frauen und 50% der Plätze an Männer vergeben. In Diskussionen erteilt das Präsidium in quotierter Reihenfolge das Wort.“

GO-Antrag (4): a) und b) getrennt behandeln
-> angenommen

GO-Antrag (5) zur Schließung der RednerInnenliste: Dafür: 15, Dagegen: 19, Enthaltung: 5 -> abgelehnt
Der Änderungsantrag Ä1 wird zurückgezogen.

Abstimmung über Antrag Ao:
ja: 38, nein: 0, Enthaltung: 2
-> angenommen

Antrag A1 „Arbeitsprogramm des Landesvorstands und der Bundesdelegation 2009/10“

(Antragsteller: Patrick Simon, Steffen Zorn (LA-Sprecher))

Antragstext:

„Die LSK möge folgendes Arbeitsprogramm für den Landesvorstand und die Bundesdelegation 2009-10 beschließen:

Strukturreform der LSV

- Der Landesvorstand soll dafür sorgen, dass die Umstrukturierung der LSV/GG zu einer SchülerInnenvertretung aller Schularten weiterhin möglichst reibungslos verläuft. Dies bedeutet insbesondere, dass intensiv am Aufbau der Kreis- und Stadt-SVen gearbeitet wird. Dabei sollen bis zur 48. LSK alle 36 Kreis- und Stadt-SVen gegründet sein.
- Bei dem Aufbau soll der Landesvorstand die Aktiven vor Ort durch Mobilisierung, Einladung zu den Treffen, Anwesenheit und Moderation bei konstituierenden Sitzungen (und bei weiteren, wenn nötig), Erstellen von Musterdokumenten für z.B. Satzung, Protokoll, Einladung usw. unterstützen.
- Der Landesvorstand soll zur besseren Kommunikation in den Kreis- und Stadt-SVen die E-Mail-Verteiler moderieren. Auch sollen LaVoMis eingeteilt werden, die Kreis- und Stadt-SVen betreuen.
- Der Landesvorstand soll aus vorhandenen (und gegebenenfalls neu zu erstellenden) Dokumenten eine Publikation erstellen, die Tipps und Hinweise zur SV-Arbeit in Stadt und Kreis bietet. Diese soll auch digital verfügbar sein.
- Der Landesvorstand soll nach Konstituierung einer Kreis- oder Stadt-SV in Zusammenarbeit mit Aktiven vor Ort den

Schulträger, das Bildungsministerium, die Landtagsfraktionen und die Öffentlichkeit informieren.

SV-Bildung

- Der Landesvorstand soll darauf hinarbeiten, dass die SchülerInnen durch den Sozialkundeunterricht/alternativ über die VertrauenslehrerInnen über ihre Rechte und Pflichten aufgeklärt werden. Ebenso sollen die Partizipationsmöglichkeiten von SchülerInnen in der Schule aufgezeigt werden. Dies kann durch eine angestrebte gesetzliche Reglementierung erreicht werden.
- Der Landesvorstand soll die Durchführung der bereits geplanten Seminare für SVen und VerbindungslehrerInnen im November 2009 unterstützen und bei der Bewerbung und Organisation helfen.
- Der Landesvorstand soll darauf hin wirken, dass es künftig Fortbildungen für SVen und VerbindungslehrerInnen im Institut für schulische Fortbildung (LfB) gibt. Dafür sollen Gelder aus dem Landeshaushalt bereitgestellt werden und ein Seminkonzept in enger Zusammenarbeit zwischen LSV, MB-WJK und LfB erstellt werden.
- Der Landesvorstand soll sich darum kümmern, dass SVen Seminare zur Weiterbildung angeboten werden. Dabei soll sich auch um eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem SV-Bildungswerk e.V. und dem daran angegliederten „SV-Berater(Innen)“-Projekt bemüht werden.
- Die Kommunikation und der Wissensaustausch unter den SVen in den einzelnen Kreis- und Stadt-SVen soll gefördert werden.
- Der Landesvorstand soll sich um inhaltliche Seminar zu klassischen SV-Themen und darüber hinaus bemühen.

Publikationen

- Der Landesvorstand soll weiterhin mindestens einmal im Monat „SV-Tipps“ über den E-Mail-Verteiler verschicken. Die „SV-Tipps“ leisten den SVen konkrete Unterstützung für die Arbeit an ihrer Schule, indem sie Tipps, Hinweise und Erläuterungen zur SV-Praxis geben. Der Text soll via eMail als PDF-Dokument angehängt werden, was das leichte Ausdrucken und Abheften ermöglicht, und außerdem auf der Homepage veröf-

fentlicht werden.

- Ein Landesvorstandsmitglied soll sich um den Kontakt zur Redaktion des Lichtblicks kümmern und dafür sorgen, dass zwei Ausgaben während der Amtszeit erstellt werden. Dabei soll verstärkt auf die Mitarbeit von SchülerInnen gesetzt werden, die nicht im Redaktionsteam sind, aber Interesse am Schreiben von einzelnen Artikeln haben. Hier soll auch die Möglichkeit der Basisbeteiligung (zum Beispiel in Form von LeserInnenbriefen) gefördert werden.
- Mindestens zwei Mitglieder des Landesvorstandes sollen sich um die Fertigstellung des SV-Handbuchs kümmern. Ihnen steht es dabei frei, weitere ExpertInnen und (Nicht-)SchülerInnen Artikel schreiben zu lassen.
- Der Landesvorstand soll sich um die Produktion von Merchandise kümmern, z.B. Kugelschreiber, Aufkleber, Feuerzeuge, T-Shirts, Spuckis.
- Der Landesvorstand soll weitere wichtige Publikationen fertig stellen, wie z.B. ein allgemeines Faltblatt über die LSV oder Plakate mit Zitaten aus Vorschriften/Gesetzen, die grundlegende Rechte von SchülerInnen erklären.
- Der Landesvorstand soll Rundschreiben zusätzlich zum Postwege auch auf digitalem Wege versenden.

Pressearbeit

- Ein Landesvorstandsmitglied soll dafür sorgen, dass mindestens jeden Monat eine Pressemitteilung zu Themen der LSV und aktuellen Debatten herausgegeben wird. Zu aktuellen Debatten sollen entsprechend mehr PMs veröffentlicht werden.
- Die Pressekonferenzen des MBWJK und anderer Bildungsverbände sollen so oft wie möglich besucht werden.
- Der Landesvorstand soll sich darum bemühen, dass der Kontakt zu den öffentlichen Medien ausgebaut und erweitert wird und Termine und Veranstaltungen der LSV in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden.
- Der Landesvorstand soll auch im Bereich der Pressearbeit die Kooperation mit anderen Organisationen und Verbänden suchen und gemeinsam auf Probleme aufmerksam machen, z.B. mit der GEW und dem LEB.

- Der Landesvorstand soll dafür sorgen, dass ein E-Mail-Verteiler eingerichtet wird, über den alle Pressemitteilungen der LSV, sowie wenn möglich Presseartikel, welche die LSV und ihre Arbeit betreffen, weitergeleitet und verteilt werden. Hierbei könnten auch regelmäßige Infos über die aktuelle Arbeit, sowie aktuelle Aktionen verteilt werden.

Landesarbeitskreise

- Der Landesvorstand soll die neu entstehenden LAKe im Aufbau unterstützen und im Rahmen der eigenen Möglichkeiten an Sitzungen und Projekten teilnehmen. Insbesondere sollen BasisschülerInnen zur Mitwirkung in den LAKen motiviert werden.

Demokratisierung

- Der Landesvorstand soll eine Publikation für Schülerinnen und Schüler erstellen, die erklärt und aufzeigt, wo und wie Demokratie in der Schule im Rahmen der momentanen gesetzlichen Bestimmungen möglich ist.
- Der Landesvorstand soll sich dafür einsetzen, dass die Kreis- und Stadt-SVen ein Stimmrecht in den Schulträgerausschüssen erhalten.
- Der Landesvorstand soll weiterhin in der Transfergruppe „Demokratie lernen und leben“ im MBWJK mitarbeiten und engagiert sich beim Ausbau des Netzwerkes demokratischer Schulen.
- Der Landesvorstand soll für die finanzielle Unterstützung des 5. Landesdemokratietages im Herbst 2010 sorgen und engagiert sich inhaltlich bei dessen Vorbereitung.

Ganztagsschulprogramm

- Der Landesvorstand soll den Kontakt zur Servicestelle Jugendbeteiligung sowie der Serviceagentur Ganztägig Lernen in Speyer beibehalten und ausbauen.

Bundesebene

- Die exekutiven Gremien (Landesvorstand und Bundesdelegierte) sollen sich für eine bundesweite Interessenvertretung von SchülerInnen einsetzen. Dies soll in Form eines aktionsbedingten bundesweiten Vernetzungsbündnisses geschehen.

Bildungsfinanzierung

- Der Landesvorstand soll sich weiterhin an der Debatte um Studiengebühren beteiligen und entsprechende Aktionen gegen Studiengebühren organisieren und selbst durchführen.
- Der Landesvorstand soll sich dafür einsetzen, dass das „Kopiergeld“ oder „Mediengeld“, das an Schulen erhoben wird, abgeschafft wird.
- Der Landesvorstand soll sich weiterhin für Lernmittelfreiheit einsetzen.

Sommercamp

- Die LSV soll auch 2010 wieder ein Sommercamp, wenn möglich in Kooperation mit der LSV Hessen, durchführen.

Bildungsstreik

- Die LSV soll zusammen mit anderen Verbänden und Organisationen den Bildungsstreik nachbereiten und weitere Bildungsstreik-Aktivitäten in der Vorbereitung und Durchführung unterstützen.

Sexualität

- Der Landesvorstand soll sich um eine bessere Aufklärung im Allgemeinen, sowie an Schulen im Besonderen bemühen.
- Es soll angestrebt werden, dass sich die Anti-Aids-Stiftung wieder an den LSKen beteiligt und einen Informationsstand aufbaut.
- Mindestens ein CSD in RLP soll von der LSV unterstützt werden.
- Es sollen Projekttag zur sexuellen Aufklärung und zu Aids gefordert werden.

Umwelt

- Der Landesvorstand soll sich stärker um Umwelterziehung bemühen und ausgewählte Projekte unterstützen.

Antirassismus

- Mindestens ein Vorstandsmitglied soll regelmäßig die Treffen des Netzwerks für Demokratie und Courage besuchen.
- Der Landesvorstand soll ausgewählte Demonstrationen und Aktionen gegen Rassismus unterstützen.

Datenschutz

- Der Landesvorstand soll die Entwicklung

rund um die (in einigen Bundesländern geplante) Einführung der „SchülerInnen-ID“ verfolgen und eine bundesweite Kampagne mit den anderen LSVen, Elternbeiräten und weiteren KooperationspartnerInnen dagegen durchführen.

- Der Landesvorstand soll auf die Abschaffung von „Pädagogischen Schulnetzwerken“, die Zensur und Kontrolle von SchülerInnen ermöglichen, wie MNS+, hinwirken.
- Der Landesvorstand soll sich weiterhin gegen jegliche datenschutzrechtlich fragliche Aktion in Deutschland aussprechen (wie z.B. die Einführung der einheitlichen Steuernummer, die Vorratsdatenspeicherung, das BND-Gesetz etc.).

Ehemaligentreffen

- Die LSV möge ein Ehemaligentreffen veranstalten

Kontakt

- Der Landesvorstand soll nach Möglichkeit zu folgenden Organisationen Kontakt aufbauen bzw. diesen verbessern:
 - den politischen Organisationen, Verbänden und Parteien
 - dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur
 - den LandeschülerInnenvertretungen anderer Bundesländer
 - dem Landeselternbeirat/Bundeselternbeirat
 - den LehrerInnengewerkschaften und -Verbänden
 - der DGB-Jugend
 - dem AstA der Universität Mainz und weiteren Studierendenvertretungen
- Der Landesvorstand versendet einmal pro Quartal eine Info-Mail an die oben genannten Verbände und Organisationen und weitere, in der über aktuelle Projekte und die Arbeit der LSV informiert wird.
- Durch den Kontakt zu anderen SV-Bildungsorganisationen soll ein reger Austausch über SV-Bildungsmaßnahmen entstehen. Auch die Durchführung gemeinsamer Projekte (z.B. SV-Seminare) soll angestrebt werden. Dies soll langfristig zur Erarbeitung von SV-Bildungsstandards führen.“

GO-Antrag (6): Verlesung des Antrages. Dafür: 1, Dagegen: Mehrheit auf Sicht
->abgelehnt

Änderungsantrag A1:Ä1: (Antragssteller: Julian)
Streichung der Passage „Wenn möglich mit der LSV Hessen“ beim Punkt Sommercamp.
Dafür: Mehrheit auf Sicht, Dagegen: 6
-> angenommen

Änderungsantrag A1:Ä2: (Antragssteller: Julian)
Streichung des Punkts „ Es soll angestrebt werden, dass sich die Anti-Aids-Stiftung wieder an den LSKen beteiligt und einen Informationsstand aufbaut“ beim Thema Sexualität. (ebenso wie:)
Änderungsantrag A1:Ä3: (Antragssteller: Julian)
Hinzufügen des Punkts „Die LSV soll in Kooperation mit PartnerInnen eine Möglichkeit für Seminare innerhalb der Schule zum Thema Homo-, Bi-, Inter- und Transsexualität schaffen. Das Angebot soll für SchülerInnen und LehrerInnen gelten“ beim Thema Sexualität.
Dafür: Mehrheit auf Sicht, Dagegen: 4, Enthaltung: 2 -> angenommen

Änderungsantrag A1:Ä4: (Antragssteller: Philipp)
Hinzufügen der Ergänzung „Die KrSV oder SSV vor Ort entscheidet über die regionale Unterstützung durch das Gremium“ beim Thema Bildungstreik.
Der Änderungsantrag wird angenommen.

Änderungsantrag A1:Ä5: (Antragssteller: Parau)
Streichung des Punktes „Der Landesvorstand soll sich dafür einsetzen, dass das „Kopiergeld“(...) abgeschafft wird“ beim Thema Bildungsfinanzierung.
Der Änderungsantrag wird zurückgezogen.

Änderungsantrag A1:Ä6: (Antragssteller: Jan)
Änderung der Formulierung des Punkts 3 bei „Strukturreform der LSV“ zu:
„Der Landesvorstand soll zur besseren Kommunikation in den Kreis- und Stadt-

Sven die E-mail-Verteiler moderieren. Alle LaVoMis sollen Kreis- und Stadt-Sven betreuen und Kontakt halten sowie beratend mitzuwirken.“
Dafür: 20, Dagegen: 7, Enthaltung: 10
-> angenommen

GO-Antrag (7) auf Pause nach Abstimmung des Änderungsantrag.
Dafür: 15, Dagegen: 17, Enthaltung: 6
-> abgelehnt

Änderungsantrag A1:Ä7: (Antragssteller: Moritz)
Umformulierung des Punktes 2 zu „Der Landesvorstand soll auf die Abschaffung von Möglichkeiten zur Zensur und Kontrolle von SchülerInnen in Pädagogischen Schulnetzwerken, wie MNS+, hinwirken.“ beim Thema Datenschutz.
Dafür: 17, Dagegen: 12, Enthaltung: 11
-> angenommen

GO-Antrag (8): Entfernung aller Glasflaschen aus dem Plenarsaal: Dafür: 5, Dagegen: Mehrheit auf Sicht -> abgelehnt

Abstimmung über Antrag A1:
ja: 40, nein: 1, Enthaltung: 0
-> angenommen

GO-Antrag (9) auf Vorziehen des Antrags A3:
Dafür: Mehrheit auf Sicht, Dagegen: 4
-> angenommen

Antrag A 3 Antrag ans Grundsatzprogramm „Eingliedriges Schulsystem“ (Antragstellerin: Hanna Zoe Trauer)
Antragstext:
„Die 47. LSK möge folgenden Punkt des Grundsatzprogramms neu beschließen:
1.3 Eingliedriges Schulsystem
Die LSV Rheinland-Pfalz fordert das eingliedrige Schulsystem, um Chancengleichheit und Gleichwertigkeit unter den Schülerinnen und Schülern zu gewährleisten und solidarisches Lernen möglich zu machen. Das dreigliedrige, bzw. in Rheinland-Pfalz mehr oder weniger zweigliedrige, Schulsystem, wie wir es in Deutschland vorfinden, ist grundsätzlich nicht mit einer demo-

kratischen Gesellschaft vereinbar. Es trägt massiv zur Spaltung der Gesellschaft bei. Eine Statistik des Statistischen Bundesamtes besagt, dass 68,4 % der SchülerInnen auf den Hauptschulen aus "Arbeiterfamilien" stammen, jedoch 45 % der Beamtenkinder ein Gymnasium besuchen. Sicher kann man diese Statistiken auf unterschiedliche Weise deuten, deutlich sollte aber werden, dass der Schultyp einen erheblichen Einfluss darauf hat, in welchem sozialen Milieu man sich während der Schulzeit bewegt, sich dies auch auf die Freizeit auswirkt und prägend ist für die spätere Berufslaufbahn. Aufstiegschancen werden durch das dreigliedrige Schulsystem erheblich erschwert. Empfehlungsschreiben, die in der 4. Klasse, sowie, seit Einführung der „Realschule plus“ in Rheinland-Pfalz erneut und verbindlich nach der 6.Klasse auf kooperativen „Realschulen plus“ gegeben werden, haben einen großen Einfluss auf die zukünftige Entwicklung des Kindes, obwohl sie sich hauptsächlich an den Deutsch- und Mathenoten orientieren und dabei völlig außer Acht lassen, dass die intellektuelle Entwicklung des Kindes noch lange nicht abgeschlossen ist. Oft ist es aber den Lehrerinnen und Lehrern gar nicht bewusst, dass sie damit nicht nur über den schulischen Werdegang einer Schülerin oder eines Schülers entscheiden, sondern ihren bzw. seinen Lebensweg entscheidend beeinflussen. Mit dem Argument, der besseren Fördermöglichkeiten in drei unterschiedlichen Schulformen, wird das Recht auf Chancengleichheit schon nach der 4. Klasse entscheidend eingeschränkt. Konkurrenzdenken wird gefördert und solidarisches Verhalten zurück gedrängt; jeder versucht, einen Abstieg im dreigliedrigen Schulsystem zu verhindern.

Jeder Mensch soll das gleiche Recht auf Bildung haben. In der Gesamtschule kommt es zu einer Vermischung von kulturellen und sozialen Schichten, was den Schülerinnen und Schülern ein weitgreifenderes Weltbild vermittelt, das auf Erfahrung aufbaut und nicht nur auf Theorie. Wenn die Vielfalt aller Menschen einer Gesellschaft allen zugute kommen soll, so brauchen wir auch eine Schule, in der Vielfalt gelebt werden kann. In der Gesamtschule können alle Abschlüsse

erworben werden und sie bietet die Möglichkeit, das Unterrichtslevel gemäß den Fähigkeiten des jeweiligen Schülerin oder Schülers in einem bestimmten Fach zu wählen, ohne dass gleich ein Schulwechsel erwogen wird, wenn die Schülerin/ der Schüler in einem Fach nicht gut sind. Dadurch, dass die Gesamtschule eine größere SchülerInnenzahl umfasst, ist es einfacher die Fächerspannbreite zu erweitern und die SchülerInnen können sich so ihren Interessen nach besser entfalten. Die Unterrichtsmethoden sind vielfältiger, und man kann sich in der Unterrichtsgestaltung nach der jeweiligen Lerngruppe richten. So kann jede Schülerin und jeder Schüler nach den eigenen Fähigkeiten, Interessen, Stärken und Schwächen besser gefördert werden.

Änderungsantrag A3:Äo:

Änderung der ersten Zeile in „Das viergliedrige, bzw. in Rheinland-Pfalz mehr oder weniger dreigliedrige(...)“ von Antragstellerin übernommen

Abstimmung über Antrag A3:

ja: 40, nein: 0, Enthaltung: 1

-> angenommen

Restliche Anträge werden verschoben.

GO-Antrag (10): Auf Vorverlegung der Pause um 10 min. -> angenommen

- Kaffee-/Tee-/Saft-Pause: 16.00 Uhr -

TOP 11: Rechenschaftsbericht des Landesvorstands und Entlastung des Landesvorstands sowie der Bundesdelegation 2008/09

GO-Antrag (11) auf Entlastung im Block.

-> abgelehnt

GO-Antrag (12) auf Begrenzung der Redezeit auf 1,5 min. -> zurückgezogen

Entlastung Landesvorstand:

- Hanna Zoe Trauer: Einstimmig

- Alexander Lang: Dafür: Mehrheit auf Sicht Enthaltungen:4

- Cathrin Gernegrohs: Dafür: Mehrheit auf Sicht Enthaltungen: 2

- Inga Wellstein: Dafür: Mehrheit auf Sicht Enthaltungen: 3

- Jan Theisen: Dafür: Einstimmig

- Julian Knop: Dafür: Mehrheit auf Sicht Ent-

haltungen: 2
 - Kevin Kirsten: Dafür: Mehrheit auf Sicht
 Enthaltungen: 4
 - Matthias Köberlein: Dafür: Einstimmig
 - Ronja Gestrich: Dafür: Mehrheit auf Sicht
 Enthaltungen: 3
 - Sonja Schmahl: Dafür: Mehrheit auf Sicht
 Enthaltungen: 1
 - Tabea Maria Weiser: Dafür: Mehrheit auf
 Sicht Dagegen: 1
 - Lusalla Nzanza: Dafür: Mehrheit auf Sicht
 Dagegen: Enthaltungen: 1

GO-Antrag (13): 5 Minuten Feierpause für
 den Landesvorstand.
 Dafür: Mehrheit auf Sicht, Dagegen: 5
 -> angenommen

Entlastung der Bundesdelegierten:
 - Lucas Macher: Dafür: Mehrheit auf Sicht
 Enthaltungen: 2
 - Joana Müller: Dafür: Mehrheit auf Sicht
 Enthaltungen: 6
 - Sören Götz: Dafür: Mehrheit auf Sicht
 Enthaltungen: 3
 - Freddi Servatius: Dafür: 18 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 14
 - Clara Goß: Dafür: 6 Dagegen: 3
 Enthaltungen: Mehrheit auf Sicht

Alle Mitglieder des Landesvorstands und
 der Bundesebene wurden entlastet.

TOP 12: Wahlen zum Landesvorstand
 Es werden Cathrin, Steffen und Emma zum
 Wahlausschuss gewählt.

GO-Antrag (14) auf Befragungsrunde der
 KandidatInnen zum Landesvorstand.
 -> angenommen

Es kandidieren: Patrick Simon, Philipp Bo-
 dewing, Marlene Schmahl, Lea Knoitz, Paul
 Reinert, Alex Pfleger, Lisa Cichuttek, Luisa
 Budras, Lukas Stemler, Felix Rahm, Matthi-
 as Heimberger, Damla Erbektas

Die Auszählung der Stimmen ergibt für:
 - Patrick Simon 28 Ja-, 2 Nein-Stimmen und
 3 Enthaltungen: Nimmt die Wahl an.
 - Philipp Bodewing 25 Ja-, 4 Nein-Stimmen
 und 4 Enthaltungen: Nimmt die Wahl an.

- Marlene Schmahl 22 Ja-, 4 Nein-Stimmen
 und 7 Enthaltungen: Nimmt die Wahl an.
 - Lea Konitz 13 Ja-, 11 Nein-Stimmen und 9
 Enthaltungen. Nimmt die Wahl an.
 - Paul Reinert 31 Ja-, 1 Nein-Stimmen und 1
 Enthaltungen: Nimmt die Wahl an.
 - Alex Pfleger 20 Ja-, 6 Nein-Stimmen und 7
 Enthaltungen: Nimmt die Wahl an.
 - Lisa Cichuttek 7 Ja-, 13 Nein-Stimmen und
 13 Enthaltungen
 - Luisa Budras 21 Ja-, 7 Nein-Stimmen und 5
 Enthaltungen: Nimmt die Wahl an.
 - Lukas Stemler 16 Ja-, 7 Nein-Stimmen und
 10 Enthaltungen: Nimmt Wahl an.
 - Felix Rahm 29 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 4
 Enthaltungen: Nimmt die Wahl an.
 - Matthias Heimberger 5 Ja-, 22 Nein-Stim-
 men und 6 Enthaltungen
 - Damla Erbektas 24 Ja-, 5 Nein-Stimmen
 und 4 Enthaltungen: Nimmt die Wahl an.

GO-Antrag (15) auf Abbrechung der Befra-
 gung von Philipp, da er selbst nicht antwor-
 ten kann:
 Dafür: Mehrheit auf Sicht, Enthaltungen: 5
 -> angenommen

GO-Antrag (16) : Schließung der Redne-
 rInnen-Liste: -> angenommen

GO-Antrag (17) auf Beschränkung der Rede-
 zeit auf 3 Sätze. -> zurückgezogen.

Somit sind gewählt:
 Philipp Bodewing
 Patrick Simon
 Marlene Schmahl
 Paul Reinert
 Alex Pfleger
 Luisa Budras
 Felix Rahm
 Damla Erbektas
 Lea Konitz
 Lukas Stemler

TOP 13: Wahlen zur Bundesdelegation
 Es kandidieren: Tabea Maria, Hayaan, Phi-
 lipp, Ansgar, Julian, Inga

Die Auszählung der Stimmen ergibt für:
 - Inga Wellstein 31 Ja-, 0 Nein-Stimmen und
 0 Enthaltungen; nimmt Wahl an.
 - Julian Knop 30 Ja-, 1 Nein-Stimmen und 0

Enthaltungen; nimmt Wahl an.
 - Ansgar Martins 24 Ja-, 1 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen; nimmt Wahl an (stellv.)
 - Philipp Möller 27 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen; nimmt Wahl an (stellv.)
 - Hayaan Nur 25 Ja-, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen; nimmt Wahl an (stellv.)
 -> Tabea Maria Weiser 21 Ja-, 6 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen; nimmt Wahl an.

GO-Antrag (18): Personalbefragung.
 ->angenommen

GO-Antrag (19): Schließung der RednerInnen-Liste. -> angenommen

Somit sind gewählt:
 Tabea Maria Weiser
 Hayaan Nur
 Philipp Möller
 Ansgar Martins
 Julian Knop
 Inga Wellstein

GO-Antrag (20) auf Öffnen der Fenster.
 -> angenommen

TOP 14: Wahlen zum Landesausschuss
 Es kandidieren: Leon, Jamina, Lusalla, Manfred, Ronja, Jan, Jana, Hanna, Kevin, Vincent, Sonja, Raphael

Die Auszählung der Stimmen ergibt für:
 - Leon Schwedler 29 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.
 - Jamina Diel 27 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.
 - Lusalla Nzanza 26 Ja-, 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.
 - Manfred Olesch 27 Ja-, 1 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.
 - Ronja Gestrinch 28 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.
 - Jan Theisen 29 Ja-, 1 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.
 - Jana Noe 30 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.
 - Hanna Zoe Trauer 27 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.
 - Kevin Kirsten 28 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.
 - Vincent Jaenisch 27 Ja-, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.

- Sonja Schmahl 29 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.
 - Raphael Menke 28 Ja-, 1 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.

Somit sind gewählt:

Leon Schwedler
 Jamina Diel
 Lusalla Nzanza
 Manfred Olesch
 Ronja Gestrinch
 Jan Theisen
 Jana Noe
 Hanna Zoe Trauer
 Kevin Kirsten
 Vincent Jaenisch
 Sonja Schmahl
 Raphael Menke

GO-Antrag (21) auf Fortsetzung der Behandlung der LSK-Anträge. -> angenommen

Antrag A 2, Leitantrag zur 47.LSK „Eine Schule für alle – die Gemeinschaftsschule (Antragsteller: Landesvorstand)

Antragstext:

„Die Landesvertretung der Schülerinnen und Schüler Rheinland-Pfalz setzt sich, unter dem Stichpunkt „Eine Schule für alle“, für die Entstehung einer Gemeinschaftsschule ein. Hier sollen mit starker individueller Förderung Schülerinnen und Schüler verschiedenen Alters und verschiedener Begabungen miteinander zusammen lernen. Vor allem betrifft dies auch Schülerinnen und Schüler so genannter Förderschulen. Eine Trennung wie im bisherigen mehrgliedrigen Schulsystem findet nicht mehr statt.

Das deutsche Schulsystem teilt seit jeher auf. Es teilt Schülerinnen und Schüler nach Alter, angeblicher Leistungsstärke, ja sogar nach sozialer Herkunft und Einkünften der Eltern oder Erziehungsberechtigten ein. Das Schulsystem ist dabei nicht einmal ein dreigliedriges, oftmals findet eine weitere Differenzierung statt. So hat auch die Förderschule, ehemals Sonderschule genannt, in Deutschland eine lange Tradition. Schülerinnen und Schüler, die scheinbar mehr Hilfe benötigen, Schülerinnen und Schüler mit körperlichen und geistigen Einschränkungen, werden

hier hin abgesondert. Hiermit entgeht ihnen nahezu jegliche Chance, in unserer Gesellschaft ein vollwertiges Mitglied zu werden. Auch die Schulform, die eigentlich integrieren sollte, die Gesamtschule, tut dies nicht vollkommen. Äußere Leistungsdifferenzierung ist auch hier an der Tagesordnung und lässt innerhalb eines Systems eine Hierarchie entstehen. Verbesserungen werden in den Integrierten Gesamtschulen erzielt, besser als das Lernen in einer Regelschule ist das Lernen und Zusammenarbeiten in einer Integrierten Gesamtschule allemal. Allerdings sind auch hier Verbesserungen in Bezug zum Thema „Eine Schule für alle“ zu erzielen.

In Rheinland-Pfalz ist die Differenzierung besonders stark, vor allem für diejenigen Schülerinnen und Schüler, die auf eine Förderschule geschickt werden. Hier hat Rheinland-Pfalz deutschlandweit eines der differenziertesten und am weitesten ausgebauten Systeme: Förderschulen für Menschen mit „Lernbehinderungen“, für Schülerinnen und Schüler mit geistigen Behinderungen und Schulen für verschiedenste körperliche Einschränkungen bietet das rheinland-pfälzische Schulsystem. Dies zeigt: Aufteilen ist die besondere Stärke des Schulsystems vor Ort. Eine starre Altersdifferenzierung findet darüber hinaus ebenso statt. Lernstand, Lernfortschritt, persönliche Entwicklung und Wünsche werden vernachlässigt, Schülerinnen und Schüler werden starr nach ihrem Alter abgefertigt. Individuelle Förderung sieht anders aus.

Die verschiedenen PISA-Studien, aber auch empirische Forschungen verschiedenster anerkannter BildungswissenschaftlerInnen in Deutschland, zeigen deutlich auf, dass der Weg, den Deutschland geht, weltweit nicht nur einmalig ist, sondern auch schlecht. Es bedarf keiner Diskussion mehr, ob das Schulsystem der Bundesrepublik ungerecht ist und Chancengleichheit im Keim erstickt – dies sind Fakten. Der Weg, den junge Menschen in der Schule nehmen, wird oftmals nicht mal von der Grundschule vorgebestimmt, sondern von der Herkunft der Schülerinnen und Schüler. Weisen diese von vornherein Merkmale auf, die für das dreigliedrige Schulsystem nicht „normal“ sind,

findet eine sofortige Aussonderung statt. Die vierjährige Grundschule unterstützt diesen Verlauf weitgehend. Nach der vierten Klasse werden junge Menschen anhand fragwürdiger Ergebnisse in Leistungstests und der Willkür von Beobachtungen einer Person einer Schulform zugewiesen. In der neuen Realschule+ ist die Empfehlung nach dem 6. Schuljahr sogar Zwang, hier kann Schülerinnen-, Schüler- oder Elternwille nicht mehr entscheiden. Diese Entwicklung führt zu dem allseits bekannten Problem, dass vielen Schülerinnen und Schülern Perspektiven und ein Weg in die Mitte der Gesellschaft verwehrt werden. Bildung findet hier nicht zum Wohl der Schülerinnen und Schüler, des einzelnen Individuums statt, sondern zur Befriedigung einer altertümlichen, nach Klassen getrennten Denkweise. Entgegen einer weit verbreiteten Meinung führt die Differenzierung des Schulsystems nicht dazu, dass Schülerinnen und Schüler individueller gefördert werden. Eine Verkleinerung der heterogenen Masse in mehrere „kleine Massen“ sorgt nicht dafür, dass diese der Homogenität näher kommen. Es zeigt nur augenscheinlich einen leichten Weg auf, Schülerinnen und Schüler in großen Klassen einfach unterrichten zu können, ohne viel Wert auf Individualität und persönliche Förderung und Entwicklung zu legen. In Wahrheit werden Schülerinnen und Schüler so nicht optimal gefördert, oftmals bleiben die Schülerinnen und Schüler unter ihren Leistungen, unter dem, was sie sogar selbst leisten möchten. Die Motivation vieler Schülerinnen und Schüler wird zerstört. Schülerinnen und Schülern von Haupt-, Real- und Realschulen+ werden schlechte Zukunftsaussichten gegeben, auch hier werden Schülerinnen und Schüler wieder gleichgeschaltet. Auf Gymnasien verlieren Schülerinnen und Schüler oftmals den Blick für Menschen, die außerhalb dieses Systems leben, die sozialen Kompetenzen werden zerstört. Außerdem zeigt sich das System Gymnasium schlecht darin, Schülerinnen und Schüler auf ein Leben im Beruf vorzubereiten. Schülerinnen und Schüler, die kein Abitur erreichen oder erreichen möchten, sind hier einer denkbar schlechten Förderung unterzogen. Allen Schularten gemein

ist die Aberziehung von Selbstbestimmung und eigenständigem Handeln. Weiterhin haben alle Schularten die unzureichende Förderung sozialer Kompetenzen gemein. Lernen mit der Vielfalt von Menschen umzugehen, lernen, dass Menschen verschieden sind, verschiedene Bedürfnisse haben, und verschieden behandelt werden müssen, das geht unter. Der Blick für andere soziale Milieus wird von der Schullandschaft in Deutschland versperrt. Eine Schulart, in der alle Schülerinnen und Schüler lernen - unabhängig von sozialer Herkunft, Einschränkungen, Alter und Wissensstand - führt zur Behebung vieler der genannten Probleme. Deutschland ist hier auch im internationalen Vergleich hinterher, oftmals sogar Schlusslicht. Ziel muss es sein, eine Schule zu schaffen, die alle Schülerinnen und Schüler besuchen können. Eine Schule, in der verschiedene Abschlüsse unter einem Dach erworben werden können. Eine Schule, in der die Schülerinnen und Schüler voneinander und miteinander lernen, ein Aspekt, der nur aufgrund der Heterogenität einer Gruppe richtig funktionieren kann.

Die Vielfalt und die Unterschiede, die Menschen haben, sollten nicht, wie es zurzeit stattfindet, als negativ aufgefasst werden; es muss als Chance wahrgenommen werden, Toleranz, Offenheit und Vielfalt zu lernen. Die Lernfähigkeiten, die Schülerinnen und Schüler untereinander haben, müssen dafür anerkannt werden. Hierbei muss auch gesehen werden, dass Schülerinnen und Schüler unterschiedlichen Alters miteinander und auch voneinander lernen können. Ebenso muss eine wirkliche individuelle Förderung stattfinden, was nötigenfalls nur durch mehrere Lehrerinnen und Lehrer zu bewerkstelligen ist. Ein Kostenaufwand, der sich durch Reduzierung unnötiger Trennung und Aussonderung sowie die Abschaffung des Sitzenbleibens decken lässt.

Aus diesem Grund setzt sich die Landesvertretung der Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz unter dem Stichwort „Eine Schule für alle“ für die Einrichtung einer Schulform, in der Schülerinnen und Schüler ohne äußere Leistungsdifferenzierung zusammen, bei individueller, persönlicher Förderung lernen können, ein. Insbesondere

Schülerinnen und Schüler, die bisher eine Förderschule besuchen müssen, sollen in dieser Gemeinschaftsschule lernen können. Hier soll eine vollständige Inklusion stattfinden, ohne in der Schule entstehende „Ersatz-Förderschulen“.

Dabei soll die Gemeinschaftsschule Schülerinnen und Schüler von der Frühförderung, über die Grundschulzeit, bis hin zur Berufsmündigkeit sowie Mittleren Reife führen. Das Erreichen des Abiturs soll darüber hinaus auch möglich sein. Darüber hinaus ist es ein Ziel für die Landesvertretung der Schülerinnen und Schüler Rheinland-Pfalz, dass die neu zu gründende Schulform „Gemeinschaftsschule“ langfristig das vorhandene, mehrgliedrige Schulsystem ersetzt. Die Schulformen Grundschule, Förderschule, Realschule+ und Gymnasium, als Fernziel auch die Integrierte Gesamtschule, sollen durch die „Gemeinschaftsschule“ ersetzt werden. Die Bildung von Berufsabschlussbezogenen Schulen (BBSen), sowie Oberstufenzentren soll möglich bleiben.

Schule muss erkennen, dass jeder Mensch für sich individuell ist, dass somit jeder Mensch für sich gefördert werden muss, und dass dies durchaus in „Einer Schule für alle“ gelingen kann.“

GO-Antrag (22) auf Nicht-Befassung. Dafür: 6, Dagegen: 18, Enthaltung: 4 -> abgelehnt
GO-Antrag (23) auf 2. Stellungnahme von RednerInnen. Dafür: Mehrheit auf Sicht -> angenommen

Abstimmung über Antrag A2:
ja: 26, nein: 2, Enthaltung: 0
-> angenommen

GO-Antrag (24) auf Festlegung der Schließung des Plenums um 23.00 Uhr:
Dafür: 5, Dagegen: Mehrheit auf Sicht, Enthaltung: 1 -> abgelehnt

TOP 15: Wahlen zur EinsteigerInnen-LSV
Es kandidieren: Jannis Deisinger, Laura Klein, Karin Mang, Kevin Kirsten, Marie Keil, Katharina Ruß

Die Auszählung der Stimmen ergibt für:
- Jannis Deisinger 25 Ja-, 1 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.

- Laura Klein 24 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.
- Karin Mang 24 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.
- Kevin Kirsten 25 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.
- Marie Keil 28 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.
- Katharina Ruß 29 Ja-, 1 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen. Nimmt Wahl an.

Somit sind gewählt:

Jannis Deisinger
 Laura Klein
 Karin Mang
 Kevin Kirsten
 Marie Keil
 Katharina Ruß

TOP 16: Wahlen zur Lichtblickredaktion
 Es kandidieren: Marie Bach, Jannis Deisinger, Hanna Zoe Trauer, Inga Wellstein, Emma Harlow, Benita Braun, Sebastian Gräber, Matthias Köberlein

- Die Auszählung der Stimmen ergibt für:
- Marie Bach 26 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen. Nimmt die Wahl an.
 - Jannis Deisinger 24 Ja-, 1 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen. Nimmt die Wahl an.
 - Hanna Zoe Trauer 24 Ja-, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen. Nimmt die Wahl an.
 - Inga Wellstein 26 Ja-, 1 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen. Nimmt die Wahl an.
 - Emma Harlow 26 Ja-, 1 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen. Nimmt die Wahl an.
 - Benita Braun 26 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen. Nimmt die Wahl an.
 - Sebastian Gräber 27 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen. Nimmt die Wahl an.
 - Matthias Köberlein 27 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen. Nimmt die Wahl an.

Somit sind gewählt:

Marie Bach
 Jannis Deisinger
 Hanna Zoe Trauer
 Inga Wellstein
 Emma Harlow
 Benita Braun
 Sebastian Gräber
 Matthias Köberlein

GO-Antrag (25) auf Schließung der RednerInnenliste.

Dafür: 14, Dagegen: 8, Enthaltung: 3
 -> angenommen

TOP 17: Wahlen zum Kassenprüfer/zur Kassenprüferin

Es kandidieren: Philipp Möller, Hayaan Nur
 Die Auszählung der Stimmen ergibt für:

- Philipp Möller 24 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen. Nimmt die Wahl an.
- Hayaan Nur 24 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen. Nimmt die Wahl an.

Somit sind gewählt:

Philipp Möller
 Hayaan Nur

- Abendessen: 19.00 Uhr -

GO-Antrag (26) auf Schließung des Plenums:

Dafür: 15, Dagegen: 12, Enthaltung: 0
 Das Plenum wird geschlossen!

- gemeinsames Abendprogramm -

Sonntag, 28. September 2008

- Frühstück: 09.00 Uhr -

TOP 18: Abschlussplenum, Behandlung der restlichen Anträge

Antrag A 5 „Kopftuchverbot“ (Antragsteller: Julian Knop)

Antragstext:

„Die LSV spricht sich gegen ein Kopftuchverbot aus, lehnt darüber hinaus aber weiterhin die Vermischung von Religion und Schule ab, wie sie zum Beispiel in Form von Gottesdiensten oder Religionsunterricht gegeben ist.“

Änderungsantrag A5:Ä1:

Antragsteller: Jan und Matthias

Umformulierung „Die LSV spricht sich generell gegen religiöse Symbolik an Schulen aus. Verbote, die sich auf einzelne Religionsgruppen beziehen (z.B. das Kopftuchverbot) lehnt die LSV jedoch ab“

-> von Antragssteller übernommen

Abstimmung über Antrag A5:

ja: 26, nein: 0, Enthaltung: 1

-> angenommen

Treffen der ordentlichen Delegierten zur 47.LSK

GO-Antrag auf Vertagung aller von der 46.LSK vertagten Anträge.

Die Anträge der 46.LSK werden auf der 48.LSK besprochen.

Antrag A 4 „Mehr als nur Chancengleichheit“ (Antragstellerin: Hanna Zoe Trauer)

Antragstext:

„Die LandeschülerInnenvertretung übt Kritik am Begriff der Chancengleichheit. Diese wird momentan verstärkt gefordert, ist aber weder in Rheinland-Pfalz noch in Deutschland im Bildungssystem gegeben. Obwohl dies wünschenswert wäre, geht bloße Chancengleichheit der LandeschülerInnenvertretung nicht weit genug. Bei der Forderung nach dieser wird suggeriert, dass alles in Ordnung wäre, wenn allen SchülerInnen die gleichen „Chancen“ hätten, sich zu entwickeln, gebildet zu werden und ihre Ziele zu erreichen. Gerade die hohen Zahlen an SchülerInnen ohne Abschluss in Rheinland-Pfalz (Stand 2009: 3600 SchülerInnen verlassen jedes Jahr die Schule ohne irgend einen Abschluss) zeigen, dass es nicht genügt, zu versuchen, SchülerInnen zur gleichen Zeit das Gleiche beizubringen. Gleichheit ist somit in der Bildung ein verfehelter Begriff. Schließlich ist es von der persönlichen Situation des Einzelnen abhängig, ob er oder sie es schafft, die Chancen, die gegeben werden, auch wahrzunehmen.

Auch vom Begriff der Chancengerechtigkeit distanziert sich die LandeschülerInnenvertretung deutlich. In diesem Begriff ist die Idee enthalten, dass es irgendwie messbar wäre, wie viele Chancen eine Person verdient hat und somit „gerechter“weise zugestanden bekommt.

Chancen sind kein knappes Gut, das in irgendeiner Form gerecht oder gleich verteilt werden müsste. Die LandeschülerInnenvertretung spricht sich dafür aus, jede Person nach ihren Wünschen optimal und lebenslanglich zu fördern. Dass einige dabei mehr Förderung als andere bedürfen und andere selbstständiger lernen, liegt auf der Hand.

Ein gerechtes Bildungssystem gibt jedem Menschen zu jedem Zeitpunkt alle Chancen, die er oder sie sich wünscht.“

Abstimmung über Antrag A4:

ja: 19, nein: 0, Enthaltung: 1

-> angenommen

TOP 20: Sonstiges

Keine weiteren Anliegen.

-> Ende der LSK: 11.30 Uhr -

Für die Richtigkeit:

Hanna Zoe Trauer (Präsidentin), Inga Wellstein (Protokollführung), Lusalla Nzanza (Techn. Assistent)

Protokoll der 46. LSK vom 20.-22. März 2009 in der IGS Rockenhausen

Freitag, 20. März 2009

- Beginn der LSK: 18.00 Uhr -

TOP 1: Begrüßung

GO Antrag:
Rederecht für Gäste: -> angenommen

GO Antrag:
Alkoholverbot im Plenum: -> abgelehnt

GO Antrag:
Essen um 19:00: -> angenommen

GO Antrag:
Verschiebung des Einarbeitungstreffens auf
nach dem Abendessen: -> abgelehnt

GO Antrag:
Recht der Nicht-Delegierten auf Einbringen
von GO-Anträgen und Stimmrecht bei GO-
Anträgen: -> angenommen

TOP 2: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Heute nicht beschlussfähig

TOP 3: Beschluss der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird vorgeschlagen:

Freitag | 20. März

bis 17:30h Anreise

18.00h Eröffnungsplenum: Begrüßung | Feststellung der Beschlussfähigkeit | Beschluss der Tagesordnung | Wahl des Präsidiums
LaVo-Zwischenbericht | Genehmigung des Protokolls der 45. LSK | Was ist eine LSK?

19.30h Abendessen

20.30h Treffen in den RAKen

danach Film, Kulturprogramm, Mitternachtsdiskussion

Samstag | 21. März

09.00h Frühstück

10.00h Plenum: Behandlung der von der 45. LSK vertagten Anträge | Behandlung der Anträge an die 46. LSK | Vorstellung der AGen

13.00h Mittagessen

14.00h AGen

16.00h Kaffeepause

16.30h Plenum: Behandlung der restlichen Anträge | Entlastung der ausgeschiedenen AmtsträgerInnen | Nachwahlen zum Landesvorstand | Nachwahlen zur Bundesebene

19.00h Abendessen

20.00h Podiumsdiskussion zum LSK-Motto

21.30h Abendplenum: ggf. weitere Anträge | Abschluss | danach Kulturprogramm, Party

Sonntag | 22. März

09.00h Frühstück

10.00h Abschlussplenum | Sonstiges

12.00h Aktion „Special A“

13.00h Feedbackbögen ausfüllen, Tschüss-Sagen

Tagesordnung -> angenommen

TOP 4: Wahl des Präsidiums

In das Präsidium werden gewählt:

Präsident/in: Julian Knop

Technische Assistent/in: Sonja Schmahl

Protokollant/in: Deni Jakobi

TOP 5: Zwischenbericht des Landesvorstands

siehe auch schriftliche Fassung im LSK-Reader S. 28-33

TOP 6: Genehmigung des Protokolls der 45. LSK in Ingelheim

ÄA1: ändern: „Inga Welschtein“ in „Inga Wellstein“ -> angenommen

ÄA2: einfügen „Inga Wellstein wurde gewählt“ -> angenommen

ÄA3: aufnehmen: „Wahl der Bundesebene: Gewählt wurden:

- David Scheuermann

- Lucas Macher

- Sören Götz

- Joana Müller

- Frederick Servatius

- Clara Groß“

-> Das Protokoll wird bei 20 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

- Was ist eine LSK? Einführung für Neulinge -

- Abendessen: 19.00 Uhr – 20.00 Uhr -

- RAK-Treffen -

Samstag, 21. März 2009

- Frühstück: 09.00 Uhr – 10.00 Uhr -

- Grußworte – der LSVen der anderen Bundesländer und der Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft „Bildung“ von Bündnis90/Die Grünen

TOP 7: Behandlung der von der 45. LSK vertagten Anträge

Antrag V 7: Mittagessen

Antragsteller/in: Julian Knop, Jana Noe, Sonja Schmahl

ÄA1: füge ein: „und vegane“

-> übernommen

Abstimmung:
ja: Mehrheit | nein: 1 | Enthaltung: 4
-> angenommen

Antrag V8: Ganztagschulprogramm
Antragssteller/in: Felix Martens
Abstimmung:
ja: 16 | nein: 4 | Enthaltung: 24
-> angenommen

GO-Antrag:
Diskussion darüber warum so viele Enthaltungen – formale Gegenrede ->abgelehnt.

Antrag V9: LSV-Förderverein
Antragssteller/in: Felix Martens

ÄA1: ersetze: „Auf dem Sommercamp“
durch „noch im April 2009“ -> übernommen

Abstimmung:
ja: alle | nein: 0 | Enthaltung: 0
-> angenommen

Antrag V10: Erhalt des gymnasialen Zweigs
Antragssteller/in: SV der ADS Hargesheim

GO-Antrag:
Meinungsbild über Antrag – formale Gegenrede ->angenommen

Meinungsbild:
Mehrheit gegen den Antrag V10

GO-Antrag:
Sofortige Abstimmung von V10 – inhaltliche Gegenrede ->abgelehnt

ÄA1: Antrag gendern -> angenommen

ÄA2: füge ein: „Der Antrag ist ein Antrag ans Grundsatzprogramm!“ -> angenommen

GO-Antrag:
Schließung der RednerInnenliste – inhaltliche Gegenrede -> abgelehnt

GO-Antrag:
Freiwilliger Nudismus – formale Gegenrede -> angenommen

Abstimmung
ja: 8 | nein: Mehrheit | Enthaltung: 3
-> abgelehnt

Antrag V11: Erhalt des Religionsunterrichts
Antragssteller/in: SV der HDS Hargesheim

ÄA2: Ersetze: Antragstext durch „Die LSV möge sich für einen einheitlichen Reiligiionsunterricht in dem verschiedene Religionen & Kulturen den Schülerinnen und Schülern näher gebracht werden, einsetzen“
-> abgelehnt

GO Antrag:
Immer gendern (in allen Texten und Anträgen) - inhaltliche Gegenrede
-> angenommen

Abstimmung:
ja: 11 | nein: 23 | Enthaltung: 4
-> abgelehnt

GO Antrag:
5min pause - keine Gegenrede
->angenommen

Hinweis: Alle weiteren Anträge werden nur als Meinungsbilder abgestimmt und die Ergebnisse als Empfehlungen an die nächste LSK gegeben.

Verfahrensvorschlag an TO: A1 nach hinten verschieben bzw. A2-6 vorziehen
Ohne Gegenstimmen angenommen.

Antrag A2: Wahlalter abschaffen
Antragssteller/in: Landesvorstand der LSV RIP

GO Antrag:
Allgemein ruhiger sein – formale Gegenrede
-> angenommen

Diskussion über Wahlalter

GO Antrag:
Schließung der RednerInnenliste
-> angenommen

ÄA1: Hinzufügen: „darüber hinaus soll ab der 5.Klasse in der Schule über das Wahlsy-

stem und die Parteien informiert werden, um eine gewisse Kompetenz unter den WählerInnen zu fördern. Zudem soll im Unterricht Platz für politische Diskussionen gegeben sein. Dazu sollen Lehrkräfte auch Zeit nehmen dürfen“. -> angenommen

Abstimmung

ja: 16 | nein: 18 | Enthaltung: 5

-> abgelehnt

GO Antrag:

Verlegung der Sitzung nach draußen – inhaltliche Gegenrede ->abgelehnt

- Mittagessen: 13.00 Uhr -

- Vorstellung der AGen -

- Thematische Arbeit in den AGen -

Es finden folgende AGen statt:

AG 2 Homosexualität (Leitung: Lauter Jungs und Mädels, Quernet RIP)

AG 3 Sind Lesben Frauen? (Leitung: Steffi Mayfield)

AG 4 Bildungsstreik 2009 – Was kann ich tun? (Leitung: Alexander Lang)

AG 5 Umwelt und Schule – Mehr als Ökolo-klopapier (Leitung: Tabea Maria Weiser)

AG 6 Machtmechanismen durch Sprache (Leitung: Verena Grimm)

AG 7 AntiRa (Leitung: TeamerInnen des NDC)

- Kaffee-/Tee-/Saft-Pause: 16.00 Uhr -

TOP 8: Entlastungen

siehe auch schriftliche Fassung im LSK-Reader S. 34ff.

Alexander Lang, Landesvorstand ->entlastet
Lusalla Nzanza, Landesvorstand

GO Antrag:

Vertagung der Entlastung von Lusalla auf die nächste LSK -> angenommen

Lucas Macher, Bundesdelegierter -> entlastet
Frederic Servatius, Bundesdelegierter
-> entlastet

Clara Goß, Bundesdelegierte

GO Antrag:

Vertagung der Entlastung von Clara auf die nächste LSK -> angenommen

GO Antrag auf Öffnung der Debatte zum

Thema Vertagung der Entlastungen:

-> angenommen

David Scheuermann, Bundesdelegierter

GO Antrag:

Vertagung der Entlastung von David auf die nächste LSK -> angenommen

TOP 9: Wahlen zum Landesvorstand

Wahlausschuss: Kandidaturen: Joana, Jana und Cätti

GO Antrag auf Blockwahl -> angenommen

Wahlausschuss mehrheitlich gewählt

Vorstellung und Frage/Antwort zu den Aufgaben eines LaVoMis

Kandidaturen: Parau Pleines, Kevin Kirsten, Ronja Gestrich

Vorstellung der KandidatInnen (Ronja per Videokandidatur), Fragerunde

GO Antrag:

Begrenzung der Redezeit auf 1,5 Minuten
-> abgelehnt

GO Antrag:

Sofortige Wahl -> abgelehnt

Wahl der Landesvorstandsmitglieder, es sind zwei freie Plätze

- Parau Pleines

Ja: 18 | Nein: 14 | Enthaltung: 7

- Kevin Kirsten

Ja: 25 | Nein: 7 | Enthaltung: 7

- Ronja Gestrich

Ja: 23 | Nein: 9 | Enthaltung: 7

-> gewählt sind Kevin Kirsten und Ronja Gestrich

TOP 10: Behandlung der weiteren Anträge

Antrag A3: Multimediageräte-Verbot in Schulen

Antragssteller/in: Hanna Zoe Trauer

Abstimmung

ja: Mehrheit | nein: 0 | Enthaltung: 1
-> angenommen

Antrag A4: Überwachung abbauen

Antragssteller/in: Landesvorstand der LSV
RIP

ÄA1: Hinzufügen: „SchülerInnen-ID, MNS-Plus“ -> angenommen

Abstimmung

ja: Mehrheit | nein: 1 | Enthaltung: 1
-> angenommen

Wahl eines/einer neuen Protokollanten/ Protokollantin

KandidatInnen: Lasse Golenia

-> gewählt

Antrag A5: Schulkonferenz

Antragssteller/in: Matthias Köberlein

Abstimmung

ja: 12 | nein: 2 | Enthaltung: 10
-> angenommen

- Abendessen 19:00 Uhr -

- Podiumsdiskussion zum LSK-Motto -

- Weiterführung des Plenums -

Antrag A1: Geschlechterverhältnisse in der Schule – Leitantrag

Antragssteller/in: Hanna Zoe Trauer

Abstimmung

ja: Mehrheit | nein: 2 | Enthaltung: 3
-> angenommen

Antrag A12: Homosexualität/Sexuelle Orientierung

Antragssteller/in: Julian Knop

Abstimmung

ja: Mehrheit | nein: 0 | Enthaltung: 2
-> angenommen

GO Antrag:

Schließung des Plenums um 22:30 – inhaltliche Gegenrede -> angenommen

Antrag A6: Unterstützung Bildungsstreik 2009

AntragsstellerIn: Hanna Zoe Trauer, Inga Wellstein

Abstimmung

ja: Mehrheit | nein: 1 | Enthaltung: 2
-> angenommen

Antrag A7: Neugründung der Landesarbeitskreise

AntragsstellerIn: Landesvorstand der LSV
RIP

Abstimmung

ja: Mehrheit | nein: 0 | Enthaltung: 1
-> angenommen

Antrag A8: Gründung des LAK Protest

Antragssteller/in: Landesvorstand der LSV
RIP

Abstimmung

ja: Mehrheit | nein: 0 | Enthaltung: 7
-> angenommen

Antrag A9: Gründung des LAK Umwelt

Antragssteller/in: Landesvorstand der LSV
RIP

Abstimmung

ja: Mehrheit | nein: 1 | Enthaltung: 1
-> angenommen

Antrag A10: Gründung des LAK Antira

Antragssteller/in: Landesvorstand der LSV
RIP

Abstimmung

ja: Mehrheit | nein: 0 | Enthaltung: 0
-> angenommen

GO Antrag:

Vertagung aller weiteren Anträge auf Sonntag – inhaltliche Gegenrede -> angenommen

- gemeinsames Abendprogramm -

Sonntag, 22. März 2009

- Frühstück: 09.00 Uhr -

- Abschlussplenum -

Initiativantrag 1

Antragssteller/in: Matthias Köberlein

Text: „Die LSV RIP soll sich dafür einsetzen, dass an Schulen keine Nationalsymbole im Rahmen der (baulichen) Gestaltung benutzt werden. Darunter fallen unter anderem Fahnen, Wappen, Kaiser-Wilhelm-Statuen und andere Formen des Ausdrucks nationaler Zugehörigkeit wie z.B. die Nationalhymne.

ÄA1: Ändere: „Nationalsymbole“ in „Nationale Symbolik“ -> angenommen

ÄA2: Ändere: „benutzt werden dürfen“ in „benutzt werden“ -> angenommen

Abstimmung

ja: 7 | nein: 11 | Enthaltung: 3
-> abgelehnt

Antrag A11: Sexualkunderichtlinien

Antragssteller/in: Julian Knop, Hanna Zoe Trauer

Abstimmung

ja: Mehrheit | nein: 1 | Enthaltung: 2
-> angenommen

Antrag A13: Arbeit des Landesvorstandes

Antragssteller/in: Felix Martens

Abstimmung

ja: Mehrheit | nein: 0 | Enthaltung: 5
-> angenommen

Antrag A14: SV-Sprechstunde

Antragssteller/in: Felix Martens

ÄA1: Füge ein: „Felix Martens soll 5 Stunden die Woche die SV-Sprechstunde leiten, um sich profilieren zu können“ -> abgelehnt

Abstimmung

ja: 11 | nein: 9 | Enthaltung: 7
-> angenommen

- Ende der LSK: 13:00 Uhr -

Für die Richtigkeit:

Julian Knop, Präsident

Lasse Golenia, Protokollführung

Sonja Schmah, Technische Assistentin

Protokoll der 45. LSK vom 26.-28. September 2008 am Sebastian Münster-Gymnasium Ingelheim

Freitag, 26. September 2008

- Beginn der LSK: 18.05 Uhr -

TOP 1: Begrüßung durch den LaVo

TOP 2: Wahl des Präsidiums

In das Präsidium werden gewählt:
Präsident: Florian Müllerheim
Technischer Assistent: Rutger Kuwertz
ProtokollantInnen: Marie Bach und Max Schwenn

GO- Antrag auf Rederecht für Gäste
-> GO-Antrag angenommen

TOP 3: Feststellung der Beschlussfähigkeit
-> vertagt auf Samstagmorgen

TOP 4: Beschluss der Tagesordnung
Die Tagesordnung wird wie folgt angenommen:

Freitag:

bis 17.00h Anreise

18.00h Plenum: Begrüßung | LSK – Was, Warum und Wie? | Wahl des Präsidiums | Feststellung der Beschlussfähigkeit | Beschluss der Tagesordnung | Genehmigung des Protokolls der 43. und 44. LSK

19.00h Abendessen

20.00h Treffen in den Regionalen Arbeitskreisen (RAKEn)

22.30h Open End, Film, freie Abendgestaltung

Samstag:

09.00h Frühstück

10.00h Plenum: Grußworte | Input-Vortrag „Anders Lernen“ von Otto Herz (Leipzig/Bielefeld) mit anschließender Diskussionsrunde

12.30h Mittagessen

13.30h Plenum: Vorstellung der Anträge an die LSK und der AGen

14.00h Thematische Arbeit in den AGen

15.30h Kaffe-/Tee-/Saft-Pause

16.00h Plenum: Vorstellung der Ergebnisse der AGen und Abstimmung der Anträge

18.00h Abendessen

19.00h Plenum:

Entlastung des LaVos und der Bundesdelegation 07-08 | Verabschiedung des Arbeitsprogramms | Wahl des Landesvorstands | Wahl der Bundesdelegierten | Wahl der Lichtblickredaktion

21.00h Party

Sonntag:

09.00h Frühstück

10.00h Zusammenkunft im Plenum

10.30h Workshops zu SV-Praxis und Treffen in den neuen Landesarbeitskreisen | parallel: Pressegespräch mit dem neuen Landesvorstand

12.00h Abschlussplenum

13.00h Aufräumen, Feedbackbögen ausfüllen, Tschüss sagen, Abreise

GO-Antrag auf Alkoholverbot im Plenum für Samstag

Ja: 31, Nein: 22, Enthaltung 12

-> GO-Antrag angenommen

TOP 5: Genehmigung des Protokolls der 43. LSK (Lahnstein / Mainz) und 44. LSK
Ja: Mehrheit auf Sicht, Nein: 0, Enthaltung: 5
-> Protokolle angenommen

Grußworte: LSR-Brandenburg, GEW Rheinland-Pfalz, LSV Hessen, Aktion Tagwerk,

- Abendessen: 19.00 Uhr -

TOP 6: RAK-Treffen

23.30: Mitternachtsdiskussion

Samstag, 27. September 2008

-Frühstück: 09.00 Uhr -

-Beginn Plenum 10:05 Uhr -

TOP 8: Grußworte: MBWJK- Hr. Stiewitz

TOP 9: Input-Vortrag „Anders Lernen“ mit Gastreferent Otto Herz (Leipzig/Bielefeld) mit anschließender Diskussionsrunde

- Mittagessen: 12:30 Uhr -

-Grußwort:13:40 Uhr – FZS, Florian Keller

TOP 3: Feststellung der Beschlussfähigkeit
-> Beschlussfähigkeit festgestellt, es sind 56 Schulen anwesend

Bestätigung der am Freitag Beschlossenen Formalia

-> Einstimmig angenommen

TOP 10: Plenum: Vorstellung der Anträge an die LSK und der AGen

Es finden folgende AGen statt:

AG 1 „Leitantrag: Von der Vollzugsanstalt zum Haus des Lernens“ (Florian Müllerheim, LaVo der LSV)

AG 2 „Wir basteln unsere Traumschule (Julian Knopp, Lavo der LSV)

AG 3 „Reformschule- Der Staatsschule Angst machen“ (Lilli Berger, Oberstufen-Kolleg Bielefeld)

AG 4 „Andere Schule, anderes Lernen: Die Waldorfschule“ (Ansgar Martins, Freie Waldorfschule Mainz)

AG 5 fällt aus /

AG 6 „Selbst bestimmtes Lernen- das Projekt Methodos“ (Paolo Lau, Mitgründer von

Methodos)
 AG 7 fällt aus /
 AG 8 Demokratisierung von Schule (Felix Martens, Lavo der LSV)
 AG 9 Schulstruktur in Rheinland-Pfalz, Deutschland und auf der ganzen Welt (Jana Noe, Anna Hoffmann, Lavo der LSV)
 AG 10 „Religionsunterricht- ein Relikt?“ (Eva Kramlinger, Anna Kuntz Lavo der LSV)
 AG 11 „Noten= notwendig?“ (David Waldecker, JDJL-Rlp)
 AG 12 „Regional rocken“ (Bijan Razavi, LSV Hessen)

TOP 11: Thematische Arbeit in den Agen

-Beginn 14:10 Uhr-
 - Kaffee-/Tee-/Saft-Pause: 15,30 Uhr -

TOP 12: Plenum: Vorstellung der Ergebnisse der AGen und Abstimmung der Anträge

-Beginn: 16:10-

Initiativantrag: „Antrag auf Maskottchen“
 Antragsteller: Jonas Hunsicker

Abstimmung ob Antrag auf die Tagesordnung gesetzt wird:

ja: 19, nein: 25, Enthaltung: 17
 -> Abgelehnt

Antrag A 1-Von der Unterrichtsvollzugsanstalt zum Haus des Lebens

AntragstellerIn: Landesvorstand

Antragstext:

Siehe Reader

Abstimmung über A1:

ja: 38, nein: 12, Enthaltung: 9
 -> Antrag angenommen

GO-Antrag auf Schließung der Redner Liste:

ja: Mehrheit auf Sicht, nein: 5, Enthaltung: 9
 -> GO-Antrag angenommen

GO-Antrag auf Wiedereröffnung der Rednerliste

ja: 34, nein: 25, Enthaltung: 3
 -> GO-Antrag abgelehnt

ÄA1 zu A1 von Felix Martens:

Um die Umsetzung der in dem Antrag festgehaltenen Vorschläge zu gewährleisten, soll sich an den Schulen in Rheinland-Pfalz eine Steuergruppe bilden, über deren Zusammensetzung die Schule selbst entscheidet, aber sich aus SchülerInnen und LehrerInnen zusammensetzt. Diese soll sich mit der Schulentwicklung gemäß den Vorschlägen dieses Antrags beschäftigen.

ja: Mehrheit auf Sicht, nein: 1, Enthaltung: 3
 -> Antrag angenommen

ÄA zu ÄA1 von Lusalla Nzanza:

Um die Umsetzung der in dem Antrag festgehaltenen Vorschläge zu gewährleisten, soll sich an den Schulen in Rheinland-Pfalz eine Steuergruppe bilden, die sich paritätisch aus SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern zusammensetzt. Diese soll sich mit der Schulentwicklung gemäß den Vorschlägen dieses Antrags beschäftigen.

ja: 13, nein: Mehrheit auf Sicht, Enthaltung: 13
 -> ÄA abgelehnt

GO-Antrag: Gender müssen beachtet werden

ja: 8, nein: Mehrheit auf Sicht, Enthaltung: 7
 -> GO-Antrag abgelehnt

GO-Antrag auf Schließung der Redeliste

ja: Mehrheit auf Sicht, nein: 1, Enthaltung: 3
 -> GO-Antrag angenommen

Antrag A 2 – Schule demokratisieren

Antragssteller: Felix Martens

GO-Antrag auf Verschiebung von A2 und Behandlung dieses Punktes nach A3

-> GO-Antrag angenommen

Antrag A 3-Änderung des Grundsatzprogramms

Antragsteller: Lusalla Merveil Nzanza

Antragstext: siehe Reader

ja: 8, nein: Mehrheit auf Sicht, Enthaltung: 9
 -> Antrag abgelehnt

GO-Antrag auf Schließung der Rednerliste
ja: Mehrheit auf Sicht, nein: , Enthaltung: 7
-> GO-Antrag angenommen

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung:
ja: 15, nein: Mehrheit auf Sicht, Enthaltung:
15
-> GO-Antrag abgelehnt

GO-Antrag auf Begrenzung der Redezeit auf
2 Minuten
ja: Mehrheit auf Sicht, nein: 7, Enthaltung: 6
-> GO-Antrag angenommen

GO-Antrag auf Verschiebung der Anträge
A2, A4a) und A4b) hinter A5
ja: Mehrheit auf Sicht, nein: 1, Enthaltung: 10
-> GO-Antrag angenommen

Antrag A 5-Arbeitsprogramm für den Lan-
desvorstand und die Bundesdelegation
2008-09
AntragstellerInnen: Landesausschuss-Spre-
cherInnen

Antragstext:

Strukturreform der LSV

- Der Landesvorstand soll dafür sorgen, dass die Umstrukturierung der LSV GG zu einer SchülerInnenvertretung aller Schular- ten möglichst reibungslos verläuft. Dies be- deutet insbesondere, dass sich bis zur ersten LSK im Schuljahr 2009/2010 18 Kreis- und Stadt-SVen konstituiert haben sollen.
- Der Landesvorstand soll aktiv helfen bei der Gründung und Aufbauarbeit der Kreis und Stadt-SVen durch Mobilisierung, Einla- dung zu den ersten Treffen, Anwesenheiten und Moderation der konstituierenden Sit- zungen, Erstellen von Musterdokumenten für z. B. Satzung, Protokoll, Einladung usw.
- Der Landesvorstand soll zur besseren Kommunikation in den Kreis- und Stadt- SVen Email-Verteiler einrichten und diese zumindest anfänglich moderieren. Auch sol- len LaVoMis eingeteilt werden, die KrSVen/ SSVen sowie die RAKe betreuen.
- Der Landesvorstand soll eine Publikation erstellen, die Tipps und Hinweise zur SV- Arbeit in Stadt und Kreis bietet.
- Der Landesvorstand soll nach Konsti- tuierung einer Kreis- oder Stadt- SV den

Schulträger, das Bildungsministerium, die Landtagsfraktionen und die Öffentlichkeit informieren.

SV-Bildung

- Der Landesvorstand soll darauf hinar- beiten, dass die SchülerInnen durch den Sozialkundeunterricht/ alternativ über die VertrauenslehrerInnen über ihre Rechte und Pflichten aufgeklärt werden. Ebenso sollen die Partizipationsmöglichkeiten von Schü- lerInnen in der Schule aufgezeigt werden. Dies kann durch eine angestrebte gesetz- liche Reglementierung erreicht werden.
- Der Landesvorstand soll, unter Hinzunahme von externen ReferentInnen und ehemaligen LSVlerInnen, eine Seminarreihe für SVen mit je einem Seminar pro RAK durchführen. Pro Seminar sollen etwa 60 SchülerInnen teilnehmen können.
- Der Landesvorstand soll darauf hin wir- ken, v dass es künftig Fortbildungen für SVen und VerbindungslehrerInnen im In- stitut für schulische Fortbildung (LfB) gibt. Dafür sollen Gelder aus dem Landeshaus- halt bereitgestellt werden und ein Seminar- konzept in enger Zusammenarbeit zwischen LSV, MBWJK und LfB erstellt werden.
- Der Landesvorstand soll alle Anbieter von SV-Bildungsmaßnahmen in Rheinland-Pfalz zu einem Runden Tisch einladen, der das Ziel hat, gemeinsame inhaltliche und quali- tative Standards für SV Bildung zu definie- ren und dem Erfahrungsaustausch dient.
- Der Landesvorstand soll darauf hin wir- ken, dass das Projekt „SV-Berater“ des SV Bildungswerkes in Rheinland-Pfalz in en- ger Kooperation mit der LSV weitergeführt wird.
- Durch eine entsprechende Publikation soll der Landesvorstand das Peer-to-Peer- Learning unter SVen im Rahmen von „SV- Schulbesuchen“ fördern.

Publikationen

- Der Landesvorstand soll mindestens ein- mal im Monat „SV-Tipps“ über den Email- Verteiler verschicken. Die „SV-Tipps“ leisten den SVen konkrete Unterstützung für die Arbeit an ihrer Schule, indem sie Tipps, Hinweise und Erläuterungen zur SV-Praxis geben. Der Text soll als PDF- Dokument

angehängt werden, was das leichte Ausdrucken und Abheften ermöglicht, und auf der Homepage veröffentlicht werden.

- Ein Landesvorstandsmitglied soll sich um den Kontakt zur Redaktion des Lichtblicks kümmern und dafür sorgen, dass zwei Ausgaben erstellt werden. Dabei soll verstärkt auf die Mitarbeit von SchülerInnen gesetzt werden, die nicht im Redaktionsteam sind, aber Interesse am Schreiben von einzelnen Artikeln haben.
- Mindestens zwei Mitglieder des Landesvorstandes sollen sich um die Fertigstellung des SV-Handbuchs kümmern. Ihnen steht es dabei frei, weitere ExpertInnen und Nicht-SchülerInnen Artikel schreiben zu lassen.
- Der Landesvorstand soll sich um die Produktion von „Merchandise“ kümmern, z.B. Kugelschreiber, Aufkleber, Feuerzeuge, T-Shirts, Spuckis.
- Der Landesvorstand soll weitere wichtige Publikationen fertig stellen, wie z.B. ein allgemeines Falblatt über die LSV, eine allgemeine Bildschirmpräsentation über die LSV, Plakate mit Zitaten aus Vorschriften/Gesetzen, die grundlegende Rechte von SchülerInnen erklären.
- Der Landesvorstand soll einen „Orientierungsrahmen SV-Arbeit“ erstellen, der Sven helfen soll, die eigene Arbeit einzuschätzen und zu verbessern.

Pressearbeit

- Ein Landesvorstandsmitglied soll dafür sorgen, dass mindestens jeden Monat eine Pressemitteilung zu Themen der LSV und aktuellen Debatten herausgegeben wird. Zu aktuellen Debatten sollen entsprechend mehr PMs veröffentlicht werden.
- Die Pressekonferenzen des MBWJK und anderer Bildungsverbände sollen so oft wie möglich besucht werden.
- Der Landesvorstand soll sich darum bemühen, dass der Kontakt zu den öffentlichen Medien ausgebaut und erweitert wird und Termine wahrgenommen werden.
- Der Landesvorstand soll auch im Bereich der Pressearbeit die Kooperation mit anderen Organisationen und Verbänden suchen und gemeinsam auf Probleme aufmerksam machen, z.B. mit der GEW und dem LEB. Der LaVo soll dafür sorgen, dass ein E-

Mailverteiler eingerichtet wird, indem alle Pressemitteilungen der LSV, sowie wenn möglich Presseartikel welche die LSV und ihre Arbeit betreffen, weitergeleitet und verteilt werden. Hierbei könnten auch regelmäßige Infos über die aktuelle Arbeit, sowie aktuelle Aktionen verteilt werden.

Demokratisierung

- Der Landesvorstand soll eine Publikation für Schülerinnen und Schüler erstellen, die erklärt und aufzeigt, wo und wie Demokratie in der Schule im Rahmen der momentanen gesetzlichen Bestimmungen möglich ist.
- Der Landesvorstand soll sich dafür einsetzen, dass die Kreis- und Stadt-SVen ein Stimmrecht in den Schulträgerausschüssen erhalten.
- Der Landesvorstand soll weiterhin in der Transfergruppe „Demokratie lernen und leben“ im MBWJK mitarbeiten und engagiert sich beim Ausbau des Netzwerkes demokratischer Schulen.
- Der Landesvorstand soll für die finanzielle Unterstützung des 4. Landesdemokratietages im Herbst 2009 sorgen und engagiert sich inhaltlich bei dessen Vorbereitung.

Ganztagsschulprogramm

- Der Landesvorstand soll einen Fragebogen erstellen, der an die GTSen in RLP geschickt wird und von den SchülerInnen beantwortet werden soll, sodass unterschiedliche Problemfelder des GTS-Programms beleuchtet werden. Für diese Problemfelder sollen Verbesserungsansätze gefunden werden. Das Ergebnis der Fragebögen soll zu einem Informationsblatt zusammengefasst werden, das an die Schulen verschickt wird.
- Der Landesvorstand soll den Kontakt zur Servicestelle Jugendbeteiligung sowie der Serviceagentur Ganztägig Lernen in Speyer beibehalten und ausbauen.
- Der Landesvorstand soll die Entwicklung der G8GTS-Schulen verfolgen und positioniert sich dazu. Außerdem bietet er Seminare für die SVen der G8-Schulen an, mit dem Ziel, Basiswissen über die Schulzeitverkürzung und mögliche Beteiligung an der Umsetzung des Konzeptes zu vermitteln und Erfahrungen aus den Schulen zu sam-

meln und an das MBWJK weiterzureichen.

Bundesebene

- Die exekutiven Gremien (Landesvorstand und Bundesdelegierte) sollen sich für eine bundesweite Interessenvertretung von SchülerInnen einsetzen. Dies soll in Form eines aktionsbedingten bundesweiten Vernetzungsbündnisses geschehen.

Bildungsfinanzierung

- Der Landesvorstand soll sich weiterhin an der Debatte um Studiengebühren beteiligen und entsprechende Aktionen gegen Studiengebühren organisieren und selbst durchführen.
- Der Landesvorstand soll sich dafür einsetzen, dass das „Kopiergeld“ oder „Mediengeld“, das an Schulen erhoben wird, abgeschafft wird. Der Landesvorstand soll sich weiterhin für Lehrmittelfreiheit einsetzen

Wahlprüfsteine

- Der Landesvorstand soll Wahlprüfsteine erstellen, mit einem Schwerpunkt auf Bildungspolitik für die Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz, die Bundestagswahlen und ggf. die Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments.

Sommercamp

- Die LSV soll auch 2009 wieder ein Sommercamp in Kooperation mit der LSV Hessen durchführen.

Basiskongress

- Es soll 2009 ein Basiskongress durchgeführt werden. Der LaVo soll sich für die Planung des Risiko'09-Kongresses einsetzen und sich um die HauptorganisatorInnen bemühen.

Sexualität

- Der LaVo soll sich um eine bessere Aufklärung im Allgemeinen, sowie an Schulen bemühen.
- Es soll angestrebt werden, dass sich die Anti-Aids-Stiftung wieder an den LSKen beteiligt und einen Informationsstand aufbaut.
- Mindestens ein CSD in RLP soll von der LSV unterstützt werden.
- Es sollen Projektstage zur sexuellen Aufklä-

rung und zu Aids gefordert werden.

Umwelt

- Der Landesvorstand soll sich stärker um Umwelterziehung bemühen und ausgewählte Projekte unterstützen.

Antirassismus

- Mindestens ein Vorstandsmitglied soll regelmäßig die Treffen des Netzwerks für Demokratie und Courage besuchen.
- Der Lavo soll ausgewählte Demonstrationen und Aktionen gegen Rassismus unterstützen.

Datenschutz

- Der Landesvorstand soll die Entwicklung rund um die geplante Einführung der „SchülerInnen-ID“ verfolgen und eine bundesweite Kampagne mit den anderen LSVen, Elternbeiräten und weiteren KooperationspartnerInnen dagegen durchführen.
- Der Landesvorstand soll weiterhin auf eine datenschutzgerechte Nutzung von „Pädagogischen Schulnetzwerken“ wie MNS+ hinwirken.

Kontakt

- Der Landesvorstand soll nach Möglichkeit zu folgenden Organisationen Kontakt aufbauen bzw. verbessern:
 - den politischen Organisationen, Verbänden und Parteien
 - dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur
 - den LandesschülerInnenvertretungen anderer Bundesländer
 - dem Landeselternbeirat/Bundeselternbeirat
 - den LehrerInnengewerkschaften und -Verbänden
 - der DGB-Jugend
 - dem AStA der Universität Mainz und weiteren Studierendenvertretungen
- Der Landesvorstand versendet einmal pro Quartal eine Info-Mail an die oben genannten Verbände und Organisationen und weitere, in der über aktuelle Projekte und die Arbeit der LSV informiert wird.
- Der LaVo soll sich um Bündnisse für spezielle Projekte bemühen. Dabei sollte versucht werden einen Standardpool mit

Gewerkschaften und Jugendorganisationen zu schaffen.

ja: Mehrheit auf Sicht, nein: 3, Enthaltung: 2
-> Antrag angenommen

ÄA1 zu A5

Antragssteller: Silvan Stein

Antragstext:

Hinzufügen des Punktes bei Publikationen:
• Der LaVo möge sich einsetzen, Rundschreiben zusätzlich zum Postwege auch auf digitalem Weg zu versenden.

ja: Mehrheit auf Sicht, nein: 7, Enthaltung: 3
-> Antrag angenommen

ÄA2 zu A5

Antragssteller: Julian Knop

Antragstext:

Streichung des Punktes Wahlprüfsteine

ja: Mehrheit auf Sicht, nein: 18, Enthaltung: 10

-> Antrag angenommen

GO-Antrag auf Schließung der Redeliste

ja: Mehrheit auf Sicht, nein: 5, Enthaltung: 4
-> GO-Antrag angenommen

ÄA3 zu A5:

AntragsstellerIn: Silvan Stein

Antragstext:

Hinzufügen des Punktes

Der LaVo möge sich weiterhin gegen jegliche datenschutzrechtlich fragliche Aktion in Deutschland aussprechen (wie z.B. die Einführung der einheitlichen Steuernummer, die Vorratsdatenspeicherung, das BND-Gesetz etc.).

ja: 29, nein: 3, Enthaltung: 6

-> Antrag angenommen

ÄA4 zu A5

AntragsstellerIn: Alexander Lang

Änderung des zweiten Punktes, Datenschutz

Antragstext:

Datenschutz

• Der Landesvorstand soll auf die Abschaffung von „Pädagogischen Schulnetzwerken“, die Zensur und Kontrolle von SchülerInnen ermöglichen, wie MNS+, hinwirken.

ja: Mehrheit auf Sicht, nein: 11, Enthaltung: 4
-> Antrag angenommen

ÄA5 zu A5:

Antragssteller: Julian Knop

Antragstext:

Streichen des 1 Punktes von Öffnung der LSV

ja: Mehrheit auf Sicht, nein: 4, Enthaltung: 8
-> Antrag angenommen

ÄA6 zu A5:

Antragsstellerin: Anna Hoffmann

Antragstext:

Füge zum Arbeitsprogramm folgenden Punkt hinzu:

Der Landesvorstand organisiert eine Kampagne für die Legalisierung von Cannabis.

ja: 10, nein: Mehrheit auf Sicht, Enthaltung: 5
-> Antrag abgelehnt

GO-Antrag auf Pause

ja: 10, nein: Mehrheit auf Sicht, Enthaltung: 4
-> GO-Antrag abgelehnt

GO-Antrag auf Aufhebung des Alkoholverbots im Plenum

ja: Mehrheit auf Sicht, nein: 6, Enthaltung: 7
-> GO-Antrag angenommen

GO-Antrag auf Vorzug der Punkte Entlastungen und Wahlen.

-> GO-Antrag angenommen

TOP 13: Entlastung des LaVos und der Bundesdelegation 07-08

Bundesdelegierte: Frauke Kuntz, Max

Schwenn, Anna Reißwig, Monika Schaum, Katja Rohr, Eileen Ratzel

GO-Antrag auf Entlastung im Block

ja: Mehrheit auf Sicht, nein: 0, Enthaltung: 0
-> GO-Antrag angenommen

Landesvorstand: Florian Müllerheim, Ali-

sa Siegrist, Jana Noe, Anna Kuntz, Julian Knop, Eva Kramlinger, Felix Martens, Anna Hoffmann

GO-Antrag auf Entlastung im Block

ja: 8, nein: Mehrheit auf Sicht, Enthaltung: 3

-> GO-Antrag abgelehnt

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung

ja: Mehrheit auf Sicht, nein: 8, Enthaltung: 1

-> GO-Antrag angenommen

Florian Müllerheim

ja: Mehrheit auf Sicht, nein: 2, Enthaltung: 1

-> Das LaVoMi ist entlastet

Anna H.

ja: Mehrheit auf Sicht, nein: 0, Enthaltung: 4

-> Das LaVoMi ist entlastet

Alisa Siegrist

ja: Mehrheit auf Sicht, nein: 0, Enthaltung: 0

-> Das LaVoMi ist entlastet

Jana Noe

ja: Mehrheit auf Sicht, nein: 0, Enthaltung: 1

-> Das LaVoMi ist entlastet

Anna Kuntz

ja: Mehrheit auf Sicht, nein: 0, Enthaltung: 2

-> Das LaVoMi ist entlastet

Eva Kramlinger

ja: Mehrheit auf Sicht, nein: 0, Enthaltung: 3

-> Das LaVoMi ist entlastet

Julian Knop

ja: Mehrheit auf Sicht, nein: 1, Enthaltung: 3

-> Das LaVoMi ist entlastet

Felix Martens

ja: Mehrheit auf Sicht, nein: 3, Enthaltung: 1

-> Das LaVoMi ist entlastet

Sancia Gimbel (Rechenschaftsbericht wird von Anna Hoffmann gehalten)

ja: Mehrheit auf Sicht, nein: 1, Enthaltung: 1

-> Mehrheit auf Sicht

Bärbel Maria Rösch (Rechenschaftsbericht wird von Alisa gehalten)

ja: Mehrheit auf Sicht, nein: 2, Enthaltung: 1

-> Das LaVoMi ist entlastet

Der Landesvorstand ist komplett entlastet.

GO-Antrag auf ein Spiel draußen mit Besprechung

ja: Mehrheit auf Sicht, nein: 9, Enthaltung: 1

-> GO-Antrag angenommen

TOP 14: Verabschiedung des Arbeitsprogramms vorgezogen

TOP 15: Wahl des Landesvorstandes

Es kandidieren: Sonja Schmahl, Julian Knop, Hanna Zoe Trauer, Matthias Koeberlein, Jan Theisen, Natalia Güllich, Alexander Lang, Tabea Maria Weiser, Inga Welschstein, Luccalla Nzanza, Cathrin Gernegrohs

GO-Antrag auf Hereinholen der Leute, die draußen sind

-> GO-Antrag angenommen

GO-Antrag auf Vorziehen der Vorstellung der Delegierten für die Bundesebene

-> GO-Antrag angenommen

TOP 16: Wahl der Bundesebene

Es kandidieren als Delegierte: Frederic Servatius, Sören Götz, David Scheuermann, Es kandidieren als Stellvertretende: Joana Müller, Clara Goß, Johannes Klee, Lucas Macher

(drei Bundesdelegierte und vier Stellvertretende)

Befragung der Delegierten

GO-Antrag auf Schließung der RednerInnenliste

-> GO-Antrag angenommen

WahlkommissionskandidatInnen: Patrick, Astrid, Angie, Tim

Stimmen für Patrick: 12

Stimmen für Astrid: 12

Stimmen für Angie: 11

Stimmen für Tim: 8

Patrick, Angie und Astrid stellen die Wahlkommission

Stimmenausählung der Stimmen für die Bundesdelegierten

Vorstellung der KandidatInnen für den Landesvorstand

-> Gewählt

GO-Antrag auf Redezeitbegrenzung auf zweieinhalb Minuten

ja: Mehrheit auf Sicht, nein: 14, Enthaltung: 3
-> GO-Antrag angenommen

Nathalia Güllich

ja: 12, nein: 18, Enthaltung: 16
-> Nicht Gewählt

GO-Antrag auf Abstimmung nach Beantwortung der jetzigen Frage

ja: Mehrheit auf Sicht, nein: 11, Enthaltung: 0
-> GO-Antrag angenommen

Lusalla Nzanza

ja: 25, nein: 12, Enthaltung: 10
-> Gewählt

TOP 17: Wahl der Lichtblickredaktion:

KandidatInnen: Michel Bietz, Fabienne Fröhlich, Joana Müller, Phillip Bodewig

Tabea Maria Weiser

ja: 19, nein: 11, Enthaltung: 17
-> Gewählt

GO-Antrag auf Blockwahl

-> GO-Antrag angenommen

Alexander Lang

ja: 28, nein: 8, Enthaltung: 11
-> Gewählt

Abstimmung für die Aufnahme der Lichtblick-KandidatInnen in die Redaktion

ja: 32, nein: 0, Enthaltung: 0
-> Alle KandidatInnen aufgenommen

Catrin Gernegrohs

ja: 24, nein: 10, Enthaltung: 12
-> Gewählt

- gemeinsames Abendprogramm -

GO-Antrag auf Schließung des Plenums nach Bekanntgabe der Wahlausgabe

ja: Mehrheit auf Sicht, nein: 6, Enthaltung: 3
-> GO-Antrag angenommen

Sonntag, 28. September 2008

- Frühstück: 09.00 Uhr –

- Plenumsbeginn: 10.25 Uhr –

Die Auszählung der Stimmen für die Wahl des Landesvorstandes ergibt für:

Grußwort vom DeGeDe

Wahl des Nachwuchs-Landesvorstands

Hanna Zoe Trauer

ja: 45, nein: 1, Enthaltung: 1
-> Gewählt

Es kandidieren: Franziska Lüddens, Philipp Bodewig, Ansgar Martins, Simone Renker, Max Feik, Natalia Güllich, Rutger Kuwertz, Aline Ackermann, Elena Hermanns, Daniela Nguyen

Sonja Schmahl

ja: 40, nein: 2, Enthaltung: 5
-> Gewählt

GO-Antrag auf Einzelabstimmung

-> GO-Antrag angenommen

Julian Knop

ja: 45, nein: 1, Enthaltung: 1
-> Gewählt

Simone Renker

ja: 22, nein: 5, Enthaltung: 13
-> Gewählt

Matthias Koeberlein

ja: 45, nein: 0, Enthaltung: 2
-> Gewählt

Max Feik

ja: 37, nein: 0, Enthaltung: 11
-> Gewählt

Jan Theisen

ja: 40, nein: 2, Enthaltung: 5

Natalia Güllich

Ja: 20, Nein: 7, Enthaltung: 19

-> Nicht Gewählt

Elena Hermanns

ja: 37, nein: 0, Enthaltung: 5

-> Gewählt

Aline Ackermann

ja: 29, nein: 0, Enthaltung: 13

-> Gewählt

Rutger Kuwertz

ja: 31, nein: 3, Enthaltung: 7

-> Gewählt

Ansgar Martins

ja: 30, nein: 5, Enthaltung: 11

-> Gewählt

Franziska Lüddens

ja: 13, nein: 7, Enthaltung: 25

-> Nicht Gewählt

Philipp Bodewing

ja: 22, nein: 2, Enthaltung: 16

-> Gewählt

Daniela Nguyen

ja: 38, nein: 0, Enthaltung: 7

-> Gewählt

Wahl der KassenprüferInnen:

KandidatInnen: Ute Gitzen, Lea Wangen

GO-Antrag auf Blockwahl

-> GO-Antrag angenommen

Ja: Mehrheit auf Sicht, Nein: 2, Enthaltung: 0

-> Beide sind gewählt

Antrag A2 Schule demokratisieren

Antragsteller: Felix Martens

Die 44. Landeskonferenz der SchülerInnenvertreter und -vertreterinnen stand unter dem thematischen Schwerpunkt „Schule und Demokratie“. Während der Konferenz wurde immer wieder deutlich, dass es ein Anliegen der breiten Mehrheit der SchülerInnenvertreter und -vertreterinnen ist, dass der Lern- und Lebensraum Schule demokratischer gestaltet wird.

Vor diesem Hintergrund stelle ich folgenden Antrag, der verschiedenen Forderungen,

Ideen und Vorschlägen, die teilweise auf der 44. Landeskonferenz entstanden sind, teilweise jedoch auch schon seit vielen Jahren bestehen, aufgreift.

Antragstext:

„Niemand wird als Demokrat geboren und die Sicherung der Demokratie ergibt sich nicht einfach naturwüchsig. Sie muss personal verankert werden.“ Prof. Dr. Gerhard Himmelmann

Dieses Zitat verdeutlicht, dass Demokratie bzw. Demokratiekompetenz erlernt werden kann und erlernt werden muss, um eine demokratische Gesellschaft auf ein sicheres Fundament zu stellen. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass es Demokratie, ganz gleich ob als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform schwer haben wird, so lange es keinen Ort gibt, an die Fähigkeit, demokratisch zu Handeln erlernt wird.

Demokratie braucht Bürgerinnen und Bürger, die eigenständig und kritisch denken und ihre Meinung zum Ausdruck bringen, nur so kann Demokratie stark und stabil sein. Um dies zu erreichen, muss Demokratie gelernt, erlebt und gelebt werden.

Demokratische Strukturen und Handlungsweisen erlernen, und somit auf ein Leben in der Demokratie vorzubereiten, ist an keinem anderen Ort in der Gesellschaft so flächendeckend möglich wie in der staatlichen Organisation Schule, einem pädagogisch geschützten Raum. Somit ist sie nicht nur der geeignetste Raum, sondern es ist auch ihre unbedingte Aufgabe, Jugendliche zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern zu erziehen.

Demokratie muss also in der Schule vermittelt werden. Folgende Maßnahmen sollen dazu dienen, dass dies der Schule gelingt.

Die Stundenzahl der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer, insbesondere Sozialkunde, muss erhöht werden. Sozialkunde muss ab der Klassenstufe fünf unterrichtet werden. Demokratie als Herrschafts- Gesellschafts- und Lebensform muss intensiv behandelt werden.

Hierfür müssen die Lehrpläne des Sozi-

alkundeunterrichts überarbeitet bzw. für die unteren Klassenstufen neu konzipiert werden, wobei das praktische Politik-lernen besondere Beachtung finden soll. Auch die Strukturen, Verfahrensweisen und Mitbestimmungsmöglichkeiten der SchülerInnenvertretung von der einzelnen Klasse und Schule über Landes- bis hin auf europäische Ebene müssen in den Lehrplänen des Sozialkundeunterrichts stärkere Beachtung finden als bisher.

Demokratie muss in der Schule gelernt und gelebt werden. Schulen muss eine demokratische Struktur verliehen werden. In allen Klassenstufen müssen Klassenräte eingeführt werden, die ca. wöchentlich tagen können. Um eine basisnahe demokratische Schulstruktur zu schaffen, delegieren die Klassen Schülerinnen und Schüler in die Stufenkonferenzen, diese in die Schulkonferenzen. Aus der Schulkonferenz werden Schülerinnen und Schüler in das Schulparlament delegiert, das paritätisch aus Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen besetzt ist und demokratisch über die Belange der Schule entscheidet. Die Gesamtkonferenz der Lehrerinnen und Lehrer ist an die Beschlüsse des Schulparlaments gebunden. Um neue Schülerinnen und Schüler die direkte Integration in die demokratische Struktur der Schule zu ermöglichen, soll es zu Beginn jeden Schuljahres eine Einführung der neuen Schülerinnen und Schüler in die demokratische Struktur der Schule und die SV-Arbeit der Schule durch die amtierende Schülervertretung geben.

Die SchülerInnenvertretung in den Schulen muss gestärkt werden. Dies bedeutet, dass die Schülervertretung Stimmrecht in allen Konferenzen der Schule erhält. Die bereits per Rechtsvorschrift geregelte Finanzierung der SVen durch den Schulträger muss sichergestellt werden, damit die SV durch das durchführen von gewinnbringenden Aktionen (Parties etc.) nicht von ihrem Kerngeschäft abgelenkt wird. Regelmäßige Fortbildungen für SVen, die durch das Land finanziert und z.B. durch das IfB durchgeführt werden, vermitteln den SVen die grundlegenden methodischen und inhaltlichen Fähigkeiten.

Die Demokratisierung von Schule beginnt

in der Ausbildung der LehrerInnen. Module zu Demokratiepädagogik müssen verpflichtend in der LehrerInnenausbildung sein. Entsprechende Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für die heutige Generation der Lehrerinnen und Lehrer müssen vermehrt und verpflichtend angeboten werden. Das Verhältnis zwischen SchülerInnen und LehrerInnen muss sich grundlegend ändern. Das hierarchische SchülerInnen – LehrerInnen-Verhältnis, das zu großen Teilen auf Autorität beruht, muss einem vertrauensvollen SchülerInnen- LehrerInnen-Verhältnis weichen, das auf Vertrauen und gegenseitigem Respekt beruht. Ziel dieses Prozesses soll sein, dass SchülerInnen und LehrerInnen auf einer partnerschaftlichen Ebene zusammenarbeiten, auf Augenhöhe miteinander kommunizieren und nach einem andauernden Prozess die Möglichkeit des gegenseitigen „duzens“ haben, um eine durch „siezen“ gegebene künstliche Distanz zu brechen.

Um die Weiterentwicklung des Unterrichts voran zu bringen, ist es von Nöten, eine Feedbackkultur zu fördern, z. B. in durch eine regelmäßige Evaluation zwischen den an Schule Beteiligten stattfindet etwa durch Feedbackbögen, die in der Klasse ausgefüllt, ausgewertet und besprochen werden, diese sollen anonym sein, um eine Benachteiligung wegen negativer Kritik auszuschließen.

Ja: Mehrheit auf Sicht, Nein: 4, Enthaltung: 7
-> Antrag angenommen

Antrag A 4b LAKe auf ein Jahr
Antragssteller: Florian Müllerheim
Antragstext:
Siehe Reader

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung

Ja: 18, Nein: 17, Enthaltung: 5
-> GO-Antrag angenommen

Ja: Mehrheit auf Sicht, Nein: 2, Enthaltung: 6
-> Antrag angenommen

ÄA1 zu A4b:
Einführung einer Mindestanzahl von LAK-Mitgliedern.

GO-Antrag auf spontanen Applaus für Rutter

Ja: 22, Nein: 13, Enthaltung: 4
-> GO-Antrag angenommen

Abstimmung über ÄA1 zu A4b

Ja: 1, Nein: Mehrheit auf Sicht, Enthaltung: 1
-> Antrag abgelehnt

Abstimmung über Antrag 4b

Ja: 38, Nein: 2, Enthaltung: 1
-> Antrag angenommen

GO-Antrag auf Auslassen der Workshopbesprechungen

Ja: Mehrheit auf Sicht, Nein: 0, Enthaltung: 1
-> Antrag angenommen

Initiativantrag „volle Unterrichtszeit am letzten Schultag vor den Ferien - zu Unrecht“

Abstimmung über Behandlung des Antrags
Ja: 25, Nein: 8, Enthaltung: 3
-> Antrag angenommen

Behandlung der vertagten Anträge der 44 LSK:

Bestätigung des Meinungsbildes zu A1:

„LSV- Homepage“

Ja: Mehrheit auf Sicht, Nein: 3, Enthaltung: 2
-> Antrag angenommen

Bestätigung des Meinungsbildes zu A2

„Beitritt zum bundesweiten Bündnis gegen Bildungsabbau“

Ja: Mehrheit auf Sicht, Nein: 3, Enthaltung: 5
-> Antrag angenommen

Bestätigung des Meinungsbildes zu A3

„BSK-Austritt“

Ja: Mehrheit auf Sicht, Nein: 3, Enthaltung: 9
-> Antrag angenommen

Bestätigung des Meinungsbildes zu A4

„Neue Vertretung auf Bundesebene“

Ja: Mehrheit auf Sicht, Nein: 1, Enthaltung: 1
-> Antrag angenommen

Bestätigung des Meinungsbildes zu A5

„Umweltschutz im Grundsatzprogramm der LSV“

Ja: Mehrheit auf Sicht, Nein: 6, Enthaltung: 3

-> Antrag angenommen

GO-Antrag auf Schließung der RednerInnenliste

Ja: Mehrheit auf Sicht, Nein: 16, Enthaltung: 4

-> GO-Antrag angenommen

Bestätigung des Meinungsbildes zu A6 –

„Positionierung Landeselternbeirat“

Ja: Mehrheit auf Sicht, Nein: 9, Enthaltung: 3
-> Antrag angenommen

A7 „Mittagessen“

AntragstellerInnen: Julian Knop, Jana Noe, Sonja Schmahl

Antragstext:
siehe Reader

ÄA1 zu A7

Antragsteller: Jonas Strassel

Antragstext:

Die 45. LSK möge beschließen:

An allen Schulen mit Nachmittagsunterricht muss ein warmes, abwechslungsreiches Mittagessen angeboten werden. Hierbei muss beachtet werden, dass alle Leute Spaß beim Essen haben und eine antikapitalistische Essenserziehung durchgeführt wird. Hierzu wird gefordert, großen Fast-Food-Ketten, wie bspw. McDonalds, Burger King, KFC oder Subway, Räumlichkeiten der Schule unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Ja: 8, Nein: Mehrheit auf Sicht, Enthaltung: 3

-> Antrag abgelehnt

ÄA2 zu A7

AntragsstellerIn: Anna Kuntz

Antragstext:

Einfügen von, „eine vegane und einer der Religion gerecht werdenden“ vor Alternativen.

Zudem soll es Aufgabe der Schule sein, SchülerInnen über richtige Ernährung aufzuklären. Dieses kann im Rahmen des Biologieunterrichts geschehen oder in dem dafür eingerichteten Unterrichtsfach Ernährungswissenschaften. Um sozialer Ungleichheit entgegenzuwirken soll das Mittagessen für alle SchülerInnen kostenlos angeboten werden.

Ja: Mehrheit auf Sicht, Nein: 17, Enthaltung:

1

-> Antrag angenommen

ÄA zu ÄA2

AntragsstellerIn: Lisa Schulte

Einfügen des Wortes „bedürftigen“ vor
SchülerInnen kostenlos...

Ja: 14, Nein: 17, Enthaltung: 2

-> Antrag abgelehnt

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung

Ja: 13, Nein: 14, Enthaltung: 2

-> GO-Antrag abgelehnt

GO-Antrag: Redeliste soll geschlossen werden

-> GO-Antrag angenommen

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung:

Ja: 18, Nein: 9, Enthaltung: 2

-> GO-Antrag angenommen

GO-Antrag auf Überprüfung der Beschlussfähigkeit

Beschlussfähigkeit ist nicht mehr gegeben,
die Schließung der LSK erfolgte automatisch
um 13.05 Uhr

- Ende der LSK: 13.05 Uhr -

Für die Richtigkeit:

Florian Müllerheim

Präsident

Max Schwenn und Marie Bach

Protokollführung

Rutger Kuwertz

Techn. Assistent

Satzung der Landes- schülerInnenvertretung (LSV) Rheinland-Pfalz

1. Die LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz (LSV) ist die alleinige Vertretung der Interessen aller Schülerinnen und Schüler aus Sekundarstufe I und II in Rheinland-Pfalz.
2. Die LandesschülerInnenkonferenz (LSK) und der Landesvorstand (LaVo) haben die Aufgabe, für eine gebührende Berücksichtigung aller zu vertretenden Schularten zu sorgen. Die LandesschülerInnenkonferenz beschließt hierfür Richtlinien und konkrete Arbeitsformen.
3. Grundlage der Arbeit der LSV ist die Arbeit der SchülerInnenvertretungen (Sven) sowie der Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen (KrSVen/SSVen) in Rheinland-Pfalz. Diese geben sich in Eigenverantwortung eine Satzung, die der Satzung der LSV nicht widersprechen darf.
4. Die LSV wird in ausreichendem Maß aus öffentlichen Mitteln finanziert. Sie ist keinen besonderen Beschränkungen unterworfen.

I. Die Organe der LandesschülerInnenvertretung

5. Die LSV besteht aus folgenden Organen:
 - der LandesschülerInnenkonferenz (LSK)
 - dem Landesvorstand (LaVo)
 - den Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen (KrSV/SSV)
 - dem Landesausschuss (LA)

II. Die LandesschülerInnenkonferenz (LSK)

6. Die LandesschülerInnenkonferenz (LSK) ist das oberste beschlussfassende Gremium der LSV. Zur Zuständigkeit der LSK gehören:
 - Entscheidungen über grundsätzliche, die Schülerinnen und Schüler betreffende, politische und organisatorische Fragen;
 - Wahl und Entlastung des Landesvorstands sowie ggf. Abwahl eines oder mehrerer Mitglieder des Landesvorstands, sofern dazu gesondert eingeladen wurde;
 - Wahl und Entlastung der Delegierten für die Bundesebene sowie ggf. Abwahl einer/ eines oder mehrerer Delegierten/r, sofern dazu gesondert eingeladen wurde;
 - Wahl und Entlastung des Landesausschusses, sowie ggf. Abwahl eines oder mehrerer Mitglieder des Landesausschusses, sofern dazu gesondert eingeladen wurde;
 - Satzungsänderungen, sofern dazu gesondert eingeladen wurde;
 - die Kontrolle des Landesvorstands durch Entgegennahme des Arbeitsberichts, welcher vom LA bestätigt worden sein muss.
7. Die LSK besteht aus jeweils einer / einem Delegierten pro angefangenen 3.000 SchülerInnen pro Stadt- oder KreisschülerInnenvertretung, jedoch mindestens 2 Delegierten pro KrSV/SSV. Pro KrSV/SSV sollen maximal 2 Delegierte pro Schulart gewählt werden. Wenn dies nicht möglich ist, können weitere KandidatInnen aus bereits vertretenen Schularten gewählt werden. Delegierte/r kann nur sein, wer zum Zeitpunkt der LSK SchülerIn an einer Schule in der Stadt bzw. dem Kreis ist, die/der sie/ihn delegiert hat. Der amtierende Landesvor-

stand prüft vor Beginn der LSK die Stimm- berechtigung der Delegierten; er kann eine Schulbescheinigung und ein Wahlprotokoll verlangen.

8. Die LSK ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten auf der LSK erschienen ist und ordnungsgemäß eingeladen wurde.

9. Die LSK tagt mindestens einmal im Schulhalbjahr, jeweils die erste im Schuljahr wählt den Landesvorstand. Die LSK muss innerhalb von 30 Schultagen durch den Landesvorstand einberufen werden, wenn die Hälfte der Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen oder ein Drittel der SVen dies verlangen oder der LA dies verlangt.

10. Die Einladung zur LSK ist schriftlich unter Angabe von Ort und Zeit sowie vorläufiger Tagesordnung mindestens vier Wochen außerhalb der Ferien vor der LSK an die Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen zu verschicken.

11. Die erste LSK im Schuljahr wählt zu Beginn ein dreiköpfiges Präsidium und drei StellvertreterInnen, deren Amtszeit ein Jahr beträgt. Dem Präsidium obliegt die Leitung der Konferenz. Es schlichtet in Streitfragen des Verfahrens und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Der Ablauf der LSK richtet sich nach einer von der LSK beschlossenen Geschäftsordnung. Diese geht der Satzung nach und kann auf der LSK mit zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen geändert werden.

12. Das Präsidium fertigt ein Protokoll der Sitzung an, das

- Ort und Zeit der Konferenz,
- die Namen von KandidatInnen,
- die Ergebnisse von Abstimmungen und Wahlen,
- den Wortlaut der gefassten Beschlüsse enthält.

Das Protokoll ist innerhalb von sechs Wochen nach der Konferenz an die Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen zu verschicken. Das Protokoll muss von der nächsten LSK genehmigt werden.

13. Anträge können von allen Schülerinnen und Schülern in Rheinland-Pfalz gestellt werden. Alle Anträge müssen schriftlich bei der Landesgeschäftsstelle (LGS) der LSV eingereicht werden. Sie müssen den Namen des/r Antragstellers/in tragen. Alle Anträge, die der LGS nicht mindestens sieben Tage und den Delegierten nicht mindestens drei Tage vor der Versammlung vorliegen, gelten als Initiativanträge. Diese müssen von mindestens fünf Delegierten unterstützt und dann dem Präsidium vorgelegt werden. Über die Befassung der Initiativanträge muss abgestimmt werden. Anträge auf Abwahl einzelner oder mehrerer Mitglieder des Landesvorstands, der Bundesdelegation oder des Landesausschusses können keine Initiativanträge sein.

14. Satzungsändernde Anträge müssen mindestens fünf Wochen vor der Versammlung in der LGS vorliegen und mit der Einladung zur LSK verschickt werden. Für Änderungen der Satzung ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen notwendig.

15. Anträge werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen entschieden, sofern Satzung, Geschäftsordnung oder Wahlordnung nichts anderes vorsehen. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt. Stimmenthaltungen werden nicht berechnet.

16. Wahlen müssen in der Einladung gesondert angekündigt werden. Die LSK wählt vor Beginn der Wahlgänge eine dreiköpfige Wahlkommission. Auf Antrag einer/s Delegierten haben Personenwahlen geheim zu erfolgen. Listenwahl für den Landesvorstand ist nicht möglich.

17. Die LSK kann eine Urabstimmung der Schülerinnen und Schüler beschließen, wenn:

- zu diesem Punkt gesondert eingeladen wurde,
- die Beschlussfähigkeit gewahrt ist,
- der Beschluss über Durchführung und Formulierung der Frage(n) mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen gefasst wird und

- es sich um (eine) grundsätzliche, die Schülerinnen und Schüler betreffende, politische oder organisatorische Frage(n) handelt. Eine Urabstimmung wird von den SchülerInnenvertretungen in Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand durchgeführt.

18. Die LSK wählt zu Beginn jedes Schuljahres zwei KassenprüferInnen aus ihrer Mitte, die auf der ersten LSK im folgenden Schuljahr einen Bericht über die Führung der Kasse durch den Landesvorstand vorlegen. Die LSK kann eine Finanzordnung beschließen.

19. Die LSK kann zu Beginn jedes Schuljahres eine EinsteigerInnen-LSV wählen. Die EinsteigerInnen-LSV kann in Arbeitsbereichen des LaVos mitarbeiten, jedoch werden ihr keine Referate zugeteilt. Die Mitglieder der EinsteigerInnen-LSV sind nicht stimmberechtigt.

III. Der Landesvorstand

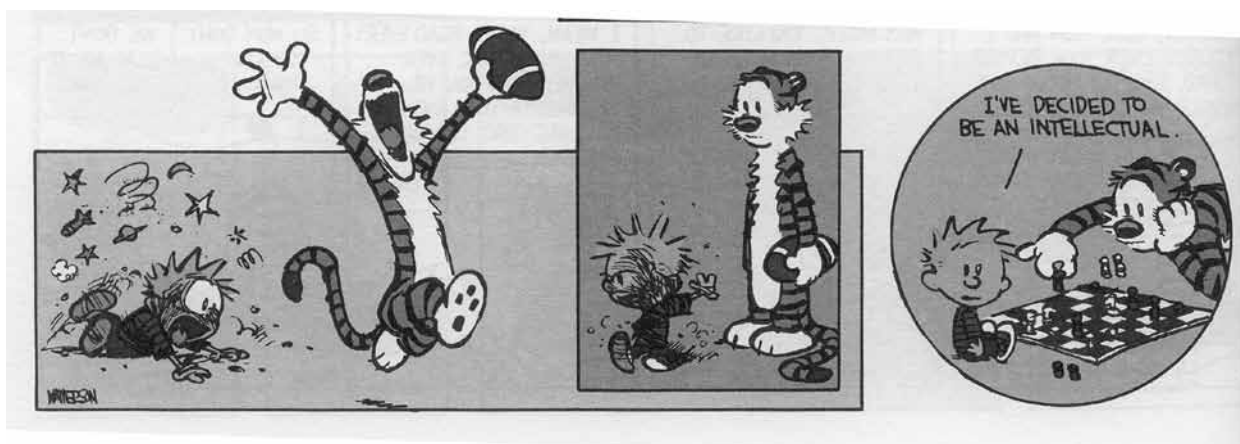
20. Der Landesvorstand (LaVo) gestaltet die Arbeit der LandesschülerInnenvertretung gemäß der Beschlusslage der LSK und des Landesausschusses. Er ist für die Umsetzung der Beschlüsse verantwortlich. Er besteht aus mindestens fünf und höchstens zehn gleichberechtigten Mitgliedern, die auf der ersten LSK im Schuljahr gewählt werden. Es sollen mindestens 3 Schularten im LaVo vertreten sein. Er bleibt bis zur Neuwahl im Amt.

21. Zur Zuständigkeit des LaVos gehören:

- die Vertretung der LSV gegenüber dem fachlich zuständigen Ministerium, den Parteien, Verbänden und der übrigen Öffentlichkeit;
- die Pressearbeit der LSV;
- die Vorbereitung und Durchführung der LandesschülerInnenkonferenzen;
- der Kontakt zu den Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen und den SchülerInnenvertretungen. Hierfür soll mindestens zweimal im Schulhalbjahr ein Treffen mit allen KrSV-/SSV-VorstandssprecherInnen einberufen werden.
- Eine Person aus dem LaVo ist für die Koordinierung der Pressearbeit zuständig.
- Die Vertretung der LSV in der BSK und gegenüber anderen LSVen nehmen die Delegierten für die Bundesebene wahr.
- Zwei Personen aus dem LaVo sind für die Kommunikation mit dem Landesausschuss verantwortlich.

22. Mitglied im LaVo kann nur werden, wer zum Zeitpunkt der Wahl SchülerIn in Rheinland-Pfalz ist. Dem LaVo sollten Mitglieder aus jedem Schulaufsichtsbezirk angehören. Der LaVo kann Personen berufen, die jeweils bei der Beratung des von ihnen übernommenen Sachgebietes hinzuzuziehen sind. Sie besitzen kein Stimmrecht.

23. Der LaVo tritt mindestens einmal in zwei Monaten zusammen. Die Einladung hat schriftlich unter Angabe von Ort und Zeit sowie der vorläufigen Tagesordnung



mindestens acht Tage vor Beginn der Sitzung zu erfolgen. Auf schriftlichen Antrag von mindestens zwei Mitgliedern des LaVo muss der Vorstand innerhalb von acht Tagen nach Eingang des Schreibens einberufen werden. Zu den Sitzungen des LaVo müssen eingeladen werden:

- die gewählten LaVo-Mitglieder,
- der/die LandesgeschäftsführerIn(nen),
- die Delegierten für die Bundesebene,
- die gewählten LandesausschussprecherInnen,
- die Mitglieder der EinsteigerInnen-LSV.

24. Der LaVo ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist und ordnungsgemäß eingeladen wurde. Kommt keine Beschlussfähigkeit zustande, so ist unverzüglich eine zweite Sitzung mit derselben Tagesordnung frühestens acht Tage später einzuberufen; die Beschlussfähigkeit ist dann unabhängig von der Zahl der anwesenden Stimmberechtigten gegeben. Darauf ist in der Einladung hinzuweisen.

25. Stimmberechtigt sind nur gewählte Mitglieder des LaVos.

26. Die Sitzungen des LaVos finden öffentlich statt, alle Anwesenden haben Rederecht.

27. Der LaVo erstellt auf der ersten Sitzung nach seiner Wahl einen Arbeitsplan, in dem die politischen und organisatorischen Sachgebiete an einzelne LaVo-Mitglieder verteilt werden. Dieser Arbeitsplan wird

als Anlage zum Protokoll der LSK an die Delegierten sowie die Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen verschickt.

28. Der LaVo wirkt bei der Einstellung, Führung und Entlassung des hauptamtlichen Personals der LSV durch das fachlich zuständige Ministerium mit.

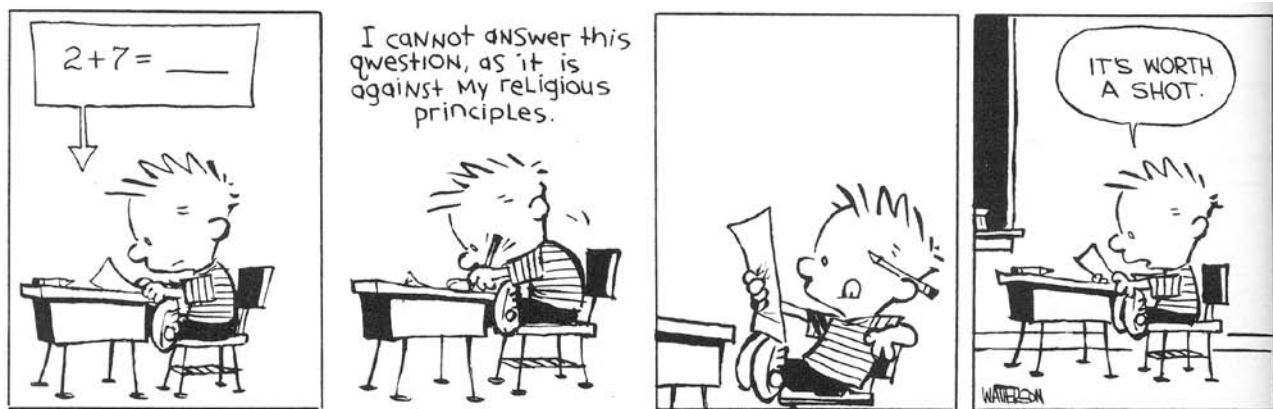
29. Für den Fall des Ausscheidens einzelner Mitglieder aus dem LaVo kann die LSK oder der LA Nachwahlen vornehmen, sofern zu diesem Punkt eingeladen wurde. Für den Fall des Rücktritts der Mehrheit des LaVos wählt der LA einen provisorischen LaVo, der die nächste LSK einberuft, auf der ein neuer LaVo gewählt wird.

30. Der LaVo legt auf der jeweils ersten LSK im Schuljahr einen ausführlichen Bericht über seine Arbeit im vergangenen Schuljahr vor. Die einzelnen Mitglieder ergänzen diesen Bericht mündlich und die LSK entscheidet dann einzeln über die Entlastung.

IV. Die Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen

31. Die Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen sind Zusammenschlüsse von SchülerInnenvertretungen auf Ebene der rheinland-pfälzischen Landkreise sowie der Kreisfreien Städte.

32. Jede Schule entsendet 2 Delegierte zur jeweiligen KrSV/SSV.



33. Die Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen sind beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist und ordnungsgemäß eingeladen wurde. Sie geben sich in Eigenverantwortung eine Satzung; diese darf jedoch der Satzung der LSV nicht widersprechen.

34. Die Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen sollen zum Zweck der Koordination und des Kontakts zum LaVo einen Vorstand wählen. Es soll mindestens zweimal im Schulhalbjahr an Treffen aller VorstandssprecherInnen und des Landesvorstand teilgenommen werden.

35. Zudem sollen gewählt werden:
 - mindestens drei Basisbeauftragte, die für den Kontakt zu den örtlichen Sven zuständig sind bzw. diese aufbauen,
 - zwei Delegierte, die sich um regelmäßigen Austausch mit Stadtrat und Kreisverwaltung bzw. dem Schulträger bemühen.

36. Die Vorstandssitzungen sollen mindestens alle 3 Monate stattfinden.

V. Der Landesausschuss

37. Der Landesausschuss (LA) ist das höchste beschlussfassende Organ zwischen den LSKen.

38. Der Landesausschuss (LA) besteht aus 12 bis 15 gleichberechtigten, auf der LSK gewählten Mitgliedern. Es sollen Mitglieder aller zu vertretenden Schularten im LA repräsentiert sein. Wenn dies nicht möglich ist, können weitere KandidatInnen aus bereits vertretenen Schularten gewählt werden. Mitglieder des LaVos können nicht dem LA angehören.

39. Der Landesausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist und ordnungsgemäß eingeladen wurde.

40. Die dazu delegierten Mitglieder des Landesvorstands nehmen mit beratender Stimme an den Landesausschusssitzungen teil und berichten über die Umsetzung des Arbeitsprogramms und der Beschlusslage durch den Landesvorstand.

41. Der Landesausschuss (LA) wählt aus seiner Mitte eineN LA-SprecherIn und eineN StellvertreterIn, die für die Einladung und Koordination der Sitzungen des LA verantwortlich sind. Die LA-SprecherInnen nehmen mit beratender Stimme an den Landesvorstandssitzungen teil. Beide LA-SprecherInnen müssen zum Zeitpunkt ihrer Wahl SchülerInnen in Rheinland-Pfalz sein. Die Amtszeit endet durch die Wahl von NachfolgerInnen.



I DON'T WANT TO DO THIS GARBAGE! I WANT TO GO PLAY OUTSIDE!



42. Zu den Aufgaben des LAs gehört:
- Beratung und Unterstützung des LaVos;
- die Kontrolle der laufenden Arbeit des LaVos;
- die Bestätigung und Kontrolle des Arbeitsberichts, welchen der LaVo der LSK vorlegt;
- die Wahl eines provisorischen LaVos, sollte die Mehrheit des LaVos zurücktreten;
- die Beschlussfassung über den Haushalt und eventuelle Nachtragshaushalte der LSV.

43. Wenn Mitglieder des LAs zurücktreten, können diese auf der nächsten LSK nachgewählt werden, sofern hierzu gesondert eingeladen wurde.

44. Sollte die Mehrheit des LAs zurücktreten, ist innerhalb von acht Wochen eine LSK einzuberufen.

VI. Schlussbestimmungen

45. Diese Satzung tritt in Kraft:
- nach der Annahme durch die 43. LSK am 17.12.2007 im Mainzer Landtag,
- nach Änderung des rheinland-pfälzischen Schulgesetzes im Sinne der Strukturreform in dieser Satzung,
- nach Genehmigung dieser Satzung durch das fachlich zuständige Ministerium.

46. Außerdem ist für das Inkrafttreten der Satzung die Gründung mindestens der Hälfte der Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen anhand eines protokollarischen Nachweises über deren ordnungsgemäße Konstituierung durch den amtierenden Landesvorstand festzustellen.

47. Diese Satzung kann durch eine LSK mit Zustimmung von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen geändert werden, sofern die Anwesenheit der Hälfte der satzungsgemäßen Delegierten auf der LSK bei der Abstimmung zu diesem Punkt festgestellt werden kann. Satzungsändernde Anträge müssen mit der Einladung verschickt werden.

Geschäftsordnung der LSK der LSV GG

1. Regularien

Ein Mitglied des Landesvorstandes eröffnet die LandeschülerInnenkonferenz unter Einhaltung folgender Ordnung:

- a) Feststellung der Beschlussfähigkeit
- b) Feststellung der stimmberechtigten Anwesenden
- c) Feststellung der Beschlussfähigkeit gem. § 9 der Satzung
- d) Wahl des Tagungspräsidiums

2. Präsidium

Die LSK wählt aus ihrer Mitte ein Präsidium. Das Präsidium besteht aus der/dem Präsidentin/en und zwei gleichberechtigten StellvertreterInnen, von denen eineR Protokollant In und die/der andere für die technische Assistenz (Führung der RednerInnenlisten, Ermittlung der Abstimmungsergebnisse etc.) zuständig ist. Gewählt ist, wer die einfache Mehrheit aller anwesenden Stimmberechtigten auf sich vereinigen kann. Die Wahl der/des Präsidentin/en erfolgt ohne Aussprache. Die/der PräsidentIn, oder im Verhinderungsfalle die-/derjenige ihrer/seiner StellvertreterInnen, die/der nicht das Amt der/des Protokollanten ausübt, leitet die LSK nach Satzung und Geschäftsordnung. In Zweifelsfällen über Satzung und Geschäftsordnung entscheidet die/der PräsidentIn, in grundsätzlichen Fragen entscheidet das Präsidium.

3. Tagesordnung

Der Landesausschuss schlägt der LSK eine vorläufige Tagesordnung vor, die zu Beginn der Versammlung den Delegierten vorzuliegen hat. Die/der PräsidentIn lässt die Tagesordnung als ersten Punkt beraten. Die

Beschlussfassung über die endgültige Tagesordnung bedarf der einfachen Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten.

Rede- und Verhandlungsordnung

4. Anträge zur Sache

Anträge zur Sache müssen fristgerecht und schriftlich eingereicht werden. Zusatz- und Änderungsanträge können jederzeit gestellt werden. Dringlichkeitsanträge müssen dem Präsidium schriftlich vorgelegt werden und gelangen auf Antrag mit 2/3- Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten auf die Tagesordnung. Auf Wunsch wird der/dem AntragstellerIn eines Sachantrages das Einführungswort erteilt. Anträge werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten verabschiedet. Bei Stimmengleichheit ist ein Antrag abgelehnt.

5. RednerIn

Will einE RedeberechtigteR zur Sache sprechen, so reicht sie/er ihre/seine Wortmeldung schriftlich beim Präsidium ein. Die LSK kann mit Mehrheit verlangen, dass ein von ihr benanntes Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes zu einem anstehenden Tagesordnungspunkt Stellung nimmt.

6. Redezeit

JedeR DelegierteR, die/der selbst noch nicht zu der in Frage stehenden Sache gesprochen hat, kann einen Antrag auf Beschränkung der Redezeit stellen. Ein solcher Antrag gilt als Antrag zur Geschäftsordnung. Die Redezeitbeschränkung wird durch einfache Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten beschlossen und gilt bis zu einem gegenteiligen Antrag mit neuer Beschlussfassung. Die Redezeit kann auch auf bestimmte Zeit beschlossen werden.

7. Schluss der Debatte

Ein Antrag auf Schluss der Debatte oder auf Schluss der RednerInnenliste kann nur von einer/einem Delegierten, die/der zur Sache noch nicht gesprochen hat, gestellt werden, wenn zuvor zum Hauptantrag je eine Für- und Gegenrede geführt worden ist. Wird ein Antrag auf Schluss der Debatte oder auf Schluss der RednerInnenliste gestellt, so ist

nach Anhörung einer/eines Gegenrednerin/Gegenredners s sofort über ihn abzustimmen. Nach Schluss der Debatte stehen der/dem AntragstellerIn des Sachantrages auf Verlangen das Schlusswort zu. Entsprechendes gilt für die Beratung über einen Nichtbefassungsantrag. Beide diese Anträge gelten als Anträge zur Geschäftsordnung.

8. Persönliche Erklärung

Wünscht einE DelegierteR das Wort zu einer persönlichen Erklärung, so muss ihr/ihm nach Abschluss der Beratung des Tagesordnungspunktes das Wort erteilt werden. Die/der RednerIn darf nicht zur Sache sprechen, sondern nur Angriffe, die gegen sie/ihn gerichtet sind, zurückweisen oder missverständene eigene Ausführungen richtig stellen.

9. Wortmeldungen und Anträge zur Geschäftsordnung

Geschäftsordnungsanträge (GO-Anträge) werden mit 2 gehobenen Händen angezeigt. Delegierte, die zur Geschäftsordnung sprechen wollen, erhalten das Wort außer der Reihe. Ihre Bemerkungen dürfen sich nicht auf die Sache beziehen und 3 Minuten nicht überschreiten.

Anträge zur Geschäftsordnung werden sofort behandelt. Nach Anhörung einer Für- und Gegenrede ist über den Antrag sofort abzustimmen; spricht niemand gegen den Antrag, ist dieser ohne Abstimmung angenommen. Die Aufhebung eines angenommenen Geschäftsordnungsantrages ist nur durch eine 2/3-Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten möglich. Anträge zur Tagesordnung werden wie Geschäftsordnungsanträge behandelt.

10. Teilnahme- und Redeberechtigung

Teilnahme- und redeberechtigt sind grundsätzlich alle SchülerInnen. Anderen, vom LaVo eingeladenen Gästen kann mit Zustimmung der/des Präsidentin/en, aber nicht gegen Mehrheitsbeschluss der LSK, Redeerlaubnis erteilt werden. Sonstige Gäste können nur mit Zustimmung der Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten an den Beratungen teilnehmen.

Rechte und Pflichten der Präsidentin / des Präsidenten

11. Ordnungsgewalt der/des Präsidentin/en

Die/der PräsidentIn übt während der Versammlung das Hausrecht aus. Die/der PräsidentIn kann zur Ordnung und zur Sache rufen und nach zweimaliger Verwarnung das Wort entziehen, solange über den fraglichen Punkt verhandelt wird. Bei ungebührlichem Benehmen eines Mitgliedes oder Gastes ist die/der PräsidentIn berechtigt, diese aus dem Raum zu verweisen; handelt es sich um eineN stimmberechtigteN DelegierteN oder ein Mitglied des LaVos, so kann die LSK eine solche Maßnahme durch einfachen Mehrheitsbeschluss rückgängig machen. Hierbei ist die/der Betroffene weder antrags- noch stimmberechtigt. Die/der PräsidentIn kann eineN RednerIn, die/der die Redezeit gemäß §6 der Geschäftsordnung überschreitet, nach einmaliger Ermahnung das Wort entziehen. Die/der PräsidentIn kann betrunkene Personen unter Umständen nach mehrmaliger Ermahnung und nach Befragung der LSK das Wort entziehen oder in einem besonders gravierenden Fall des Saales verweisen.

12. Antrag auf Überprüfung der Beschlussfähigkeit

Ein Antrag auf Überprüfung der Beschlussfähigkeit kann jederzeit gestellt werden. Die Überprüfung derselben wird nach Abschluss aller laufenden Anträge zur Sache und nach Abschluss der Sache überprüft. Ist sie nicht mehr gegeben, ist die Sitzung sofort beendet.

13. Verbot der Beteiligung der/des Präsidentin/en an der Diskussion

Die/der PräsidentIn und deren/dessen StellvertreterInnen dürfen sich nur in Angelegenheiten der Geschäftsordnung an der Diskussion beteiligen. Wollen sie sich zur Sache äußern, müssen sie sich untereinander vertreten. Hat sich ein Mitglied des Präsidiums einmal zur Sache geäußert, so kann es sein Amt bis zum Ende der Beratung über diese Sache nicht mehr übernehmen.

14. Misstrauensanträge gegen das Präsidium

Misstrauensanträge gegen das Präsidium oder eines seiner Mitglieder werden sofort behandelt. In diesem Falle leitet die/der LA-SprecherIn die Versammlung bis zur Abstimmung. Bei deren/dessen Verhinderung leitet ein Mitglied des LaVos die Verhandlung bis zur Abstimmung. Das Präsidium oder eines seiner Mitglieder kann mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten seines Amtes enthoben werden.

Wahlen und Abstimmungen

15. Wahlen

Für die Teilnahme an Wahlen ist die in der Eröffnungssitzung festgestellte Stimmberechtigung maßgebend. Die Wahlen erfolgen, soweit Satzung und Geschäftsordnung nichts anderes vorsehen, mit einfacher Mehrheit. Die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes müssen mit absoluter Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten gewählt werden. Wird im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit nicht erreicht, erfolgt ein zweiter Wahlgang, zu dem die KandidatInnenliste neu eröffnet wird. Wird auch dann die absolute Mehrheit nicht erreicht, entscheidet unter Neueröffnung der KandidatInnenliste im dritten Wahlgang die einfache Mehrheit. Auf Antrag einer/s Delegierten hat die Wahl geheim zu erfolgen. Ausnahme siehe §2. Namentliche Wahl ist unzulässig.

16. Abstimmungen

Zur Abstimmung ist jedeR anwesende Delegierte berechtigt. Die Abstimmungen erfolgen, soweit Satzung und Geschäftsordnung nichts anderes vorsehen, mit einfacher Mehrheit. Die Delegierten haben für die Abstimmung ihre Stimmblöcke bzw. Stimmkarten emporzuhalten, vorbehaltlich einer anderen Regelung durch das Präsidium. Die Beschlussfähigkeit richtet sich nach §9 der Satzung. Stellt sich die Beschlussunfähigkeit heraus, so hat die/der PräsidentIn die Sitzung so lange zu vertagen, bis die Beschlussfähigkeit festgestellt bzw. wiederhergestellt ist. Alle Beschlüsse, die vor Feststellung der Beschlussunfähigkeit gefasst wurden,

bleiben gültig. Vor jeder Abstimmung hat die/der PräsidentIn die zur Abstimmung stehende Frage so zu formulieren, dass sie mit ja oder nein beantwortet werden kann. JedeR Delegierte hat das Recht, die Teilung einer Abstimmungsfrage zu beantragen. Ist die/der AntragstellerIn nicht damit einverstanden, so entscheidet die Mehrheit der LSK. Ein solcher Antrag gilt als GO-Antrag.

17. Geheime und namentliche Abstimmung

Auf Antrag von 1/4 der anwesenden Delegierten findet geheime oder namentliche Abstimmung statt, wobei der Antrag auf namentliche Abstimmung der weitergehende ist. Geheime und namentliche Abstimmungen sind unzulässig bei Anträgen zur Tagesordnung, zur Geschäftsordnung und über die Vertagung der Sitzung. Geheime Abstimmungen werden mit vorbereiteten, unnummierten Stimmzetteln durchgeführt. Namentliche Abstimmung erfolgt durch Aufruf der Delegierten durch die/den ProtokollantIn/en, die/der auf der Namensliste der LSK „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ einträgt und die Zahl der Stimmen auszählt.

18. Stimmenthaltung

Stimmenthaltungen bleiben bei der Berechnung der Mehrheit grundsätzlich außer Ansatz.

19. Wahlausschuss

Zur Durchführung von Personalwahlen fungiert das Präsidium grundsätzlich auch als Wahlausschuss, es sei denn, das Präsidium bittet selbst um Ablösung. Wird ein Präsidiumsmitglied zur Wahl vorgeschlagen, muss es sich für die Dauer dieses Wahlganges vertreten lassen.

20. Personaldebatte und Personalbefragung

JedeR KandidatIn für ein Amt hat das Recht auf persönliche Vorstellung. Auf Antrag von 10% der anwesenden Stimmberechtigten findet eine Personalbefragung statt. Eine Personaldebatte findet bei freiwilliger Anwesenheit der/des KandidatIn/en auf Antrag von 25% der anwesenden Stimmberechtigten statt. Die/der AntragstellerIn hat Rederecht.

Schlussbestimmungen

21. Protokoll

Das Protokoll der LSK wird vom Präsidium geführt und unterzeichnet. Es muss Tagesordnung, Beginn, Unterbrechungen und Schluss der LSK sowie alle Beschlüsse und Abstimmungsergebnisse enthalten und den wesentlichen Gang der Verhandlungen wiedergeben. Das Präsidium stellt das Protokoll spätestens 1 Monat nach der LSK den Vorstandsmitgliedern und dem LA zu.

22. Gültigkeit und Inkrafttreten

Die Bestimmungen der Geschäftsordnung gehen der Satzung der LSV nach.
Für eine Abweichung von der Geschäftsordnung in einem einzelnen Falle ist eine Mehrheit von $\frac{2}{3}$ der anwesenden Stimmberechtigten erforderlich, für eine dauernde Änderung genügt die absolute Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten.
Die Geschäftsordnung tritt mit ihrer Verabschiedung durch die absolute Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten in Kraft.

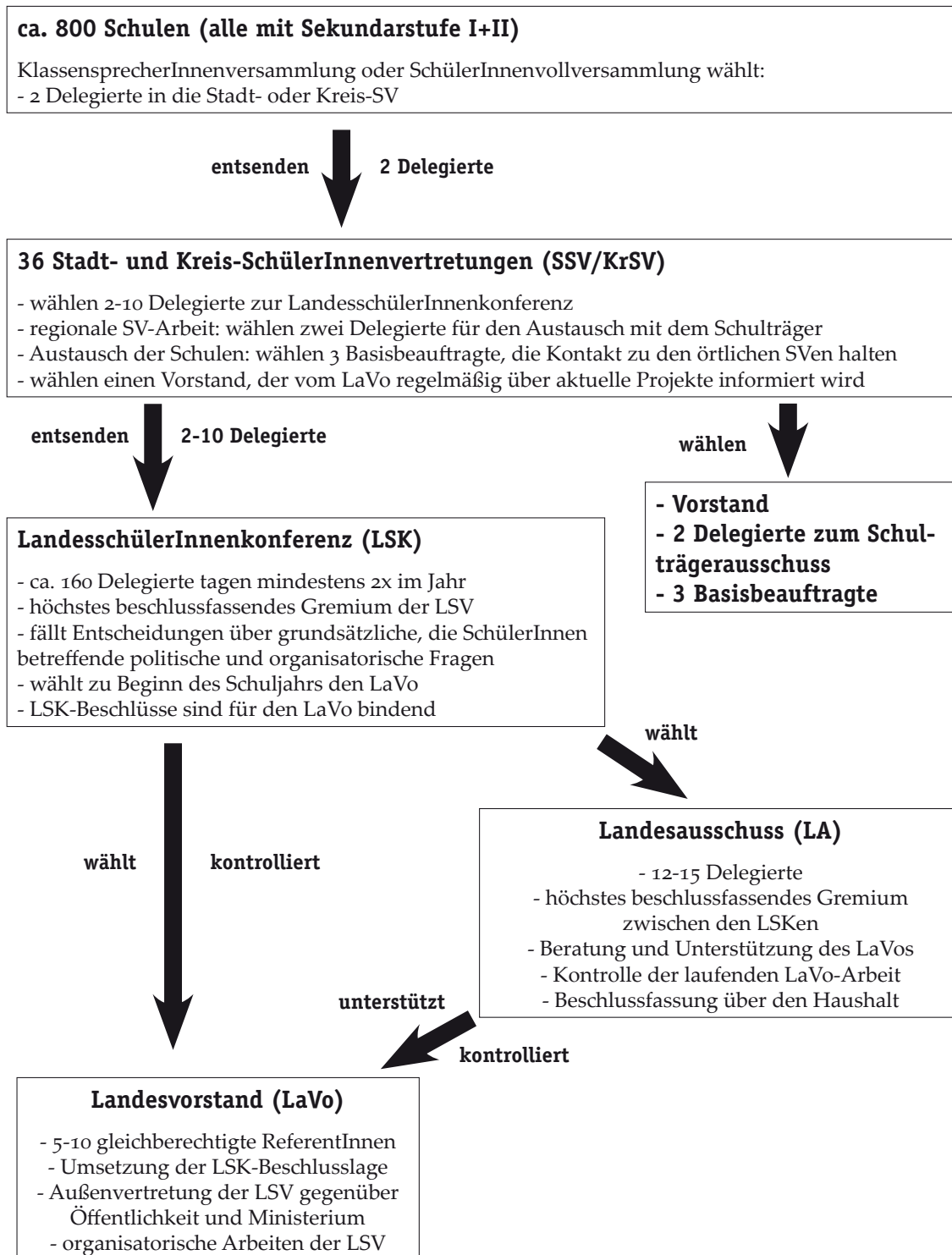
Beschlossen auf der 2. LSK
in Bad Dürkheim, 19.12.1989

Geändert auf der 11. LSK
in Mainz, 21.-23.5.1993

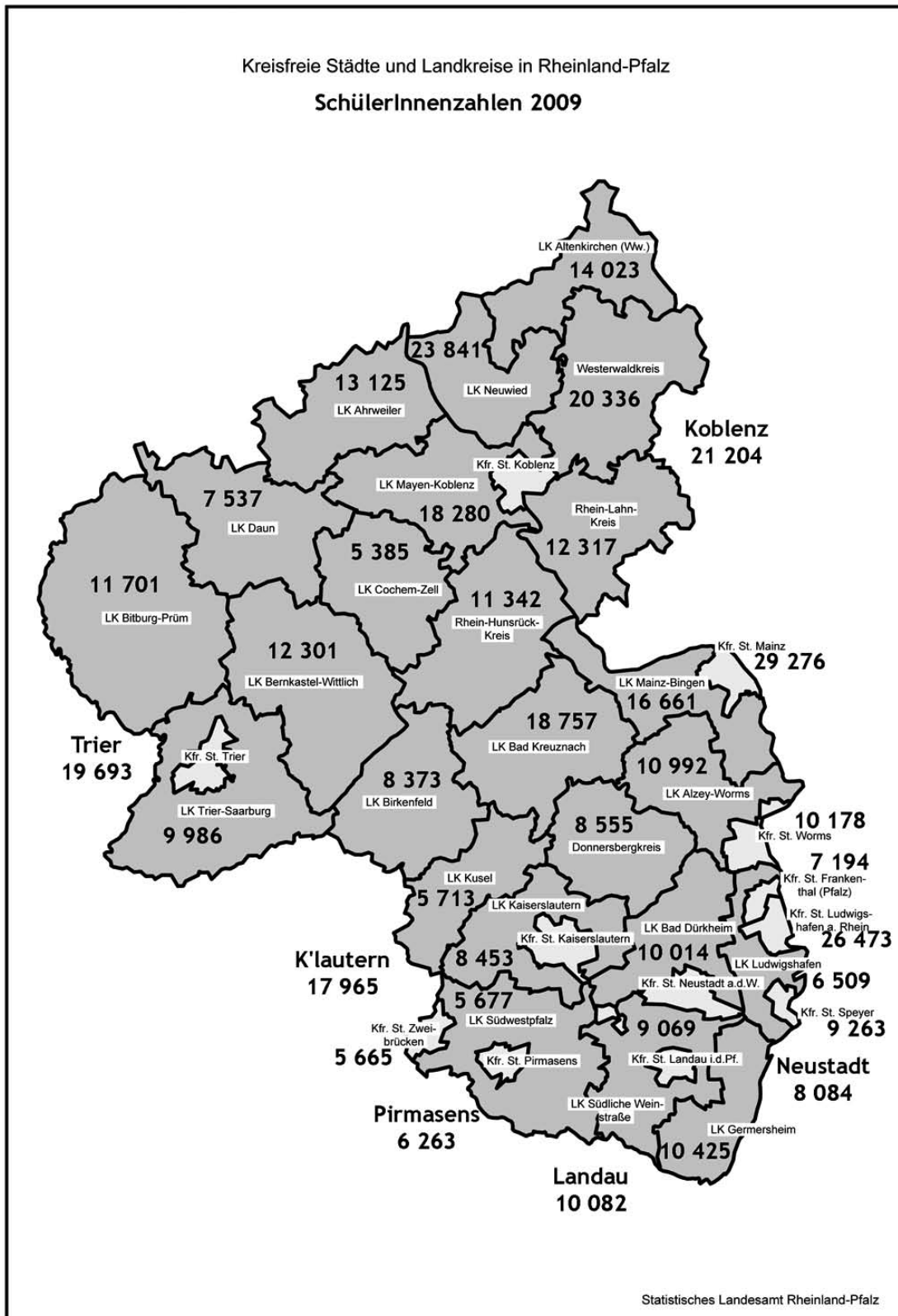
Geändert auf der 17. LSK
in Kaiserslautern, 27-29.10.1995



Struktur der LSV ab 1.8.2009



Übersicht Kreise



Schuljahr 2009/10

		Schulen / Kreis*	Schüli**	Schüli / 3000	Delis / angef. 3000
Kr.fr. Städte (12)	Frankenthal	13	7.194	2,40	3
	Kaiserslautern	21	17.965	5,99	6
	Koblenz	27	21.204	7,07	8
	Landau	19	10.082	3,36	4
	Ludwigshafen	37	26.473	8,82	9
	Mainz	40	29.276	9,76	10
	Neustadt/Weinstr.	11	8.084	2,69	3
	Pirmasens	11	6.263	2,09	3
	Speyer	17	9.263	3,09	4
	Trier	31	19.693	6,56	7
	Worms	15	10.178	3,39	4
	Zweibrücken	9	5.665	1,89	2
Landkreise (24)	Ahrweiler	23	13.125	4,38	5
	Altenkirchen	22	14.023	4,67	5
	Alzey-Worms	22	10.992	3,66	4
	Bad Dürkheim	20	10.014	3,34	4
	Bad Kreuznach	34	18.757	6,25	7
	Bernkastel-Wittlich	22	12.301	4,10	5
	Birkenfeld	19	8.373	2,79	3
	Cochem-Zell	15	5.385	1,80	2
	Donnersbergkreis	17	8.555	2,85	3
	Eifel Bitburg-Prüm	27	11.701	3,90	4
	Germersheim	19	10.425	3,48	4
	Kaiserslautern	18	8.453	2,82	3
	Kusel	15	5.713	1,90	2
	Mainz-Bingen	33	16.661	5,55	6
	Mayen-Koblenz	35	18.280	6,09	7
	Neuwied	40	23.841	7,95	8
	Rhein-Hunsrück-Kr.	20	11.342	3,78	4
	Rhein-Lahn-Kreis	29	12.317	4,11	5
	Rhein-Pfalz-Kreis	12	6.509	2,17	3
	Südliche Weinstraße	18	9.069	3,02	4
	Südwestpfalz	13	5.677	1,89	2
	Trier-Saarburg	23	9.986	3,33	4
	Vulkaneifel (Daun)	16	7.537	2,51	3
	Westerwaldkreis	38	20.336	6,78	7
Summe:	801	450.712		167	

Kreise / Kreisfreie Städte mit...

1 Del.	0
2 Del.	4
3 Del.	8
4 Del.	10
5 Del.	4
6 Del.	2
7 Del.	4
8 Del.	2
9 Del.	1
10 Del.	1
11 Del.	0
Summe	36

* Datengrundlage: Schuljahr 2009/10

** Datengrundlage: Schuljahr 2008/09



Grundsatzprogramm

1.1 Demokratisierung von Schule

Die LSV Rheinland-Pfalz fordert die volle Mitbestimmung der Schülerinnen und Schüler in allen die Schule betreffenden Fragen, auf schulischer, kommunaler, Landes- und Bundesebene.

1.2 Schulkonferenz

Die LSV Rheinland-Pfalz fordert die Einrichtung einer Schulkonferenz. Diese Schulkonferenz ist mit 50% SchülerInnen und 50% LehrerInnen zu besetzen, wobei die SchülerInnen genau eine Stimme mehr haben.

1.3 Eingliedriges Schulsystem

Die LSV Rheinland-Pfalz fordert das eingliedrige Schulsystem, um Chancengleichheit und Gleichwertigkeit unter den Schülerinnen und Schülern zu gewährleisten und solidarisches Lernen möglich zu machen.

1.4 Selbstbestimmtes Lernen

Die LSV Rheinland Pfalz setzt sich für selbstbestimmtes Lernen ein, anstelle des momentan praktizierten zwang-haften Lernens.

1.5 Noten/Bewertungssysteme

Die LSV Rheinland-Pfalz lehnt Noten grundsätzlich ab.

2. Inhalte

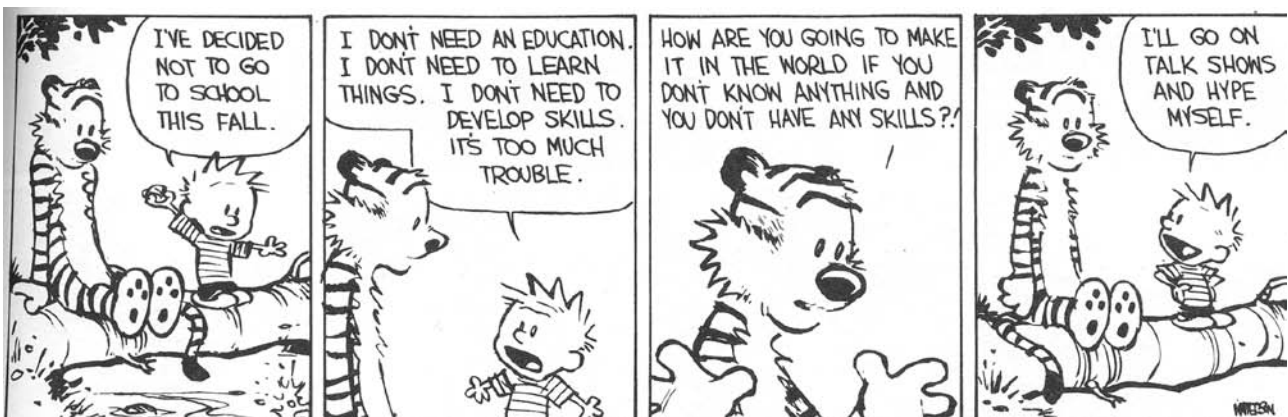
2.1 Integration

Die Bildung behinderter Schülerinnen und Schüler ist verstärkt als gemeinsame Aufgabe für grundsätzlich alle Schulen anzustreben.

2.2 Geschlechterverhältnisse

Die LSV lehnt eine Wiedereinführung des nach Geschlechtern getrennten Unterrichts klar ab. Die LSV hält die Koedukation für einen richtigen und wichtigen Schritt zur Gleichberechtigung der Geschlechter, kritisiert aber die schwerwiegenden Defizite in ihrer Umsetzung. Sie fordert daher eine umfassende Auseinandersetzung mit den unten genannten Problemfeldern, sowie mit den Vorstellungen zur Geschlechterdifferenz und den Geschlechtsidentitäten.

Die LSV fordert die institutionelle Festschreibung von regelmäßigen LehrerInnenkonferenzen, die das Thema Geschlech-



terverhältnisse in der Schule zum Thema haben, sowie die obligatorische Auseinandersetzung mit Geschlechterverhältnissen in der LehrerInnenaus- und -fortbildung.

2.3 Sexualkunde

Die LSV RLP fordert die Reformierung der Sexualkunde-richtlinien und damit auch des Sexualkundeunterrichts. Die Sexualkunde-richtlinien sollen nach dem Vorbild der Sexualkunderichtlinien in Hamburg geändert werden und insbesondere darin folgende 5 wesentliche Aspekte der Sexualität berücksichtigen: den Fortpflanzungsaspekt, den Partner- oder Liebesaspekt, den Persönlichkeitsbildungs- oder Identitätsaspekt, den Kommunikationsaspekt und den Lustaspekt.

2.4 Anti-Ra

Die LandesschülerInnenvertretung RLP befindet, dass der Rassismus und Rechtsextrismus in Deutschland als ernsthaftes Problem erkannt und öffentlich diskutiert werden muss.

2.5 Religionsunterricht

Die LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz fordert die Abschaffung des Religionsunterrichts an allen staatlichen Schulen. Zur Auseinandersetzung mit religiösen, politischen und sonstigen Weltanschauen und der allgemeinen Lebensgestaltung in der Schule wird ein Fach geschaffen, dessen Inhalte von den SchülerInnen selbst bestimmt werden.

2.6 Wahlalter

Die LSV RLP soll sich dafür einsetzen, das Wahlalter zu senken, aber die untere Wahlgrenze bezüglich Alter nicht abzuschaffen.

2.7 Schulautonomie / Schulsponsoring

Die LSV Rheinland-Pfalz stimmt nur dann dem Konzept einer autonomen Schule zu, wenn die demokratischen Partizipationsrechte von Schülerinnen und Schülern in allen Fragen gegeben sind.

3. Politisches Mandat

Die LSV RLP fordert die freie Meinungsäußerung für alle SchülerInnen- und StudentInnenvertretungen und das damit verbundene allgemeinpolitische Mandat.

4. GesamtschülerInnenvertretung

Die LSV/GG Rheinland-Pfalz muss es sich zur Aufgabe machen, eine landesweite GesamtschülerInnenvertretung zu gründen.

5. Hochschule

Die LSV Rheinland-Pfalz fordert:

- Freien Hochschulzugang für alle! Für ein durchlässiges und solidarisches Bildungssystem!
- Die Abschaffung der Regelstudienzeiten und der Zwangsexmatrikulation!
- Die ausreichende Finanzierung staatlicher Hochschulen durch öffentliche Gelder!
- Ein umfassendes bundesweites Verbot aller offenen und versteckten Studiengebühren!
- Eine ausreichende, elternunabhängige Studienfinanzierung durch soziale Grundversicherung!

6. Umweltschutz

Der Klimawandel und die drohende Energiekrise gehören zu den bestimmenden Zukunftsfragen unserer Generation. Nicht nur die Artenvielfalt und die Umwelt sind von den Klimaveränderungen betroffen - der Klimawandel wird Auswirkungen auf internationale Konflikte, weltweite Migrationsbewegungen und die soziale Situation der Menschen haben.

Die LSV Rheinland-Pfalz setzt sich für eine ökologische, nachhaltige Gesellschaft ein. Für die LSV ist eine sinnvolle Klimapolitik nur basierend auf einer demokratisierten

Bildungspolitik umzusetzen. Nur wenn junge Menschen von Anfang an Verantwortung für ihre Umwelt übernehmen, werden sie auch in ihrem späteren Leben Verantwortung zeigen und an der Gestaltung einer ökologischen, nachhaltigen und sozialen Gesellschaft mitwirken. Der Schule als wichtigster Sozialisationsinstanz unserer Gesellschaft kommt die besondere Aufgabe zu, dass sie die Rahmenbedingungen vorgibt, in denen sich SchülerInnen zu kritischen und mündigen Menschen entwickeln können. Über die Schule kann eine Sensibilisierung für die wichtigen Zukunftsfragen erfolgen.

Die LSV Rheinland-Pfalz will daher auch eine stärkere Umweltbildung in der Schule etablieren. Dies kann einerseits über die Einführung eines Fachs Umweltwissenschaften an allen weiterführenden Schulen in Rheinland-Pfalz geschehen, andererseits über die Förderung von Umwelt-AGen an den Schulen. Ein landesweiter Umweltfonds soll gegründet werden, der umweltpolitische Projekte von SchülerInnen an ihren Schulen unterstützt.

Schulen müssen sich zudem zu lokalen Bildungslandschaften weiterentwickeln und einen Vorbildcharakter gegenüber der Gesellschaft aufweisen. Die Schulen könnten daher auch direkt an einer ökologischen Energiewende mitwirken. Die LSV fordert, dass sämtliche Schulen zu 100% auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Wenn Schulen in Deutschland neu gebaut werden, müssen sie bestimmten energiepolitischen Standards entsprechen.

Die LSV Rheinland-Pfalz lehnt darüberhinaus jegliche Konzepte für eine Umweltpolitik ab, die sich an rassistischen Werten orientieren. Wir wollen der Instrumentalisierung der Umweltpolitik durch die politische Rechte entgegenwirken. Für uns bedeutet Umweltschutz nicht Heimatschutz. Die LSV vertritt ein ökologisches Profil, das sich an der Emanzipation des einzelnen Menschen orientiert. Ökologische Probleme sind nur unter Einschluss der gesamten Gesellschaft möglich und nicht durch den Ausschluss von Minderheiten.

30. LSK

MSS

Die LSV RLP ersieht diese Reform der Oberstufe nach den bisherigen Eindrücken als gescheitert und wenig sinnvoll an und lehnt sie deshalb ab. Grundsätzlich sind wir für eine Diskussion über Reformen der Oberstufe jedoch bereit, solange die Interessen der SchülerInnen maßgeblich in die Entscheidungsfindung einbezogen werden.

Gesamtschule

Jedem/r SchülerIn muss die Möglichkeit geboten werden, eine Ganztagschule zu besuchen, da dies der gesellschaftlichen Ungleichstellung Alleinerziehender entgegenwirkt und Frauen und/ oder Männern Entscheidungen für Familie und Beruf erleichtert. Ganztagschulen sollen ein freiwilliges Angebot für SchülerInnen sein und dürfen nicht als Verwahranstalt fungieren, sondern sie sollen sich außerschulischen Organisationen öffnen und Unterrichtskonzepte unterstützen, die von dem starren 45- Minuten- Takt abweichen und Projekt bezogenes Lernen fördern. Bildung ist Selbstzweck und es muss verhindert werden, dass die Wirtschaft mehr Einfluss auf Bildungsinhalte und -konzepte erhält. Die Einführung von Ganztagschulen darf nicht einhergehen mit der Erhöhung der Stundentafel. SchülerInnen müssen bei der Ausgestaltung des Unterrichtskonzeptes mitentscheiden.

32. LSK (BZW. LA)

Rückmeldung

Allen rheinland-pfälzischen SchülerInnen soll die Möglichkeit gegeben werden, die Unterrichtsmethodik ihrer LehrerInnen mittels anonymer Fragebögen kritisieren/befürworten zu können. Dabei ist der Fragebogen in zwei Teile gegliedert: Der erste besteht lediglich aus einem anonymen Ankreuz-Feedback. Im

zweiten Teil bekommen die SchülerInnen die Möglichkeit ein schriftliches Feedback abzugeben. Dieses wird dann von einem SchülerInnen-Gremium anonymisiert und weitergegeben.

Ombudsfrau/mann

Die LSV RLP setzt sich beim Ministerium für die Einstellung einer Ombudsfrau/ eines Ombudsmannes ein, die/der von da an als AnsprechpartnerIn bei Schulproblemen für alle rheinland-pfälzischen SchülerInnen jederzeit erreichbar ist. Die LSV entscheidet mit über die Person, die diesen Posten besetzen soll. Diese Person würde die damit anfallende Arbeit unentgeltlich ausführen.

Schulbücher

Die LSV fordert das Ministerium auf die Kosten für Schulbücher zu tragen, ohne die Aktualität und die Freiheit der Buchauswahl einzuschränken. Diese Mittel dürfen nicht vom Schuletat abgezogen werden. Die Oberstufe ist von dieser Regelung ausgeschlossen.

VertrauenslehrerInnen

Die LSV macht sich dafür stark, dass die SVen in Zukunft stärker durch die VertrauenslehrerInnen unterstützt werden. Auch Schulleitungen sollen angehalten werden, sich stärker dafür einzusetzen, dass sich SchülerInnen politisch engagieren, SV-Teams bilden und ihre Ämter (z.B. das Amt der/s LSK-Delegierten) wahrnehmen.

34. LSK

Drogenpolitik

Die LSV setzt sich für die Legalisierung von Cannabis ein.

Zusammenarbeit

Die LSV unterstützt folgende Kampagnen:

- Demokratie und Courage (Hauptträger DGB Jugend)
- Bündnis LSV,LEB,GEW

- Jetzt reicht's (Träger GEW)
- SAU (Träger Naturschutzjugend)

SV-Rechte

Die SVen auf Schulebene müssen mehr Mitbestimmungsrechte erhalten. Dies kann beispielsweise durch eine Gleichsetzung der SV-Rechte mit den Mitbestimmungsrechten der Elternvertretung (vgl. SchulG RLP §35 (4)) geschehen.

Lehrprobe

Alle SchülerInnen müssen Einfluss auf Lehrprobenbewertung nehmen dürfen, indem es ihnen möglich ist der Besprechung beizuwohnen, um hier ihre Meinung zu der gehaltenen Stunde zu äußern.

Zentralabitur

Es soll kein Zentralabitur eingeführt werden.

Lehrplan/Sozialkunde

An allen Schulen in RLP soll der Sozialkundeunterricht früher eingeführt werden.

Lehrplan/Drogen

Es soll eine Fächer übergreifende, nachhaltige, objektive Drogenaufklärung eingeführt werden. Ab der ersten Klasse soll über legale Drogen aufgeklärt werden, ab der 5. Klasse über illegale Drogen.

LehrerInnenfort- und Ausbildung

Wir sprechen uns gegen ein Bachelor of Education aus. Weiterhin sollten alle LehrerInnen, egal welcher Schulart, die selben Möglichkeiten auf Gehaltserhöhungen haben. Außerdem soll auf die praktische Seite mehr Werte gelegt werden und die StudentInnen so früh wie möglich und so oft wie möglich Schulpraktika machen. Bei der Fortbildung soll auf jährliche Besuche Wert gelegt werden. Weiterhin soll sich die Fortbildung in jedem Fach mehr mit alternativen, selbstbestimmten und individuellen Lehrmethoden auseinandersetzen.

Gewalt

Die LSV RLP setzt sich für Gewaltpräventionen und Gewaltpräventive Projekte ein und unterstützt sie, wenn möglich. Hauptsächlich sollte es um primäre Präventionen gehen.

Umwelt

Das Ministerium soll sich wieder verstärkt für die ausschließliche Umwelterziehung an Schulen einsetzen. Umwelt AGs sollen gefördert, Umweltpapier stärker benutzt, Müll soll mehr vermieden, Umwelt und Natur soll in §1 des Schulgesetzes und in die Lehrpläne aufgenommen werden. 34. LSK

Qualitätsmanagement

Eine Qualitätsverbesserung von Schulen soll durch folgende Punkte erreicht werden:

- die kritische Deutung empirischer Schulleistungsvergleiche
- die pädagogische Gestaltung von SchülerInnenleistungsvergleiche
- die Verhinderung von standardisierten Prüfungen
- die qualitative Verbesserung der Lernnote
- die Investierung in Unterrichtspersonal
- die Garantierung von Lehr/Lernmittelfreiheit
- die materielle Absicherung der Lernenden
- die Finanzierung von Bildung durch gesellschaftliche Umverteilung
- die Institutionalisierung der Mitbestimmung von SchülerInnen
- die Unterstützung von freien Beteiligungsformen
- die Stärkung von SchülerInnenvertretungen
- die offene Gestaltung von Schulen
- die Schaffung von autonomen Schulen
- die Bewahrung von staatlicher Verantwortung
- die Erneuerung der Unterrichtsformen
- die Aufhebung von Fächergrenzen
- die verstärkte Medienerziehung
- Begleitung SchülerInnen, nicht durch Beurteilung

- Die Einführung eines Lehrerfeedbacks
- Förderungen statt Forderungen und durch Integration statt Selektion
- die Umgestaltung des Schulsystems
- die Senkung von Pflichtstunden
- Förderung selbstbestimmten und selbstverantwortlichen Handelns

Bewertungssysteme I

Zu jedem Zeugnis muss eine verbale Beurteilung gereicht werden.

Bewertungssysteme 2

Leistungsvergleiche auf jeder Ebene werden abgelehnt.

Sponsoring

Auf Landesebene soll ein Geldtopf eingerichtet werden, in den Firmen einzahlen können und die Landesregierung das Geld verteilt mit Zustimmung der LSV. Die Gelder können von jeder Einzelperson aber auch Vereinigungen, Organisationen, Firmen und ähnlichen in einen Topf einbezahlt werden. Auch Sachspenden werden angenommen. Die LSV, sowie die SVen an den Schulen müssen mit gleichberechtigter Anzahl der Stimmen in den Gremien vertreten sein, die über die Verteilung des Gelds bestimmen.

§ 1 c SchuG

Die Schulgesetz-Änderung §1c, nach der ehemalige Erziehungsberechtigte volljähriger SchülerInnen auch ohne deren Zustimmung informiert werden sollen, wird grundlegend abgelehnt.

SchulpsychologInnen

Es soll pro 5 Schulen einE SchulpsychologIn auf Vollzeit eingestellt werden.

SV-Aufbau

Die Basis-SVen werden in ihrer Arbeit unterstützt. Dies kann beispielsweise durch eine Neuauflage des SV-Handbuchs, durch eine Hilfe beim Vorgehen bei wichtigen Entscheidungsprozessen (z.B. beim Qualitätsmanagement), durch Anregung/ Tipps etc. erfolgen.

36. LSK (BZW. LA)

Facharbeit I

Der LaVo der LSV/GG soll sich dafür einsetzen, dass die Regelung zur Facharbeit geändert wird, hin zu einer rein freiwilligen Regelung, die für alle möglich ist, aber ohne Nachteile bei Nichtnutzung.

informationelle Selbstbestimmung

Die LSV wehrt sich gegen und unterstützt Aktionen gegen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung, z.B. durch Kameras und Zäune auf dem Schulgelände.

nationale Bildungsstandarts

Der LaVo soll sich mit den bereits existierenden nationalen Bildungsstandards auseinandersetzen und eigene, möglichst sinnvollere und soft skills beschreibende, Bildungsstandards erstellen.

Libli/Herausgeberin

Die Redaktion der beiden SchülerInnenzeitungen (RLP & Hessen) sollen künftig zusammenarbeiten können.

Libli/Amtszeit

Die Amtszeit der von der LSK gewählten Lichtblick-Redakteure wird von einem Jahr auf zwei Jahre verlängert. Es wird jedoch auf jeder 1. LSK im Schuljahr die Möglichkeit geben, dass sich Interessierte als zusätzliche Redakteure zur Wahl stellen. Bei Problemen inner- oder außerhalb der Redaktion ist es möglich sich zur nächsten LSK abwählen zu lassen, falls jemand anders sich bereit erklärt diesen Posten zu übernehmen.

Agenda 2010

Die LSV lehnt die Agenda 2010 und vergleichbare oder darüber hinausgehende Konzepte der Opposition ab und engagiert sich in und mobilisiert nicht nur zu entsprechenden Gegenaktionen, sondern entwickelt in einem Arbeitskreis oder wie auch immer ein Alternativkonzept

35. LSK

Bundes-SV

Die LSV Rheinland-Pfalz bemüht sich eine bundesweite SV Struktur entstehen zu lassen. Diese muss unserem Demokratieverständnis entsprechen. Dies zu entscheiden liegt bei den exekutiven Gremien (LaVo, LäRa, BDK- Delegation).

Schuluniform

Die LSV ist gegen jedwede Einrichtung von Schuluniformen oder das Verbot bestimmter Kleidungsstücke.

Schulzeitverkürzung

Die LSV setzt sich für ein 13jähriges Abitur ein.

Sportunterricht

In jeder Stufe sollen mehrere unterschiedliche Sportkurse zur Wahl gestellt werden, die genauso verpflichtend oder nicht verpflichtend sind wie alle anderen Fächer. Diese Kurse sollten gemischt (w/m) sein. Außerdem sollen zusätzlich weitere Sport-AGen angeboten werden. Der Sportunterricht soll unter anderem aufgrund des Einsatzes der/des SchülerIn und des sozialen Verhaltens bewertet werden (wenn bewertet wird).

zum Umbau des Sozialstaates, das auch realistisch ist.

EU-Osterweiterung und EU-Verfassung

Die LSV begrüßt die EU-Osterweiterung und Aktionen, die der Integration und der Förderung eines gemeinschaftlichen Gefühls dienen. Die weitere Entwicklung soll kritisch verfolgt werden und dabei besonders darauf geachtet werden, dass:

- a) sozialpolitische Unterschiede, sowie Unterschiede in Rechtsgrundlagen abgebaut werden.
- b) Man alle Bürger aufklärt und die EU basisdemokratischer wird
- c) Die Friedensgemeinschaft EU keinen Großmächtiekampf provoziert oder es in der EU bald weniger, statt mehr (etwa durch den zusätzlichen Einsatz in einer EU- Streitmacht) Militär gibt.
- d) Die Vernetzung innerhalb des Obessu-Rates zu verbessern

EU-Verfassung

Die LSV lehnt die EU-Verfassung in ihrer jetzigen Form ab und ruft zu Gegenaktionen auf.

lassen, also Kann-Regeln einzuführen, statt immer mehr für falsch zu erklären.

Facharbeit

Das MBFJ soll eine Broschüre zum Thema FA erstellen. Wir wirken daraufhin, dass Lehrkräfte die SchülerInnen rechtzeitig über neue Regelungen informieren. Dies kann z.B. über eine Rechtsverordnung geregelt werden.

Mehr Lehrkräfte

Die Investitionen in Lehrkräfte soll erhöht werden und durch eine öffentliche Kampagne Druck auf das Bildungsministeriums ausgeübt werden, um mit Nachdruck auf diese Problematik aufmerksam zu machen. Dabei soll darauf geachtet werden, dass keine unzureichend Ausgebildete, wie Bachelor oder PES-ProjektlerInnen, eingestellt werden.

Kultusministerkonferenz

Wir setzten uns für die Abschaffung der KMK ein.

Berufsverbot

Die LSV fordert die schnellstmögliche Einstellung des Heidelberger Lehrers Michael Csaszκόczy, dem aufgrund politischer Arbeit der Lehrberuf versagt wurde.

37. LSK

Ganztagsschule

Die LSV setzt sich für die Einführung der verpflichtenden Ganztagsschule nach der Vorstellung der LSV ein.

Lehrstunden

Die LehrerInnenstunden einer Schule sollen erhöht werden, wenn dadurch neue Lehrkräfte eingestellt werden können.

Rechtschreibung

Die neuen Rechtschreibregeln sollen anerkannt werden. Generell soll man sich bemühen mehr Möglichkeiten gelten zu

38. LSK

Eltern in der Schule

Die LSV soll in der Öffentlichkeit fordern, dass der LEB sich als Vertretung der Eltern und deren Meinung sieht und in keinem Fall als Vertretung der SchülerInnen oder deren Meinung. Der LEB soll erst dann wieder von der LSV anerkannt werden, wenn sich das Selbstverständnis geändert hat. Der Kontakt zum LEB soll aber weiterhin erhalten bleiben.

LehrerInnenevaluation

Der LaVo soll sich dafür einsetzen, dass in Rheinland-Pfalz eine LehrerInnene-

valuation prinzipiell einmal im Halbjahr durch SchülerInnen und das Kollegium durchgeführt wird.

E-Mail Verteiler

Der LaVo soll darauf hinarbeiten, dass in jeder größeren Stadt oder zumindest in jeder Stadt in welcher sich mehrere Schulen befinden, E-Mail Verteiler entstehen, in welchen sich jegliche Mitglieder von SV-Vorständen oder -Teams, sowie alle anders in der SV oder LSV Tätigen (RAK- und LSK-Delegierten) eintragen können, um einen besseren Informationsaustausch zu ermöglichen und SV-Arbeit besser vernetzten zu können.

39. LSK

LSV-Ehemaligenbeirat

Es wird ein LSV-Ehemaligenbeirat gegründet, in welchen ehemalige Landesvorstands- und Landesausschuss, sowie Länderratsdelegierten eintreten können. Ein LSV-Ehemaligenbeirat soll folgende Ziele verfolgen:

1. Ein ExpertInnenpool von ehemaligen LSVlerInnen, welche den neuen LaVos mit ihren gesammelten Erfahrungen betreffend Methodik, Gelder-Akquise, Öffentlichkeitsarbeit und Basismobilisierung, helfen sollen.
2. Ein dauerhaftes Gremium soll entstehen, welche der starken Fluktuation von Landesvorständen durch eine kontinuierliche Einarbeitung entgegenwirkt.
3. Ehemalige LSVler, welche nach ihrer SchülerInnenzeit in Positionen (z.B. Landtage, Stiftungen etc.) gekommen sind, sollen durch den Beirat weiterhin der LSV nahe stehen, sodass diese Einfluss auf den politischen Diskurs im Sinne der LSV nehmen können.

Gemeinschaftskunde

Die LSV setzt sich dafür ein, dass SchülerInnen in der gymnasialen Oberstufe zwei gemeinschaftskundliche Fächer als

Leistungskurse wählen können. Eine gemeinsame Benotung aller drei Fächer in einer Note Gemeinschaftskunde wird abgelehnt. Die Fächer sollen separat benotet werden.

Leistungskurskombination

In der gymnasialen Oberstufe soll es möglich sein ein künstlerisches und ein gemeinschaftskundliches Fach wählen zu können.

LSV-Struktur

Die LSV fordert, dass es ab dem 5. Schuljahr eine Unterrichtsreihe mit einer/m SozialkundefachlehrerIn oder der SV gibt, mit dem die Strukturen der SV/LSV/BSV/OBESSU behandelt werden muss.

Abitur

Die LSV fordert, dass sich jedeR SchülerIn selbst aussuchen kann, welches Leistungskursfach er/sie abstufen will.

Kunst

Die LSV fordert, dass SchülerInnen in der gymnasialen Oberstufe kein künstlerisches Fach wählen müssen.

40. LSK

Strafen für SchulschwänzerInnen

Der Landesvorstand soll sich für individuelle Maßnahmen im Umgang mit SchulschwänzerInnen einsetzen. Maßnahmen wie elektronische Fußfesseln, Nachsitzen, etc. lehnen wir ab. Schule soll Hilfen zur Lebensbewältigung speziell für sozial Benachteiligte parat haben und SchulschwänzerInnen soll von Jugend- bzw. (Schul-)SozialarbeiterInnen Beratung angeboten werden.

Bionahrung

Die LSV RLP soll sich für Bionahrung sowie vegetarische und vegane Alternativen an allen Schulen einsetzen.

Zusammenarbeit

Die LandesschülerInnenvertretung RLP tritt der verbandsübergreifenden „Initiative länger gemeinsam lernen“ bei und engagiert sich in dieser Form von Mitgestaltung von Projekten und Veröffentlichungen. Des Weiteren besucht der LaVo die Treffen und Arbeitssitzungen der Initiative. Er wird mit der Abwicklung des Beitrittes beauftragt.

Die LSV RLP geht mit dem Beitritt keine finanziellen Verpflichtungen ein.

Software

Die LSV fordert, dass die Entwicklung und Anwendung freier Software an Schulen ausdrücklich unterstützt wird. Als Zeichen hierfür soll die LSV-eigene IT innerhalb von 2 Jahren auf freie Software umgerüstet werden.

Schulbeginn

Der LaVo soll sich dafür einsetzen, dass mit der von der LSV RLP geforderten Schulreform hin zu selbstbestimmten Lernen auch ein flexibler Schulbeginn entsteht. Hierdurch sollen die SchülerInnen die Möglichkeit bekommen, die Unterrichtszeiten selbst festlegen zu können.

LehrerInnenbewertung Die LSV soll sich für eine anonyme Bewertung ihrer Lehrkörper einsetzen. Diese soll in etwa so ablaufen, dass die SchülerInnen halbjährlich oder auf Antrag durch die KlassensprecherInnen einen Bewertungsbogen z.B. mit der Aspektsetzung auf Unterrichtsgestaltung, Lerneffekt, etc. ausfüllen. Dieser soll von der jeweiligen SV ausgewertet und - besonders bei negativen Ergebnissen - mit dem/der LehrerIn besprochen werden. Bleiben Probleme jedoch dauerhaft und klassenübergreifend bestehen, sollte es die Möglichkeit geben, den/die Lehrer/in zu einer Fortbildung zu verpflichten.

Hausaufgaben

Der Landesvorstand der LSV/GG soll sich dafür einsetzen, dass im „Hausaufga-

benparagraph“ §46 SchuO eine Definition von Hausaufgaben erfolgt und zwischen unterrichtsvorbereitenden Hausaufgaben und Übungs-Hausaufgaben unterschiedet. Übungs-Hausaufgaben sollen nicht zur Leistungsfeststellung und Leistungsbeurteilung herangezogen werden dürfen (§45 SchuO, Abs. 2). Sanktionen werden nicht in Form von Noten gegeben, sondern mit pädagogischen Maßnahmen, deren Höchstmaß im Einvernehmen mit dem Klassenrat festgelegt ist. Übungsaufgaben sollen prinzipiell freiwillig sein, aber vorher als solche angekündigt werden.

41. LSK

Keine Rauchverbote

Die LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz lehnt ein generelles Rauchverbot an Schulen ab. Der Nichtraucherschutz soll aber, beispielsweise durch Einrichtung von spezifischen Raucherearen gewährleistet werden. Damit verbunden soll Suchtprävention erweitert werden und Nikotin thematisiert werden.

Keine Bestätigung für LSV Tätigkeiten ohne Entlastung

Das Ministerium soll darauf hingewiesen werden, neben dem Glückwunschs schreiben zu Beginn des Schuljahres auch wieder regelmäßig ein Bestätigungsschreiben am Ende des Schuljahres zu verschicken. Dieses jedoch erst nach der LSK, an der die Entlastung stattfindet. Sodass nur entlastete Personen eine Bescheinigung erhalten.

BSK-Beitritt

Die LSV RLP strebt einen Beitritt in die BundesschülerInnenkonferenz an.

Schnelle Entscheidungen

Der LaVo kann wichtige tagespolitische Dinge über das Arbeitsprogramm stellen. Die Wichtigkeit eines Themas soll im LaVo und im LA abgestimmt werden und

beide müssen zustimmen. Wobei diese Freiheit nur dem LaVo erteilt werden kann, wenn die Zeit nicht reicht über den Antrag im LA abzustimmen. Der/die PressereferentIn soll die Freiheit bekommen, Abstimmungen auf 24 Stunden anzusetzen.

Kulturunterricht

Die LSV RLP setzt sich für einen sg. „Kulturunterricht“ anstatt des Religions- bzw. Ethikunterrichts bis einschließlich der 8. Klassenstufe ein. In diesem Unterrichtsfach sollen religiöse und kulturelle Fragen erarbeitet und geklärt werden. Es muss darauf geachtet werden, dass alle Religionen gleich behandelt werden. Hierzu kommen auch Tagesaktuelle Kulturereignisse und ihre Gründe. Ab der 9. Klassenstufe soll es den SchülerInnen freistehen, auch einen „normalen“ Religionsunterricht zu besuchen, Kulturunterricht soll aber weiter erhalten bleiben.

42. LSK (BZW. LA)

Schulzeit

Die LSV spricht sich weiterhin gegen ein Abitur nach 12 Jahren aus, wie es in dem Modell der G8-GT-Schulen der Fall ist. Die LSV bleibt überzeugte Gegnerin der Schulzeitverkürzung jeder Art. Trotzdem soll sich die LSV darum bemühen bei der Ausgestaltung des Modells größtmögliche Mitspracherechte zu erhalten. Dazu soll ein LAK gegründet werden.

Schülerdatei

Die LSV/GG positioniert sich gegen die von der KMK geplante Ansammlung von persönlichen Daten in einer sogenannten „Schülerdatei“. Bei endgültigem Beschluss der KMK sollen vom Landesvorstand Gegenaktionen geplant und Bündnisse mit befreundeten Verbänden geschlossen werden.

MNS+ („Modulares Netzwerk für Schulen“) des LMZ (Landesmedienzentrale) in Kombination mit VNC (Virtual Network Computing)

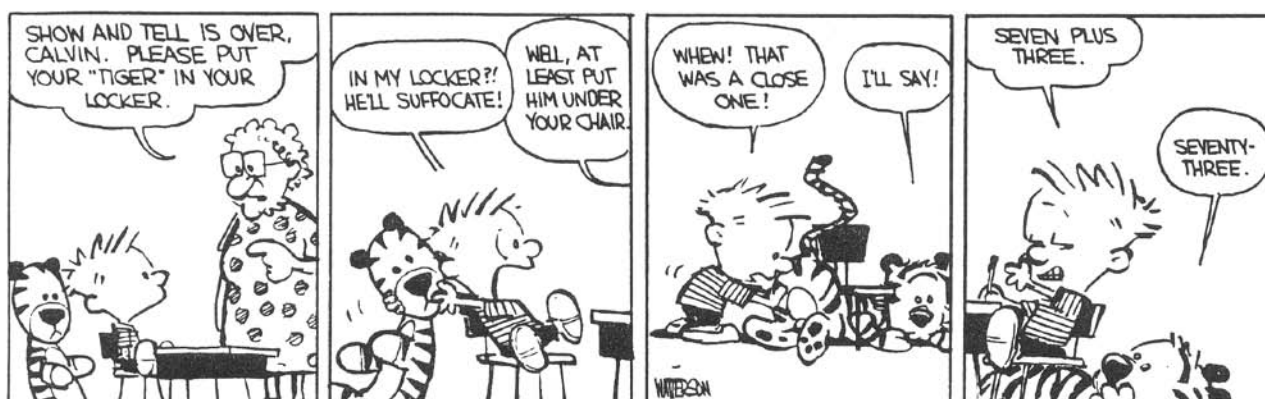
Die LSV möge sich näher mit der Schülerüberwachung durch MNS+ beschäftigen, überprüfen, ob es sich um einen Verstoß gegen das Schulgesetz oder Landesdatenschutzgesetz handelt und ggf. rechtliche Schritte ergreifen oder darauf hinwirken, dass die (Privat)Nutzung der Schulnetzwerke eindeutig geregelt wird.

Bildung eines LAKs GLSV

Es soll ein Landesarbeitskreis gegründet werden, der die gleichmäßige Vertretung aller Schultypen der GLSV erarbeitet.

Bildung eines LAKs Demokratie

Es soll ein LAK Demokratie gegründet werden.



Bildung eines LAKs Integration

Der LaVo soll sich mit dem Thema Integration von MigrantInnen beschäftigen. Dazu soll ein LAK Integration gebildet werden. Dieser soll sich unter anderem folgendem Thema widmen: Es soll ein Konzept erarbeitet werden, welches eine Alternative zum Einbürgerungstest darstellt, z.B. durch die Einführung von kostenlosen, verpflichtenden Deutschkursen für MigrantInnen. Ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit soll auf der Frühförderung von Kindern durch verpflichtende und vor allem kostenlose KiTa-Angebote liegen.

Studiumsvorbereitung

Die LandeschülerInnenvertretung soll sich für eine bessere Vorbereitung in den rheinlandpfälzischen Gymnasien und Gesamtschulen auf das Studium einsetzen. Diese soll in Form von breitgefächerten Infoveranstaltungen an den Schulen sowie schülerInnengerecht an Universitäten erfolgen. Außerdem sollen Lehrerinnen und Lehrer ihre Zeit für persönliche beratende Gespräche mit den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stellen.

Unterrichtsausfall

Die LSV RLP spricht sich auch weiterhin gegen den ständigen Unterrichtsausfall aus. Die LSV fordert vom MBWJK ein angemessenes Programm, das dem entgegen wirkt. Das Projekt erweiterte Selbstständigkeit (PES), bis es eine bessere Methode gibt Unterrichtsausfall zu verhindern, soll von der LSV unterstützt werden. Die Unterstützung dieser Übergangslösung soll spätestens zum Schuljahr 2011/2012 auslaufen, wenn nicht ein vorher veröffentlichtes Konzept des Ministeriums von der LSV Unterstützung findet.

43. LSK

Wahlpflichtfächer

Der LaVo möge sich dafür einsetzen, dass jede Schule in der 9. Klasse zwei Fremdsprachen und drei andere Fächer als Wahlpflichtfächer anbietet.

Werbung an Schulen

Der LaVo soll darauf hinwirken, dass werbende Organisationen, z.B. religiöse Verbände, die ihre Ideen und Grundsätze auf dem Schulgelände weitergeben möchten, vorher vom Schulausschuss die Erlaubnis erhalten müssen.

45. LSK

Von der Unterrichtsvollzugsanstalt zum Haus des Lebens

Damit Schule ein Ort ist, an dem Lernen Freude macht, müssen einige Voraussetzungen erfüllt sein: Das soziale Miteinander in der Schule Damit sich alle am Schulleben Beteiligten wohl fühlen, muss ein Klima des respektvollen und solidarischen Miteinanders herrschen. Niemand darf beschämt oder bloßgestellt werden.

Hierzu ist eine offene, positive Feedback-Kultur vonnöten. Nur so kann Kritik konstruktiv sein und zu Verbesserungen führen, sowohl im zwischenmenschlichen Bereich, als auch im Bereich des Lernens. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen sich alle an der Schule beteiligten Personen, unabhängig von Alter, Geschlecht, ihrer Rolle in der Schule, ihrem Bildungsstand usw., gleichberechtigt begegnen können. Die Meinung eines Lehrers/einer Lehrerin darf nicht mehr wert sein als die einer Schülerin/eines Schülers oder die eines/einer Schulangestellten. Die Ziffernnoten als Bewertungssystem sind kein Mittel einer solchen Feedback-Kultur. Sie schaffen vielmehr ein Schulklima, das von Konkurrenzdenken zwischen den Schülerinnen und Schülern und Leistungsdruck geprägt ist. Der Lehrer/die Lehrerin muss der Rolle des/der Beurteilenden gerecht werden und wird von Seiten der SchülerInnen nicht

mehr als LernbegleiterIn und HelfendeR wahrgenommen.

Die Rolle des Lehrers/der Lehrerin

Es ist für einen einzelnen Menschen unmöglich, alles zu wissen. Dies gilt auch für Lehrerinnen und Lehrer. Deswegen muss das weit verbreitete Rollenbild der Lehrperson in Frage gestellt werden. Er/sie sollte den Schülerinnen und Schülern vielmehr die Methodenkompetenz vermitteln, die notwendig ist, damit die Lernenden sich das fachspezifische Wissen selbstständig aneignen können. Während des Lernprozesses

ist es Aufgabe des Lehrers/der Lehrerin, die Entwicklung der einzelnen SchülerInnen unterstützend zu begleiten. Hierzu ist regelmäßiges, konstruktives Feedback unumgänglich. Damit Schülerinnen und Schüler fachspezifisches Wissen vertiefen können, sollte die Möglichkeit bestehen, dass ExpertInnen in die Schule geholt werden. Generell muss Schule für andere Bildungseinrichtungen geöffnet werden.

Regeln in der Schule

Aufgestellte Regeln, die einer Schule ermöglichen sollen, dass das Miteinander der vielen Beteiligten gut funktioniert, sollten prinzipiell von allen Interessengruppen gemeinsam, idealerweise im Konsens, festgelegt werden. Dabei ist darauf zu achten, dass generell möglichst wenige feste Regeln bestehen, sondern üblicherweise situationsbedingt über Verhaltensgrundsätze gemeinsam entschieden wird. Nur so ist es möglich, dass SchülerInnen lernen, Regeln zu hinterfragen und nicht einfach unreflektiert zu befolgen. Grundsätzlich sollten jedoch nur so viele Regeln aufgestellt werden, wie unbedingt nötig. SchülerInnen sollen lernen, sich auch ohne Regeln so zu verhalten, dass sie die Freiheit anderer Menschen nicht mehr als unbedingt nötig einschränken.

Die Abwesenheit von Zwängen aller Art

Damit Lernen erfolgreich ist, sollte es nicht aus Zwang, sondern aus Neugier erfolgen. Deswegen ist es wichtig, möglichst alle Zwänge in der Schule abzubauen. Zwänge erhöhen den Druck auf die SchülerInnen, sodass die Lernatmosphäre zu leiden hat. Um Zwänge abzubauen, eignet sich ein offenes Raumkonzept, in dem sich die SchülerInnen selbst ihre Lernorte gestalten können, beispielsweise mit Stellwänden und Vorhängen. Dabei ist darauf zu achten, dass prinzipiell allen jeder Raum zu jeder Zeit zugänglich ist. Wenn einE SchülerIn es beispielsweise für richtig hält, den Ort, an dem er/sie gerade lernt zu verlassen, muss das möglich sein und akzeptiert werden. Darüber hinaus ist es wichtig, den Stundenplan erheblich zu verändern. Es muss den SchülerInnen ermöglicht werden, nach ihrem eigenen Rhythmus zu lernen und nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt eine bestimmte Leistung zu erbringen. Ein persönlicher Stundenplan sollte also in Abstimmung mit dem/der SchülerIn erstellt werden und sich nach dessen Biorhythmus und Vorlieben/Interessen richten. Außerdem ist es an der Zeit, den 45-Minuten-Takt zu überdenken und ein neues, offeneres Zeitkonzept zu entwickeln. Nur so kann sich jedeR SchülerIn genau so viel Zeit nehmen, wie er/sie benötigt, um etwas Bestimmtes zu lernen. Nur so wird auf die Heterogenität der SchülerInnenschaft eingegangen.

Um die Umsetzung der in dem Antrag festgehaltenen Vorschläge zu gewährleisten, soll sich an den Schulen in Rheinland-Pfalz eine Steuergruppe bilden, über deren Zusammensetzung die Schule selbst entscheidet, aber sich aus SchülerInnen und LehrerInnen zusammensetzt. Diese soll sich mit der Schulentwicklung gemäß den Vorschlägen dieses Antrags beschäftigen.

Schule demokratisieren

„Niemand wird als Demokrat geboren und die Sicherung der Demokratie ergibt sich nicht einfach naturwüchsig. Sie muss personal verankert werden.“

Prof. Dr. Gerhard Himmelmann

Dieses Zitat verdeutlicht, dass Demokratie, bzw. Demokratiekompetenz erlernt werden kann und erlernt werden muss, um eine demokratische Gesellschaft auf ein sicheres Fundament zu stellen. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass es Demokratie, ganz gleich ob als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform schwer haben wird, so lange es keinen Ort gibt, an die Fähigkeit, demokratisch zu Handeln erlernt wird.

Demokratie braucht Bürgerinnen und Bürger, die eigenständig und kritisch denken und ihre Meinung zum Ausdruck bringen, nur so kann Demokratie stark und stabil sein. Um dies zu erreichen, muss Demokratie gelernt, erlebt und gelebt werden.

Demokratische Strukturen und Handlungsweisen erlernen, und somit auf ein Leben in der Demokratie vorzubereiten, ist an keinem anderen Ort in der Gesellschaft so flächendeckend möglich wie in der staatlichen Organisation Schule, einem pädagogisch geschützten Raum. Somit ist sie nicht nur der geeignetste Raum, sondern es ist auch ihre unbedingte Aufgabe, Jugendliche zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern zu erziehen.

Demokratie muss also in der Schule vermittelt werden. Folgende Maßnahmen sollen dazu dienen, dass dies der Schule gelingt.

Die Stundenzahl der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer, insbesondere Sozialkunde, muss erhöht werden. Sozialkunde muss ab der Klassenstufe fünf unterrichtet werden. Demokratie als Herrschafts-Gesellschafts- und Lebensform muss intensiv behandelt werden.

Hierfür müssen die Lehrpläne des Sozialkundeunterrichts überarbeitet bzw. für

die unteren Klassenstufen neu konzipiert werden, wobei das praktische Politiklernen besondere Beachtung finden soll. Auch die Strukturen, Verfahrensweisen und Mitbestimmungsmöglichkeiten der SchülerInnenvertretung von der einzelnen Klasse und Schule über Landes- bis hin auf europäische Ebene müssen in den Lehrplänen des Sozialkundeunterrichts stärkere Beachtung finden als bisher. Demokratie muss in der Schule gelernt und gelebt werden. Schulen muss eine demokratische Struktur verliehen werden. In allen Klassenstufen müssen Klassenräte eingeführt werden, die ca. wöchentlich Tagen können. Um eine basisnahe demokratische Schulstruktur zu schaffen, delegieren die Klassen Schülerinnen und Schüler in die Stufenkonferenzen, diese in die Schulkonferenzen. Aus der Schulkonferenz werden Schülerinnen und Schüler in das Schulparlament delegiert, das paritätisch aus Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen besetzt ist und demokratisch über die Belange der Schule entscheidet. Die Gesamtkonferenz der Lehrerinnen und Lehrer ist an die Beschlüsse des Schulparlaments gebunden. Um neue Schülerinnen und Schüler die direkte Integration in die demokratische Struktur der Schule zu ermöglichen, soll es zu Beginn jeden Schuljahres eine Einführung der neuen Schülerinnen und Schüler in die demokratische Struktur der Schule und die SV-Arbeit der Schule durch die amtierende Schülervertretung geben.

Die SchülerInnenvertretung in den Schulen muss gestärkt werden. Dies bedeutet, dass die Schülervertretung Stimmrecht in allen Konferenzen der Schule erhält. Die bereits per Rechtsvorschrift geregelte Finanzierung der SVen durch den Schulträger muss sichergestellt werden, damit die SV durch das durchführen von gewinnbringenden Aktionen (Parties etc.) nicht von ihrem Kerngeschäft abgelenkt wird. Regelmäßige Fortbildungen für SVen, die durch das Land finanziert und z.B. durch das IfB durchgeführt werden, vermitteln den SVen die grundlegenden methodischen und inhaltlichen Fähigkeiten.

Die Demokratisierung von Schule beginnt in der Ausbildung der LehrerInnen. Module zu Demokratiepädagogik müssen verpflichtend in der LehrerInnenausbildung sein. Entsprechende Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für die heutige Generation der Lehrerinnen und Lehrer müssen vermehrt und verpflichtend angeboten werden.

Das Verhältnis zwischen SchülerInnen und LehrerInnen muss sich grundlegend ändern. Das hierarchische SchülerInnen – LehrerInnen-Verhältnis, das zu großen Teilen auf Autorität beruht, muss einem vertrauensvollen SchülerInnen-LehrerInnen-Verhältnis weichen, das auf Vertrauen und gegenseitigem Respekt beruht. Ziel dieses Prozesses soll sein, dass SchülerInnen und LehrerInnen auf einer partnerschaftlichen Ebene zusammenarbeiten, auf Augenhöhe miteinander kommunizieren und nach einem andauernden Prozess die Möglichkeit des gegenseitigen „duzens“ haben, um eine durch „siezzen“ gegebene künstliche Distanz zu brechen.

Um die Weiterentwicklung des Unterrichts voran zu bringen, ist es von Nöten, eine Feedbackkultur zu fördern, z. B. in durch eine regelmäßige Evaluation zwischen den an Schule Beteiligten stattfindet etwa durch Feedbackbögen, die in der Klasse ausgefüllt, ausgewertet und besprochen werden, diese sollen anonym sein, um eine Benachteiligung wegen negativer Kritik auszuschließen.

LAKE auf ein Jahr

LAKE sind grundsätzlich auf ein Jahr befristet, können jedoch per LSK-Beschluss für ein weiteres Jahr verlängert werden. Dies kann so oft geschehen, wie Bedarf besteht.

LSV-Homepage

Zugunsten einer besseren Übersicht und Orientierung und auf Grund des starken Wandels, den die LSV zur Zeit durchlebt, beantrage ich, dass die Homepage der LSV, möglichst bis zur Genehmigung der neuen Satzung der LSV RLP durch das fachlich zuständige Ministerium, komplett erneuert wird. Ziel soll ein gut strukturiertes und übersichtliches Menü, die Einführung eines leicht auffindbaren Impressums und die Möglichkeit der schnellen Aktualisierung sein.

Beitritt zum bundesweiten

Bündnis gegen Bildungsabbau

Die LandeschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz tritt dem sich aufbauenden Bundesweiten Bündnis gegen Bildungsabbau (BBgB) bei.

BSK-Austritt

Die LandeschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz tritt aus der Bundesschülerkonferenz aus.

Neue Vertretung auf Bundesebene

Die LSV RLP ist bei der Gründung einer neuen SchülerInnenvertretung auf Bundesebene behilflich ist.

Positionierung Landeselternbeirat

Die LSV prüft die Position des LEB ihr gegenüber und bedenkt eine Zusammenarbeit mit dem LEB auf Grund dieser Überprüfung.



46. LSK

Mittagessen

An allen Schulen mit Nachmittagsunterricht muss ein warmes, abwechslungsreiches, gesundes und ökologisch korrektes Mittagessen angeboten werden. Hierbei muss beachtet werden, dass es auch eine vegetarische und vegane Alternative gibt.

Ganztagsschulprogramm

Die LSV RLP befürwortet das Ausbauen des Ganztagsschulprogramms in Rheinland-Pfalz, fordert eine konsequente Erweiterung des Angebotes, spricht sich jedoch gegen die verpflichtende Ganztagschule aus. Jedem/r SchülerIn muss die Möglichkeit geboten werden, eine Ganztagschule zu besuchen, da dies der gesellschaftlichen Ungleichstellung Alleinerziehender entgegenwirkt und Frauen und Männern Entscheidungen für Familie und Beruf erleichtert. Ganztagschulen müssen ein freiwilliges Angebot für SchülerInnen sein und dürfen nicht als Verwahrnastalt fungieren, sondern sie sollen sich außerschulischen Organisationen öffnen und Unterrichtskonzepte unterstützen, die von dem starren 45-Minuten-Takt abweichen und projektbezogenes Lernen fördern. Bildung ist Selbstzweck und es muss verhindert werden, dass die Wirtschaft mehr Einfluss auf Bildungsinhalte und -konzepte erhält. Die Einführung von Ganztagschulen darf nicht einhergehen mit der Erhöhung der Stundentafel. SchülerInnen müssen bei der Ausgestaltung des Unterrichtskonzeptes mitentscheiden können. Mit Verabschiedung dieses Beschlusses werden die Beschlüsse mit Betreff „Gesamtschule“ (30. LSK) und „Ganztagschule“ (37. LSK) aufgehoben.

Förderverein als ein Pool von ehemaligen LSVlerInnen dienen, die die LSV weiterhin in ihrer Arbeit beraten können. Der Verein soll noch im April 2009 gegründet werden.

LSV-Förderverein

Der Landesvorstand wird dazu aufgefordert, dass sich ein LSV-Förderverein gründet. Dieser Verein soll die LSV bei der Beschaffung von finanziellen Drittmitteln von Stiftungen, Verbänden etc. unterstützen. Darüber hinaus soll der



Abkürzungen:

- ABC:** Abkürzung fürs Alphabet
- ABI:** Krönendes Sahnehäubchen nach 12,5 Jahren ~ 15.000 Stunden Schulkarriere
- AStA:** Allgemeiner Studierenden-Ausschuss, Interessensvertretung der Studis
- AQS:** Agentur für Qualitätssicherung an Schulen, überprüft die Schulen auf ihre Qualität nach Maßstäben des Ministeriums
- BBS:** Berufsbildende Schulen
- BER:** Bundeselternrat, Vertretung unserer Mamis und Papis auf Bundesebene
- BiPo:** Abkürzung für das, was uns hier beschäftigt: Bildungspolitik
- BSK:** BundesschülerInnenkonferenz, momentan fragliches Gremium zur Vertretung der Schülerinnen und Schüler auf Bundesebene
- BuDelis:** Bundesdelegierte, werden auf der LSK gewählt und vertreten die LSV auf Bundesebene
- BUND:** Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, der mit der LSV zusammen ein paar Umwelt-Projekte für SchülerInnen gestartet hat
- CSD:** Christopher-Street-Day; Aktions-Tag für die Rechte der Lesben und Schwulen in der Gesellschaft
- DGB:** Deutscher Gewerkschaftsbund
- DeGeDe:** Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik, Verein von Leuten, die Demokratie wichtig finden, sogar und vor allem in der Schule
- DJP:** Deutsche Junge Presse
- FaKo:** Fahrtkostenantrag, Intelligenztest mit tollen Preisen: Wenn Du ihn richtig ausfüllst, bekommst Du Deine Fahrtkosten zu LSKen u. ä. zurück
- G8:** Erfindung unseres lieben Ministeriums, dass an einigen Schulen die Schülerinnen und Schüler noch viel schneller noch viel mehr unnütze Dinge lernen müssen und dann auch schneller ihr Abi bekommen können.
- GJ:** Grüne Jugend
- GEW:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
- GG:** nicht etwa die LSV der Guten und Gerechten, sondern banaler und richtiger: der Gymnasien und Gesamtschulen
- GGG:** Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule, die Gesamtschulen gemeinnützig finden und sie deswegen fordern und fördern.
- GO:** Geschäftsordnung, lästiges Mittel zum Strukturieren chaotischer Diskussionen
- GSV:** GesamtschülerInnenvertretung, in Bundesländern mit einer LSV für alle Schularten
- GLSV:** Name der neuen LSV Rheinland-Pfalz, die alle Schularten vertreten wird. Diese wird dann wieder LSV heißen, aber um sie vorerst zu unterscheiden, heißt sie eben GLSV
- IGS:** Integrierte Gesamtschule, in Rheinland-Pfalz trotz SPD-Regierung wenig gebraucht
- JU:** Junge Union, CDU-naher Jugendverband
- JD/JL:** JungdemokratInnen/ Junge Linke, radikaldemokratischer, parteiunabhängiger Jugendverband
- Julis:** Junge Liberale, der Nachwuchs der FDP
- JuPa:** Jugendparlament, Parlamente mit Jugendlichen auf kommunaler Ebene, die allerdings nix entscheiden dürfen
- Jusos:** JungsozialistInnen, die jungen SPDlerInnen
- KMK:** Kultusministerkonferenz, Treffen aller Kultus- oder BildungsministerInnen der Bundesländer

- KRÄTZÄ:** Kinderrächtszänker aus Berlin, die meinen, dass auch Kinder viele Rechte haben sollten!
- KrSV:** KreisschülerInnenvertretung, nach neuer Satzung der Ersatz der RAKe in den Kreisen
- LA:** Landesausschuss, Kontrollorgan des LaVo, fasst Beschlüsse im Rahmen der Vorgaben der LSK und feiert auf seinen Sitzungen einmal im Monat mit 2 HeldInnen eines jeden RAKs
- LaVo:** auf LSKen gewählter Vorstand der LSV, aus 5-10 ReferentInnen, die die Forderungen der LSKen in die weite Welt der Politik tragen
- LaVoMi:** Landesvorstandsmitglied
- LaVoSi:** Landesvorstandssitzung
- LAK:** Landesarbeitskreis: AGen für jedeN zum mitmachen, die das Jahr über zu bestimmten Themen arbeiten wollen
- LäRa:** Diskussionshaufen mit zwei Menschen einer jeden LSV, Organ der BSV
- LEB:** Landeselternbeirat, die Mamis und Papis auf Landesebene
- LER:** Lebenskunde-Ethik-Religion, eine Alternative zum konfessionellen Reliunterricht u.a. zwecks Trennung von Kirche und Staat, z. Zt. existent in Brandenburg
- LGF:** LandesgeschäftsführerInnen, unsere hochgeschätzten, heißgeliebten und unterbezahlten Angestellten
- LGS:** Landesgeschäftsstelle, auch einfach „Büro“, zwei Zimmer in Mainz, wo die LSV zu erreichen ist
- Libli:** Lichtblick, die landesweite unparteiliche, für SchülerInnen parteiische Zeitung der LSV
- LSK:** höchstes beschlussfassendes Gremium der LSV mit zwei Menschen pro Schule, das mindestens zweimal im Jahr tagt. Das, wo ihr gerade seid!
- LSV:** LandeschülerInnenvertretung, die die Schülers auf Landesebene vertritt
- MBWJK:** Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur, die Verantwortlichen für alles Böse und Gute im Schulsystem
- MdB:** Mitglied des Bundestags, also quasi die Anrede aller Bundestagsabgeordneten
- MdL:** Mitglied des Landtags, also quasi die Anrede aller Landtagsabgeordneten
- MNS+:** Modulares Netzwerk an Schulen Plus, ein „pädagogisches“ Netzwerk, dass es LehrerInnen erlaubt, die SchülerInnen während der Computernutzung zu überwachen.
- MSS:** Mainzer Studienstufe, das Kurssystem der Oberstufe, in der neusten Variante wieder mit Kurssystem, dafür eine verkürzte 13. Klasse
- Na-Wu-LaVo:** Reinschnupper-Gremium für Leute, die sich noch nicht in den LaVo trauen, aber trotzdem mal mitmachen wollen
- PES:** Projekt erweiterte Selbstständigkeit, schöner Name dafür, dass nicht ausgebildete LehrerInnen an Schulen einspringen um den LehrerInnenmangel zu vertuschen.
- Philologen-Verband:** Gewerkschaft der GymnasiallehrerInnen
- PIC:** Political InCorrect, das was man weder sagen noch denken soll (Gegenteil zu PC, Political correctness)
- QM:** Qualitätsmanagement, aus der Wirtschaft stammender Begriff, der Anstrengungen zur Schulentwicklung bezeichnet
- RAK:** Regionaler Arbeitskreis, einer der zehn in RLP, auf denen sich SVen auf regionaler Ebene treffen, austauschen, Aktionen planen...
- Realschule+:** Eine weitere Erfindung des Ministeriums: Damit es die Hauptschule nicht mehr gibt (weil: doof) gehen bald HauptschülerInnen sowie RealschülerInnen in einem Gebäude zur Schule – das heißt dann Realschule +.
- RiSiKo:** Rheinland-Pfälzischer SchülerInnenkongress, der letzte fand 2007 statt, der nächste (noch viel tollere) findet 2009 statt
- RLP:** Abkürzung fürs Bundesland, in dem Du zur Schule gehst

- SoCa:** Sommercamp, alljährliche Sommer-Bespaßung der LSV
- SSV:** StadtschülerInnenvertretung (gibt's in Mainz, Ludwigshafen, Trier und Bad Kreuznach, nach der neuen Satzung der LSV Ersatz der RAKe in allen Städten)
- StuPa:** Studierenden Parlament, Vertretung der Studis
- SU:** Schülerunion, CDU naher Schülerverband
- SV:** SchülerInnenvertretung, die Zelle der Veränderung zu einer besseren Schule!
- SV-B:** SV-Bildungswerk, Verein lustiger Menschen, die Schülis mehr über die SV-Arbeit beibringen wollen. Teil des SV-Bildungswerks sind die SV-Berater, die selbst noch Schülis sind und an Schulen SV-Seminare durchführen
- SV-VL-Seminar:** SchülerInnenvertretungs-VerbindungslehrerInnen-Seminar, von der LSV ab und an veranstaltete Seminare mit SVen und VLen gemeinsam
- TO:** Tagesordnung, der Schlachtplan einer jeden Sitzung und Konferenz, die Reihenfolge des Programms
- TOP:** Tagesordnungspunkt, Teil der obigen TO
- VBE:** Verband Bildung und Erziehung, ein weiterer LehrerInnenverein
- VL:** VerbindungslehrerIn, jene LehrerInnen, die von der SchülerInnenschaft zur Verbindung verschiedenster Dinge gewählt werden (SV-Schulleitung, SchülerInnen-LehrerInnen, etc.)
- VV:** Verwaltungsvorschrift, verwaltet aktive SchülerInnen und schreibt ihnen die Formen ihres Aktivseins vor

Glossar:

- Adoleszenz:** Alter während/nach der Pubertät, wenn mensch so langsam erwachsen wird
- alternativ:** anders, unüblich, nicht Mainstream...
- Antisemitismus:** Antijüdische Ideologie, Judenfeindlichkeit, auch wahnhafte Verschwörungstheorie
- Autonomie:** Eigenständigkeit, Unabhängigkeit (von Staat, Gesellschaft...)
- Autorität:** Person mit viel Einfluss, Ansehen (oft aufgrund von Zwang)
- Binnen-I:** z.B. BundeskanzlerIn, meint Frau und Mann, ist gerechter.
- Biologismus:** erklärt persönliche Eigenschaften und Fähigkeiten mit Genen, Hormonen...
- Defizit:** Fehlen, Mangel, zu wenig
- Dekonstruktion:** etwas Kreiertes entlarven, widerlegen (z.B. die als selbstverständlich empfundene Zweigeschlechtlichkeit)
- Delegation:** gewählte, entsendete Gruppe
- Desinteresse:** Gegenteil von Interesse
- Diktatur:** Alleinherrschaft
- Diskriminierung:** Benachteiligung

- Disziplin:** Unterordnung, Selbstzucht (oft auf Grund von Druck, Angst)
- Dominanz:** (Vor-)Herrschaft
- Elite:** „Auslese der Besten“, kleine Gruppe Bevorzugter
- Emanzipation:** sich selbständig, unabhängig machen, aus einer Abhängigkeit befreien
- Evaluation:** Bewertung, Beurteilung
- gender:** engl.: soziales Geschlecht, nicht natürliche, sondern anerzogene (sozialisierte) Eigenschaften von Frau und Mann
- Gremium:** Ausschuss, Körperschaft
- Hierarchie:** Rangordnung (je weiter oben, desto mächtiger, „besser“...)
- Institution:** öffentliche Einrichtung
- Integration:** Einbeziehung (von Ausschlossenen) in das Ganze (Gesellschaft)
- Koedukation:** Unterricht, Bildung von Mädchen und Jungen zusammen
- Kommunikation:** jede Form von Sprache, Verständigung von Menschen untereinander
- Kompetenz:** Fähigkeit, Eignung, was gut zu machen
- konstruktiv:** brauchbar, hilfreich zur Stärkung, Erweiterung (z.B. weiterbringende Kritik)
- Mandat:** Auftrag, politisches Amt
- Matriarchat:** Gesellschaftsordnung, in der Frauen herrschen, bevorzugt sind
- Motivation:** Beweggrund, Lust, Begeisterung, etwas zu tun (z.B. ganz viel für die LSV zu arbeiten!!!)
- nonverbal:** ohne Worte, z.B. Mimik, Zeichen
- Normen:** gesellschaftliche Regeln (ungeschriebene Gesetze)
- Offensive:** „Angriff“, etwas entschlossen in Angriff nehmen
- Ökonomisierung:** „Verwirtschaftlichung“, etwas, das eigentlich nichts mit Wirtschaft zu tun hat (Bildung), damit verknüpfen
- Pamphlet:** sehr kritischer (übertreibender) Text gegen etwas oder jemand
- paritätisch:** gleichberechtigt, zu gleichen Teilen
- Patriarchat:** das, worin wir leben (Gesellschaftsordnung, in der Männer herrschen, bevorzugt werden)
- Plenum:** „Ende der RaucherInnenpause, zurück zur Arbeit!“ (=Vollversammlung)
- Podium:** RednerInnenpult, -bühne
- Präsidium:** Vorsitz, Leitung (der LSK)
- Prävention:** Vorbeugung, Verhütung (nehmt Kondome!!)
- progressiv:** fortschrittlich, sich weiter entwickelnd
- Publikation:** Veröffentlichung (eines Textes, einer Zeitung...)
- Quote:** Anteil, bestimmter Prozentsatz; als Frauenquote (mindestens 50%), ein Mittel, um Benachteiligungen auszugleichen
- radikal:** „konsequent“ an die Wurzel gehend, grundlegend, hat nix mit Gewalt zu tun!
- Ranking:** Rangliste, Bewertung (in gute und schlechte Schulen,...)
- Rassismus:** Ideologie, nach der verschiedene Menschheitsrassen mit unterschiedlichen Fähigkeiten, Qualitäten existieren
- Reproduktion:** Fortpflanzung, Erhaltung
- Rhetorik:** Redekunst, etwas wirkungsvoll, erfolgreich überbringen
- Selektion:** Aussonderung, Trennung (die „Guten“ dürfen studieren, die „Schlechten“ nicht)
- sex:** 1. Geschlechtsverkehr
2. engl: biologisches Geschlecht (Vagina oder Penis, XX oder Xy,...)
- Sexismus:** Benachteiligung von Menschen (besonders Frauen) aufgrund des Geschlechts
- Solidariät:** Zusammenhalten, andere Gemeinschaftsmitglieder untertützen
- Sozialisation:** Prägung durch / Anpassung an die Gesellschaft, (unbewusste) Übernahme gesellschaftlicher Werte
- Symptom:** Anzeichen, Verbote, Warnzeichen
- These:** aufgestellte Behauptung, die mensch mit Argumenten belegt
- Toleranz:** Duldung von etwas

Folgende Bahnverbindungen könnt ihr zur Anreise nach Mainz am 30.11. nutzen:

Ludwigshafen ab: 07:55 h

Mainz an: 09:08 h

Koblenz ab: 07:54 h

Mainz an: 09:26 h

Trier ab: 06:51 h

Mainz an: 10:04 h

Speyer ab: 07:38 h

Mainz an: 09:38 h

Kaiserslautern ab: 07:37 h

Mainz an: 09:34 h

**weitere Verbindungen
unter: www.bahn.de**



unser
Tagungsort
Mainz!

auf zur LSK!!!

